

Dieter Klein

# Regulation in einer solidarischen Gesellschaft

Wie eine sozial-ökologische Transformation  
funktionieren könnte

VSA:



Dieter Klein  
Regulation in einer solidarischen Gesellschaft

*Dieter Klein*, Prof. Dr. rer. oec. habil., Ökonom, war bis Ende 2012 Mitglied des Vorstandes der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er ist Fellow (mit dem Schwerpunkt Transformationstheorie) im Institut für Gesellschaftswissenschaften der Stiftung. Bis zu seiner Emeritierung 1997 hatte er den Lehrstuhl Ökonomische Grundlagen der Politik am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität inne. Er gehörte zum Projekt »Moderne Sozialismustheorie«, das sich schon vor dem Ende der DDR 1989 für alternative Entwicklungswege einsetzte. 2019 erschien von ihm bei VSA: »Zukunft oder Ende des Kapitalismus? Eine kritische Diskursanalyse in turbulenten Zeiten«.

Dieter Klein

# **Regulation in einer solidarischen Gesellschaft**

Wie eine sozial-ökologische Transformation  
funktionieren könnte

Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung

**www.vsa-verlag.de**

**www.rosalux.de**



Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: Creative Commons Attribution-Non-Commercial-NoDerivs 3.0 Germany License (abrufbar unter [www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode](http://www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode)). Nach dieser Lizenz dürfen Sie die Texte für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen unter der Bedingung, dass die Namen der Autoren und der Buchtitel inkl. Verlag genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und Sie ihn unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons License oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

© VSA: Verlag 2022, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg  
Alle Rechte vorbehalten  
Druck- und Buchbindearbeiten: CPI books GmbH, Leck  
ISBN 978-3-96488-117-5

# Inhalt

## Kapitel 1

<b>Ist Gesellschaftssteuerung prinzipiell überhaupt möglich? .....</b>	<b>13</b>
1. Negative historische Erfahrungen .....	13
2. Handlungszwang durch ungelöste globale Probleme .....	19
3. Druck von unten als Bedingung progressiver Regulation .....	22
4. Impressionen von Untergang und Überlebensfähigkeit vorkapitalistischer Gesellschaften .....	23
Außereuropäische Erfahrungen .....	23
Regulation im mittelalterlichen Venetien .....	26
5. Regulierungserfahrungen im Rahmen des Kapitalismus .....	28
New Deal .....	28
Umstellung auf Kriegswirtschaft in den USA .....	35
6. Wirtschafts- und Gesellschaftslenkung in China .....	43
Historische Erfahrungen und das Bedürfnis nach Ordnung durch starke Führung .....	43
Hybride Eigentumsstruktur .....	47
Kulturelle Wurzeln .....	48
Das Projekt Greater Area Bay und die Neue Seidenstraße .....	49

## Kapitel 2

<b>Der gegenwärtige Regulationsdiskurs der Linken – eine Impression .....</b>	<b>52</b>
1. Erik Olin Wright: Regulation auf der Basis zivilgesellschaftlicher Macht. Drei Teilmechanismen .....	53
2. Alain Lipietz: Akkumulationsregime und Regulationsweise .....	56
3. Elinor Ostrom: Dezentrale Verantwortung für die Gestaltung und Nutzung von Commons .....	59
4. Simon Sutterlützi und Stefan Meretz: Commonismus und Stigmergie im Zentrum einer neuen Regulationsweise .....	62
5. Ulrike Herrmann: »Kein Kapitalismus ist auch keine Lösung« und Sabine Nuss: »Keine Enteignung ist auch keine Lösung« .....	64
6. Michael Albert: Rätssystem als institutionelle Grundlage sozialistischer Regulation .....	68

7. Ota Šiks Konzept eines regulierten Marktes .....	70
8. Shoshana Zuboff: Der regulierte Mensch.....	77
9. Uwe Schneidewind: Die Große Transformation als moralische Revolution .....	81
10. Stephan Krüger: Wirtschaftspolitische Instrumentarien einer »Sozialistischen Marktwirtschaft« .....	84
11. Meinhard Creydt: »Praxis« als neues gesellschaftliches Leitbild – auch für die Gestaltung einer alternativen Regulationsweise .....	89
12. Horst Müller: Zentralität sozialwirtschaftlicher Dienste und Fiskalrevolution zu deren Finanzierung .....	90
13. Franz Groll: Umweltzertifikate .....	91
14. Rainer Land: Ökokapitalverwertungsgesellschaften und kreditfinanzierte Innovationen .....	93
15. Hans Thie: Rotes Grün – Regulationsweise als Element von radikalem Aufbruch .....	96

### **Kapitel 3**

#### **Über eine künftige sozialistische Regulationsweise .....**

1. Veränderungen der Eigentumsverhältnisse .....	107
2. Erstes Element einer progressiven Regulationsweise: Gesellschaftliche Planung und Lenkung .....	109
3. Zweites Element einer progressiven Regulationsweise: Gebändigter Marktmechanismus .....	136
Marx zur kapitalistischen Regulationsweise .....	136
Monopol und Regulation. Der Wandel zu sozialstaatlicher Regulierung .....	139
Neoliberaler Finanzmarktkapitalismus und Regulation .....	143
Überwachungskapitalismus und Regulation .....	144
Mögliche Konturen des Marktes in einer sozialistischen Regulationsweise .....	152
Veränderte Eigentumsverhältnisse .....	153
Kontrolle digitaler Monopole .....	158
Rahmensetzung für den Markt durch gesellschaftliche Planung ..	163
Preise .....	165
CO <sub>2</sub> -Bepreisung .....	166
Gewinnbeteiligung .....	169

4. Drittes Element einer progressiven Regulationsweise:	
Das Handeln zivilgesellschaftlicher Akteure .....	170
Kämpfe im Pflegebereich – ihr Transformationspotenzial .....	173
Kämpfe um Wohnen – ihr Transformationspotenzial .....	178

## **Kapitel 4**

### **Klimaneutralität – zentrales Bewährungsfeld**

<b>einer zeitgemäßen Regulationsweise .....</b>	<b>182</b>
1. Klimawandel und Defizite gegenwärtiger Regulationsweise .....	184
Blockaden gegen eine progressive Regulationsweise .....	184
Defizite gegenwärtiger Regulation beim Strukturwandel der Kohleregionen .....	191
2. Gefährliche Verflechtung von Klimawandel und anderen globalen Gefahren .....	197
Klimawandel und soziale Ungleichheit .....	198
Klimawandel, Krieg und Rüstung .....	200
Klimawandel und Niedergang der Demokratie .....	203
Zwischenfazit .....	205

## **Kapitel 5**

### **Wie kann der Übergang zu progressiver Transformation und Regulationsweise in Gang kommen? .....**

1. Selbstermächtigung in Projekten von unten .....	209
2. Breite Bündnisse und Solidarität .....	211
3. Eine einende Erzählung .....	216
4. Öffentliche Diskurse .....	222
5. Der mögliche Weg: doppelte Transformation .....	223
6. Differenzierung in den Machteliten .....	227
7. Aneignung staatlicher Macht durch alternative Kräfte .....	242
8. Befreiung aus geistiger Unmündigkeit und Erneuerung der politischen Kultur .....	245
Literatur .....	256





Mit Dank an Michael Brie  
für viele wissenschaftliche  
Anregungen und andere  
freundschaftliche Unterstützung



Die Corona-Pandemie hat die Welt durchgerüttelt. Deutlicher als zuvor hat sie katalysatorartig Grunddefizite, Fehlentwicklungen und Grenzen des Kapitalismus erkennbar gemacht. Dass Millionen Menschen im Globalen Süden verhungern, dass in jedem Jahr weitere Millionen an längst heilbaren Krankheiten sterben, weil Medikamente für nicht Zahlungsfähige keine genügende Rendite abwerfen, dass zum Preis der Rüstungsexporte zahllose Kriegsoffer gehören, dass Umweltkrisen das Leben erdweit akut und langfristig bedrohen, wird zwar immer wieder beklagt. Aber alle diese Skandale gehören beschämenderweise fast schon zur makabren »Normalität« unserer Zeit.

Covid-19 kam dagegen als jähes Ereignis über die Menschheit. Als Schock trat zutage, was auch in den anderen Gestalten der Verknüpfung von Reichtumszuwachs und Verlusten steckt: Das Grundprinzip des Kapitalismus, der Profit, und der Marktmechanismus als seine Daseins- und Durchsetzungsweise sind wortwörtlich tödlich. Es ist die *kapitalistische Globalisierung*, die der Corona-Pandemie den Boden geebnet hat; erdumspannende Produktionsketten, globale Waren-, Arbeitskraft- und Touristenströme breiteten dem Virus die Teppiche aus. Die *soziale Deklassierung* großer Teile der Weltbevölkerung, Armut, Hunger und Unterernährung haben in Afrika, in Indien, Brasilien und anderen Regionen mit unterentwickelten Gesundheitssystemen noch verheerendere Folgen als in Europa. Die *profitgetriebene Umweltkrise*, eingeschlossen der Klimawandel, zerstört die Artenvielfalt und den Lebensraum von Mensch und Tier. Und per Saldo: Die *konkurrenzbedingt kurzfristig funktionierende kapitalistische Regulationsweise* hat die seit den 1980er Jahren bekannten öffentlichen Warnungen von Virologen, von Nobelpreisträgern und dem Club of Rome verhallen lassen und eine weitsichtige und präventive sozial-ökologische Politik verhindert.

Die Corona-Pandemie ist nicht allein ein externes biologisches Phänomen, sie ist zugleich eine systemische Krise des Kapitalismus. Versorgungsnotstände in den Kliniken wurden zum verdichteten Ausdruck für das Versagen der kapitalistischen Regulationsweise vor den hochkomplexen und langfristigen Anforderungen zur Bewältigung von Grundproblemen unserer Zeit.

In der Corona Krise wurde in spezifischer Weise ein allgemeines Grunddefizit des Kapitalismus offenbar, die Untauglichkeit des kurzatmigen, von Monopolen dominierten Marktmechanismus als Regulationsweise in einer Epoche, die dringlicher denn je strategisches gesellschaftliches Handeln über Generationen hinweg erfordert.

Schon die mehrdimensionale Große Krise am Ende der ersten Dekade unseres Jahrhunderts war mit einem verstärkten Aufbrechen dieses Widerspruchs verbunden. Verunsicherungen und Kontrollverluste mündeten in wachsenden Einfluss von Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Autoritarismus. Aber die Krise des Neoliberalismus hat zugleich alternativen linken Diskursen neuen Anstoß gegeben und Sozialismus mit neuen Inhalten wieder erwägbare gemacht – ob nun bezeichnet als solidarische Gesellschaft, als Ökosozialismus, Neosozialismus, demokratischer grüner Sozialismus oder wie auch immer (Brie 2022; Dörre 2021; Wright 2019; Dörre/Schickert 2019; Klein 2019; Porcaro 2016; Brangsch/Brie 2016; Honneth 2015).

Der Linken unterschiedlicher Couleur fällt es allerdings leichter, wünschenswerte Qualitäten einer besseren Gesellschaft zu beschreiben als einleuchtende Überlegungen zu der Art und Weise der Regulation künftiger Wirtschaft und Gesellschaft anzubieten. Zu fragen ist tatsächlich, ob es überhaupt sinnvoll möglich ist, für eine noch gar nicht existierende Gesellschaft zu diskutieren, wie ihre Regulationsweise beschaffen sein könnte. Verführt eine solche Frage vielleicht nur in ein Fantasieland? Oder gilt, dass auch nicht überzeugend ist, für eine bessere Gesellschaft ganz ohne Vorstellungen von ihrer Funktionsweise zu wirken? Zumal Sozialismus von rechten Kräften gebetsmühlenartig mit autoritärer zentralistischer und ineffizienter Planung gleichgesetzt wird. So sind Überlegungen zu einer möglichen künftigen progressiven Regulationsweise der Gegenstand der hier vorliegenden Arbeit. Sie beginnt mit einer Frage, die das erste Kapitel bestimmt.

# Kapitel 1

## Ist Gesellschaftssteuerung prinzipiell überhaupt möglich?

»Ist Gesellschaftssteuerung prinzipiell möglich oder bezeichnet der Begriff einen irrealen Sachverhalt?« (Wiesenthal 2006: 25) Diese Frage Helmut Wiesenthals ist keineswegs abwegig. Für das Nachdenken über die mögliche Regulationsweise in einer künftigen Gesellschaft des demokratischen grünen Sozialismus und auf dem Weg dorthin hat sie erhebliche Bedeutung. Denn von ihrer Beantwortung hängt ab, ob es überhaupt Erfolg verspricht, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, wie eine kommende solidarische Gesellschaft bewusst mit politisch gesetzten Zielen gelenkt werden kann. Günther Bachmann fragte nach Jahrzehnten eigener praktischer Erfahrung im Regierungsapparat der Bundesrepublik: »Gibt es Wandel durch Strategie? Die nachhaltige Entwicklung ist geradezu darauf angewiesen, diese Frage mit Ja zu beantworten.« (Bachmann 2021: 59)

Natürlich werden Wirtschaft und andere gesellschaftliche Prozesse in jeder Gesellschaft irgendwie reguliert. Aber wenn nach einer Regulationsweise für sozialistische Bedingungen oder nach Regulierung im Sinne einer progressiven Richtungsänderung bereits unter kapitalistischen Verhältnissen gefragt wird, ist eine »intendierte Einflussnahme der Gesellschaft auf ihre Entwicklung« (Wiesenthal 2006: 25), also die Selbstgestaltung der Gesellschaft in eine gewollte Richtung gemeint. Solche »transitive Einflussnahme« bedeutet nicht, dass die eine Seite in der Gesellschaft steuert und die andere gesteuert wird. Sondern: »Die Gesellschaft selbst bzw. die sich steuernde Einheit (die Gruppe, die Organisationen oder das gesellschaftliche Teilsystem) fungieren sowohl als Subjekt als auch als Objekt von Steuerung.« (ebd.)

### 1. Negative historische Erfahrungen

Historische Erfahrungen könnten so gedeutet werden, dass eine Regulationsweise mit einer starken zielgerichteten Komponente nicht erfolgreich sein kann. Sind doch viele frühsozialistische Experimente daran gescheitert, dass die eingeführten Regelungen für ein gemeinschaftliches Leben nicht lange funktionierten. Das gilt für soziale Experimente wie die Großkommune Robert Owens im schottischen New Lanark und seine Siedlung New Harmony in Indiana/USA. Die sozialreformistisch-kommunistischen Grund-

prinzipien Owens reichten weit hinein in die Zukunft. Doch eingebettet in eine manchesterkapitalistische Gesellschaft stießen sie an ihre Grenzen. Aber auch bedingt durch die patriarchale Lenkung dieses Reformprozesses von oben und die weitgehende Beschränkung individueller Freiräume scheiterten sie schließlich (Brie 2011; Saage 1991: 167). Das gilt auch für andere Ansätze gemeinschaftlicher Gestaltung des Lebens, etwa für religiöse Sekten und Gemeinschaften aller großen Weltreligionen, beispielsweise für die Wiedertäufer, für die Hussitenbewegung des 15. Jahrhunderts, die eine Gesellschaft der Freien und Gleichen erstrebte, und für den französischen Arbeiterkommunismus des 19. Jahrhunderts. Oft allerdings waren nicht allein die inneren Defizite dieser Experimente die Ursache ihres Scheiterns, sondern sie wurden im Auftrag der Herrschenden gewalttätig zerstört – wie bei der Zerschlagung der kommunistischen Siedlungen der Digger Mitte des 17. Jahrhunderts in England oder bei der Niederschlagung der chinesischen Taipingrevolution (Brie 2016: 12-62).

Die gravierendste negative Erfahrung unter den Versuchen des Aufbruchs zu einer menschengerechten Gesellschaft und einer emanzipatorisch wirkenden Regulationsweise war die Implosion des Staatssozialismus in der Sowjetunion und in Osteuropa. 1917 war in Russland ein Stern der Hoffnung aufgegangen, der weit über die Grenzen des zaristischen Reiches hinaus strahlte. Die Bolschewiki hatten den Beweis geliefert, dass der kapitalistischen Ausbeutung ein Ende gesetzt werden kann. Sie hatten den Krieg beendet und den Bauern Boden gegeben. Die Bevölkerungsmehrheit konnte sich vom Analphabetismus befreien. Unter unglaublichen menschlichen Opfern wurde in kürzester Zeit eine Industrialisierung vorangetrieben, die die ökonomischen Grundlagen für den Hauptanteil der Sowjetunion am Sieg über den Hitlerfaschismus schuf.

Aber der Traum von einer besseren Gesellschaft war, namentlich unter Stalin, mit staatlichem Terror verbunden, der für Millionen Menschen den Tod bedeutete (Schlögel 2008). Das zentralistische Machtssystem blockierte zivilgesellschaftliches Engagement und setzte geistiger und politischer Freiheit der Bürgerinnen und Bürger enge Grenzen. Als es nicht mehr um rasante Industrialisierung um jeden Preis ging, sondern um technologische und soziale Innovationen, um den Einklang von Ökonomie und Ökologie, war die zentralistische Regulationsweise am Ende. Der Staatssozialismus brach zusammen. Weltweite Hoffnungen auf eine bessere Form des Gemeinwesens zerronnen. Noch heute dämpft diese Erfahrung die Motivation zur Suche und Erprobung neuer Formen progressiver Regulation.

In Jugoslawien wurde das Experiment einer zunehmend dezentralisierten »sozialistischen Marktwirtschaft« praktiziert (Horvat 1969; Schulz 2015;

Krüger 2016: 328-345). In den 1960er Jahren wurde noch rund ein Drittel der Investitionen zentralstaatlich kontrolliert. Ab Ende der Sechziger ging die Hälfte der bis dahin noch vom Bundesstaat eingenommenen Steuern an die einzelnen Republiken Jugoslawiens. Dadurch schrumpfte die zentralstaatliche Steuerpotenz noch weiter als zuvor. Der Schwerpunkt der Regulierungskompetenz lag bei den Unternehmen, deren betriebswirtschaftliche Entscheidungen das Übergewicht über die (Nicht-) Regulierung der volkswirtschaftlichen Proportionen gewannen. Da die Besteuerung der Unternehmen vor allem den Teilrepubliken zugute kam, wuchs nicht nur das Einkommensgefälle zwischen den Unternehmen, sondern auch die Wirtschaftskraft der einzelnen Republiken entwickelte sich sehr ungleich. Das verstärkte deren historisch begründetes nationalistisches Gegeneinander und die Brüchigkeit des jugoslawischen Gesamtstaates. Ökonomisch war dieser schon vor dem politischen Aus zerbrochen. Unternehmensintern nahm der Kampf um die Aufteilung des Betriebsergebnisses zwischen Einkommen für die Beschäftigten und dem Anteil für Investitionen zu – zu Lasten der Investitionen. Die Selbstverwaltung der Unternehmen erlitt zudem durch Interessengegensätze zwischen den Belegschaften und den von ihnen gewählten Unternehmensleitungen Schaden – Wissensvorsprünge und zunehmende Privilegien der Manager führten zu deren Verselbstständigung und Entfremdung von der Mehrheit der Beschäftigten. Die Bürgerkriege in Slowenien, Kroatien und Bosnien und die Aggression der NATO gegen Jugoslawien (Dahn 2009: 199-234) besiegelten schließlich den ökonomischen Niedergang Jugoslawiens und seinen Zerfall.

In Lateinamerika keimte nach Jahrhunderten kolonialer Unterdrückung, nach Jahrzehnten der Herrschaft von Militärdiktaturen und neoliberaler Dominanz in einer Reihe von Ländern die Hoffnung auf eine dauerhafte progressive Transformation mit emanzipatorischen Perspektiven auf. Aber im letzten Jahrzehnt ist der hoffnungsvolle progressive Zyklus auf dem lateinamerikanischen Kontinent in einen Vormarsch des Neoliberalismus, rechts-extremer und autoritärer Kräfte und in erneut verstärkten Einfluss der USA umgeschlagen. Die staatliche Wirtschaftspolitik einer Reihe linksorientierter Regierungen hat das extraktive und exportorientierte Wirtschaftsmodell ihrer Vorgänger nicht durchbrochen, sondern eher noch auf die Spitze getrieben. In den ersten Jahren linker Regierungen wurde die Unterstützung weiter Teile der Bevölkerung mithilfe wirkungsvoller Sozialprogramme erreicht, die aus den Exporterlösen von Rohstoffen, insbesondere des Erdöls, finanziert wurden. Aber der von den alten Machteliten beherrschte Staat erfuhr kaum eine demokratische Erneuerung. In Venezuela, Bolivien, Ecuador und in Brasilien wurde versäumt, die Rohstoffrenten in nennens-



wertem Umfang für den Aufbau eigener binnenmarktorientierter Industrien einzusetzen. Vielfach wurden die Interessen indigener Völker am Erhalt ihrer natürlichen Lebensbedingungen, nicht zuletzt der Regenwälder, missachtet und mit Unterdrückungsmaßnahmen beantwortet. Anfängliche Demokratisierungsprozesse von unten wie die *consejos comunales* und die *Misiones* in Venezuela wurden gestoppt und wichen autoritären Regierungsformen, die zunehmend mit Personenkult und Korruption verbunden sind. Venezuela geriet in eine tiefe Wirtschafts-, Versorgungs- und Gesellschaftskrise. In Brasilien ist Präsident Bolsonaro dabei, in einer Kombination von ultraneoliberaler Wirtschaftspolitik, Nationalismus, Antifeminismus, religiösem, vielfach evangelikalem Fundamentalismus, homophober Politik, Militarisierung der Schulen und Unterwerfung unter US-amerikanische Interessen eine autoritäre Herrschaft mit neofaschistischen Zügen zu errichten.

War also alles umsonst? Und ist dieses Umsonst zugleich ein Urteil über die Zukunft aller alternativen Anstrengungen? Diese Frage stellen sich viele Millionen Sozialisten und Kommunisten immer wieder. Dick Boer, niederländischer Theologieprofessor, katholischer Priester und Sozialist, schrieb: »Es war alles umsonst [...] Sie dachten, dass eine andere Welt als die verkehrte möglich war. Sie haben Bewegungen erlebt, die etwas bewegen. Sie haben sich in diesen Bewegungen engagiert – in der, wie sie meinten, begründeten Hoffnung, die Welt ließe sich verändern, und zwar radikal. Weil es so, wie es war, nicht weitergehen konnte. [...] Jetzt aber müssen sie erkennen. Es war alles umsonst. Ja es war schon immer alles umsonst gewesen. Nie hatte eine Befreiungsbewegung wirklich zur Freiheit geführt. Stets war, wo sie siegte, das Ergebnis neue Unfreiheit. Meistens jedoch wurde sie besiegt von der Ordnung, aus der sie herausführen sollte.« (Boer 2019: 11)

Boer hat den Horizont der Frage nach berechtigtem Festhalten oder Widerlegung der Hoffnung auf eine bessere Welt bis zum Alten Testament ausgeweitet. »Es hat in der Geschichte wohl kaum ein Volk gegeben, das so viel Hoffnung hatte wie das biblische Israel. Denn dieses Israel hatte, mitten im ›Nihil‹, aus dem Nichts, das Wort eines Gottes gehört, der versprach, es aus der Sklaverei herauszuführen und dies auch tat. Hier kann man in der Tat von begründeter Hoffnung sprechen.« (Ebd.: 12) »Es gibt in der Geschichte keine aussichtslose Situation, sondern immer eine Perspektive. Das ist die Logik von Thora und Propheten.« (Ebd.: 13) »Und dann gibt es diese schreckliche Erfahrung: Diese Logik stimmt nicht mehr! [...] Das Volk, aus der vernichtenden Wirklichkeit einer aussichtslosen Sklaverei auferstanden, muss erkennen: keine Auferstehung mehr, nur noch Vernichtung (Auschwitz).« (Ebd.)

In Dick Boers Buch »Wenn alles nicht mehr stimmt [...] Hiob rettet den NAMEN« ist es Hiob, der den Kampf zwischen hoffnungsvoller Erwartung

und Abschied von aller Zuversicht verkörpert. Hiob, reich an Gütern, Nachkommen und Ansehen, gläubig und gottgefällig, musste erfahren, dass Gott ihn verlassen hat. Dass ER die Menschen in ihrer Not verlassen hat. Hiob verliert seine Söhne, Hab und Gut und Anerkennung. Er wird in den Staub hinabgetreten. Er haderte mit Gott, er klagt ihn an: »Du hast dich verwandelt in etwas Grausames (30.21).« Und die Frage ist, ob er in einer Welt, die scheinbar ohne Perspektive ist, dem NAMEN noch die Treue halten kann und soll. Dürfen Menschen nach so viel Scheitern von Hoffnung realistisch denkend noch an der Vision einer menschengerechten Welt festhalten und entsprechend handeln? Und vernünftigerweise über die Umriss ihrer Konstruktion, auch ihrer Regulationsweise, nachdenken?

Lange Zeit in Dick Boers Buch scheint es so, als wolle Hiob alle Hoffnung – in seinem Falle auf den NAMEN – aufgeben. Aber schließlich – trotz all seiner schrecklichen Erfahrungen – »auch wenn er wohl nie das fatale Gefühl losgeworden ist, es könnte doch alles umsonst gewesen sein«, konnte Hiob es nicht lassen zu bekennen: »Mein Erlöser lebt.« »Es wird eine Zeit kommen, da [...] Auf diese Zeit darf Hiob – und dürfen wir mit ihm – hoffen.« (Ebd.: 179) Nicht aus Glaubensgründen wird dies hier behauptet, sondern, wie sich zeigen wird, aufgrund realistischer Erwägungen.

Sprechen die historischen Erfahrungen bis in die jüngste Zeit also generell gegen die Chancen einer solidarischen Gesellschaft und gegen die Möglichkeit einer die Wirtschaft und Gesellschaft progressiv steuernden Regulationsweise? Oder bedeuten diese Erfahrungen – zumal vor dem Hintergrund der Herausforderungen zur Abwendung einer Klimakatastrophe und zur Bewältigung einer sozial-ökologischen Zeitenwende, zu Stiftung von Frieden weltweit, zur Überwindung von Armut und zu globaler Demokratisierung – nichts anderes, als aus den Fehlentwicklungen der Vergangenheit lernen zu müssen, um zu einer menschengerechten Gesellschaft samt ihrer alternativen Regulationsweise zu gelangen?

Hier wird die Auffassung vertreten, dass eine sozial-ökologische und demokratisch orientierte Regulationsweise möglich ist – trotz prinzipieller Unsicherheit über die Zukunft, trotz Hyperkomplexität der zu regulierenden ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklungen, trotz begrenzten Wissens über die Vielzahl von Einflussfaktoren und trotz oft gegenläufigen Handelns der beteiligten Akteure.

Die plurale Linke bringt, so wurde eingangs festgestellt, durchaus Vorstellungen über wünschenswerte Grundeigenschaften künftiger solidarischer oder demokratisch-sozialistischer Gesellschaften hervor. Seltener in linken Diskursen sind aber Überlegungen dazu, wie die Wirtschaft und das soziale Ganze solcher Gesellschaften reguliert werden könnten. Es ist eben

schwierig, für Gesellschaften, die noch gar nicht existieren, auch noch zu bedenken, auf welche Weise sie denn reguliert werden könnten ohne in das Reich der Spekulation zu geraten.

Der Umgang mit diesem Problem könnte darin bestehen, zunächst über die in den gegenwärtigen Verhältnissen sich bereits abzeichnenden Übergangsprozesse zu Gesellschaftsalternativen nachzudenken, über den »Vor-Schein« (Ernst Bloch) künftig möglicher Regulationsweisen schon im Heute. Das würde erheblich zu der erforderlichen Realitätsnähe auf der Suche nach einer alternativen Weise der Regulierung beitragen können. Aber solches Vorgehen birgt die Gefahr, doch allzu sehr am Gewohnten festzuhalten, das Tor zu einer Alternative nicht wirklich zu öffnen. Deshalb wird eine zweite Seite des Zugangs zu einer alternativen Regulationsweise unumgänglich sein. Diese wird sich zwar kaum anders als anknüpfend an bereits bekannten Vorformen des Künftigen entwickeln können, aber sie wird innerhalb eines grundsätzlich neuen Denkhorizonts zu gestalten sein:

Die kommende Regulationsweise muss Wirtschaft und Gesellschaft aus der Zerstörung der Natur herausführen und sie in die Reproduktionszyklen der Natur einfügen. Sie darf nicht mehr Treibhausgase hervorbringen, die die Erdatmosphäre tödlich erwärmen, als die Ökosysteme zugleich binden können, nicht mehr die Erde mit Müll und die Ozeane mit Plastik überhäufen, nicht die Ökosysteme bis zu irreparablen Kippunkten untergraben. Statt Wachstum um den Preis der Zerstörung voranzutreiben, wird es um Entwicklung auf der Basis erneuerbarer Ressourcen und in der Gestalt einer Kreislaufwirtschaft im Rahmen globaler Gerechtigkeit gehen. Der Inhalt der künftigen Regulation wird um Welten verschieden von dem der bisher dominierenden Regulation sein. Und deshalb wird auch die Regulationsweise selbst von Grund auf zu verändern sein.

Maja Göpel hat ihr Plädoyer, die Welt neu zu denken, mit einem trefenden Beispiel illustriert (Göpel 2020: 37f.). Im März 2018 ging bei der US-Patentbehörde der Patentantrag für eine neue Technik aus Japan ein. Angesichts des Bienensterbens sollen künftig Minidrohnen die künstliche Bestäubung von Pflanzen übernehmen. Die Natur soll technisch überlistet werden, um sie weiter zerstören zu können. Ein ganz neues technisches Produkt soll an die Stelle eines natürlichen Ökosystems treten. Das entspricht dem Mainstreamdenken: technische Lösungen, statt dem Wachstumsfuror ein Ende zu machen, statt progressiver gesellschaftlicher Transformation. Das technologisch Neue eingefügt in das gesellschaftlich Alte. Genau das funktioniert nicht mehr, es führt in die Katastrophe.

Nicht schrankenloses Wachstum, sondern nachhaltige Entwicklung wird zu regulieren sein. Die kommende Regulationsweise wird nicht mehr um

jeden Preis das Wachstum voranzutreiben haben. Sie wird solche Prozesse und Branchen fördern, die die sozialen Bedingungen für die freie Persönlichkeitsentfaltung einer und eines jeden und die Reproduktion einer gesunden Natur sichern. Sie wird den Rückbau von Wirtschafts- und Gesellschaftsbereichen bewirken, die diesen beiden Aufgaben entgegenstehen.

Was spricht bei allen Schwierigkeiten und Unwägbarkeiten für die prinzipielle Möglichkeit einer derart alternativen Regulationsweise? Dafür sprechen erstens der Zwang zu vorausschauendem Handeln, der von den ungelösten innergesellschaftlichen und globalen Problemen ausgeht, zweitens der Druck, der bei starken Veränderungen der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse von progressiven Akteuren ausgeübt werden kann, und drittens positive historische Erfahrungen, die zu wenig zur Kenntnis genommen werden.

## 2. Handlungszwang durch ungelöste globale Probleme

Handlungszwang schafft noch keine Realität veränderten Handelns. Wohl aber verweist er auf die äußerste Dringlichkeit von Suchprozessen nach neuen Möglichkeiten der Regulation. Nicht allein die staatssozialistische zentrale Planung und Leitung, sondern auch die kapitalistische Regulationsweise, der Marktmechanismus und seine rechtskeynesianischen neoliberalen Modifikationen haben versagt, wo es um die wirklich großen Überlebensfragen geht. Daher wächst der Druck zur Neulandsuche, aus dem die Entwicklung neuer Weisen der Regulierung entspringen könnte.

- Die Coronakrise ist das jüngste opferreiche Beispiel dafür, dass extreme Problemlagen einen Bruch mit der vorherrschenden Regulationsweise herausfordern – wenigstens Schritte in Richtung solchen Bruchs. Jeder Zeitverlust in der Umstellung auf eine problemgerechte Bearbeitung dieser Krise kostete das Leben zehntausender Menschen. Die Corona-Pandemie hat bloßgelegt, dass vor allem in Staaten, in denen der Marktradikalismus dominiert, das Gesundheitswesen und die Gesamtheit der nicht oder wenig profitablen physischen und sozialen Infrastruktur im Gefolge von Privatisierung und Austeritätspolitik unterentwickelt sind. Personelle und materielle Ressourcen zur Bekämpfung von Epidemien und Pandemien wurden dort weggespart. Es fehlte weitgehend und zum Teil sogar in den reichen Ländern an Betten für Intensivbehandlung, Beatmungsgeräten, Schutzmasken und Testmaterial.

Illusionen über das Regulationspotenzial des Marktes haben notwendiges staatliches und zivilgesellschaftliches Handeln blockiert und seit

Jahrzehnten eine den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gemäße neue Kombination von vorausschauender gesellschaftlicher Planung und Lenkung, einzuhegendem Markt und einflussstarkem Handeln zivilgesellschaftlicher Akteure blockiert. Die Pandemie hat innerhalb von Tagen und Wochen offenbar gemacht, dass die gesamte gegenwärtige Regulationsweise umwälzender Veränderung bedarf. Plötzlich wurde sichtbar, dass nicht ohne eine andere Regulationsweise ein viel größeres Gewicht der medizinischen Einrichtungen, der sozialen Dienste und ihrer materiellen Infrastrukturen im Verhältnis zur Produktion zu erreichen ist. Ohne Neuland in der Regulierung wird der Vorsorge im Verhältnis zu kurzfristiger Kapitalrentabilität kein Vorrang zu sichern sein. Ohne eine andere Regulierung keine Aufwertung der Care- oder Sorge-Arbeit im Verhältnis zur Arbeit in der Luxusgüterherstellung, in der Werbewirtschaft oder gar Rüstungsproduktion, kein größeres Gewicht der lokalen und regionalen Wirtschaft im Verhältnis zu globalen Produktionsketten.

Mit der Aussicht auf eine Abschwächung der Coronakrise geht nicht zufällig der Streit darüber einher, ob eine »Normalisierung« nach der Pandemie mit der Rückkehr zur neoliberalen Marktdominanz verbunden sein soll. Soll die Schuldenbremse erneut die Möglichkeiten staatlichen Handelns zu Gunsten der Märkte einschränken? Soll die Austeritätspolitik dem Staat weiter seine sichtbaren Hände binden? Oder ist aus allen Krisen unserer Zeit zu lernen, dass die Gesellschaft Formen der Lenkung und Planung und der Bändigung der profitgeleiteten Märkte finden muss?

Hans-Werner Sinn und Peer Steinbrück haben in der Süddeutschen Zeitung vom 12./13. Mai 2021 ein »Ende der Schuldenpolitik« gefordert. Clemens Fuest, Präsident des Ifo-Institutes, Gabriel Felbermayr, Präsident des Kieler Institutes für Weltwirtschaft, und andere Prominente aus der Zunft der Ökonomen haben in der FAZ vom 9. Juli 2021 kategorisch eine »Rückkehr zur Marktwirtschaft« verlangt.

Michael Wendl verweist dagegen auf die Macht der Realität (Wendl 2021). Für 2020/21 hat sich der Bund erst einmal durch die Begebung von Staatsanleihen in Höhe von 470 Milliarden Euro verschuldet. Der enorm zu beschleunigende Ausbau der erneuerbaren Energien, die Wasserstoffstrategie der Bundesregierung, die gesamte Klimapolitik und die Digitalisierung werden dauerhaft staatliche Lenkung und Finanzierung in früher nie gekanntem Umfang erfordern.

- Der Klimawandel und das Herannahen einer Klimakatastrophe verweisen seit Jahrzehnten auf das gleiche Grundproblem wie die Coronakrise. Ohne den Übergang zu einer rettenden Produktions- und Regulationsweise werden die Existenzgrundlagen großer Teile der Menschheit in na-

her Zukunft der Zerstörung anheimfallen. Dieser Übergang ist jetzt geboten, nicht irgendwann.

Klimawandel, Verlust der Artenvielfalt, Erwärmung und Versauerung der Ozeane sowie der Anstieg der Meeresspiegel, Vernichtung von Regenwäldern, Zerstörung der Böden und Ausweitung von Wüsten, Dürren, Überschwemmungen und sogenannte »außerordentliche Wetterereignisse« stehen in so komplexen Zusammenhängen, dass von ökologisch und sozial blinden Märkten kein erfolgreiches Gegensteuern zu erwarten ist. Die profitgetriebene Marktkonkurrenz ist vielmehr die Hauptursache des vorherrschenden destruktiven Wachstumstyps.

- Niemals nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und des Kalten Krieges war die Gefahr eines nuklearen Krieges so groß wie in der Gegenwart. Der Angriffskrieg gegen die Ukraine und Kriege in vielen anderen Ländern der Erde kosten Millionen Menschen ihr Leben, zerstören ihre Lebensgrundlagen, lösen Migrationswellen aus, führen zum Zusammenbruch der staatlichen Regierungsarbeit in Dutzenden Ländern, münden in Kriminalität und tragen erheblich zu Umweltzerstörungen und Reproduktion von Armut bei. Militäraufwendungen verschlingen Ressourcen, die dringlich für die Umwelt-, Gesundheits- und Sozialpolitik benötigt werden.

Neue Regulationsweisen, die das produktive Potenzial der Menschheit in friedliche Bahnen umlenken, auf die Lösung globaler Probleme konzentrieren und zur Bändigung aggressiver Kräfte beitragen, werden zur Überlebensfrage. Friedenspolitik braucht Regulierungsmechanismen, die die Volkswirtschaftsstrukturen der Rüstung entreißen und Konversion zu nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung einleiten – nicht irgendwann, sondern ohne Zeitverzug.

- Absolute Armut und Hunger betreffen rund eine Milliarde Menschen, obwohl der Reichtum auf der Erde und die produktiven Kräfte der Menschheit nie so groß wie gegenwärtig waren. Die Kluft zwischen Armut und Reichtum vergrößert sich ungebrochen. Der soziale Sprengstoff wächst. Für verhungernde Kinder in großen Teilen der Erde, für Hunderte Millionen Menschen ohne menschenwürdige Behausung, ohne elementare hygienische Lebensbedingungen, ohne ausreichende Gesundheitsversorgung und ohne Bildungschancen werden hehre Entwicklungsziele leere Deklarationen bleiben, wenn Institutionen der Regulierung ausbleiben, die soziale und ökologische Ziele umsetzen.
- In vielen Teilen der Erde verläuft eine Erosion der Demokratie, gewinnen autoritäre Herrschaftsformen an Gewicht, nehmen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus bedrohlich zu. Autoritäre politische Herrschaftsformen und Verweigerung von Wirtschaftsdemokratie durch Konzern-

macht ergänzen sich wechselseitig als zwei Seiten des Autoritarismus. Umgekehrt wird der Übergang zu einer wirtschaftsdemokratischen Regulationsweise zum wichtigen Teil des Widerstandes gegen die Neue Rechte. Dieser Kampf kann nicht hinausgeschoben werden.

### 3. Druck von unten als Bedingung progressiver Regulation

In aller Regel gehen wirkliche große Umbrüche in der Richtung progressiver Entwicklung nicht ohne Not von den mächtigen Wirtschaftsunternehmen und von den herrschenden politischen Kräften aus. Revolutionen werden von den Ausgebeuteten und Unterdrückten gemacht. Progressiver Wandel im Rahmen der herrschenden Verhältnisse allerdings kann auch von alarmierten Teilen des Blocks an der Macht ausgehen, bedarf aber zumindest auch dann eines starken Drucks von unten aus den Initiativen breiter Bevölkerungsteile, aus politischen, sozialen und ökologischen Bewegungen. Diese bergen Hoffnung auf progressive Gesellschaftsgestaltung. Wie im Folgenden darzustellen, bildete sich der New Deal in den 1930er Jahren in den USA geführt von flexiblen Teilen der Machteliten, jedoch unter dem Druck militanter Teile der Arbeiterschaft, aufbegehrender Arbeitsloser, politisierter Intellektueller und eines großen Teils der Farmer heraus.

Als das Deutsche Klimakabinett am 20. September 2019 im Kanzleramt sein »Klimaschutzprogramm 2030« beriet, tat es dies auch angesichts weltweiter Klimaaktionen. Mehrere Millionen Jugendliche und Erwachsene gingen an diesem Tag für eine rettende Klimapolitik auf die Straße. In New York demonstrierten eine Viertelmillion Menschen, in Berlin nach Angaben der Veranstalter 270.000, nach Polizeiangaben jedenfalls mehr als 100.000. In Hamburg waren es 80.000 Demonstrierende und in rund 500 deutschen Städten insgesamt weit mehr als eine Million. Ein Jahr zuvor hatte sich die Schülerin Greta Thunberg mit einem Pappschild »Fridays for Future« vor das schwedische Parlament gesetzt, statt in die Schule zu gehen. Wenn die Zeit reif ist, können sich soziale Bewegungen explosionsartig entfalten und das Potenzial für fundamentalen Wandel entwickeln. Aber das beschämende Zurückbleiben der Bundesregierung hinter den dringlichsten Erfordernissen des Klimaschutzes verweist zugleich darauf, dass der Druck von unten noch nicht ausreicht. Noch viel breitere Bündnisse sind erforderlich. Die Gewerkschaften haben sich bisher noch daran gehalten, dass in Deutschland politische Streiks per Gesetz als nicht hoffähig gelten.

## 4. Impressionen von Untergang und Überlebensfähigkeit vorkapitalistischer Gesellschaften

Selbst ein Blick zurück in die Geschichte des Untergangs früher vorkapitalistischer Gesellschaften oder ihres Überlebens über Jahrhunderte und Jahrtausende hinweg birgt Denkanstöße für künftige Regulationsweisen. Deshalb mag hier ein kurzer historischer Exkurs legitim sein, der der Regulationsproblematik nur scheinbar fern ist.

### Außereuropäische Erfahrungen

Der Untergang früherer Gesellschaften hatte in der Regel sehr verschiedene unglücklich verwobene Ursachen. Aber meist war eine davon die Unfähigkeit, die langfristigen ökologischen und sozialen Folgen des eigenen Handelns zu verstehen und entsprechend zu handeln. Das trifft beispielsweise auf den Untergang von Gesellschaften auf der Osterinsel und anderen Inseln Polynesiens (Pitcairn und Hendersen) zu, auf das Ende der Anasazis im Südwesten der USA, des Wikingerreiches in Normannisch-Grönland und nicht zuletzt auf den Untergang des Mayareiches. Andere frühere Gesellschaften haben Jahrhunderte ihr Gleichgewicht mit der Natur erhalten und mit langfristig wirksamen Entscheidungen ihre Reproduktion sichern können (Diamond 2005). Wenn es hier um funktionsfähige Regulationsweisen der Zukunft geht, kann daher ein Blick auf längst vergangene Regulationsweisen Warnungen und Anregungen bergen.

Die Osterinsel war von zwölf Sippen bewohnt, die von ihren Häuptlingen angeführt wurden. Die frühen Bewohner der Insel haben der Nachwelt erstaunliche Kulturgüter hinterlassen. Aus dem Fels in einem riesigen Krater schlugen sie mit Steinwerkzeugen Hunderte Statuen heraus. Diese waren zwischen vier und sechs Meter hoch und wogen 10 bis 270 Tonnen. Die Häuptlinge sahen diese Statuen als ihre Prestige- und Machtsymbole an. Sie ließen sie weite Strecken transportieren – vermutlich auf einer Art kilometerlanger Holzleiter, über die die Statuen auf Holzschlitten ausschließlich mit menschlicher Kraft gezogen wurden. Im Verlauf der Prestigekämpfe zwischen den Häuptlingen wurden immer mehr Bäume geschlagen, auch für die Anfertigung der für den Transport erforderlichen Seile aus pflanzlichem Material. Vom Anfang des 15. bis in das 17. Jahrhundert hinein wurde der Wald reduziert, bis der letzte Baum fiel. Damit waren auch die Baumstämme für den Bau seetüchtiger Kanus zum Fischfang verschwunden. Es gab kein Brennholz mehr. Die Vogelbestände waren vernichtet. Der Boden erodierte. Der Anbau von Nutzpflanzen für die Ernährung schwand dahin. Hungersnöte brachen aus, und sogar Kannibalismus trat auf. Die Ressour-



cenknappheit führte zu Kriegen zwischen den Sippen der Insel. Jared Diamond schrieb, »die Osterinsel ist das eindeutigste Beispiel für eine Gesellschaft, die sich durch übermäßige Ausbeutung ihrer eigenen Ressourcen selbst zerstört hat.« (Ebd.: 152) Mehrere Faktoren wirkten zusammen: ein rücksichtsloser Umgang mit der Natur; kulturelle, teils religiöse Muster und die Fixierung auf den damit verbundenen Verbrauch von Ressourcen für Zwecke, die der ökonomischen Reproduktionsfähigkeit schaden (in diesem Falle der Aufwand für die Statuen); Konkurrenzverhalten (in diesem Fall zwischen den Häuptlingen und Sippen); schließlich Kriege, die aus der Verknappung der Ressourcen resultierten.

Bei kritischem Bedenken werden diese Momente in gewandelter Form auch in gegenwärtigen Krisenprozessen erkennbar. Progressive Regulationsweisen müssen von solchen destruktiven Phänomenen befreit werden.

Auch die bewundernswerte Hochkultur der Maya ging trotz deren entwickelter Einsichten in viele Naturprozesse durch ähnliche Umstände zu Grunde. Die Maya brachten die am höchsten entwickelte Kultur der präkolumbianischen Neuen Welt hervor. Schon um 500 vor unserer Zeitrechnung gab es größere Bauwerke. Um das Jahr 800 existierten etwa 30 Paläste von Königen und Adligen. Schriften der Maya werden schon seit 400 v. Chr. datiert. In der Mitte des Mayagebietes, in El Mirador, wurde eine der größten Pyramiden der Welt errichtet. Aber mit einem starken Wachstum der Maya-Bevölkerung gingen Entwaldung und eine daraus folgende Erosion von Böden einher. Landwirtschaftlich nutzbare Flächen gingen verloren, während die Bevölkerung anwuchs. Feindseligkeiten zwischen den Mayastämmen mündeten in Kämpfe um die knapper werdenden Ressourcen. Die Maya hätten ihre hoch entwickelten Fähigkeiten auf überlebensnotwendige Aufgaben konzentrieren müssen. Aber dem entgegenwirkte, wie Diamond feststellte, »die Konkurrenz zwischen Königen und Adligen, die von der Lösung grundlegender Probleme ablenkte und zu einer Konzentration auf Kriege und auf den Bau von Denkmälern führte.« (Ebd.: 202) Hinzu kamen im Lauf der langen Existenz der Maya-Reiche mehrere Umweltkatastrophen und die Unterwerfung und Ausplünderung der Mayagebiete durch die Spanier seit 1527, die erst 1697 zur Eroberung des letzten Fürstentums führte. »Wie die meisten Herrscher der Menschheitsgeschichte, so grübelten auch die Könige und Adligen der Maya nicht über langfristige Probleme, soweit sie diese überhaupt wahrnahmen.« (Ebd.: 223)

Denk- und Handlungsmuster der Maya mögen auf den ersten Blick keine Gemeinsamkeiten mit dem heutigen Stand des Wissens, mit gegenwärtigem Vordenkenden, mit Diskursen der Moderne und mit dem Handeln der Machteliten aufweisen. Aber bei näherer Betrachtung drängen sich Fragen

auf: Steht die Bewahrung der Naturgleichgewichte wirklich im Zentrum der gegenwärtigen Regulationsweise? Ist es etwa gelungen, anstelle der Konkurrenz eine zeitgemäße globale Kooperation zur Lösung der Menschheitsprobleme zu entwickeln? Lassen sich die Machteliten heute tatsächlich von langfristigen Strategien leiten? Werden Ressourcen in unserer Zeit etwa nicht mehr für abwegige Zwecke eingesetzt, sodass sie für das wirklich sozial und ökologisch Erforderliche fehlen?

Als eine große Erfolgsgeschichte dagegen schildert Diamond die Selbstverwaltung auf Dorfebene im Hochland von Neuguinea (ebd.: 349-357). Bis diese Region in den 1930er Jahren »entdeckt« wurde, lebten die Menschen dort 46.000 Jahre hindurch autark. Den Vertretern der Moderne galten sie mit ihren vorsintflutlichen Werkzeugen als primitives Volk. Aber ihre Produktions- und Lebensweise beruhte Jahrtausende lang ohne Anweisungen von oben aufgrund von Überlieferungen auf funktionsfähigen landwirtschaftlichen Bewirtschaftungsmethoden. Senkrecht verlaufende Abflussgräben verhinderten an den zum Teil bewirtschafteten Berghängen, dass die Regenmassen die Erde mitrissen. Dadurch war der Terrassenanbau landwirtschaftlicher Produkte möglich. Schnell wachsende Kasuasinenbäume wurden rechtzeitig gepflanzt, als zu viel ursprünglicher Wald abgeholzt wurde. Fruchtfolgenwechsel schonte die Böden. Sümpfe wurden mit Bewässerungssystemen in nutzbares Land verwandelt.

Im mittelalterlichen Japan hatten schon zwischen 1660 und 1700 die Shoguns, die eigentlichen Machtträger hinter dem Kaiser, die Weisheit, auf die vorangegangenen Zeiten des Booms von Holzbauten und der Waldreduzierung mit einer langfristigen Strategie der Holzbewirtschaftung zu reagieren. Das war lebenswichtig, weil der Bestand an Wäldern für abgeschlossene autarke Gesellschaften ein zentrales Element ihrer natürlichen Lebensgrundlagen ist. Aus dem Jahr 1666 sind Warnungen des Shoguns vor übermäßigen Waldverlusten, vor damit verbundenen Verlusten von Böden und Überschwemmungen bekannt. Landesweit begannen von den Obrigkeiten angeordnet Anstrengungen zur Regulierung der Waldbestände, gab es Verbote des Holzeinschlages und die Genehmigungspflicht für Bauern zum Holzfällen, wurden Plantagen mit neuem Baumbestand eingeführt.

Bewahrens wert ist eine Lehre aus solchem langfristigen Handeln in den Jahrhunderten der Tokugawa-Periode, die Jared Diamond festhielt: Es war eine lange Friedenszeit. Die Shoguns hatten rivalisierende Armeen abgeschafft. Herrscher und Beherrschte konnten damit rechnen, dass das von ihnen Geschaffene für ihre Nachkommen erhalten blieb. Vorsorge für die Zukunft machte Sinn. Frieden als eine entscheidende Bedingung für eine langfristig angelegte Denk- und Regulationsweise!

Viele indigene Völker, etwa in Kanada oder in Lateinamerika, regeln seit Jahrhunderten bis in die Gegenwart den Stoffwechsel mit der Natur in Selbstverantwortung der Gemeinwesen auf eine Weise, die die Reproduktion der natürlichen Umwelt sichert – soweit ihre angestammten Lebensräume nicht von extraktiven Industrien und agroindustriellen Konzernen zerstört werden.

In der Geschichte war in manchen Fällen eine Regulierung von oben – wie im mittelalterlichen Japan – erfolgreich, in anderen Fällen – wie in Neuguinea – eine Regulationsweise von unten, die aus den Erfahrungen der einfachen Produzentinnen und Produzenten erwuchs. Ein Hinweis darauf, dass in künftigen progressiven Regulationsweisen das Verhältnis von zentralen und dezentralen Entscheidungen zu bestimmen sein wird.

### **Regulation im mittelalterlichen Venetien**

In Europa existierte im Stadtstaat Venetien Jahrhunderte hindurch ein funktionsfähiger Regulierungsmechanismus. Von 697 bis 1797, als die venezianische Republik durch die Truppen Napoleons zerstört wurde, wurde dieser Mechanismus, immer wieder praktischen Erfahrungen folgend, den sich verändernden Bedingungen angepasst (Heller 1999).

Seit dem sechsten Jahrhundert bis zum neunten Jahrhundert und noch danach in bereits ausgehöhlter Form bis zum Beginn des 15. Jahrhunderts hatte die »Volksversammlung« aller freien männlichen Bürger Venetiens – die in der Regel auf dem Markusplatz zusammenkamen – erheblichen Einfluss auf die Staatspolitik. Sie stimmte über wichtige Gesetzgebungsakte und Staatsverträge ab. Sie wurde nicht zuletzt einberufen, wenn es um Entscheidungen über Krieg und Frieden ging (ebd.: 38). Was für ein Fortschritt wäre es, wenn heute in Deutschland ähnlich wie einst im mittelalterlichen Venedig Bürger – und natürlich Bürgerinnen – über Kriegseinsätze der Bundeswehr im Ausland, über Exporte von Rüstungsgütern in Kriegsgebiete und über die Entwicklung der Rüstungsausgaben entscheiden würden! Übrigens – in Venedig gab es bereits Exportverbote für Waffen. Sie durften nicht in Länder der »Ungläubigen« exportiert werden. Allerdings – allmählich übernahm in Venetien seit dem zwölften Jahrhundert eine Versammlung der Adligen die Aufgaben der Volksversammlung der Bürger.

Interessant für die Regulationsweise in der Gegenwart ist auch eine andere historische Parallele. Das ist – außer dem starken Einfluss der Bürger über mehrere Jahrhunderte hinweg, außer dem Einfluss der »Zivilgesellschaft« also in heutiger Sprechweise – das damalige Verhältnis von Markt und Staat. Venetien lebte vom Handel, vor allem vom Außenhandel. Wichtig für die venezianische Gesellschaft war also ein funktionierender Markt.

Aber der Markt wie die ganze Gesellschaft wurden stark staatlich reguliert. Es gab Maßnahmen gegen die Monopolisierung des Außenhandels bei wenigen Familien. Der Staat nahm den Kaufleuten Risiken ab, die sich aus schwankenden Marktconstellationen ergaben. Mal fehlten Schiffskapazitäten, mal waren sie nicht ausgelastet. Der venezianische Staat ließ spätestens ab 1328 Staatsgaleeren bauen, die bei Bedarf an große Kaufleute vermietet wurden. In schlechten Handelszeiten übernahm der Staat die Ausfälle durch Stilllegung der Staatsgaleeren. Der lebenswichtige Weizenhandel wurde 1173 unter Staatsaufsicht gestellt, der lukrative Weinhandel zum Staatsmonopol gemacht. In der wichtigen Branche der Glaserzeugung und der Herstellung von Glasprodukten wurde die Arbeitszeit gesetzlich auf 12 Stunden begrenzt, für alte und arbeitsunfähige Glasbläser ein Versorgungsfonds eingerichtet. Sehr früh war Kinderarbeit untersagt. Schon die mittelalterlichen Venezianer wussten, dass der Markt staatlich reguliert werden muss.

Manche venezianischen Regelungen täten der heutigen Konsumgesellschaft gut. Eine Reihe von Gesetzen sollte übertriebenen Luxus eindämmen. Der Prunk beim Bau von Galeeren wurde untersagt, sie mussten schwarz gestrichen werden. Das gilt bis heute. Auffällig reiche Kleidung und üppiger Schmuck der Frauen sollten nicht sein. Die Regulierung nahm teils kuriose Formen an: im Jahr 1504 beschäftigte sich der Senat mit den hohen Kosten, die den Männern durch ihre Frauen entstanden, wenn diese dem Wechsel der Moden folgten. Mit strengen Gesetzen war die Prostitution geregelt, nach der Einschätzung Kurt Hellers jedoch wenig erfolgreich. Zu Beginn des 16. Jahrhunderts sollen auf die rund 150.000 Einwohnerinnen und Einwohner Venedigs 11.000 Prostituierte gekommen sein. Ihr Überangebot wurde auf wohlgefällige Weise verdeckt, als viele von ihnen ihre Tätigkeit deklariert als Nonnen in Klöster verlegten, was zu – vergeblichen – Beschwerden beim Papst führte.

Wichtiger war und erfolgreich funktionierte eine rechtlich geregelte wechselseitige Kontrolle zahlreicher Staatsorgane. Sie sicherte über Jahrhunderte hinweg Machtbalancen, welche die Übermacht einzelner Adelsfamilien verhinderten und die in anderen Reichen Europas verbreitete Herausbildung einer Erbmonarchie nicht zuließen. Selbst der Doge als Staatsoberhaupt war totaler Kontrolle durch die Senatoren und »Berater« unterworfen. Bei Amtsantritt musste er in einer »Promissione« eine Reihe von Festlegungen und Versprechen unterschreiben. Zu deren langer Liste gehörte die Antikorruptionsverpflichtung, keine Zuwendungen anzunehmen, die Verpflichtung, keine Volksversammlung einzuberufen, keine Gespräche mit anderen Adligen ohne Anwesenheit von mindestens vier

Dogenberatern zu führen und keine Briefe – etwa an ausländische Potentaten – an ihnen vorbei zu schreiben oder zu öffnen, um den Ausbau eigener Übermacht des Dogen zu verhindern. »Die Promissione des Jahres 1578 bestimmte, dass sie in der ersten Oktoberwoche jedes Jahres dem Dogen feierlich vorgelesen werden müsse, damit er ja nicht seine Ohnmacht vergesse.« (Ebd.: 146) Die Venezianer wussten, dass die Versprechen der Mächtigen allzu leicht in Vergessenheit geraten. Zu den Machtbalancen gehörte auch, dass reiche Patrizier als Repräsentanten des Bürgertums im Interesse der Macht des Adels zwar von wichtigen politischen Gremien ausgeschlossen waren; aber ihnen blieb die Verwaltung vorbehalten. Damit verfügten sie über einen großen Teil der exekutiven Macht.

Die venezianische Regulationsweise funktionierte immerhin rund ein Jahrtausend hindurch. Ärmer an Merkwürdigkeiten, aber von ungleich größerer Bedeutung für die gegenwärtige und künftige Gestaltung von Regulationsweisen sind Regulationserfahrungen aus der jüngeren Geschichte des Kapitalismus.

## 5. Regulierungserfahrungen im Rahmen des Kapitalismus

Für die Möglichkeit einer neuen progressiven Regulationsweise sprechen trotz aller ungelösten Probleme und negativen Erfahrungen auch hoffnungsvolle Wandlungen im Rahmen kapitalistischer Verhältnisse. In besonderem Maße trifft das auf den New Deal zu.

### New Deal

Der New Deal in den USA und die wohlfahrtstaatliche Entwicklung in skandinavischen Ländern waren der Übergang von einer überwiegend privatmonopolistisch dominierten Marktregulation zu einem – in Grenzen – sozialstaatlich regulierten Kapitalismus bei andauernd starker Monopolmacht auf den Märkten. Diese Variante eines relativ gebändigten Kapitalismus bestimmte nach dem Zweiten Weltkrieg mehr oder weniger die Verfasstheit der gesamten OECD-Welt. Endogene Kräfte des Kapitalismus brachten einen im globalen Norden etwa vier Dekaden hindurch funktionierenden sozialeren Typ des Kapitalismus als zuvor hervor. Allerdings wirkte in dieser Richtung auch der Wettbewerb der beiden Systeme in diesem Zeitabschnitt.

Johannes R. Becher schrieb: »Es gibt eine Vergangenheit, die unwiederbringlich vergangen ist, aber es gibt auch eine Vergangenheit, die Gegenwartswert hat, und es gibt eine dritte Vergangenheit, die in der Zukunft liegt.« (Becher 1983: 236) Gegenwartswert haben sozialstaatliche Institu-

tionen und weiter gültige Erfahrungen, die auch heute noch funktionieren. In der Zukunft liegt die Vergangenheit, wenn sie, so Bloch, »Unabgeholtenes« enthält, also schon damals Dringliches, aber noch immer nicht Gelöstes. Beide Momente enthält der New Deal.

Er war eine weitgehende innersystemische progressive Transformation des Kapitalismus und, worauf es hier ankommt, die Herausbildung einer sozialstaatlichen Regulationsweise. In den Präsidentschaftswahlen 1932 griff Franklin Delano Roosevelt das antisoziale Festhalten des noch amtierenden Präsidenten Hoover am Marktliberalismus heftig an. In einer seiner berühmtesten Reden grenzte er vor dem Commonwealth Club in San Francisco seine New Deal-Politik scharf von der herrschenden marktliberalen Politik ab. Eine Politik im Namen freier Märkte habe alle Glaubwürdigkeit und Grundlage verloren, seitdem rund 600 Konzerne zwei Drittel der US-Industrie beherrschten und freie Märkte in eine Schimäre verwandelt hätten. Die USA würden sich auf eine ökonomische Oligarchie von ein paar hundert Männern zubewegen, deren Macht alle Chancengleichheit ausschließe und die zur Gefahr für die nationale Zukunft geworden sei. »Die Zeit der großen Gründer und Finanztitanen, denen wir alles zugestanden, wenn sie nur aufbauen und vorantreiben würden, ist vorbei.« ([www.heritage.org/initiatives/first-principles/primary-sources/fdrs-common-wealth-club-address](http://www.heritage.org/initiatives/first-principles/primary-sources/fdrs-common-wealth-club-address)) »Die Stunde einer aufgeklärten Administration ist gekommen« (ebd.), die Hand in Hand mit den Unternehmern gegen die Unterkonsumtion zu wirken habe, für eine gerechtere Verteilung von Reichtum und Gütern, für die Einstellung der Wirtschaft als Dienst an den Menschen. Ein neuer großer Wirtschafts- und Sozialvertrag mit bindender Wirkung sei zur Aufgabe von Politikern und Geschäftsleuten geworden. Wo immer »der einsame Wolf, der ethikvergessene Konkurrent, der rücksichtslose Antreiber« (ebd.) das öffentliche Wohl bedrohe, habe die Regierung Grenzen zu setzen, einzugreifen und das öffentliche Interesse zu vertreten (Klein 2016: 42). Dies war die Geburtsrede für eine sozialstaatliche Regulationsweise in den USA. Es ist Zeit, an sie zu erinnern. Vielleicht sollte sie nach den täglichen Börsennachrichten oder besser noch an ihrer Stelle als Mahnung für die gegenwärtigen politischen Eliten immer wieder öffentlich verlesen werden.

Zur Neujustierung des Verhältnisses von Staat und Big Business gehörte die *Etablierung eines neuen Institutionensystems*, das die neue Regulationsweise durchzusetzen hatte (ebd.: 49-77). Situationsbedingt angesichts der millionenfachen Massenarbeitslosigkeit wurde 1933 die Public Works Administration gebildet. Sie schuf für arbeitslose Menschen Arbeitsplätze durch den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur in wenig entwickelten Regionen mit Investitionen in Straßen, Brücken, Schulgebäude, Kanalisationssysteme,

Staudämme, Flugplätze und ökologische Sanierungsprojekte. Von 1938 bis 1941 wurden insgesamt 8 Millionen Menschen öffentlich beschäftigt.

Im Juni 1933 wurde der National Industrial Recovery Act (NIRA) beschlossen und zu dessen Durchsetzung im Ergebnis heftigster innerer Kämpfe in den politischen und ökonomischen Machteliten die National Recovery Administration (NRA) gegründet. In ihrer Regie wurden mit den Repräsentanten der Wirtschaft auf Branchenebene Verhaltenskataloge für die Unternehmen erarbeitet. Sie umfassten freiwillige wirtschaftspolitische und soziale Verpflichtungen, aber auch obligatorische Festlegungen zum gewerkschaftlichen Organisationsrecht, zur Einführung von Mindestlöhnen und der 40-Stunden-Woche. Das Gesetz sicherte erstmalig in der Geschichte der USA das Recht freier überbetrieblicher gewerkschaftlicher Organisation, kollektiver Tarifverhandlungen und gewerkschaftlicher Vertretung in Unternehmen. An die teilnehmenden Firmen wurde der »Blue Eagle« verliehen, sich verweigernde Unternehmen wurden dadurch unter beträchtlichen öffentlichen Druck gesetzt – ein Moment zivilgesellschaftlicher Mobilisierung.

Die Federal Emergency Relief Administration leitete die Einführung sozialstaatlicher Regulierung ein, unter anderem mit der Aufstockung der Sozialhilfe um ein Drittel.

Der National Labor Relations Act von 1935 wurde zu einer entscheidenden gesetzlichen Grundlage des Sozialstaats in den USA. Das Gesetz regelte die Einführung einer Arbeitslosenversicherung, einer Rentenversicherung und von Hilfsprogrammen für alleinstehende Mütter und Behinderte. Für die Durchsetzung einer Krankenversicherung reichte die Kraft der Roosevelt-Administration angesichts heftigster Widerstände in der Unternehmerschaft und in den politischen Machteliten nicht aus.

Die Farm Credit Administration ermöglichte unter anderem eine Umschuldung Millionen hoch verschuldeter Farmer zu günstigen neuen Kreditbedingungen.

Mit dem Glass Steagal Act erfolgte ein tiefer Einschnitt in die eminent wichtige finanzielle Seite der Regulierung. Mit diesem Gesetz wurde das Krediteinlagen- und Kreditvergabengeschäft vom Investmentbanking getrennt. Das war ein weitreichender Schritt zur Eindämmung von spekulativen Finanzgeschäften und zum Schutz der Sparer und Kreditnehmer vor deren negativen Auswirkungen. Zugleich führte dieses Gesetz zur Schwächung der Morgan-Gruppe, die im Zentrum der Gegner des New Deal im Establishment stand. Die Hegemonie der Morgan-Bank gründete in beträchtlichem Maße auf ihrem Status als Universalbank, der nun per Gesetz beseitigt wurde. Entsprechend wütend war die Gegenwehr der Morgan-Fraktion, die sich gegen die New Dealer jedoch nicht durchsetzen konnte.

Umkämpft in den Machteliten war auch die Gründung und Arbeit der Reconstruction Finance Corporation. Die staatliche Finanzierungsbank wurde per Gesetz ermächtigt, Vorzugsaktien von Banken zu erwerben. Für rund 6000 Banken bedeutete das die Rettung vor dem Bankrott. Dem Staat eröffneten seine Beteiligungen am Bankkapital die aktive Einflussnahme auf die Bankgeschäfte. Vor allem die Großbanken leisteten heftigen Widerstand gegen diese Stärkung staatlicher Regulierungsmacht. Aber der Bedarf nach staatlicher Hilfe war stärker als der Einfluss der wenigen Großbanken, die aufgrund ihrer eigenen Macht auf staatliche Hilfe um den Preis der Einschränkungen ihrer Verfügungsmacht verzichten konnten. Selbst am Kapital der 100 größten Banken war der Staat im Mai 1934 mit 31% beteiligt (Jaeger 1974: 67).

Wichtig für den Übergang zu einer sozialstaatlichen Regulation war die Finanzierung der neuen Sozialversicherungen durch die Einführung einer Payroll Tax, mit der die Beteiligung der Unternehmen an den Sozialversicherungskosten eingeführt wurde.

Der wirtschaftspolitische Regulierungsspielraum des Staates wurde durch eine Körperschaftsteuer mit Sätzen zwischen 12% und 15% und auf der Grundlage des Revenue Act von 1935 durch hohe Steuern auf Großeinkommen erweitert. Der Spitzensteuersatz für persönliche Einkommen ab 1 Million Dollar pro Jahr lag bei 73% und konnte bis auf 79% steigen. Interessant ist, dass für industrielle Kapitalgesellschaften eine Zusatzsteuer von 7% bis 27% auf nicht investierte Gewinne eingeführt wurde. Sie wurde erhoben, wenn mehr als 50% des Unternehmensgewinns nicht investiert wurden. Auch dieser starke Eingriff des Staates in die ökonomische Regulierung konnte nur gegen heftigsten Widerstand aus Unternehmerkreisen durchgesetzt werden.

Ein herausragendes Teilprojekt des New Deal, das die Möglichkeit gesellschaftlicher Steuerung besonders deutlich verkörperte, war das Tennessee-Projekt. Präsident Roosevelt betrachtete die Umgestaltung des Tennessee-Tals, das sich über Territorien von sieben US-Bundesstaaten erstreckt, als Symbol des nationalen Aufbruchs in einer der rückständigsten Regionen der USA (O'Brian 1936: 135). Charakteristisch waren die strategische Einordnung in das Gesamtprojekt des New Deal als sozialstaatlicher Transformationsprozess, die Verbindung von regionaler Planung und privatwirtschaftlicher Initiative zu Ansätzen einer neuen Regulationsweise, die Elektrifizierung der Region auf der Grundlage großer Staudammprojekte in öffentlicher Hand gegen den Widerstand der privaten Stromerzeuger, die Verbindung der Elektrifizierung mit wasserwirtschaftlicher Rekultivierung großflächig erodierter Böden und eine Bildungs- und Kulturoffensive.



Im Rahmen des Federal Art Project, einem weiteren Bestandteil des New Deal zur Förderung arbeitsloser Kunstschaffender, entstanden literarische Werke, Theaterstücke und Gemälde, die unter anderem die Arbeit der Staudammarbeiter darstellten und in vielen Ausstellungen würdigten – nicht ohne Ähnlichkeit übrigens mit Kunstwerken in der frühen Sowjetunion, die die Arbeit an »Großbauten des Kommunismus« feierten (Nate 2003: 109-122). Zu den Resultaten der Planungsanstrengungen in der Tennessee Valley Authority gehörte der Bau der in den ländlichen Raum organisch eingebetteten Modellstadt Norris. Sie entstand als Muster für die Ansiedlung dezentraler Industrien in landwirtschaftlich geprägten Regionen.

Doch mit der allgemeinen Schwächung des New Deal-Atems Ende der dreißiger Jahre und endgültig mit dem Kriegseintritt der USA wurde das Tennessee-Projekt von Gegenbewegungen überlagert. Kohlebergwerke als Kriegslieferanten zerstörten die gerade gesundende Landschaft und Umwelt. Der Boden, auf dem die Modellstadt Norris gründete, wurde privatisiert und an private Käufer veräußert. Das Öffentliche, das den Geist des Tennessee-Projekts ausgemacht hatte, verschwand. Geblieben ist die Erfahrung der Möglichkeit strategischer Gestaltung der Gesellschaft, aber auch die Erfahrung des Rollback solcher Aufbrüche.

Der New Deal birgt Lehren für den Umgang heute mit den ungelösten gesellschaftlichen Großproblemen.

*Erstens:* Das schier Unglaubliche erwies sich als möglich: im Rahmen des Kapitalismus eine weitreichend veränderte progressive Variante kapitalistischer Entwicklung hervorzubringen. Möglich wurde nicht zuletzt der Übergang von einer marktzentrierten Regulationsweise zu einer – wenn auch begrenzten – sozialstaatlichen Regulierung einer nach wie vor von Monopolunternehmen dominierten Wirtschaft und Gesellschaft. Ein ähnlicher Umbruch ist in unserer Zeit abermals auf die Agenda gerückt.

Nach der konservativen Revolution Thatchers und Reagans, nach dem neoliberalen Rollback des sozialstaatlich regulierten Kapitalismus in den 1980er Jahren lautet erneut die große Frage, ob es gelingen wird, dieses Rollback wiederum durch eine sozial-ökologische Regulationsweise zu korrigieren.

*Zweitens:* Bedingungen für den New Deal waren: Die Bedrohung des ganzen kapitalistischen Systems durch die Katastrophe der Weltwirtschaftskrise; der Kapitalismus war an den Rand des Abgrunds geraten. Ferner die Aussicht für große Teile der Macheliten, durch einschneidende Veränderungen neue Verwertungschancen für ihr Kapital gewinnen zu können. Und

nicht zuletzt der Druck von unten: von Teilen der Arbeiterklasse, rebellierenden Arbeitslosen und verzweifelten Farmern, zunehmend auch von Intellektuellen auf das Establishment.

Joshua Freeman und seine Mitautoren konstatierten in ihrem großen Werk über die amerikanische Sozialgeschichte: »Obwohl die meisten Amerikaner nicht an den Protestbewegungen teilnahmen, war die zunehmend unübersehbare Unzufriedenheit für viele Beobachter Grund genug für die Sorge, dass die Revolution um die Ecke lauere. Lorena Hickock, eine Journalistin, die im Auftrag der Regierung einen Bericht zur sozialen Lage verfassen sollte, schrieb, dass eine riesige Zahl von Arbeitslosen in Pennsylvania ›auf dem Sprung sei« [...] es fehlt nicht viel, um Kommunisten aus ihnen zu machen.« (Freeman u.a. 1992: 345) Howard Zinn schrieb: »Aber die Konstituierung der Wirtschaft im New Deal zielte hauptsächlich auf die Stabilisierung der Ökonomie und in zweiter Linie darauf, den unteren Klassen genug Unterstützung zu geben, um sie von dem Umschlag der Rebellion in eine wirkliche Revolution abzuhalten.« (Zinn 1990: 384)

Auch in der Gegenwart ist das kapitalistische System selbst bedroht wie zu Zeiten des New Deal. Die größte Gefahr ist die Klima- und Umweltkrise, die um die Mitte des Jahrhunderts unumkehrbar außer Kontrolle geraten könnte. Nicht auszuschließen ist, dass neue Runden atomarer Rüstung, technisches Versagen bei ihrer Kontrolle, die Politik irrationaler Regierungen, menschliche Fehlleistungen, terroristische Aktionen oder der Einsatz von »kleinen« Kernwaffen in regionalen Kriegen in einen großen Kernwaffenkrieg münden und zu einem Untergang des kapitalistischen Systems führen könnten. Aber die ökologischen Gefahren nehmen im Unterschied zur damaligen Weltwirtschaftskrise schleichend zu, die Atomwaffen scheinen durch gesicherte Zweitschlagsfähigkeit der beteiligten großen Atom-mächte unter Kontrolle zu sein. Der ökologische Umbau der Gesellschaft und die digitale Revolution eröffnen Teilen der Wirtschaftseliten jedoch exzellente Verwertungsaussichten. Das könnte wie einst ihre Reformbereitschaft begünstigen.

Aber der zivilgesellschaftliche Druck von unten ist im Unterschied zu New Deal-Zeiten schwach. Der Block an der Macht steht anders als damals nicht unter extremem Handlungsdruck durch progressive Akteure. Deren Mobilisierung und Organisierung ist aufs Äußerste dringlich, auch um die Gefahrensituation so stark in das öffentliche Bewusstsein zu heben, dass die politischen Verantwortungsträger ihr nicht mehr ausweichen können. Weniger denn je können die globalen Gefahren im 21. Jahrhundert durch eine marktdominierte Regulationsweise bewältigt werden. Es bedarf mindestens wie zu New Deal-Zeiten eines neuen Gewichts strategischer Ent-

scheidungen und starker Staatsinterventionen unter Beteiligung der demokratischen Zivilgesellschaft.

*Drittens:* Der New Deal kam zustande, weil eine reformbereite Fraktion im Machtblock einen entschlossenen Kampf gegen konservative Kräfte des Establishments aufnahm, geführt von einem charismatischen Präsidenten. Er hatte den Mut zum Bruch mit dem herrschenden marktliberalen Dogma. In kürzester Zeit wurden Dutzende Gesetze verabschiedet und Institutionen zu deren Realisierung geschaffen, gestützt auf ein Zusammenwirken von staatlichen Planern, Führungspersonal aus zukunftsorientierten Unternehmen und Branchen und Gewerkschaftern, die bis dahin von allen Entscheidungen ausgeschlossen waren.

In den europäischen Machteliten ist ein mit den New Dealern vergleichbarer Reformaufbruch nicht zu entdecken. Weit und breit keine mit Roosevelt vergleichbare progressive Führungsfigur. Differenzen innerhalb der herrschenden Kreise führen – wie in der Coronapolitik – oft zu endlosem Hin und Her mit lähmender Wirkung, nicht selten zu Pattsituationen nach Wahlen.

Die Lehre für die plurale Linke aus der entscheidenden Rolle progressiv-reformfähiger Teile der Machteliten im New Deal und deren Fehlen in der europäischen Gegenwart sollte eine solche Selbstmobilisierung sein, dass es in breiten Bündnissen gelingt, herausragende Repräsentanten linker Politik in staatliche Führungspositionen zu bringen und veränderungsfähige Fraktionen der politischen Eliten zur Übernahme von Mitverantwortung für Brüche mit dem neoliberalen »Weiter so« zu drängen. In letzter Instanz kommt es auf eine Veränderung der Kräfteverhältnisse zugunsten der gesellschaftlichen Linken und ihrer demokratischen Verbündeten zumindest in mehreren wirtschaftsstarken Ländern an.

*Viertens:* Der New Deal musste finanziert werden – vor allem geschah dies zu Lasten der Reichen und Superreichen zugunsten der sozial Schwächeren. In der Mehrfachkrise 2008/09 wurde vor allem die Rettung der Banken finanziert. In der Coronakrise erfolgt die Finanzierung von Antikrisenprogrammen vorwiegend durch Kreditaufnahmen und Staatsverschuldung. Aber wer wird nach dem Abebben der Pandemie schließlich die Rechnung bezahlen? Dann wird die Linke gefordert sein, Lehren aus der New Deal-Finanzierung zu ziehen.

*Fünftens:* Der New Deal wurde von einem breiten gesellschaftlichen Konsens darüber getragen, dass die herrschenden Verhältnisse zugunsten sozialer Lösungen für die Bevölkerung verändert werden müssten – wenn dieser Konsens auch durchaus diffus war. Roosevelt gelang es mit seiner Vision einer gerechteren Gesellschaft eine nationale Aufbruchstimmung herzustellen, die ihm über alle Rückschläge hinweg Unterstützung sicherte.

Gegenwärtig gibt es in Deutschland und in Europa keine vergleichbare Wechselstimmung – obwohl die schweren Defizite im Gesundheits- und Bildungssektor, die Armut oder Armutsnähe von mehr als 15% der Bevölkerung Deutschlands, die existenzielle Bedrohung durch den Klimawandel und andere Umweltkrisen, die Erosion der Demokratie und der Aufstieg rechtspopulistischer und rechtsextremer Kräfte allen Anlass dafür bieten.

Eine Lehre für die plurale Linke ist, anknüpfend an dem verbreiteten Unbehagen in der Bevölkerung, an der – gegenwärtig von der Neuen Rechten gekaperten – Stimmung gegen »die da oben« und an der Selbstermächtigung vieler Bürgerinnen und Bürger in ihren Projekten zur Verbesserung des eigenen Lebens, auf eine Wechselstimmung hinzuwirken. Allerdings gehört dazu eine Vision oder Erzählung von realen möglichen Zielen und Konturen einer besseren Gesellschaft. Und eben auch eine Vorstellung davon, wie die Regulationsweise einer künftigen solidarischen Gesellschaft aussehen könnte.

*Sechstens:* Kommende progressive Transformationsprozesse werden die Eigentums- und Machtverhältnisse verändern müssen. Aber sie werden wie der New Deal auch eine kulturelle Umwälzung einschließen. Sie werden die politische Kultur betreffen. Aller Wandel wird stets auch die Dimension einer moralischen Revolution haben. Auch dies ist eine Lehre aus dem New Deal (Lehndorff 2020).

### **Umstellung auf Kriegswirtschaft in den USA**

Der New Deal war die Reaktion der US-Machteliten auf die in der Weltwirtschaftskrise manifest gewordene Bedrohung des ganzen kapitalistischen Systems. Der Aufstieg des Faschismus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und der durch ihn begonnene Zweite Weltkrieg bedrohte die gesamte Zivilisation, aber auch die Macht des US-Kapitals. Abermals reagierte der herrschende Block in den Vereinigten Staaten entschlossen mit einem weitgehenden Umbau seines Systems.

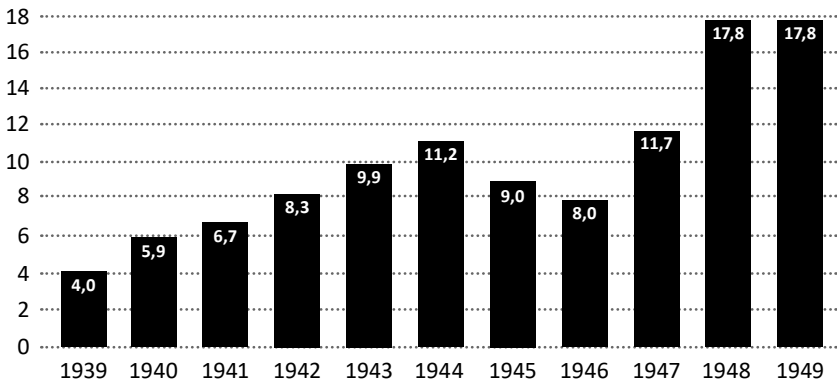
Es mag befremdlich wirken, wenn in einem linken Diskurs über die Möglichkeit einer progressiven Regulationsweise an die Umstellung der amerikanischen Volkswirtschaft auf Kriegserfordernisse im Zweiten Weltkrieg erinnert wird. Aber hier geht es nicht um zivile Produktion oder Rüstung, sondern darum, dass im Rahmen des Kapitalismus in kürzester Zeit ein gelenkter Strukturwandel vollzogen wurde und dass dieser Umbruch nur mit einer radikalen Veränderung der Regulationsweise möglich war.

Zwischen 1940 und 1944 gelang es, den Anteil der zentralstaatlichen Ausgaben am Bruttosozialprodukt von 1,7 auf 62,9% und den Anteil der Militärausgaben am Bruttosozialprodukt von 1,6 auf 37% zu steigern. Die gesamte Volkswirtschaftsstruktur wurde umgewälzt, bei gleichzeitiger Erhöhung der

Industriearbeiterlöhne um 25% im genannten Zeitraum und einem Anstieg der Besteuerung von Jahreseinkommen über eine Million Dollar auf 94%. Die Arbeitslosenrate sank von 9,5% 1940 auf 1,2% 1944.

Das Institutionensystem der Regulation wurde nach dem während des New Deal vorangegangenen institutionellen Wandels abermals weitgehend verändert. Mit der Bildung des Office of Production Management (OPM) schuf sich Präsident Roosevelt im Mai 1940 ein Gremium, das ihm – außerdem gestützt auf die National Defense Advisory Commission – eine beachtliche eigene Moderationsmacht über den Gesamtprozess der ökonomischen Kriegsmobilisierung sicherte. Im OPM nahm er Einfluss auf die Kooperation der dort vertretenen Großkonzerne, des Militärs, der staatlichen Apparate sowie der Gewerkschaften. Aber trotz der ausgleichenden Bemühungen des Präsidenten hatte die Allianz von (Rüstungs-) Konzernen und Militär das Übergewicht in diesem Gremium. Die New Dealer brachten die Regulierungserfahrungen aus der Vorkriegszeit des New Deal ein. Aber in Anlehnung an die Analyse Paul Koistins stellt Michael Brie fest: »Die Reformer aus dem New Deal-Lager wurden vor allem gebraucht, um das System in Gang zu bringen, die notwendigen statistischen Informationen zu besorgen, Abschätzungen über volkswirtschaftliche Folgen im Zusammenhang zu erarbeiten. Umso erfolgreicher sie wurden, umso überflüssiger wurden sie.« (Brie 2021: 39)

Das Big Business hatte von vornherein ein gespaltenes Verhältnis zur Einbindung der Privatwirtschaft in die Rüstung. Einerseits versprachen staatliche Rüstungsaufträge und eine engere Verbindung der Großunternehmen mit dem Militär hohe Kriegsgewinne. Andererseits scheuten die Konzerne mit Blick auf die zu erwartende Nachfragestruktur in der Nachkriegszeit Investitionen in die Rüstungsproduktion und versuchten, einer staatlichen Planung und ihrer eigenen Einbeziehung in Planungsprozesse auszuweichen, die ihnen als Abweichung vom Marktliberalismus suspekt war. Während der gesamten Kriegszeit dauerte ihre Distanz zu staatlicher Planung und Lenkung an. Sie erreichten damit, dass der Staat Investitionen in die Rüstungsproduktion weitgehend selbst übernahm, sie aber der Verfügung der privaten Unternehmen überließ und ihnen überdies in Aussicht stellte, die staatlich errichteten Produktionsanlagen nach Kriegsende zu überaus vorteilhaften Bedingungen erwerben zu können. Nach der Analyse von Koistins (2004) sicherten sich die Rüstungskonzerne mit eigenen Direktbeziehungen zu den Beschaffungsstrukturen der Streitkräfte eine weitgehende Unabhängigkeit von der National Defense Advisory Commission. Auf dieser Grundlage fand im Kriegsverlauf eine weit stärkere Annäherung zwischen den ökonomischen Mächtigsten und den von Präsident Roosevelt geführ-

**Abb. 1: Profite in Milliarden US-Dollar**

Quelle: Higgs, Robert: Wartime Prosperity? A Reassessment of the US Economy in the 1940s. In: Independent Institute, März 1992

ten staatlichen Behörden als in der vorangegangenen Friedensphase des New Deal statt.

Zu den Veränderungen im Institutionensystem der Regulation gehörte, dass der War Production Board die Vergabe von Rechten zum Ankauf und zur Nutzung von knappen Ressourcen nach rüstungswirtschaftlichen Kriterien übernahm. Eine Zertifikateregulierung wurde eingeführt, die nicht angebotsseitig wie bei den CO<sub>2</sub>-Zertifikaten heute wirkt, sondern nachfrageseitig. Die General Maximum Price Regulation griff unorthodox und massiv in die Preisentwicklung ein. Ein Verbot von Preissteigerungen wirkte den durch Knappheiten ausgelösten Inflationstendenzen entgegen. Die dafür notwendigen Preiskontrollen übernahm das neu geschaffene Office of Price Administration. Die Durchsetzungsfähigkeit des Office beruhte in hohem Maße auf einer Kooperation mit rund 300.000 Freiwilligen, die in etwa 6000 Gruppen organisiert die Preiskontrolle von unten unterstützten. Vor allem Frauen nahmen daran teil. Ein wichtiges Element einer funktionsfähigen Regulationsweise schien hier mitten im Krieg auf: die Inklusion der Zivilgesellschaft in die Regulierung, das Zusammenwirken von staatlichen Institutionen und progressiven zivilgesellschaftlichen Akteuren.

Der gesamte Umbau der Wirtschaft auf die Erfordernisse des Krieges wurde entscheidend auch durch den Umstand erleichtert, dass die Nachfrage nach Rüstungsgütern und Produktionsanlagen für die Rüstungsproduktion, aber auch die Nachfrage nach Konsumgütern im Gefolge des steigenden Beschäftigungsniveaus erheblich anwuchs – mit dem Ergebnis erhöhter Profite (siehe Abb. 1).

Soziale Mindestauflagen bei der staatlichen Vergabe von Rüstungsaufträgen sorgten dafür, dass die Interessen der Lohnabhängigen nicht im Anstieg der Profite untergingen. Der National War Labor Board organisierte kooperative Beziehungen zwischen Unternehmen, Gewerkschaften und staatlichen Behörden und sicherte die Einbindung der Gewerkschaften in die Kriegswirtschaft. Im Board wurden die Grundentscheidungen über eine nationale Lohnpolitik getroffen, ergänzt und erweitert durch das Wirken der Fair Employment Practice Commission.

Die Gewerkschaften waren unverzichtbar für den gesellschaftlichen Konsens über Kriegsbeteiligung und Kriegsziele. Sie konnten die Zahl ihrer Mitglieder während des Krieges fast verdoppeln, in mehreren Branchen vervielfachen. Sie gingen aus dem Krieg institutionell gestärkt, zugleich aber reformistisch eingebunden in das kapitalistische System hervor.

Auf der Seite der Machteliten vollzog sich im Verlauf des Krieges eine gravierende Veränderung. Es entstand eine neue brisante Machtstruktur, der Militärindustriekomplex. Die Rüstungsindustrie, die mit Sicherheitspolitik befassten politischen Führungskreise und die Spitzen des Militärs haben sich in gefährlich intensiver Weise verflochten.

Die neue Allianz sorgte nach dem Ende des Krieges sehr schnell für den Übergang zum Kalten Krieg und nach einer kurzen Phase verminderter Rüstungsausgaben wieder für deren eklatanten Anstieg.

Gleichwohl setzte sich die im Krieg überdeckte, aber nie ganz aufgegebene soziale Seite des New Deal in den Nachkriegsjahrzehnten im OECD-Maßstab wieder durch. Dazu konnten die gestärkten Gewerkschaften und in Europa sozialdemokratische Parteien beitragen. Günstige Bedingungen für einen Sozialstaatskapitalismus entstanden durch massenhafte Ausbreitung neuer Industrien, verbunden mit Erweiterungsinvestitionen und Entstehung neuer Arbeitsplätze. Die im Krieg in den USA in der Herstellung von Waffen perfektionierte Massenproduktion wurde auf die zivile Produktion übertragen. Der Massenproduktion entsprach die Massenkonsumtion, deren Voraussetzung eine Kopplung der Löhne an Produktivitätssteigerung plus Inflationsrate war. Die sozialstaatliche Regulierung des Kapitalismus bestimmte dessen vorherrschende Variante bis Ende der 1970er Jahre, bis zur neoliberalen Wende unter Reagan und Thatcher.

In dieser Wende ging nach etwa vier Jahrzehnten der New Deal als sozialstaatlich regulierter Kapitalismus unter. Ein konservativ-neoliberales Rollback fand statt und bestimmt seitdem die Entwicklung. Die neoliberalen Kräfte belebten die selbst in Kriegszeiten nicht verschwundene Distanz im

Unternehmerlager gegen staatliche Regulierung aufs Neue. Sie setzten eine marktradikale Schwächung sozialstaatlicher Politik, staatliche Interventionen im eigenen Expansionsinteresse und eine Finanzialisierung des Kapitalismus durch. In jüngster Zeit geht von dieser Machtstruktur eine gefährliche Konfrontation der USA zu China aus.

Auch aus der radikalen Umstellung der amerikanischen Wirtschaft und Gesellschaft auf Kriegserfordernisse in extrem kurzer Zeit sind für die Linke Lehren zu ziehen.

*Erstens:* Als die menschliche Zivilisation bedroht war und Auswege zugleich Profitchancen für die Machteliten eröffneten, waren die kapitalistischen Machteliten zu fundamentalen Veränderungen der Volkswirtschaftsstruktur fähig. Allerdings bedurfte es dazu politischer Köpfe im Block an der Macht, die aus dieser Bedrohung der Zivilisation entschlossen Schlussfolgerungen für den Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft zogen und diese Folgerungen konsequent umsetzten. Genau das taten Franklin D. Roosevelt und seine Regierung.

Robert Higgs schrieb, »innerhalb einer einzigen Dekade hatte sich die Wirtschaft von einer dominant marktgeleiteten zu einer unter nahezu vollständiger Kontrolle durch zentrale Planer stehenden Ökonomie und dann wieder zu einer vorwiegend marktregulierten Wirtschaft entwickelt.« (Higgs 1992)

Die gegenwärtige globale Situation weist durchaus Parallelen zu früheren Konstellationen des Umbruchs auf. Wie damals durch die Welteroberungspläne des Naziregimes ist die Zivilisation und mit ihr das kapitalistische System auch heute bedroht – durch die heraufziehende Klimakatastrophe, durch nukleares und konventionelles Wettrüsten und durch die globale Ausbreitung von Rechtsextremismus und Autoritarismus. Wie mit der Rüstungsproduktion im Zweiten Weltkrieg tut sich auch gegenwärtig ein riesiges Feld für Produktion und Profite auf. Diesmal ist es der sozial-ökologische Umbau, der die natürlichen Existenzgrundlagen der Menschheit zu retten vermag und zugleich den flexiblen Teilen des Kapitals partiell profitable Anlagemöglichkeiten bietet.

*Zweitens:* Die Linke hat daraus zu lernen, dass wie für den New Deal, so auch für eine erfolgreiche, schnelle Umstellung der USA auf Kriegswirtschaft ein breiter gesellschaftlicher Konsens die notwendige Voraussetzung war. Zu Recht schreibt Michael Brie: » Die wichtigste Leistung von Präsident Roosevelt und der mit ihm verbündeten politischen und sozialen Kräfte war zweifelsohne die Herstellung dieses Konsenses. Es etablierte sich eine gesellschaftsweite Überzeugung, dass es einer umfassenden kriegswirtschaftlichen Mobilisierung mit langem Atem bedurfte.« (Brie 2021: 61)



Der Eintritt der USA in den Krieg wurde anfänglich von Roosevelt, den New Dealern und der Mehrheit der Amerikaner abgelehnt. Aber spätestens seit dem Trauma der Vernichtung eines Teils der US-Kriegsflotte durch den Angriff der Japaner auf Pearl Harbor fand der Übergang zur kriegswirtschaftlichen Organisation der amerikanischen Gesellschaft die Zustimmung und Unterstützung der Mehrheit der Amerikaner. Sie kam nicht der Vehemenz der Kämpfe in den 1930er Jahren für soziale Lösungen gleich. Aber ohne sie wäre die Mobilisierung aller Potenziale für den Krieg nicht möglich gewesen.

Dagegen kann von nachdrücklicher aktiver Unterstützung einer sozial-ökologischen und demokratischen Transformation oder gar von rebellischen Forderungen großer Teile der Bevölkerung nach ihr in Deutschland, Europa und in der OECD-Welt gegenwärtig nicht die Rede sein. Eine entscheidende Bedingung für solchen Umbruch, eine breite Transformationsstimmung von unten und gar ein übermächtiger Druck linker und anderer demokratischer Kräfte, fehlt gegenwärtig.

Aber die prinzipielle Möglichkeit einer solchen progressiven Transformation im Rahmen des Kapitalismus ist historisch belegt. Alles kommt darauf an, die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse so zugunsten einer demokratischen sozial-ökologischen Transformation zu verändern, dass diese weit vorangetrieben wird.

*Drittens:* Sowohl für den New Deal wie für die aktive Unterstützung der Kriegsmobilisierung durch die große Mehrheit der Amerikaner war eine durch den Präsidenten vertretene Vision von den Zielen beider Aufbrüche entscheidend. Beide große Umwälzungen wurden von einer problembewussten, progressiven und handlungsstarken Fraktion der Machteliten geführt. Eine solche hegemoniale Rolle von Kräften aus dem heute herrschenden Machtblock ist kaum oder nur für begrenzte Schritte des künftigen sozial-ökologischen Umbaus zu erwarten.

Die Linke sollte daraus zwei Schlussfolgerungen ziehen. Sie muss selbst so an Stärke und Anziehungskraft für breite demokratische Mitte-Unten-Bündnisse gewinnen, dass getragen von einer künftigen öffentlichen Wechselstimmung linke Regierungen zumindest in einigen großen Ländern Europas zu Stande kommen. Sie muss versuchen, auf dieser Grundlage reformfähige Teile der Machteliten für einen sozial-ökologischen Umbau zu gewinnen. Dafür wird sie die Visionskraft einer eigenen modernen linken Erzählung brauchen (siehe dazu den Punkt 3. in Kapitel 5).

*Viertens:* Mehr noch als der New Deal erforderte der Übergang von der Friedens- zur Kriegswirtschaft ein erstrangiges Gewicht der Planung und

anderer staatlicher Aktivitäten. In den USA nutzte die staatliche Planung die Verwertungsinteressen von Rüstungskonzernen aus, ihr marktgerechtes Verhalten also. Und verschiedene Institutionen übernahmen die Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure, vor allem der Gewerkschaften. Heute erfordern der sozial-ökologische Umbau, der Übergang zu einer globalen Friedensordnung sowie die Überwindung tiefer sozialer Spaltungen und der Armut erneut eine kooperative Kombination von gesellschaftlicher Planung und staatlicher Lenkung, neu zu konstituierendem Marktmechanismus und zivilgesellschaftlicher Aktivität. Aber die Machtverhältnisse innerhalb dieser Kombination werden den ganz anderen Zielen einer solidarischen Gesellschaft entsprechend zu Gunsten demokratischer Akteure zu verändern sein.

*Fünftens:* Die Größe der Aufgaben damals und heute erfordert große Investitionsprogramme. Bemerkenswert ist, dass es in den USA gelang, im Bündnis von Staat und Großunternehmen eine Besteuerung bis zu 94% auf die höchsten Einkommen durchzusetzen, um die notwendigen Investitionsprogramme und Kriegsausgaben zu finanzieren. Konzepte linker Kräfte für eine gerechte Besteuerung von Vermögen und Einkommen heute können auf diese Erfahrung verweisen.

*Sechstens:* Die USA gewährten der Sowjetunion, Großbritannien und anderen Alliierten im Kampf gegen den Hitlerfaschismus unverzichtbare ökonomische Unterstützung. Mit Pacht- und Leihverträgen stellten die Vereinigten Staaten kriegswichtiges Material zur Verfügung. Dies war eine Solidarität im ureigenen Interesse. Sie wurde zunächst verzögert und auch immer wieder partiell unterbrochen. Aber die Hilfsleistungen umfassten 1944 schließlich rund 6% des amerikanischen Bruttoinlandsprodukts.

Heute gilt, dass ohne Solidarität der wirtschaftsstarken mit den ökonomisch schwächeren Ländern die globalen Probleme nicht lösbar sind. Katastrophen im globalen Süden bedrohen auch den Norden direkt. Trotz aller Hilfsprogramme: Internationale solidarische Kooperation anstelle von Konfrontation ist eine unumgehbare Aufgabe. Sie verlangt entschieden größere Aufwendungen der reichen Länder für die ärmeren.

Auch in Projekten, die nicht wie der New Deal und der rüstungswirtschaftliche Umbau der US-Wirtschaft die gesamte Gestalt des Kapitalismus samt seiner Regulationsweise verändern, gleichwohl aber wesentliche Trends vorantreiben, scheint die Möglichkeit strategischer Gesellschaftsgestaltung unter kapitalistischen Verhältnissen auf. Mariana Mazzucato nennt neben anderen Institutionen als ein Beispiel strategischer staatlicher Steuerung die Defense Advanced Research Projects Academy (DARPA) der US-Regierung. »Der Staat lenkt Ressourcen in bestimmte Bereiche und Richtungen, eröffnet neue Chancen und bringt private und öffentliche Akteure

zusammen, die mit technologischen Entwicklungen zu tun haben, auch privates und öffentliches Wagniskapital, außerdem unterstützt er die Vermarktung.« (Mazzucato 2014: 99) Die DARPA hat erheblich zur Entwicklung von Laser-, Bio- und Halbleitertechnologien sowie zur zivilen Nutzung der Kerntechnik beigetragen, indem sie Potenzial des Pentagon, der Atomenergiekommission und der Raumfahrtbehörde NASA zielgerichtet zusammenführte. Sie war ein Hauptakteur des Booms von Silicon Valley. Ähnlich wirken die Nationale-Nanotechnologie-Initiative (NNI) der USA (ebd.: 110ff.) und das National Institute of Health (ebd.: 18; 107) langfristig steuernd. Die medizinische Unterversorgung wenig begüterter großer Teile der amerikanischen Bevölkerung verweist allerdings ebenso wie das Ende des sozial-ökologischen Tennessee-Projekts auf die Grenzen progressiver Gesellschaftssteuerung unter kapitalistischen Grundbedingungen.

Ansätze zu strategischer politischer Gestaltung steckten in den allerdings viel zu schwachen strukturpolitischen Elementen der Konjunkturprogramme, die der Krise 2008/09 begegnen sollten. In Deutschland kann als ein erfolgreiches Steuerungsprojekt die Einführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes gelten (Scheer/Amery 2001; Thie 2013: 87).

Per Saldo ergeben Regulierungserfahrungen unter kapitalistischen Bedingungen: Neue Regulationsweisen können an realen praktischen Erfahrungen mit strategischen Projekten zielgerichteter Gesellschaftsgestaltung im Kapitalismus anknüpfen. Sie sind, wie solche Projekte beweisen, möglich. Es ist nicht spekulativ, als Teil der jüngeren Sozialismus-Diskussion in der Linken und einer sozialistischen Transformationsforschung über eine mögliche künftige progressive Regulationsweise nachzudenken.

Aber natürlich ergeben kapitalistische Lenkungserfahrungen noch kein Konzept sozialistisch orientierter Regulation. Regulierungserfahrungen ganz eigener Art, die nicht einfach unter die Beobachtung von Lenkungserfahrungen im Kapitalismus subsumiert werden können, bietet die Entwicklung in der Volksrepublik China. Diese ist eben nicht oder nur teilweise mit dem Begriff Staatskapitalismus zu erfassen, der in westlichen linken Diskursen häufig für die Verhältnisse in China verwendet wird.

## 6. Wirtschafts- und Gesellschaftslenkung in China

Die Gesellschaftsstrategie in China wird hochgradig durch die Führung der Kommunistischen Partei Chinas bestimmt. Bis zum 100. Jahrestag der Gründung der Partei im Jahre 2021 wurde eine »Gesellschaft bescheidenen Wohlstands« erreicht und soll mittelfristig ein »Sozialismus chinesischer Prägung« und mit diesem Ziel bis 2035 eine »sozialistische Modernisierung« »im Grundsatz verwirklicht« werden. Bei einem starken volkswirtschaftlichen Anteil von Hochtechnologien sollen die soziale Ungleichheit vermindert, die Armut beseitigt, die Sozialsysteme ausgebaut und dem Schutz der Umwelt ein erstrangiges Gewicht zugemessen werden.

Die durchschnittliche Lebenserwartung ist in China von 45 Jahren 1955 auf 65 Lebensjahre im Jahr 2000 und bis 2020 auf 75 Jahre gestiegen. Dies ist der Ausdruck eines weltweit einmaligen Tempos sozialer Verbesserungen für die Mehrheit der Bevölkerung. Trotz vieler noch ungelöster sozialer Probleme wird in China bereits der Einstieg in den ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft vollzogen. Das Land ist der weltweit größte Investor in erneuerbare Energien. 60% der Sonnenkollektoren und 53% der Windradkapazitäten befinden sich in China.

### Historische Erfahrungen und das Bedürfnis nach Ordnung durch starke Führung

Die Regulationsweise in China wird seit den 1976 von Deng Xiaoping eingeleiteten Reformprozessen von der Suche nach einer für diese Ziele tauglichen Kombination von Führung durch die Kommunistische Partei, staatlicher Planung und Lenkung und einem regulierten Markt bestimmt. Die Sicherung der Macht und der Führung durch die Partei wird als entscheidende Bedingung für gesellschaftliche Stabilität und Fortschritt angesehen. Stefan Baron und Guangyan Yin-Baron diagnostizieren eine »heute tief sitzende Furcht der Chinesen vor Chaos und einen ausgeprägten Wunsch nach einem starken Staat, der Chaos vermeidet« (Baron/Yin-Baron 2020: 79-103). Sie erklären diese Furcht aus dem historisch immer wiederkehrenden Muster von Zerfall der Ordnung und Mühen um eine stabile Einheit des Landes, aus dem Wechsel von Chaos und Ordnung in der chinesischen Geschichte:

- Im 13. Jahrhundert Einfall der Mongolen unter Dshingis Khan in Nordchina und Vereinigung des ganzen Reiches unter mongolischer Herrschaft der Yuan-Dynastie.
- Bauernrevolte Mitte des 14. Jahrhunderts und Flucht vieler Chinesen ins Ausland vor der Ausplünderung durch den Zentralstaat. Das Verlassen des Landes wurde daraufhin zum Verbrechen erklärt, der Bau von

Schiffen mit mehr als zwei Masten mit dem Tode bestraft. Die Abschließung Chinas führte zum Ausschluss des bis dahin Jahrhunderte hindurch auf vielen Gebieten führenden Reichs der Mitte vom wissenschaftlichen Fortschritt in Europa.

- Untergang der Ming-Dynastie in einer erneuten Bauernrebellion und mit dem Eindringen der Mandschuren in China.
- 1842 Beginn des ersten Opiumkrieges, in dem England unter vielen Verlusten der chinesischen Bevölkerung die erweiterte Einfuhr von Opium durch China erzwang, Hongkong einnahm und die Öffnung weiterer Häfen durchsetzte.
- Der zweite Opiumkrieg 1856 endete mit einer erneuten Niederlage Chinas. Briten und Franzosen griffen 1860 Peking an und brannten den Sommerpalast des Kaisers nieder.
- 1850 brachte die rebellische Taipingbewegung den gesamten Süden Chinas unter ihre Kontrolle, wurde aber bis 1872 endgültig niedergeschlagen. Nicht weniger als 20 Millionen Tote waren zu beklagen.
- 1894/95 führte der japanisch-chinesische Krieg wiederum zu einer Niederlage Chinas.
- 1898 wurde der gegen fremde Mächte gerichtete Boxeraufstand blutig erstickt. Truppen der USA, Japans, Russlands, Großbritanniens, Frankreichs, Deutschlands, Italiens und Österreichs marschierten in China ein und erzwangen hohe Reparationszahlungen.
- 1912 rief Sun Yatsen an der Spitze der Nationalen Volkspartei/Guomindang die Republik China aus. Aber die Aktionen der von Japan unterstützten Warlords verhinderten die Stabilisierung der Zentralmacht.
- Die Beteiligung Chinas am Ersten Weltkrieg auf Seiten der Alliierten endete damit, dass im Versailler Vertrag die deutsche Kolonie Quingdao Japan zugeschanzt wurde.
- Nach dem Tod von Sun Yatsen übernahm der korrupte Armeechef Tschiang Kai-Shek die Kontrolle der Guomindang-Partei und eroberte Peking, Shanghai und andere Zentren Chinas. Nochmals mussten etwa 20 Millionen Chinesen ihr Leben lassen.
- Als Patrioten und Beschützer der Bauern erwiesen sich im Bürgerkrieg gegen die Truppen Tschiang Kai-Sheks und im Krieg mit Japan die Kommunisten und die von Mao Zedong geführte Volksbefreiungsarmee. Dieser rief am 1. Oktober 1949 die Volksrepublik China aus.

Aber auch in der Mao-Ära kamen die Chinesen nicht zur Ruhe. Die Bildung der Volkskommunen drängte die bäuerliche Familienwirtschaft zurück. Der »Große Sprung« sollte im agrarischen China zulasten der Bauern über Nacht ein Industrieland erschaffen. Intellektuelle wurden in der Kampagne »Lasst

100 Blumen blühen« aus der Deckung gelockt, drangsaliert und verfolgt. Die Kulturrevolution stürzte das Land ins Chaos. Der Konfuzianismus wurde verteufelt, die historische Altstadt Pekings weitgehend zerstört. Bis zu 35 Millionen Tote zwischen 1958 und 1961 waren schließlich zu beklagen, vor allem Hungertote im Gefolge der voluntaristischen Wirtschaftspolitik. Endlich Ordnung, Einheit des Landes und Schutz vor Chaos – das war die erste Lehre aus Jahrhunderten chinesischer Geschichte.

Eine zweite Lehre zog die kommunistische Führung aus dem Ende der Sowjetunion. Dort implodierte der Staatssozialismus und wurde ökonomisch durch einen Raubtierkapitalismus mit verheerenden sozialen Folgen abgelöst. Eine von westlichen Beratern empfohlene Schocktherapie zerstörte alle Sicherheiten, die vom Staatssozialismus noch übrig geblieben waren. Die chinesische Führung schlussfolgerte daraus, dass die Geschichte Chinas voller chaotischer Ereignisse und Phasen nur unter der Bedingung gesicherter Staatsmacht der Kommunistischen Partei in eine Epoche friedlicher Entwicklung hinübergeleitet werden könne. Sie kann dabei an einem seit Jahrtausenden praktizierten Staatszentrismus anknüpfen, der bedingt durch die Größe Chinas durchaus stark mit dezentraler Macht in den Provinzen verbunden war. Stefan Baron und Guangyan Yin-Baron erklären die Akzeptanz einer starken autoritären Führung seitens der Mehrheit der Chinesen nicht zuletzt aus dem Wunsch, endlich nach einer Geschichte sich wiederholender Krisen, Kriege und Katastrophen in die von Konfuzius gepredigte Welt der Harmonie zu gelangen.

Zwei Tabus sind im Verhältnis zu China zu beachten. Das sind die Führung durch die Kommunistische Partei Chinas und die territoriale Einheit des Staates. Wer friedliche und kooperative Beziehungen zu China wünscht, hat diese Prämissen zu respektieren. Befürworter westlicher Demokratie wären gut beraten, wenn sie Kritik der Verletzung von Menschenrechten in China in ein Verhältnis zu historischen chinesischen Erfahrungen setzen würden. Nach dem Trauma von Kriegen und Bürgerkriegen, von räuberischen Interventionen westlicher Kolonialmächte, von nationaler Demütigung und dem Verhungern von Millionen Menschen werden autoritäre Züge der Herrschaft von einer Mehrheit der chinesischen Bevölkerung anders betrachtet als dies wohlstandsbürgerliche Anwälte westlicher Demokratien aus der Ferne tun. Das Maß individueller Freiheit oder Freiheitsbegrenzung wird in China eben auch im Verhältnis zu Jahrhunderten kaiserlicher und ausländischer Herrschaft empfunden.

Indien wird im Westen zugeschrieben, die größte Demokratie auf Erden zu sein. Das Pro-Kopf-Einkommen Indiens war 1949 doppelt so hoch wie das chinesische, das BIP in Afrika fünf Mal so hoch wie das in China. Im Jahr

2020 betrug das BIP pro Kopf in China nach Angaben im Welt Datenatlas 10.839 Dollar, in Indien 2018 7680 und in Afrika 2019 durchschnittlich 5968 Dollar, in den meisten afrikanischen Staaten lag es allerdings weit darunter.

Es mag unterschiedliche Meinungen zu einer solchen historischen Relativierung der politischen Ordnung in China, zum Verhältnis sozialer und politischer Rechte und zu internationalen Entwicklungsvergleichen geben. Aber die Regulationsweise in China ist nicht außerhalb solcher Zusammenhänge zu verstehen. Zu Recht schrieb Friedrich Dieckmann: »Niemand kann von uns verlangen zu schweigen, wenn aus fernen Ländern Nachrichten zu uns dringen. Aber Politik zu treiben, ohne die besonderen Bedingungen fremder Länder als wirkende Faktoren allseitig ins Auge zu fassen, ist nichts weiter als Dilettantismus, es bietet Außenstehenden das Schauspiel der Großmannssucht und der Lächerlichkeit.« (Dieckmann 2021: 3) Unverzichtbar ist eine Einordnung aller Bewertungen innerer Entwicklungen und Mechanismen Chinas in das Gebot friedlicher Kooperation bei der Lösung der elementarsten globalen Probleme: der Klima- und Umweltprobleme, der Friedenssicherung und der Überwindung der Armut.

In gefährlichem Gegensatz dazu steht die zunehmend aggressive China-politik der USA. In der Sicherheitsdoktrin der US-Regierung von 2018 wurde »die Großmachtrivalität, nicht der Terrorismus als Hauptfokus der nationalen Sicherheitspolitik der USA« bezeichnet (Ali 2018; Solty 2020: 23). Gemeint war eine Stoßrichtung gegen China. In der EU-Kommission wird China im Schulterchluss mit den USA konfrontativ aufgeladen als »Systemrivale« bezeichnet. Die USA führen einen Wirtschaftskrieg gegen China. Ausländische Geschäftspartner von Huawei beispielsweise werden mit Sanktionen bedroht, Großbritannien zum Beispiel unter Druck gesetzt, um die Übernahme chinesischer 5G-Technologie zu verhindern.

Im Westpazifik und im Südchinesischen Meer streben die Vereinigten Staaten eine Seeherrschaft an, die den zu 80% über Seewege abgewickelten chinesischen Außenhandel bedroht. Ihre Militärausgaben sind mehr als dreimal so hoch wie die chinesischen. Der Anteil der militärischen Ausgaben am BIP beträgt in den USA 3,3%, in China 1,3%. Der ehemalige US-General Ben Hodges brachte eine gefährliche Tendenz in den US-Eliten zum Ausdruck, als er vor dem Warschauer Sicherheitsforum 2018 von seiner Erwartung sprach, die USA würden innerhalb der nächsten 15 Jahre einen großen Krieg gegen China führen (ebd.: 25; 27). Er mag dabei vor Augen gehabt haben, dass historisch die Verdrängung einer Hegemonialmacht durch einen neuen Hegemon in der Regel von Krieg begleitet war. Doch im 21. Jahrhundert wäre eine Wiederholung dieses Musters eine globale Katastrophe, die der chinesischen Führung aus Gründen der Vernunft fern liegt.

Friedliche Koexistenz unterschiedlicher Systeme wird in unserem Jahrhundert zu einer Überlebensbedingung der Menschheit – zu einer *conditio sine qua non* für die kooperative Bearbeitung von Klimawandel und Umweltkrisen, Überwindung von Armut, Bewältigung wissenschaftlich technischer Umwälzungen und demographischer Probleme. Das wird die Suche nach einer problemgerechten Regulationsweise einschließen.

Auf dem 19. Parteitag der Kommunistischen Partei wurde in der Rede Xi Jinpings für den Staat eine »führende Rolle« und für den Markt eine »entscheidende Rolle« bei der Allokation der Wirtschaftsressourcen deklariert (Baron/Yin-Baron 2020: 280; 283). Im September 2017 haben das ZK der Kommunistischen Partei und die Regierung erstmals eine gemeinsame Grundsatzerklärung veröffentlicht. Darin wird klargestellt, dass im Zweifelsfall auch in Zukunft nicht der Markt, sondern der Staat entscheiden wird (ebd.: 301). Das schließt die Stärkung von Marktmechanismen durchaus ein. Staatsunternehmen wird eine größere operative Freiheit gewährt. Sogar Teilprivatisierungen in ihrer Regie sind darin eingeschlossen.

### Hybride Eigentumsstruktur

Die Eigentumsbasis in der in China praktizierten Regulationsweise hat eine hybride Struktur. Der quantitative Anteil staatlicher Unternehmen an der Wirtschaft ist von 80% zu Beginn der Reformen auf unter ein Viertel im Jahr 2020 gefallen. Aber ein erheblicher Teil der größten und zukunftsentscheidenden Unternehmen ist nach wie vor in Staatshand. Unter den 500 weltweit größten Unternehmen, die jährlich von der US-Zeitschrift Forbes ausgewiesen werden, befinden sich 115 chinesische Gesellschaften, davon 48 im Mehrheitseigentum des Zentralstaats – im Jahr 2000 war noch kein chinesisches Unternehmen auf der Forbes-Liste zu finden. Auf dem 19. Parteitag der KPCh wurde bekräftigt, dass der Staat künftig staatliche Unternehmen in den Schlüssel- und Zukunftsbranchen noch stärker fördern wird, um sie in der Weltspitze zu verankern. Sie werden beispielsweise bei der Vergabe staatlicher Kredite begünstigt. Start-ups werden staatlich gefördert. Ein mit 6,5 Milliarden US-Dollar ausgestatteter Start-up-Fonds wurde auch für kleine und mittlere Unternehmen geöffnet. Etwa ein Drittel der weltweit gezählten Start-ups mit mehr als einer Milliarde Dollar Börsenkapital entfällt auf chinesische Firmen. Staatliche Infrastrukturen sind eine wichtige Komponente des staatlichen Einflusses auf die Wirtschaft.



### Kulturelle Wurzeln

Anregend für eine künftige progressive Regulationsweise ist die Verknüpfung der Wirtschaftsreformen in China mit kulturellen Traditionen des Landes. Der Bruch mit historisch verankerten Werten in der »Proletarischen Kulturrevolution« der sechziger Jahre hatte China an den Rand des Abgrunds gebracht. Xi Jinping orientiert dagegen darauf, sozialistische Ziele und einen chinesisch gewandelten Marxismus, marktwirtschaftliches Denken und traditionelle chinesische Moralphilosophie, insbesondere konfuzianisches Denken, miteinander zu verbinden. »Manche Beobachter vergleichen Xis starkes Bekenntnis zum Konfuzianismus und zur traditionellen chinesischen Kultur sogar mit den Reformen von Deng Xiaoping. So wie dieser Sozialismus mit der Marktwirtschaft versöhnt habe, so wolle Xi die traditionelle chinesische Kultur mit dem Sozialismus versöhnen und im Überbau ebenso ein chinesisches Amalgam schaffen wie Deng seinerzeit an der Basis.« (Ebd.: 339)

Der Konfuzianismus ist eine Doktrin der Mitte, eine Lehre des Ausgleichs. Einen Ausgleich sucht die chinesische Führung zwischen staatlicher Planung und Lenkung und Marktkonkurrenz. Der Konfuzianismus war unter Kaiser Han Wu Ti zur Staatsideologie aufgestiegen und mit hierarchischen Denkweisen verbunden. Das mag auch den neuen Hierarchien und Planungsmechanismen dienen. Zugleich ist der Konfuzianismus eine Morallehre. In ihrem Zentrum steht, ein von Harmonie bestimmtes Zusammenleben der Menschen zu erreichen. Die öffentliche Moral soll solcher Harmonie dienen. Xi Jinping hat auf dem 19. Parteitag der KPCh für einen moralischen Aufbruch des Landes plädiert, für sozialen Ausgleich gegen Korruption und kriminelles Handeln. Er proklamierte eine »Kombination aus Herrschaft des Gesetzes und Herrschaft der Tugend« (ebd.: 192). Tatsächlich wurden seit 2013 1,3 Millionen Parteikader wegen Korruption bestraft, ein Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros sogar mit lebenslanger Haft. Konfuzianisch geprägte Tugenden wie Fleiß, Sparsamkeit, Selbstdisziplin, Bildungsstreben sind einerseits für staatskonformes Verhalten mobilisierbar, andererseits werden moralische Werte gegen Markt- und Machtexzesse aufgerufen.

Die Planung in China hat zunehmend den Charakter indikativer Planung angenommen. Die Festlegung verbindlicher strategischer Kennziffern wurde stark verringert. Ein starkes Gewicht kommt strategischen Festlegungen von Zielen der Gesellschaftsentwicklung, Lebenshaltung und Einkommensentwicklung und von Grundrichtungen der wissenschaftlich-technischen Entwicklung zu.

Harro von Senger argumentiert, dass die Langfristplanung in China an historisch verwurzelten Denkstrukturen anknüpfen könne, in denen ein

Blick mit weiter Perspektive auf das gesamte Panorama von Handlungsoptionen und eine Art von Metastrategie kennzeichnend seien. Im Chinesischen werde diese außerhalb von Routine angesiedelte Denkweise als »Moulüe« bezeichnet, in der Übersetzung Harro von Sengers als »Supraplanung«, die nicht in Einzelfestlegungen zerfällt. Sie sei auch im heutigen chinesischen Denken präsent und auf Meister Sun oder Sun Zi (551-479 v. u. Z.) zurückzuführen, auf dessen im ältesten Militärtraktat der Kriegskunst festgehaltenen Regeln. Es enthält »36 Strategeme« für weitsichtiges Verhalten in unterschiedlichen Situationen (Senger 2008: 9-57; Baron/Yin-Baron: 153-163). Diese Strategeme, die die Weisheit von Erfahrungen zu strategischen Handlungsempfehlungen verdichten, sind als Metaphern formuliert. Etwa Strategem 16: »Will man etwas fangen, muss man es zuerst loslassen.« Vielleicht lässt sich der Kapitalismus zurückdrängen, indem Bewegungsraum für kapitalistische Unternehmen in China freigegeben wird. Oder Strategem 25: »Die Tragebalken stehlen und die Stützpfosten austauschen.« Also formal alles beim Alten lassen, aber den Inhalt auswechseln. An der Marktwirtschaft wird festgehalten, aber ihr Inhalt soll eine sozialistische Entwicklung werden.

### **Das Projekt Greater Area Bay und die Neue Seidenstraße**

Ein herausragendes Beispiel für den weiten Horizont chinesischer Planung – und Machtpolitik – ist neben der Neuen Seidenstraße das Projekt der Greater Area Bay. Diese Region umfasst das Perflussdelta, das in das südchinesische Meer einmündet. Die chinesische Regierung plant, in dieser Region einen einheitlichen Wirtschafts- und Innovationsraum als ein Zentrum der globalen Wirtschaft zu schaffen. Der im Februar 2019 von der Zentralregierung verabschiedete »Outline Development Plan for the Guangdong-Hongkong-Macau Greater Area« zielt darauf, elf Städte, darunter Gungzhou (früher Kanton) und Shenzhen, mit den beiden Sonderverwaltungsgebieten Hongkong und Macau zusammenzuführen. Im Kapitel 1 dieses Plans heißt es anspruchsvoll: »Die Greater Bay Area besitzt die fundamentalen Voraussetzungen für eine internationale First-Class Bay Area und ein World-Class City Cluster« (Hirn 2020: 245)

Zur chinesischen Wirtschaftsstruktur gehört ein hoher Anteil von Unternehmen in kapitalistischem Eigentum. Auch deshalb ist nicht sicher, ob die Fünfjahrplanung und die weit darüber hinaus reichenden Gesellschaftsstrategien letzten Endes so erfolgreich wie erwartet sein werden. Aber der mit sozialen und ökologischen Vorzeichen gelenkte Staatskapitalismus, der nach dem erklärten Ziel der kommunistischen Führung mittelfristig zu einem »Sozialismus chinesischer Prägung« führen soll, hat bisher erstaun-

liche Erfolge langfristiger Steuerung der Gesellschaft hervorgebracht. Im Rahmen der Strategie zur Überwindung der Armut wurden etwa 700 Millionen Menschen aus der Armut herausgeholt. 1,3 Milliarden Chinesen sind – wenn auch auf niedrigem Niveau – krankenversichert und 870 Millionen altersversichert.

China verfügt über eine Strategie des Übergangs zu erneuerbaren Energien und ein integriertes Mobilitätskonzept einschließlich der Umstellung auf E-Mobilität. Von den weltweit etwa 385.000 Elektrobussen fahren fast 99% in China. Der Anteil der erneuerbaren Energien am Energieaufkommen ist von 16,5% im Jahr 2008 auf 28,4% 2017 gestiegen (Rügemer 2018: 267; 270).

China verfolgt eine eigene »Strategy Going Global«. Diese wird entwickelt in einer Zeit eskalierender internationaler Spannungen, der Aufkündigung des Atomabkommens mit dem Iran durch die USA und der Kündigung des INF-Vertrages über die Vernichtung und das Verbot von Mittelstreckenraketen. Der New START-Vertrag zur Begrenzung strategischer Nuklearwaffen wurde im Jahr 2021 immerhin um fünf Jahre verlängert. Aber die rechtliche Begrenzung nuklearer Hochrüstung wurde erheblich geschwächt. Die internationalen Spannungen wachsen auch durch den von den USA ausgehenden Handelskrieg zwischen den Vereinigten Staaten und China, der immer neue Runden durchläuft. Solchen Tendenzen der Destabilisierung des globalen Gefüges entgegengesetzt ist Chinas Globalisierungsstrategie gewiss auch machtgeprägt. Aber sie hat starke kooperative, integrierende, für die beteiligten Länder entwicklungsfördernde und friedliche Komponenten und ist multipolar angelegt. Diese Strategie nimmt vor allem in dem großen Projekt »Neue Seidenstraße« Konturen an, in der »Belt and Road Initiative (BRI)«. Es ist das größte Kooperationsprojekt der Geschichte, an dem bisher 68 Staaten beteiligt sind. Allein China hat in dieses Projekt bereits mehr als 1 Billion US-Dollar investiert, sie vereinbart oder fest geplant. Eine Hauptverkehrsrouten verbindet mit Güterzugstrecken China, die Mongolei und Russland, ferner China, Zentralasien und Westasien und insgesamt den Raum, der als neue eurasische Landbrücke bezeichnet wird. Die zweite Hauptverkehrsrouten stellt Seeverbindungen zwischen Chinas Ostküstenhäfen mit dem modernisierten Hafen Piräus in Griechenland und dem niederländischen Hafen Rotterdam her. Beide Routen werden untereinander verbunden und tragen mit vielen Zwischenstationen zur Modernisierung der beteiligten Regionen bei, zu neuen Industrieansiedlungen, zu Infrastrukturinvestitionen auch in ländlichen Räumen. Sie bilden das Verkehrsrückgrat einer erneuerten internationalen Wirtschaftsverflechtung und – hoffentlich – friedlicher internationaler Zusammenarbeit im Interesse aller Betei-

ligten. China bietet den Partnerstaaten der Neuen Seidenstraße günstige Kreditbedingungen ohne solche »Reform«auflagen, wie dem Washington Konsens gemäß bei IWF und Weltbankkrediten üblich. Interessenkonflikte und Unsicherheiten durch mögliche politische Umbrüche in beteiligten Ländern sind natürlich nicht ausgeschlossen, könnten aber im glücklichen Falle durch den Sog der Vorteile des in Gang gesetzten Kooperationsprozesses überwunden werden. Problematisch ist generell, dass das Seidenstraße-Projekt gewaltige internationale Verkehrsströme hervorbringt und mit einer ökologisch gebotenen Regionalisierung nicht selbstläufig kompatibel ist.

Per Saldo: Neue Regulationsweisen können an realen praktischen Erfahrungen mit strategischen Projekten zielgerichteter Gesellschaftsgestaltung im Kapitalismus anknüpfen. Sie sind, wie solche Projekte beweisen, möglich. Es ist nicht spekulativ, als Teil der jüngeren Sozialismus-Diskussion in der Linken und einer sozialistischen Transformationsforschung über eine mögliche künftige progressive Regulationsweise nachzudenken. Aber natürlich ergeben kapitalistische Lenkungserfahrungen noch kein Konzept sozialistisch orientierter Regulation.

In China ist offen, wohin es geht. Wird es gelingen, unter Führung der Kommunistischen Partei gestützt auf staatliches Eigentum mittels staatlicher Planung und Lenkung und legitimiert durch enorme soziale Fortschritte für die Bevölkerungsmehrheit eine neue nachhaltige Variante des Sozialismus zu erreichen? Oder wird eine autoritäre Führung dem entgegenwirken? Werden starke kapitalistische Strukturen, die Einbindung in kapitalistisch dominierte Weltmärkte und innere Widersprüche eher in eine staatskapitalistische Entwicklung münden? Wie auch immer – chinesische Regulationserfahrungen sollten aufmerksam und ohne ideologische Vorbehalte verfolgt und genutzt werden.

Über alle negativen und positiven Erfahrungen mit Versuchen einer progressiven Regulation gesellschaftlicher Prozesse hinausweisend gibt es längst einen linken Diskurs über die Möglichkeit einer nicht-zentralistischen, nicht durch kapitalistische Marktkonkurrenz bestimmten, stark von demokratischen Kräften geprägten künftigen Regulationsweise, in dem ein ganzer Fächer unterschiedlicher Vorstellungen präsentiert wird. Aber diese Vorstellungen sind zum Teil so gegensätzlich, dass sie eine kritische Auseinandersetzung mit diesem Diskurs und den Versuch einer produktiven Symbiose herausfordern.

# Kapitel 2

## Der gegenwärtige Regulationsdiskurs der Linken – eine Impression

Zu erfassen sind hier nicht die in die jüngere linke Diskussion eingebrachten Vorstellungen von dem Ganzen einer erstrebenswerten solidarischen bzw. sozialistischen Gesellschaft. Vielmehr geht es in einem engeren Sinne nur um ein Teilgebiet von Sozialismuskonzeptionen, um Überlegungen zu einer künftigen Regulationsweise. Im Vergleich zur Menge der Literatur über Probleme einer progressiven Transformation ist die Zahl der Publikationen überschaubar, die speziell eine mögliche Regulationsweise in einer kommenden solidarischen Gesellschaft zum Gegenstand haben. Meist werden Regulierungsprobleme nur untergeordnet mitbehandelt. Einige für den Sozialismus-Diskurs wichtige Texte tauchen hier deshalb nicht auf, weil Regulierungsfragen in ihnen nur eine geringe Rolle spielen. Die Publikationen zu Entwicklungstendenzen einer neuen Regulationsweise sind in der Regel nicht aufeinander bezogen. Sie stehen meist nebeneinander. Eine zusammenfassende Übersicht der Arbeiten zu einer Regulationsweise im Übergang zu einer sozial-ökologischen demokratischen Gesellschaftsalternative liegt nicht vor. Das sind gute Gründe für den Versuch, diese Lücke – vorwiegend für den deutschsprachigen Raum – zu schließen, um im dritten Kapitel der hier präsentierten Arbeit eigene Vorstellungen in den Kontext dieses Diskurses zu stellen.

### Regulationsdiskurse der Linken

1. Erik Olin Wright: Drei Teilmechanismen progressiver Regulation
2. Alain Lipietz: Akkumulationsregime und Regulationsweis
3. Elinor Ostrom: Commons – ein polyzentrischer Ansatz
4. Simon Sutterlützi/Stefan Meretz: Commonismus und Stigmergie
5. Ulrike Herrmann: »Kein Kapitalismus ist auch keine Lösung«  
Sabine Nuss: »Keine Enteignung ist auch keine Lösung«
6. Michael Albert: Rätssystem
7. Ota Šik: Regulierte Marktwirtschaft
8. Shoshana Zuboff: Der regulierte Mensch
9. Uwe Schneidewind: Moralische Revolution
10. Stephan Krüger: Instrumentarien einer »sozialistischen Marktwirtschaft«
11. Meinhard Creydt: »Praxis« als Leitbild

12. Horst Müller: Sozialwirtschaftliche Dienste und Fiskalrevolution
13. Franz Groll: Umweltzertifikate
14. Rainer Land: Ökokapitalverwertungsgesellschaften
15. Hans Thie: Rotes Grün

Im Zentrum eines linken Regulationsdiskurses steht – so die These, die den weiteren Überlegungen zugrunde liegt –, welche Bedeutung der gesellschaftlichen Planung und Lenkung, dem Marktmechanismus und dem Handeln zivilgesellschaftlicher demokratischer Akteure in einer künftigen progressiven Regulationsweise zukommen sollte, wie diese drei Teilmechanismen der Regulation gestaltet werden und in welchem Verhältnis zueinander sie in einer solidarischen oder demokratisch-sozialistischen Gesellschaft stehen könnten.

Erik Olin Wright erwartete eine wechselseitige Ergänzung dieser drei Grundelemente der Regulation und betrachtete die gesellschaftliche Selbstermächtigung alternativer zivilgesellschaftlicher Kräfte, die den Charakter sowohl der Planung wie des Marktmechanismus stark beeinflussen werden, als das Entscheidende dabei. Diese Auffassung wird hier geteilt.

Stephan Schulmeister und Mariana Muzzucato schenken zivilgesellschaftlichen Akteuren wenig Aufmerksamkeit. Ebenso wie Alain Lipietz betonen sie vor allem die Rolle staatlicher Steuerung. Ota Šik und in anderer Weise Stephan Krüger sehen dagegen die Marktregulation als das Entscheidende auch unter sozialistischen Verhältnissen an.

Elinor Ostrom schließt gesellschaftliche Planung und Markt nicht aus der von ihr vertretenen Konzeption der Regulation aus, konzentriert ihre gesamte Aufmerksamkeit jedoch auf die Selbstverantwortung der Träger von dezentralen Commons. Simon Sutterlütli und Stefan Meretz setzen ebenfalls auf Commons als Zentren der Regulation – aber bei strikter Ablehnung von zentraler Lenkung und Markt. Sabine Nuss erwartet eine solidarische oder sozialistische Gesellschaft ohne Markt. Wir begeben uns also auf ein Feld starker Gegensätze in den Auffassungen linker Protagonisten.

## **1. Erik Olin Wright: Regulation auf der Basis zivilgesellschaftlicher Macht. Drei Teilmechanismen**

Als orientierend für Vorstellungen über eine mögliche sozialistische Regulationsweise wird hier der methodologische Ansatz Wrights angesehen. Es gehe nicht darum, einen möglichst perfekten Entwurf künftiger Institutio-

nen zu liefern, sondern »Prinzipien institutioneller Erneuerung und institutionellen Wandels zu erarbeiten« (Wright 2017: 172). Michael Alberts PARECON beispielsweise kann als das genaue Gegenteil dieser Herangehensweise betrachtet werden. Albert versucht, eine genaue Betriebsanleitung für eine nachkapitalistische Gesellschaft zu liefern.

Als Prinzipien für die Herausbildung einer progressiven Regulationsweise gelten Wright die folgenden:

*Erstens:* Sozialistische Regulation muss drei Formen der Macht zur Geltung bringen (ebd.: 175):

- **Wirtschaftliche Macht**, die auf der Verfügung über Ressourcen beruht. Das erfordert, den Eigentums- und Verfügungsverhältnissen bei der Gestaltung progressiver Regulationsprozesse große Aufmerksamkeit zuzuwenden.
- **Politische Macht** als Kontrolle über Aufstellung und Durchsetzung von Regeln. Das schließt staatliche Macht ein, also eine demokratische Erneuerung des Staates im Verlauf der kommenden politischen Kämpfe. Diese Orientierung ist entschieden realistischer als die Erwartung beispielsweise von Stefan Meretz und Simon Sutterlütli, dass der Staat zum Partner der alternativen Akteure werde und damit absterbe (Sutterlütli/Meretz 2018: 232), weil nach Auffassung dieser beiden Autoren gelte: »Die freie Gesellschaft wird weder geplant noch verordnet, weder entworfen noch durchgesetzt. Sie wird erlernt und erschaffen. Herrschaft wird nicht abgeschafft, sondern verlernt. Und Freiheit erlernt. Erlernt im Fühlen, im Denken und im Handeln.« (Ebd.: 242)
- **Gesellschaftliche Macht** als »Fähigkeit, Menschen zu mobilisieren, damit sie verschiedene Arten von freiwilligen kollektiven Handlungen« entwickeln. Diese Macht sieht Wright in der Selbstermächtigung zivilgesellschaftlicher Akteure wurzelnd und misst ihr besonders große Bedeutung zu. Das erfordert Verankerung der Regulationsweise in der Zustimmung und Aktivität möglichst großer Teile der Gesellschaft.

*Zweitens:* Eine sozialistische Regulationsweise muss so institutionalisiert werden, dass zivilgesellschaftliche Akteure 1.) gesellschaftliche Macht als Einfluss auf die Wirtschaft und 2.) auf den Staat ausüben und dass sie 3.) in Übergangszeiten bereits selbst in den Freiräumen des Kapitalismus (im Non-Profit-Sektor, in Genossenschaften, in der Solidarwirtschaft usw.) unmittelbar Keimformen des Sozialismus praktizieren (ebd.: 197).

Wright schrieb über die Versuche in linken Diskursen, eine institutionelle Gestaltung einer solidarischen Wirtschaft und Gesellschaft zu entwerfen: »Üblicherweise beschreiben Antikapitalist\*innen, wenn sie dies versuchen, eine einheitliche Struktur der imaginären Perspektive [...] wie z.B. staatliches

Eigentum mit zentraler Planung, dezentrale Planung oder Marktsozialismus mit genossenschaftlichen und verwalteten Unternehmen.« (Ebd.: 68) Die folgenden Eindrücke von linken Vorschlägen für eine sozialistische Regulationsweise werden Wrights Aussage bestätigen. Über seinen eigenen Ansatz schrieb er: »Ich kann keine solche einheitliche Struktur für den demokratischen Sozialismus vorschlagen und glaube nicht, dass dies aus einem Mangel an Vorstellungskraft resultiert. Vielmehr halte ich es für unwahrscheinlich, dass ein Modell der sozialistischen Wirtschaft, welches sich um einen einzigen institutionellen Mechanismus dreht, durchführbar ist.« (Ebd.: 68)

Eher wird eine progressive Regulationsweise drei unterschiedliche Wirkungsmechanismen qualitativ entwickeln und miteinander sinnvoll kombinieren müssen: 1.) demokratisch verfasste, flexible gesamtgesellschaftliche Planung und Lenkung, 2.) einen neu konstituierten gebändigten Marktmechanismus und 3.) das Handeln zivilgesellschaftlicher Akteure als eigenständige Regulierungspotenz. Diese Dreifachinstitutionalisierung soll unter anderem drei möglichen Fehlentwicklungen entgegenwirken: einem Übergewicht zentralistischer Staatsinterventionen, Kontrollverlusten über einen dominierenden Markt und einem zu schwachen zivilgesellschaftlichen Einfluss.

Die Praxis wird zeigen, wie bei wechselnden Bedingungen diese drei Teilmechanismen zu entwickeln und zu kombinieren sind – sicher unterschiedlich für die verschiedenen zu regulierenden Sphären. Planung und Markt werden ein unterschiedliches Gewicht haben, je nachdem, ob es beispielsweise um eine Strategie der Klimaneutralität oder um das Angebot auf Konsumgütermärkten geht.

*Drittens:* Eine sozialistische Regulationsweise muss Wirtschaftsdemokratie sichern, fördern und sich auf sie stützen. »Gesellschaftliche Ermächtigung über die Wirtschaft bedeutet [...] eine umfassende, auf breiter Grundlage aufgebaute Wirtschaftsdemokratie« (ebd.: 183). Auch um den drei genannten Gefahren in der Gestaltung der Regulationsweise rechtzeitig zu begegnen.

*Viertens:* Schritte in die Richtung einer sozialistischen Regulationsweise müssen daran gemessen werden, ob und wie weit sie radikal-demokratischen, egalitären, emanzipatorischen Idealen nahekommen, ob sie ökologischen Maßstäben entsprechen und ob sie nach vorliegenden Erfahrungen Chancen der Realisierung haben.

*Fünftens:* Eine Annäherung an das, was künftig eine sozialistische Regulationsweise ausmachen könnte, sucht Wright darin, »ausgehend von der bestehenden Welt entlang der Pfade gesellschaftlicher Ermächtigung voranzuschreiten.« Das heißt, mit dem Maßstab der Ermächtigung Praxen der Regulation zu untersuchen, um in ihnen das Zukunftsfähige, den »Vor-



Schein« einer alternativen Regulationsweise bloßzulegen und ihn zu entfalten (ebd.).

Mit diesem Ziel untersuchte Wright Erfahrungen der partizipativen Haushaltsplanung (in Porto Alegre), das Funktionieren einer nach dem Zufallsprinzip zusammengesetzten Bürgerversammlung in British Columbia, einen Beschäftigungs- und Wirtschaftsgipfel von Bürger\*innen und sozial-wirtschaftliche Projekte in der kanadischen Provinz Quebec, Projekte des Habitatschutzes für bedrohte Arten, Praxen von Arbeitnehmerfonds und Rentenfonds unter gewerkschaftlicher Kontrolle und die Mondragón-Kooperative, in der mehr als 100.000 Genossenschaftsmitglieder zusammengefasst sind und die einen Schwerpunkt im Baskenland hat. Und er verweist auf Potenziale kommunaler Landfonds, der Zertifizierung von Waldschutz, der Fair-Trade-Bewegung und der Bewegung Equal Exchange.

Die Arbeit an Vorstellungen über eine künftige sozialistische Regulationsweise als Bestandteil der Transformationsforschung und im Rahmen des jüngeren Sozialismus-Diskurses der Linken wird dem Regulationskonzept Wrights und seinem methodologischen Ansatz zu folgen haben, theoretische Überlegungen mit praktischen Erfahrungen zu verbinden.

## 2. Alain Lipietz: Akkumulationsregime und Regulationsweise

Die Vertreter der französischen Regulationsschule betrachten eine Wirtschaftsordnung als in hohem Maße durch ein charakteristisches Akkumulationsregime und durch eine für diese Ordnung spezifische Regulationsweise bestimmt. Diese Sicht erleichtert eine Einordnung der Regulationsproblematik in die Kritik des gesamten kapitalistischen Wirtschaftssystems und einen Ausblick auf den Zusammenhang zwischen wünschenswerten Entwicklungsrichtungen der Wirtschaft in einer solidarischen Gesellschaft und der Weise, in der diese reguliert werden könnte.

Ein Akkumulationsregime ist in erster Linie durch eine dem Charakter der Gesellschaftsordnung gemäße Volkswirtschaftsstruktur bzw. durch bestimmte Grundproportionen der Volkswirtschaft gekennzeichnet. Ein Akkumulationsregime, so definiert Alain Lipietz, einer der führenden französischen Regulationstheoretiker, »ist ein Modus systematischer Verteilung und Reallokation des gesellschaftlichen Produktes, der über eine längere Periode hinweg ein bestimmtes Entsprechungsverhältnis zwischen Veränderungen der Produktionsbedingungen (dem Volumen des eingesetzten Kapitals, der Distribution zwischen den Branchen und den Produktionsnormen) und den Veränderungen in den Bedingungen des Endverbrauches

(Konsumniveau der Lohnabhängigen und anderer sozialer Klassen, Kollektivausgaben usw. [...] ) herstellt« (Lipietz 1985:120).

Der profitdominierten kapitalistischen Gesellschaft entspricht eine spezifische Volkswirtschaftsstruktur. Die profitabelsten Branchen treten in den Vordergrund, in den letzten Jahrzehnten vor allem in den USA und Großbritannien eine überdehnte Expansion der Finanzbranche, in Deutschland exportstarke Branchen wie die Automobilindustrie, der Maschinenbau, die chemische Industrie und die Pharmaindustrie. Andere nicht oder wenig kapitalrentable Sektoren wie die physische und soziale Infrastruktur bleiben dagegen gemessen am Reichtum der Bundesrepublik zurück. Diese nach dem Maß freier Persönlichkeitsentfaltung der Bürgerinnen und Bürger und eines guten Lebens fundamental wichtigen Bereiche der Gesellschaft wurden in den letzten Jahrzehnten durch die Sparpolitik zum Teil sogar geschrumpft.

Der Kapitalmarkt hat den Finanzspekulanten signalisiert, dass mit toxischen Wertpapieren glänzende Geschäfte zu machen sind – bis die Finanzblase platzt. Der Automarkt hat hohe Profite aus der Produktion von schweren Luxuslimousinen und SUVs versprochen. Der Wohnungsmarkt hat Finanzinvestoren kundgetan, dass mit Sozialwohnungen kein großes Geschäft zu machen ist, wohl aber mit Gentrifizierung und hohen Mieten nach Luxussanierungen. Der Gesundheitsmarkt bringt eine medizinische Versorgung hervor, in der Kostensenkung vor Patientenbedürfnissen rangiert und in der Pharmaindustrie die Herstellung von Medikamenten gegen Massenkrankheiten in Entwicklungsländern minimiert wird, weil sie nur geringe Rendite abwirft. Kurz, das gegenwärtige Akkumulationsregime ist das Resultat einer Regulationsweise, in deren Zentrum die Konkurrenz um höchstmögliche Profite steht. Akkumulationsregime und Regulationsweise bedingen sich wechselseitig.

Das bedeutet, dass Schritte auf dem Weg zu einer sozialistischen Regulationsweise danach bestimmt werden müssen, ob und in welchem Maße sie für die Mehrheit der Bevölkerung im eigenen Land und über dessen Grenzen hinaus ein selbstbestimmtes gutes Leben und die Bedingungen individueller Entfaltung einer und eines jeden im Rahmen ökologischer Naturgleichgewichte versprechen. Wenn Gesundheit, gesunde Umwelt und Ernährung, bezahlbares Wohnen, Bildung, Kultur, Information und umweltschonende Mobilität als entscheidende gesellschaftliche Ziele betrachtet werden, können sie nicht unzureichend regulierten Märkten überlassen bleiben. Sie erfordern deren sozial-ökologische Einhegung, demokratische gesellschaftliche Planung und Lenkung sowie starken Einfluss zivilgesellschaftlicher Akteure und eine neue Kombination dieser Teilmechanismen der Regulation.

Anregend für Vorstellungen von einer solidarischen wirkenden Regulationsweise sind Lipietz' Überlegungen zu Vor- und Nachteilen der verschiedenen einsetzbaren Instrumente. Er unterscheidet zunächst drei Gruppen von Instrumenten: »reglementierende« (Gesetze und Normen), »wirtschaftliche Verfahrensweisen« (Steuern und Lizenzen oder Zertifikate mit dem Charakter von Verschmutzungsrechten) und einen dritten Typus (Verhaltenscodices oder Selbstbeschränkungsabmachungen): »Kurzum die Regulation durch den guten Willen, durch den ›Bürgersinn‹.« (Lipietz 2000: 69) Richtig an dieser Wertung ist wohl, dass ohne Einsicht der Bürgerinnen und Bürger, ohne deren Initiative und Engagement keine erfolgreiche ökonomische und ökosoziale Politik möglich ist. Deshalb maß Erik Olin Wright der Selbstermächtigung zur Ausübung gesellschaftlicher Macht so große Bedeutung für eine Gesellschaftsalternative zu. Aber zugleich ist auch die Erfahrung festzuhalten, dass Selbstverpflichtungen von Unternehmen zu umweltgerechtem Verhalten meist enttäuschende Ergebnisse haben. Sie mögen in einem gesellschaftlichen Umfeld des Umbruchs nicht unwichtig sein, aber nur im Rahmen starker politischer Zwänge, hinweisender Planung und einer entwickelten Zivilgesellschaft.

Gebote und Verbote sind nach Lipietz dort einzusetzen, wo destruktive Prozesse ohne jeden Zeitverzug unterbunden werden müssen, etwa bei der Einleitung von Giften in Flüsse. Nach diesem Kriterium allein würde allerdings ordnungspolitischen Entscheidungen ein zu geringer Raum zugemessen werden. Denn marktkonforme Instrumente wirken auf vielen Feldern viel zu langsam, mit dramatischen Folgen bei der Begrenzung von CO<sub>2</sub>-Emissionen.

Normen will Lipietz als abgemilderte Formen des Verbots den Vorzug geben, wo immer eine Tätigkeit notwendig und unter der Bedingung hinnehmbar ist, dass sie nicht »allzu sehr« verschmutzt, also in Grenzen noch nachhaltig ist (ebd.: 75). Die Verletzung von Normen müsste allerdings sanktioniert werden.

Verschmutzungssteuern sind, so Lipietz, flexibler als Normen und dort anzuwenden, wo die Verhaltensweisen der Akteure so heterogen sind, dass einheitliche Normen keinen Sinn machen. Handelbare Verschmutzungszertifikate passen sich als marktkonforme Instrumente eher der neoliberalen Wirtschaftsverfassung an und mögen leichter durchsetzbar sein als bei den Bürgerinnen und Bürgern unbeliebte Steuern. Aber Verschmutzungssteuern, so argumentiert Lipietz, haben im Unterschied zur einmaligen Ausgabe von Zertifikaten eine permanente Wirkung, und sie versprechen dem Staat ständige Einnahmen. Sie lassen den Unternehmen weniger Ausweichmöglichkeiten als ein Aufkauf von Lizenzen im Zertifikatehandel durch finanz-

starke Unternehmen, der von diesen für anhaltende Umweltschädigung genutzt werden kann. Steuern können auch schneller Wirkung zeigen als der Zertifikatehandel. Eine problematische Seite bei Einführung eines globalen Zertifikatehandels sei die Versuchung für Entwicklungsländer, durch Verkauf von Verschmutzungslizenzen ihre wirtschaftliche Notsituation zu lasten der Umwelt zu verbessern und damit den reichen Käufern der Zertifikate zugleich weitere Belastungen der Umwelt zu ermöglichen.

Lipietz legt also ein Abwägen der Vor- und Nachteile verschiedener Instrumente der Umweltpolitik im Zentrum der Regulationsweise nahe und empfiehlt zugleich den ausgewogenen Einsatz sämtlicher verfügbarer Mittel. Immer müssen nationale und internationale Umweltlösungen Umverteilungskomponenten zugunsten der sozial Schwächeren einschließen – eine für linke Politik elementare Forderung. Stephan Schulmeister zufolge gebe es für die Finanzierung einer sozial-ökologischen Transformation nur einen Weg. Er müsse den Einkommensstärksten, insbesondere den Besitzern großer Finanzvermögen, spürbare Konsolidierungsbeiträge in Form von Steuern abverlangen (Schulmeister 2010: 21). Rainer Land dagegen rät, stark auf eine Kreditfinanzierung des sozial-ökologischen Umbaus zu setzen. Als eine der zentralen Fragen für eine progressive Regulationsweise ergibt sich, welche Bedeutung Steuern und welche Rolle Kredite für den enorm hohen Finanzierungsaufwand einer sozial-ökologischen Transformation haben werden. Zweifellos werden beide Finanzierungsmöglichkeiten notwendig sein. Aber es ist doch ein gravierender Unterschied, ob überwiegend auf Kreditfinanzierung gesetzt werden soll oder nicht. Auf diese Frage wird zurückzukommen sein (siehe Kapitel 3, Punkt 2).

### **3. Elinor Ostrom: Dezentrale Verantwortung für die Gestaltung und Nutzung von Commons**

Der starken Konzentration Erik Olin Wrights in seinen Überlegungen zu einer sozialistischen Regulationsweise auf die Selbstermächtigung demokratischer Akteure sind die Vorstellungen Elinor Ostroms sehr nahe. Die Nobelpreisträgerin und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bloomington Workshop haben jahrzehntelang in vielen Ländern vielfältige Eigentums- und Bewirtschaftungsformen untersucht, in denen Menschen selbstverantwortlich die Reproduktion der für ihr Leben wichtigen Gemeingüter organisieren. Ostrom geht davon aus, dass Güter nicht von Natur aus Commons sind, sondern erst durch Commoning, d.h. durch gemeinwohlorientierte Gestaltung des Umgangs mit den Ressourcen zu Commons werden – ob

das nun Bewässerungssysteme, Wälder, Rohstoffe, urbane Gärten, städtischer Wohnraum, erneuerbare Energien, Open Hard- und Software, Wissensbestände, solidarische Wirtschaftsunternehmen, CO<sub>2</sub>-Emissionen im nationalen oder im EU-Maßstab, Kulturgüter oder Banken sind. Selbstverwaltung ist in Ostroms Konzept der Schlüssel für die Verwandlung unterschiedlichster Ressourcen in Güter, die dem Gemeinwohl dienen. Im Unterschied zu Wright schenkt sie allerdings dem Verhältnis zwischen dem Handeln zivilgesellschaftlicher Akteure in den Commons einerseits und gesamtgesellschaftlicher Planung und dem Marktmechanismus andererseits weniger Aufmerksamkeit.

Aber sie betrachtet das Agieren der Commoner nicht als unproblematisches Ergebnis einer Einsicht der Einzelnen in die reibungslose Einordnung der eigenen Arbeit in kollektive und gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge und Erfordernisse. Vielmehr hat sie ihre praktischen Untersuchungen zu theoretischen Einsichten in die Konstruktionsprinzipien von selbstverwalteten, selbstregulierten Nutzungssystemen verarbeitet. Sie verfolgt einen polyzentrischen Ansatz. Durchaus im Rahmen staatlicher Grundorientierungen sieht sie die Hauptverantwortung für bestmögliche Produktions- und Nutzungsweisen unterschiedlicher Ressourcen bei öffentlichen und privaten Verwaltungs- und Beschäftigungseinheiten, die nach klar bestimmten gemeinschaftsorientierten Regeln und unter öffentlicher Kontrolle arbeiten. Diese Einheiten sind in Abhängigkeit von dem Charakter der zu bewirtschaftenden Ressourcen und gesellschaftlichen Bedingungen auf mehreren Ebenen angesiedelt – von der lokalen oder durch die Ressource selbst (zum Beispiel eine bestimmte Waldregion oder ein solidarwirtschaftliches Netzwerk) bestimmten Ebene bis zur nationalen Ebene oder einer Region darüber hinaus.

Eine Regulationsweise, die stark auf der Selbstverantwortung solcher Kooperativen beruht, ist voraussetzungsvoll. Zunächst muss die Ressource exakt bestimmt werden, deren Reproduktion gemeinwohlorientiert zu sichern oder zu erweitern ist. Dazu gehören die Verfügbarkeit wissenschaftlich gesicherter Information über den Zustand dieser Ressource und die regelmäßige Aktualisierung dieser Information. Informationssysteme rücken in den Blick. Zu klären ist, welche Eigentumsformen dem spezifischen Zweck der Bewirtschaftung einer Ressource am besten entsprechen könnten und daher angestrebt werden sollten – zum Beispiel im Umgang mit Wohnraum. Elinor Ostrom plädiert mit großem Nachdruck für ein erstrangiges Gewicht von Gemeineigentum in der Verfügung der jeweils Betroffenen. Da jede Ressource unterschiedliche und oft gegensätzliche Interessen unterschiedlicher Gruppen berührt, sind Widersprüche und Konflikte zwi-

schen den Beteiligten unvermeidlich. Notwendig ist daher ein Konfliktmanagement nach festgelegten und von den Betroffenen kraft eigener Mitwirkung akzeptierten Regeln. Die produzierenden und konsumierenden Nutzer der zu bewirtschaftenden Güter werden umso verantwortungsvoller mit diesen umgehen, je mehr sie die Regeln dafür verstehen und als legitim wahrnehmen. Je mehr die Regeln die gewordenen Kulturen und die historisch gewachsenen Institutionen beachten, desto wahrscheinlicher ist ihre Akzeptanz und Durchsetzbarkeit. Dieser Zuschnitt auf die besonderen kulturellen und sonstigen Voraussetzungen der Regulierung ist umso besser möglich, je mehr die Nutzergemeinschaften lokal bzw. in überschaubaren Zusammenhängen angesiedelt sind. Auch deshalb votiert Ostrom für Dezentralität der Regulationsweise. »Top-down-Ansätze und Blaupausen haben hier nichts zu suchen.« (Ostrom 2011: 34)

Je mehr eine Regulationsweise mittels dezentraler Einheiten des Wirtschaftssystems funktionieren würde, desto stärker wird die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Umverteilung von ökonomischen Potenzialen hervortreten. Elinor Ostrom geht es allerdings vorrangig darum, wie eine dezentrale Bewirtschaftung von Commons überhaupt zu organisieren ist. Wenn diese weit entfaltet sein wird, wird allerdings die Frage nach flexibler volkswirtschaftlicher Planung und Lenkung größeres Gewicht erlangen – also doch die Frage nach der Wechselwirkung der drei oben genannten Teilmechanismen einer modernen Regulationsweise: von dezentralen zivilgesellschaftlichen Formen der Regulation, die im Zentrum der Arbeit Elinor Ostroms stehen, von volkswirtschaftlicher demokratischer Planung und Lenkung und von gebändigtem Marktmechanismus. Elinor Ostrom, Heiner Flassbeck z. B., der vor allem die Herstellung makroökonomischer Proportionen im Auge hat, und Stephan Krüger beispielsweise, der die dafür staatlich einsetzbaren wirtschaftspolitischen Instrumentarien hervorhebt, vertreten durchaus unterschiedliche Ansätze zur Kombination dieser drei Teilmechanismen der Regulation. Umso deutlicher tritt als Problem hervor, wie ihre bestmögliche Kombination beschaffen sein könnte. Welches Gewicht für eine sozialistische Regulationsweise sollte Ostroms Ansatz polyzentrischer Verantwortung zukommen? Das wird im dritten Kapitel der hier vorliegenden Arbeit zu erörtern sein.

#### 4. Simon Sutterlütti und Stefan Meretz: Commonismus und Stigmie im Zentrum einer neuen Regulationsweise

Die im Wiener Commons-Institut arbeitenden Autoren Sutterlütti und Meretz knüpfen an Elinor Ostroms Konzept der Commons als Zentrum der Herausbildung einer Gemeinwirtschaft und einer neuen solidarischen Gesellschaft an. Sie nennen die von ihnen erstrebte Gesellschaft deshalb Commonismus. Aber während Ostrom die Notwendigkeit gesamtgesellschaftlicher Sorge für die notwendigen Rahmenbedingungen der Arbeit in den Commons betont, ohne diese Regulationsebene und den Markt zum Gegenstand eigener Forschung zu machen, lehnen die beiden österreichischen Autoren zentrale Planung und Lenkung und den Marktmechanismus generell ab, ohne für deren Funktion überzeugende Alternativen anzubieten.

Als Commons bezeichnen sie Ressourcen, die aus selbstorganisierten Prozessen des gemeinsamen bedürfnisorientierten Produzierens, Verwaltens, Pflagens und Nutzens hervorgehen (Sutterlütti/Meretz 2018: 156). Sie entstehen also durch gemeinsames Handeln, durch das Commoning. Wenn Meretz und Sutterlütti Commons als charakterisiert durch Freiwilligkeit, Bedürfnisorientierung und Inklusionsdynamik definieren, wird erkennbar, dass sie eigentlich nicht die Ressourcen an sich, sondern die Art und Weise ihrer Organisation und Aneignung meinen, wenn sie von Commons sprechen.

Commons sind die Gestalt und der Ort solidarischen Handelns, verbunden mit der Selbstentfaltung der Beteiligten, der Commoner. Sie werden von Sutterlütti und Meretz als die Sphäre der Herausbildung einer neuen Gesellschaft und als deren Basis betrachtet.

Aber hier geht es ja nicht vorrangig um Vorstellungen von dem Ganzen einer Gesellschaftsalternative, sondern um deren mögliche Regulationsweise. Die Autoren fragen dazu, »wie eine ganze Gesellschaft auf Basis von Commoning organisiert werden könnte.« (Ebd.)

Ihre erste Antwort lautet, dass dies durch eine solidarische, freiwillige Arbeit an und in den Commons geschehe. Wenn überall so gearbeitet würde, hätte sich die Gesellschaft zu einer solidarischen Gesellschaft entwickelt. Konflikte wären in erster Linie *interpersonal*, das heißt in unmittelbaren persönlichen Diskussionen, Überzeugungs- und Aushandlungsprozessen der beteiligten Commoner zu lösen. Konflikte müssten aus einer nicht unmittelbaren, also *transpersonalen* Vermittlung herausgenommen werden und in einen Rahmen interpersonaler Konfliktmediation gebracht werden.« (Ebd.: 174)

Ihre zweite Antwort ist, dass allerdings das commonistische Verhalten in der Vielfalt der einzelnen, meist dezentral organisierten Commons noch

zu einem gesamtgesellschaftlichen Gemeinwohl zusammengeführt werden müsse. Damit sind sie bei der Kernfrage, durch welchen Allokationsmechanismus die kapitalistische Regulationsweise in einer künftigen Gesellschaft ersetzt werden soll. Ihre Antwort lautet, dies müsse durch Stigmergie geschehen. »Stigmergie ist ein Begriff, der die kommunikative Koordination in einem dezentralen organisierten System beschreibt, das eine große Anzahl von Individuen umfasst [...]: Die Individuen des Systems kommunizieren miteinander, indem sie ihre lokale Umgebung verändern. Sie hinterlassen Hinweise – vgl. Stigma: Zeichen.« (Ebd.: 175f.) Das zentrale transpersonale Zeichen in der kapitalistischen Marktregulation sei der Preis.

Und mit Spannung erwarten Leserinnen und Leser, an diesem Punkt der Gedankenführung angelangt, was denn nach Auffassung von Sutterlütti und Meretz die Zeichen sind, die künftig an die Stelle des Preises treten werden. Denn eine Marktwirtschaft schließen sie ebenso aus wie eine zentrale Planung oder die Kombination von beiden. »Auch im Commonismus wird es Hinweise geben [...] Commonistische Hinweise kommunizieren Bedürfnisse. Sie erlauben es uns, die Bedürfnisse anderer in unserem Handeln einzuschreiben.« (Ebd.: 177) Viele Bedürfnissignale, etwa für den Bedarf an Stahl, Automaten, Putzarbeit, Windeln oder Energie kämen aus den einzelnen Commons und seien Informationen an andere Commons über das, was von ihnen erwartet wird. »Reichhaltige Signale erlauben eine komplexe Bedürfnisvermittlung« (ebd.: 180) zwischen den Knoten im Netzwerk der vielen Commons.

Aber mit welchem Mechanismus sollen die Zeichen, die Stigmata zwischen den Commons so vermittelt und nach Prioritäten geordnet werden, dass sich daraus den gesellschaftlichen Bedürfnissen gemäße Volkswirtschaftsproportionen ergeben? Die Antwort gerät enttäuschend: Commonistisch-stigmergische Informationen könnten »in einer Vielzahl von Formaten, Bildern, Texten, Videos, Augmented Reality etc. transportiert werden. Wir vermuten, dass das Internet einen wichtigen Beitrag dazu leisten wird, die Bandbreite bereitzustellen.« (Ebd.: 179) Man könnte auch sagen: Was notwendig ist, wird sich irgendwie auf moderne Weise herumsprechen. Und zwar nicht mehr, wie doch im gesamten Buch der beiden Autoren betont, auf der interpersonalen Ebene von face-to-face, sondern im Bruch zur Favorisierung der Interpersonalität: »Eine commonistisch-stigmergische Vermittlung greift ohnehin eher auf der transpersonalen Ebene großer und vielfältiger Systeme – wie es die gesamtgesellschaftliche Vermittlung darstellt – als bei kleinen interpersonalen Einheiten. Basierend auf dem Gesetz der großen Zahlen würde dementsprechend für die transpersonale Ebene das stigmergische Gesetz formuliert: »Gibt es ausreichend Menschen und Com-



mons, so wird sich für jede Aufgabe, die getan werden muss, auch eine Person oder ein Commons finden.« (Meretz 2015: 217f.)

Nach dieser vagen Aussage verlassen Sutterlütti und Meretz die Ebene transpersonaler Regulierung wieder, die sie wenig überzeugend beschreiben, und kehren schnell zur überschaubaren interpersonalen Regelung der Dinge im Rahmen einzelner Commons zurück: »Kein gesellschaftlicher Mechanismus setzt eine Logik über unsere Köpfe hinweg durch. Wir selbst lösen Bedürfniskonflikte und fällen handelnd Entscheidungen. Die verteilte Allgemeinheit [...] ist tatsächlich Ausdruck individueller gesellschaftlicher Selbstorganisation.« (Ebd.: 188)

Das Problem für eine solidarische Gesellschaft ist jedoch nicht eine Entscheidung zwischen einem Regulierungsmechanismus über die Köpfe der Menschen hinweg und der Selbstorganisation der Bürgerinnen und Bürger, nicht ein entweder–oder.

Im Gegenteil, es wird darum gehen, Selbstorganisation mit einem gesellschaftlichen Koordinierungsmechanismus so zu verbinden, dass Widersprüche zwischen individuellen, kollektiven und gesamtgesellschaftlichen Interessen erkannt und produktive sozial-ökologische Bewegungsformen für sie auf allen Ebenen der Gesellschaft institutionalisiert werden.

In einer sozialistischen Gesellschaft wird ein produktives Verhältnis zwischen zentralen Institutionen und den zu Recht von Meretz und Sutterlütti betonten polyzentralen Institutionen gefunden werden müssen. Ihre Ablehnung sämtlicher zentraler Einrichtungen wird in hochkomplexen Gesellschaften jedoch kaum funktionieren. Herauszufinden ist allerdings, wie gesellschaftliche Planungsziele als Resultat gesellschaftlicher Konsensbildung entstehen sollen, wie sie zur Geltung gebracht werden können, ohne dezentrales kreatives Engagement einzuengen. Ein Problem ist, wie eine gesellschaftliche Planung offen für Korrekturen durch Marktsignale und veränderte Auffassungen in der Zivilgesellschaft bleiben kann. Das wird im Kapitel 3 zu erörtern sein.

## **5. Ulrike Herrmann: »Kein Kapitalismus ist auch keine Lösung« und Sabine Nuss: »Keine Enteignung ist auch keine Lösung«**

Mit ihrem Buchtitel liefert Sabine Nuss einen Gegenpol zu Ulrike Herrmanns Buch »Kein Kapitalismus ist auch keine Lösung«. Deren verständlich und spannend geschriebenes Buch bewegt sich in einem linkskeynesianischen

Rahmen. Vom Staat erwartet Herrmann, dass die Fiskalpolitik der Regierungen und die Geldpolitik der Zentralbanken die antisozialen und umweltzerstörenden Wirkungen des Marktes zurückdrängen können. Ähnlich wie Heiner Flassbeck argumentiert Herrmann, dass das Wirtschaftswunder nach dem Zweiten Weltkrieg ein »Lohnwunder« gewesen sei, dass nur die Orientierung der Lohnentwicklung an Arbeitsproduktivität plus Inflationsrate (und zudem noch etwas Umverteilung von oben nach unten) Vollbeschäftigung, Wachstum und Wohlfahrtstaatlichkeit ermöglicht habe (Herrmann 2016: 207). Das ist eine zutreffende Erklärung des Nachkriegswachstums, allerdings eine zu enge. Die Entstehung neuer Industriezweige, die dadurch erforderlichen Investitionen und der Ausbau des Sozialstaats haben ebenfalls erheblich zu den »goldenen Nachkriegsjahrzehnten« beigetragen.

Heute allerdings, so stellt Herrmann fest, entscheiden die großen Anleger auf den Finanzmärkten über die Beschäftigung und Wirtschaftsentwicklung (ebd.: 236). Ihre Renditemaßstäbe treiben auch die produzierenden Unternehmen – unterstützt durch die staatliche Austeritätspolitik – zu Kostensenkungsstrategien, vor allem zur Senkung der Lohnkosten. Dagegen sei eine zentrale Aufgabe – festzuhalten für eine progressive Regulationsweise –, die Vormacht der Finanzmärkte über das ökonomische Geschehen zu brechen.

Dem neoklassischen Muster folgend würden gegenwärtig die Staaten so handeln, als könnten sie Probleme zulasten anderer Staaten lösen. Auch für die auf Exportüberschüsse orientierte Bundesrepublik gelte, so Herrmann: »Sie setzt auf eine Verarmungspolitik der Nachbarn, auf die Strategie ›beggar-thy-neighbour‹«. (Ebd.: 236) Aber das könne nicht funktionieren: »Wohin soll die Exportnation dann exportieren, wenn den anderen Ländern das Geld fehlt, um zu importieren?« (Ebd.) Deutschland müsse so viel importieren, wie es exportiert. »›Importweltmeister‹ kann Deutschland jedoch nur werden, wenn hierzulande die Löhne deutlich steigen.« (Ebd.) Eine progressive Regulationsweise, das ist die Schlussfolgerung, muss auf eine menschenwürdige Lebensführung zielen.

Aber, so argumentiert Herrmann: »Einkommen ist niemals garantiert, sondern entsteht nur, wenn unablässig investiert wird.« (Ebd.) Und genau das sei dem Kapitalismus eingeschrieben, »wie Smith, Marx und Keynes wussten: Er ist ein Prozess, der keinen Stillstand kennt. [...] Der Kapitalismus produziert immensen Wohlstand, aber gleichzeitig vergrößert er den Abstand zwischen Arm und Reich.« (Ebd.: 240f.) Diese Kluft bedauert und kritisiert Ulrike Herrmann und setzt auf ihre Begrenzung im Rahmen des Kapitalismus. Der zusammenfassende Satz in ihrem Buch lautet: »Der Kapitalismus ist das einzige dynamische soziale System, das die Menschheit

je hervorgebracht hat. Die Ökonomie sollte ihn erforschen, statt ihn aus ihrer Theorie zu verbannen.« (Ebd.: 241) Das läuft auf eine Reform des Kapitalismus durch stärkere sozialstaatliche Regulierung des Marktes hinaus. Der Kapitalismus bleibt für Ulrike Herrmann die Perspektive. Auf die Zerstörung der Umwelt durch die von ihr gelobte Dynamik des Kapitalismus lässt sie sich nicht ein. Einer solchen Perspektive sei hier entgegengesetzt, dass Reformen zur sozial-ökologischen Bändigung des Marktes durchaus notwendig sind, dass aber die Grenzen des Kapitalismus langfristig nur zu überwinden sind, wenn die Dominanz der kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnisse gebrochen wird.

Sabine Nuss plädiert ohne Wenn und Aber für eine Überwindung des Kapitalismus. Soweit sie über Regulation nachdenkt, ordnet sich dies in die Suche nach einer Gesellschaft jenseits des Kapitalismus ein. Dieser habe das Versprechen des Privateigentums gebrochen, auf Wettbewerbspfaden Motivation der einzelnen zu höchster Leistung freizusetzen, Effizienz und Innovation hervorzubringen und auf dieser Grundlage Wohlstand und individuelle Freiheit zu stiften. Dieses Versprechen sei von vornherein vergiftet gewesen (ebd.: 40). Ein großer Teil der Gesellschaft bleibt vom Reichtum, den die privatkapitalistische Konkurrenz hervorbringt, ausgeschlossen. Schon die Entstehung des kapitalistischen Eigentums in England durch die Vertreibung der Bauern von dem von ihnen genutzten Boden ist eine »große Enteignung« gewesen. Heute führen die auf Kapitaleigentum beruhende Marktkonkurrenz und das aus ihr hervorgehende Monopol zur Erschöpfung der Natur. Die Menschen werden sogar von den natürlichen Grundlagen ihres Lebens enteignet. Der Erdschöpfungstag, der Tag, an dem schon mehr Ressourcen verbraucht sind als durch die Ökosysteme in einem Jahr regeneriert werden können, war 2019 schon am 29. Juli erreicht und tritt immer früher ein.

Sabine Nuss zieht einen radikalen Schluss: Wenn dies das Resultat des – monopolistisch überformten – Markts ist, dann muss eben der Markt selbst überwunden werden. Und damit ist sie ganz bei einer der großen Marxschen Fehlerwartungen. Sie schreibt über eine sozialistische Regulationsweise: »Die unmittelbaren Produzenten würden mittels demokratischer Aushandlungen die Qualitäten und Quantitäten des Bedarfs ermitteln, Produktion und Konsumtion koordinieren und selbst organisieren, statt dies einem gegenüber Natur und Mensch blinden Mechanismus überlassen.« (Ebd.: 94) Aber wie sollen die unmittelbaren Produzenten, die Beschäftigten in Produktion und Dienstleistungen – selbst in Unternehmen, die auf Gemeineigentum basieren –, die Bedürfnisse einer ganzen Gesellschaft und die für deren Befriedigung notwendigen volkswirtschaftlichen

Proportionen ermitteln? Die Antwort lautet bei Sabine Nuss: Durch Aushandlungsprozesse der Beteiligten und Betroffenen. Aber die kennen sich jenseits lokal begrenzter Räume gar nicht und können folglich nicht miteinander verhandeln. Michael Alberts Versuch, das Modell eines unmittelbaren gesellschaftlichen Aushandlungsprozesses durchzukonstruieren, zeigt anschaulich, welche verkomplizierten, ungewollt bevormundenden Organisationsformen dabei entstehen würden (siehe den nächsten Abschnitt).

Sich eine Wirtschaft ohne Markt nicht vorstellen zu können, dazu meint Nuss jedoch: »Das ist kennzeichnend für die naturalisierte Wahrnehmung der kapitalistischen Ökonomie (Wirtschaftswissenschaft – D.K.) und zugleich Ausdruck eines mangelnden Vertrauens in die Fähigkeit der Gesellschaft, ihren eigenen ökonomischen Prozess zu organisieren.« (Ebd: 104) Sabine Nuss' Position, so ließe sich umgekehrt sagen, basiert auf mangelndem Vertrauen darauf, dass eine sozialistische Gesellschaft sich ihrerseits Märkte unterordnen kann. Im dritten Kapitel der hier vorgelegten Arbeit wird dagegen argumentiert, dass unter postneoliberalen und sozialistischen Verhältnissen ein zivilgesellschaftlich und staatlich gebändigter Markt gesellschaftliche Entscheidungen entlasten sollte. Gerade dadurch wird erst möglich, wenige entscheidende Hauptentwicklungsrichtungen in öffentlichen Diskursen und in einer darauf gestützten gesellschaftlichen Planung und Lenkung zu bestimmen.

»Gar kein Markt ist auch keine Lösung«, lautet meine Antwort auf Sabine Nuss. In einer solidarischen Gesellschaft wird wohl ein nicht mehr dominierender, ein gebändigter Marktmechanismus zusammen mit dem Handeln zivilgesellschaftlicher Akteure eingeordnet in gesellschaftliche Planung und Lenkung zu einer sozialistischen Regulationsweise gehören.

Nichtkapitalistische Eigentumsverhältnisse wären, so entwickelt Sabine Nuss, für eine solidarische Gesellschaft und ihre Regulationsweise die Grundlage. Im Kapitel 3 wird darzustellen sein, in welcher Weise neue Eigentumsstrukturen und funktionsfähige Regulation zusammengehören. Allerdings wird dort für hybride Eigentumsverhältnisse bei Dominanz von gesellschaftlichem Gemeineigentum plädiert, nicht wie Sabine Nuss für durchweg gesellschaftliches Eigentum allein. Aber übereinstimmend mit Sabine Nuss ist mit einer sozialistischen Perspektive über Schritte zu einer künftigen Regulationsweise nachzudenken.

## 6. Michael Albert: Rätssystem als institutionelle Grundlage sozialistischer Regulation

Die Idee der Partizipation als Leitlinie einer sozialistischen Regulationsweise verbindet das Konzept Michael Alberts mit dem emanzipatorischen Anliegen Elinor Ostroms und von Sutterlütty und Meretz. Aber für die Teilhabe der Vielen an gesellschaftlicher Selbstbestimmung schlägt er eine einseitige Konstruktion vor, die kaum funktionieren würde.

Albert nennt als mögliche Alternative zum Kapitalismus eine »participatory economy«: PARECON. In seinem Konzept dafür entwickelt er sehr detaillierte Beschreibungen einer künftigen Regulationsweise (Albert 2006). Von den drei Hauptkomponenten einer alternativen Regulationsweise – gesellschaftliche Planung, Marktmechanismus, zivilgesellschaftlicher Einfluss – lehnt Albert in seinem Konzept die Fortexistenz eines Marktmechanismus de facto ab. Damit schließt er die Entlastung zentraler Planungs- und Lenkungs-gremien von Millionen in weniger wichtigen Einzelentscheidungen durch die Marktregulation aus – was auf eine hochgradige Überforderung der Akteure in diesen Gremien hinausläuft. Ein erstrangiges Gewicht wird dagegen – als Absicht positiv hervorzuheben – dem zivilgesellschaftlichen Einfluss der Bürgerinnen und Bürger auf die Wirtschafts- und Gesellschaftsprozesse und einer partizipatorischen Planung zugemessen.

Das gesamte Modell Alberts beruht jedoch – ohne ausdrückliche Berufung auf Marx – auf dessen Fehlannahme, dass die einzelnen in einer künftigen solidarischen Gesellschaft ihre Arbeiten als *unmittelbar* gesellschaftliche Arbeit leisten und (bei Albert durch die Instrumentarien der PARECON) in die Lage versetzt würden, alle gesellschaftlichen Wirkungen ihres Tuns, alle Folgen für andere und alle Auswirkungen auf die Natur nahezu vollständig zu durchschauen und entsprechend solidarisch und nachhaltig bereits ex ante zu handeln.

Grundelemente der Regulationsweise, die dies ermöglichen soll, würden Gemeineigentum an sämtlichen Produktionsressourcen, ein hochverästeltes System von autonomen Produzent:innenräten, Konsument:innenräten, Verbraucher:innenräten, Wohngebietsräten, Tätigkeitsbündel-Ausschüssen, Unterstützungsbüros und Iterationsbüros für Planungsprozesse auf allen Ebenen und ein für alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen zugängliches umfassendes System der Information sein.

Nicht der Markt soll die millionenfachen Allokationsprozesse unterhalb der Grundproportionen der Volkswirtschaft mitbestimmen, sondern die Einzelpersonen würden ihre persönlichen Produktionsangebote und ihre individuellen Konsumwünsche für Kleidung, Lebensmittel, Spielzeug usw.

zur kollektiven Beratung in den verschiedenen Räten vorlegen. Dann würde auf dieser Grundlage und im Rahmen partizipativ erarbeiteter hinweisender zentraler Planungsvorschläge für Großvorhaben ein mehrstufiger Iterationsprozess beginnen. »Da alle gleichberechtigt sind, gibt es keine Spitzen- oder Zentralfunktionen; es gibt auch keine Konkurrenz, sondern alle agieren in gegenseitiger Solidarität.« (Ebd.: 125) Alle Widersprüche lösen sich in der idealen PARECON-Gesellschaft in einer unendlichen Folge von Ausgleichsprozessen auf.

Wenn allerdings die einen weiter monotone und anspruchslose Arbeiten und andere qualifizierte Tätigkeiten leisten würden, müsste dies, so Albert, zu ungewolltem ungleichem Einfluss auf Entscheidungen führen. Albert macht hier auf ein reales Problem aufmerksam. Deshalb würden »Tätigkeitsbündel-Ausschüsse« innerhalb von Betrieben Bündel von Tätigkeiten zusammenstellen, in deren Rahmen die Einzelnen sowohl »schlechte« wie auch »gute« Arbeiten zu leisten hätten. Auch der Chirurg hätte Bettpfannen zu leeren. (Meinhard Creydt schlägt für die gerechte Verteilung unattraktiver Arbeiten einen mehrmonatigen Pflichtdienst für alle vor.) Überbetriebliche Bündelungsausschüsse hätten nach Alberts Vorstellung einen ständigen Wechsel von Tätigkeiten zwischen verschiedenen Branchen mit unterschiedlichen Arbeitsbedingungen zu organisieren. Die so zu erreichende im Durchschnitt gleiche Arbeit würde mit einem »Grundeinkommen« zu entlohnen sein, das für alle weitgehend gleich sei. Nur unterschiedliche Arbeitszeiten und vor allem unterschiedlicher »Einsatz«, verstanden als individuelles Bemühen, würden zu Abweichungen davon führen – wiederum in kollektiven Räten zu beurteilen.

Ineffizienz, chaotische Arbeitsabläufe, Vergeudung von Qualifikation, Überbürokratisierung, Gleichmacherei, Über- und Unterforderungen wären wohl die sichere Folge. Der Planungsprozess würde im Namen der Partizipation in endlosen, schließlich fruchtlosen Diskussionsrunden zerfasern. Das demokratische Anliegen einer Wirtschaftsorganisation von unten und partizipativer Planung würde diskreditiert. Alberts exzessives Durchkonstruieren von zivilgesellschaftlichem Handeln innerhalb der Regulationsmechanismen verweist auf die Gefahren, die bei der notwendigen Entfaltung zivilgesellschaftlicher Regulierungspotenziale, bei der partizipativen Ausgestaltung künftiger Planung zu vermeiden sind. Ein zukunftsträchtiges Grundprinzip künftiger Gesellschaftsgestaltung, ein weitreichender Einfluss von Räten der Bürgerinnen und Bürger, wird unterlaufen, wenn es exzessiv überdehnt und überfordert wird.

Wohl aber gilt Daniela Dahns gut belegter Verweis darauf, dass seit der Französischen Revolution, seit der Pariser Kommune, in jeder echten Re-

volution des 19. und 20. Jahrhunderts Räte als spontan gebildete Volksorgane auftauchten und – meist für kurze Zeit – zu Trägern progressiver Forderungen wurden. Ein großer Anlass für kommendes Handeln alternativer Akteure bleibt: »Zukunft ist zu Ende gebrachte Geschichte.« (Dahn 2013: 114) Ob in Ungarn oder Österreich, ob Arbeiter- und Soldatenräte in der deutschen Novemberrevolution 1918, ob die erste deutsche Räterepublik in Bayern, ob der Aufstand der Kronstädter Matrosen in der Sowjetunion für eine von Freiheitsrechten bestimmte Erneuerung des Sowjetsystems oder Elemente einer Rätedemokratie 1968 in der Tschechoslowakei – immer verkörperte die Konstituierung von Räten den Willen, Volkssouveränität real einzuführen (ebd.: 107-141). Für eine Übergangsperiode bietet sich ein Rätensystem von der kommunalen Ebene bis zur nationalstaatlichen und europäischen Ebene zumindest als eine beratende Parallelstruktur zu bestehenden Formen der Demokratie an (ebd.: 141).

## 7. Ota Šik's Konzept eines regulierten Marktes

Im Gegensatz zu Michael Albert wollte Ota Šik den Markt nicht abschaffen, sondern ihm im Verhältnis zur gesellschaftlichen Planung ein erstrangiges Gewicht verleihen. Der tschechische Ökonom hat 1972, vier Jahre nach dem Prager Frühling, einen umfassenden Entwurf für eine sozialistische Wirtschaftsreform und insbesondere für eine neue Regulationsweise vorgelegt (Šik 1979). Er war Leiter der Regierungskommission für Ökonomische Reformen in der CSSR. Vom April bis August 1968 fungierte er während des Prager Frühlings als Vizeministerpräsident der Regierung Dubček. Sein Werk »Humane Wirtschaftsdemokratie. Ein dritter Weg« erschien erst im Schweizer Exil, wo er seit 1970 an der Hochschule St. Gallen für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften einen Lehrstuhl innehatte.

Aus der Abkehr vom Staatssozialismus und der Ablehnung des Kapitalismus ergab sich Šik's Suche nach einem Dritten Weg. Aus seinen unmittelbaren Erfahrungen mit der zentralistischen Planwirtschaft resultierte als Gegenentwurf sein Konzept eines »nichtkapitalistischen regulierten Marktmechanismus« (ebd.: 618). Auch Šik wollte Selbstverantwortung und Initiative der arbeitenden Bevölkerung zur Geltung bringen. Aber im Gegensatz zu anderen hier referierten zivilgesellschaftlichen Konzepten wollte er das Engagement der vielen mit ihrer Bindung an den Marktmechanismus erreichen. Seine Arbeit enthielt viele Vorschläge zur Begrenzung negativer Markteffekte, aber weit stärker noch ein durchgängiges Plädoyer für eine de facto-Dominanz des Marktmechanismus im Verhältnis zu gesellschaftli-

cher Planung. Aus Šiks Engagement gegen den Zentralismus staatssozialistischer Planung folgte wie in einer Pendelbewegung der problematische Ausschlag zur Übergewichtung des Marktes in seiner Regulierungskonzeption.

Am deutlichsten wird das in seiner Aussage, dass die Produktion einer künftigen humanen Gesellschaft definitiv durch Marktsignale zu lenken sei, nicht durch eine Produktionsplanung. »Nicht einmal die Branchenproduktionsstruktur sollte zentral qualitativ (prognostisch) festgelegt werden, weil dies die Flexibilität unvorhersehbarer Grenzverschiebungen zwischen Branchenproduktionen ausschließt.« (Ebd.: 389) Der Markt sollte auf verschiedene Weisen regulierend wirken. Er sollte von staatlicher Preisfestlegung und von Monopolen befreit werden, sodass Angebot und Nachfrage über die Bewegung der Preise lenkende Wirkung hätten. Der Gewinn sollte das Resultat der Wettbewerbsstärke der Unternehmen sein, nicht staatlich subventioniert und nicht monopolistisch erzwungen.

Die Beschäftigten sämtlicher Unternehmen müssten an deren Gewinn so beteiligt werden, dass sie ein Interesse an ihren Lohneinkommen, durch deren teilweise Bindung an die Gewinne zugleich aber auch ein Interesse an der Rentabilität der Unternehmen hätten. Das wäre durch eine gesetzlich festzulegende Gewinnbeteiligungsquote zu erreichen. Die Kehrseite sei allerdings, dass Verluste auch die Lohneinkommen trafen. So würden Engagement, Kreativität und Innovationspotenzial der Beschäftigten angetrieben.

Um die Beschäftigten nicht zu großer Unsicherheit auszuliefern, schlug Šik vor, den größeren Teil ihrer Einkommen unabhängig von den Unternehmensgewinnen tarifvertraglich zu regeln, generell auf gesamtwirtschaftlicher Ebene und mit branchenspezifischen Abweichungen – zu vereinbaren von den Industriegewerkschaften mit den Unternehmerverbänden.

Für Aktiengesellschaften und andere Großunternehmen sah er eine »Neutralisierung des Kapitals« durch dessen Überführung in unteilbares, nicht individuell zu veräußerndes Belegschaftseigentum vor. Diese Neutralisierung werde über einen längeren Zeitraum mit der Überführung von unterschiedlichen Prozentsätzen des Gewinns in Mitarbeiterigentum erfolgen. »Es ist eine Eigentumsform, die ohne Enteignung der bisherigen Eigentümer entsteht.« (Ebd.: 405) Gemeint ist wohl, dass der Bestand an Kapitaleigentum nicht angerührt werden soll. Aber warum die allmähliche Zurückdrängung von privatem Kapitaleigentum in Großunternehmen durch einen wachsenden Anteil von Mitarbeiterigentum keine Enteignung der privaten Kapitaleigentümer sein soll, bleibt unklar. Problematisch ist, dass Šik Veränderungen der Eigentumsverhältnisse überwiegend in der Richtung von Belegschaftseigentum suchte, das doch eher einem Unternehmenswohl als einem gesellschaftlichen Gemeinwohl nahe wäre. Eine sozialistische Ei-



gentumspolitik wird dagegen einen starken Sektor konstituieren, der auf einem Gemeineigentum beruht, das real demokratischen Entscheidungen durch Akteure der Zivilgesellschaft unterliegt, nicht zuletzt auf der Ebene gesamtgesellschaftlicher Planung und Lenkung.

Ota Šik nahm an, dass der Widerspruch zwischen Profit und Lohn durch eine Neutralisierung des Kapitals verschwinden werde. Er schrieb: »Die Gewinne dürfen nicht mehr als entfremdete Einkommen, sondern als Grundlagen der kollektiven Investitionstätigkeit und eigener Erfolgsbeteiligungen angesehen werden, dann wird auch der soziale Gegensatz zwischen Lohn und Gewinn verschwinden.« (Ebd.: 394) Aber selbst in Unternehmen, die sich ausschließlich im Belegschaftseigentum befinden – was Šik keineswegs für die gesamte Volkswirtschaft anstrebte –, wirkt der Widerspruch zwischen Interessen an gegenwärtiger Erhöhung der Löhne und Einsatz von Gewinnanteilen für Investitionen in die Zukunft durchaus weiter. Und auch eine sozialistische Gesellschaft wird immer wieder Lösungen für den Widerspruch zwischen kurzfristigen und langfristigen Interessen zu finden haben. Die Entwicklung in einigen links regierten lateinamerikanischen Staaten ist ein warnendes Beispiel für die Unterschätzung dieses Problems. Die Gewinne aus extraktiven Industrien, insbesondere aus der Ölförderung, wurden eingesetzt, um kurzfristig Sozialprogramme für die arme Bevölkerung finanzieren zu können. Investitionen in eine ausgewogene eigene nationale Industriestruktur wurden weitgehend versäumt. Als auf den internationalen Märkten die Ressourcenpreise stark sanken, gerieten zum Beispiel Venezuela, Ecuador und Brasilien in schwere wirtschaftliche und soziale Krisen, die den rechten Kräften Auftrieb gaben.

Erst recht gilt für kapitalistische Verhältnisse, dass Profit und Lohn ein Widerspruchsverhältnis sind. Der Profit ist die Realisierungsform des Kapitaleigentums und dessen Sinn und Ziel. Er ist die Grundlage der Kapitalherrschaft. Aber Šik schrieb über die Unternehmer: »Kann sich bei ihnen die Überzeugung durchsetzen, dass sich die grundlegenden Mängel des kapitalistischen Wirtschaftssystems bei einer demokratisch entschiedenen und geplanten Verteilung und Verwendung der Gewinne bei gleichzeitig garantierten und genügend motivierenden Gewinnanteilen der privaten Unternehmer überwinden lassen, sollte auch ihre Unterstützung für die Systemreform kein Ding der Unmöglichkeit sein.« (Ebd.: 693) Diese Hoffnung durchzieht auch heute theoretische Konzepte und praktische Politik links-liberaler und sozialdemokratischer Kräfte.

Belegschaftseigentum in Mitarbeitergesellschaften, das als Grundlage starker Präsenz der Beschäftigten im Aufsichtsrat von Unternehmen und von Einfluss auf die gesamte Unternehmensstrategie erstrebt wird, ist ge-

wiss dem privaten Kapitaleigentum vorzuziehen. Aber es sichert keinen selbstläufig optimalen Unternehmensbeitrag zu gesamtwirtschaftlichen Proportionen im gesellschaftlichen Gemeinwohlinteresse. Dazu müssen gesellschaftliche Planung und Lenkung und Marktmechanismus auf neue Weise verbunden werden.

Das erwog auch Ota Šik: »Das neue Wirtschaftssystem muss daher eine höhere Wirtschaftseffektivität durch eine neuartige Kopplung des Marktmechanismus mit einer makroökonomischen Planung und Marktregulierung erreichen.« (Ebd.: 387) Aber einen direkten Eingriff von Planungsorganen in die Produktion und ihre volkswirtschaftlichen Proportionen schloss er ja aus, ebenso eine staatliche Intervention in die Preisbildung für Industrieprodukte. Eine langfristige Planung solle gleichwohl stattfinden. Am Anfang der Planerarbeitung habe die Planhauptkommission »ein Ausgangsprojekt der möglichen Wirtschaftsentwicklung zu erstellen.« (Ebd.: 501) Der Planhauptkommission wäre eine Lebensqualitätskommission und eine Produktionskommission zu unterstellen. Der Lebensqualitätskommission würde es obliegen festzulegen, wie die Menschen am Ende einer Vier- bis Fünfjahrplanperiode leben könnten und sollten. Die Produktionskommission sollte für die Lebensqualitätskommission die Branchenstruktur vorschlagen, mit der dieses Ziel erreicht werden könnte.

Parallel zur Marktregulierung des Reproduktionsprozesses solle also ein permanenter Planungsprozess verlaufen. Soweit – so einleuchtend. Das Problem ist jedoch, wie in einer künftigen Regulationsweise beide Teilmechanismen ineinandergreifen sollen – sodass in öffentlichen Diskussionen erarbeitete Planvorschläge für das künftige Gesicht der Gesellschaft wirksam werden, ohne richtige Signale des Marktes zu erdrücken, ohne – nach der Vorstellung von Šik – in die Produktion direkt einzugreifen. Aber ob diese Prämisse »Planen, ohne in die Produktion einzugreifen« haltbar ist, das ist zu prüfen.

Die Lösung für dieses Problem, die Ota Šik anbot, ist nicht überzeugend. Er sah in der Verteilungsplanung als Einkommensregulierung anstelle von unvermittelter Einwirkung der Planung auf die Produktion die entscheidende Wirkungsmöglichkeit von Planungsanstrengungen: »Als Instrumentarium für die Erreichung der Planziele dient also keine Reglementierung der Produktion, der eine marktorientierte Selbstständigkeit und die Verantwortung der Unternehmen im Wege stehen würden, sondern eine marktkonforme Wirtschaftspolitik, die durch *Einkommensregulierung* die Produktions- und Investitionsentwicklung in die Richtung der Planziele führt.« (Ebd.: 458, Hervorhebung D.K.) Nicht einmal durch Kredite solle die Produktion staatlich geplant beeinflusst werden: »Die alte marxistische Vorstellung, dass Ent-

wicklungsziele planvoll nur erreicht werden können, wenn die Produktion oder zumindest die Investitionen – sei es direkt oder über Steuerung der Finanzmittel (Kredite, Subventionen etc.) – reguliert werden, ist nicht richtig.« (Ebd.: 459) Eine Einkommensregulierung soll mithilfe der Fiskalpolitik einen Teil der Einkommen in die Sphäre der gesellschaftlichen Konsumtion lenken, einen anderen Teil unter anderem mittels zentraler Tarifverhandlungen und der Gewinnbeteiligungsquote für die individuelle Konsumtion vorsehen. Damit würde indirekt über die Differenz beider für die Konsumtion verfügbaren Einkommensanteile einerseits und dem gesamten Sozialprodukt andererseits der Investitionsaufwand für die Produktion beeinflusst. »Die Makroproportionen der Konsum- und Lebensgestaltung und entsprechender Verteilungsprozesse ermöglichen es also, die unersetzliche Wirkung des Marktmechanismus beizubehalten und ihn dennoch den großen gesellschaftlichen und demokratisch bestimmten Entwicklungszielen unterzuordnen.« (Ebd.: 460f.)

Aber wie soll die Verteilung von Ressourcen auf die individuelle und die gesellschaftliche Konsumtion zu den erforderlichen Proportionen zwischen den Wirtschaftsbranchen führen, die ja erklärtermaßen nicht von der Planung erfasst werden sollen? Dieses Problem ist mit einer groben Planung der Einkommensverteilung nicht gelöst. Die Frage bleibt zu beantworten, wie denn Planung und Marktmechanismus ineinandergreifen sollen. Dies zu behandeln, gehört in das Kapitel 3.

Selbst in der ganz gewiss völlig unzureichenden gegenwärtigen Klimapolitik der Bundesregierung und der Europäischen Union werden Ausstiegsstermine für die Kernkraft, quantitative Anteile der erneuerbaren Energien am Energieaufkommen und Ziele für die Stilllegung von Kohlekraftwerken festgelegt. In einigen Ländern wurde beschlossen, dass ab 2030 keine neuen mit Benzinmotoren betriebene PKW mehr zugelassen werden.

Erst recht würde es in einer sozialistischen Ökonomie verbindliche Planziele für wenige Schwerpunkte der Wirtschaft geben müssen. Da die Planer nicht allwissend sind und der Markt sozial und ökologisch weitgehend blind ist, da aber beide Teilmechanismen ihre eigene Rationalität einbringen, sind Widersprüche zwischen Planzielen und Marktsignalen den realen Wirtschaftsprozessen von vornherein eingeschrieben. Wenn sie auftreten, muss entschieden werden, dass den Planzielen Vorrang zu geben ist oder dass der Plan korrigiert werden muss. Diese Entscheidung kann nicht ex ante zugunsten des Plans oder zu Gunsten des Marktes vorgezeichnet werden. Wenn sie auftreten, werden nach institutionalisierten Regeln Vertreter von Planungsgremien, Unternehmer und zivilgesellschaftliche Akteure Entscheidungen finden müssen. Eine Automatik wird es dafür

nicht geben. Šik erwartete: »Das Wirtschaftswachstum kann planmäßig so reguliert werden, dass verschiedene differierende Ziele nicht in Konflikt geraten.« (Ebd.: 677) Eine solche Vorstellung entspricht kaum der Wirklichkeit. Wie die Gegenwart, so wird auch die Zukunft der Gesellschaft widersprüchlich sein. Es kommt auf das Erkennen der Widersprüche und auf Wege zu ihrer Lösung an. Jedes Verdrängen von Widersprüchen führt in Sackgassen.

Wohl aber wird entscheidend ein in der öffentlichen Diskussion immer wieder neu zu befestigender Konsens über die Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung und über die ihr zugrunde liegenden humanistischen Werte sein. Dieser Konsens wird der Maßstab für die Bearbeitung von Widersprüchen in der Wechselwirkung von gesellschaftlicher Planung und Lenkung, Marktmechanismus und dem Handeln zivilgesellschaftlicher Akteure sein. Eine andere Lösung wird es kaum geben, als auf demokratische Weise herauszufinden, was in konkreten Fällen jeweils dem Sinn des Sozialismus entspricht. Im Kapitel 3 ist dies näher zu erörtern.

Šik warf ein weiteres Problem für die künftige Regulationsweise auf: Wie soll der wirtschaftliche Strukturwandel finanziert werden? Seiner Orientierung auf das marktwirtschaftlich handelnde Unternehmen entsprach seine Erwartung, dass die notwendigen Investitionen überwiegend durch die Unternehmen aus ihren Gewinnen selbst zu finanzieren seien (ebd.: 436) und dass Kredite durch die Höhe der bei den Banken deponierten Ersparnisse zu begrenzen seien. Damit unterschied sich sein Finanzierungskonzept deutlich von Joseph Schumpeters Konzeption kreditfinanzierter Innovationsprozesse, die heute in Gestalt der Modernen Monetary Theory Auferstehung feiert (siehe Kapitel 3, Punkt 8). Schumpeter ging davon aus, dass die Banken auf dem Wege der Geldschöpfung Kredite für die Vorfinanzierung von Innovationsprozessen mobilisieren würden, nicht gebunden an die Höhe der auf ihre Konten eingezahlten Ersparnisse. Das entspricht der inzwischen längst herrschenden Praxis. Nur durch Geldschöpfung aus dem »Nichts« haben die Bankensysteme Auswege aus der Finanzkrise 2008/09 gebahnt und suchen so auch Rettung aus der Coronakrise. Welches Verhältnis von Selbstfinanzierung, Finanzierung aus Steuern und Kreditfinanzierung wird sich auf dem Weg zu einer sozialistischen Regulationsweise herausbilden? (Siehe dazu Kapitel 3.)

Sozialistische Reproduktionspreise als Basis der Marktpreise (siehe den Punkt 3 in Kapitel 3) werden ein erhebliches Gewicht für die Finanzierung von Investitionen haben. Das sind von den Unternehmen kraft ihrer Leistungsstärke realisierte Preise, die ihnen in der Regel die eigene Reproduktion ermöglichen und damit volkswirtschaftliche Proportionen erheblich beeinflussen. Aber die enormen Anforderungen an die Investitionen in einen

globalen sozial-ökologischen Umbau werden die Möglichkeit der Selbstfinanzierung entscheidender Umbrüche erheblich übersteigen. Die Besteuerung von extremen Geldvermögen und von Monopolprofiten wird in den kommenden Jahrzehnten Finanzierungsspielräume eröffnen. Doch es wird ernsthaft zu prüfen sein, welchen – vermutlich großen – Anteil Kreditfinanzierung aus Geldschöpfung haben kann. Voreilige Festlegungen dazu unabhängig von den unter den künftigen Bedingungen gegebenen Finanzierungs-konstellationen sind sicherlich wenig nützlich.

Denkanstöße für eine demokratisch-sozialistische Entwicklung und für die Ausgestaltung ihrer Regulationsweise sind in den Eckpunkten eines Dritten Weges auszumachen, die Ota Šik zusammenfassend formulierte. Dazu gehören außer seinen hier bereits skizzierten Überlegungen zur Bindung der Unternehmensgewinne an die Leistungen der Unternehmen im Marktwettbewerb, zu Gewinnbeteiligungsquoten für die Belegschaft, zur Verwandlung von Teilen des Gewinns in das Eigentum von Mitarbeitergesellschaften unter anderem folgende Aspekte:

- Eine erstrangige Bedeutung von konkreten Vorstellungen über die anzustrebende Lebensqualität in Planungszeiträumen als Leitorientierung für den gesamten Planungsprozess. Sie bestimmen vor allem die Entwicklung der gesellschaftlichen Konsumtion.
- Die Notwendigkeit breiter Diskussionen über gesellschaftliche Ziele, um der Tendenz zur Durchsetzung partieller Interessen gegen gesamtgesellschaftliche Interessen entgegenzuwirken.
- Die Funktionsfähigkeit des Marktmechanismus erfordere die Existenz von Käufermärkten. Das heißt, die Stellung der Nachfrager müsse stärker als die der Anbieter sein. Ein leichter Überhang des Warenangebots gegenüber der Nachfrage sei erforderlich, damit die Käufer nicht als Reaktion auf Knappheit und Engpässe ungewünschte Waren abnehmen müssen, weil sie andere, qualitativ bessere Güter und Leistungen nicht bekommen. Die Käufer müssen wählen können, damit die Preise lenkend wirken. Anders ausgedrückt, der Markt funktioniert nur bei hoher Arbeitsproduktivität und Markttransparenz.
- Nichtstofflichen Bedürfnissen muss die Regulationsweise größeres Gewicht ermöglichen. Soziale Sicherheit muss als Lebensrecht institutionell gewährleistet werden.

Höchst problematisch bleibt, dass in Šiks Gesamtkonzept im Mühen um die Konstruktion einer leistungsfähigen Marktregulation der Sinn für die Härte der Klassenauseinandersetzung auf der Strecke blieb, die zu erwarten ist, wenn die kapitalistische Produktions- und Regulationsweise zurückgedrängt und perspektivisch überwunden werden soll. Das ist die Schwäche,

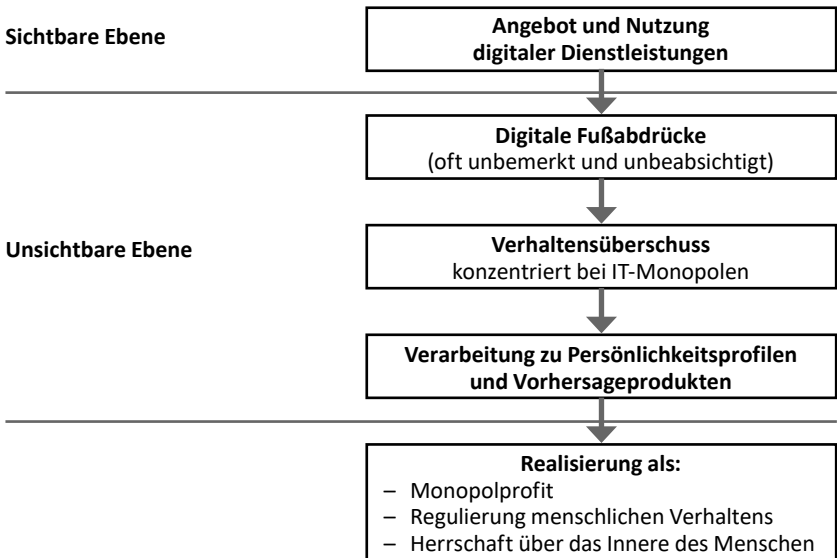
die auch gegenwärtig in der Arbeit vieler etablierter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und Gremien zutage tritt, beispielsweise in den Arbeitsergebnissen des angesehenen Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen. Mitglieder des Beirats haben inoffiziell zu erkennen gegeben, dass ihnen dieses Defizit wohl bewusst ist, dass aber, um den Auftraggeber ihrer Tätigkeit, die Bundesregierung, überhaupt zu erreichen, geraten gewesen sei, Macht- und Eigentumsfragen allenfalls vorsichtig anzudeuten.

### **8. Shoshana Zuboff: Der regulierte Mensch**

Völlig neue Probleme der Regulation, die Ota Šik noch gar nicht kannte, ergeben sich aus der Herausbildung eines Überwachungskapitalismus im Verlauf der digitalen Revolution. Shoshana Zuboff von der Harvard Business School in den USA behandelt in ihrem Werk »Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus« nicht ausdrücklich die Entwicklung der Regulationsweise unter den Bedingungen der Digitalisierung (Zuboff 2018). Aber implizit verweist ihre Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus auf das Beispiellose des Umstandes, dass mit der umfassenden Digitalisierung der Gesellschaft nicht allein volkswirtschaftliche Proportionen, Arbeits- und Lebensbedingungen reguliert werden, sondern ganz unvermittelt der Mensch selbst und sein Verhalten. Ein erdumspannender, bei Google, Microsoft, Apple, Facebook, Amazon und anderen IT-Giganten monopolisierter Apparat von riesigen Datenzentren, Forschungsinstituten, in Algorithmen geronnener Künstlicher Intelligenz und vernetzten Servern verleiht den digitalen Konzernen die Macht, die geheimsten Empfindungen, Wünsche, Ängste, Emotionen und Gewohnheiten von Milliarden Nutzern ihrer Dienste nicht nur weitgehend unbemerkt von diesen zu erfassen und als Big Data zu speichern, sondern aktiv zu beeinflussen und in bestimmte Richtungen zu lenken. Sie wirken als Magier der Regulation.

Zur Attraktivität der IT-Giganten gehört, dass sie Dienste anbieten, ohne die unser Leben kaum noch vorstellbar ist: mit den Suchmaschinen von Google und Co, mit der Kommunikationsplattform von Facebook, mit der Online-Handelsplattform von Amazon usw. Diese Dienstleistungen werden überwiegend kostenlos oder zu geringen Preisen angeboten. Ein wesentlicher Teil von Leistungen wird also vorbei an Kauf und Verkauf scheinbar nicht-marktlich vermittelt. Die IT-Wirtschaft bringt ein wundersames Phänomen hervor: auf einem Höhepunkt weitgehender Marktregulation wird der Markt dem Augenschein nach für wesentliche neue Bedürfnisse suspen-

Abb. 2: Der IT-Markt im Überwachungskapitalismus



diert. Auf dieser sichtbaren Oberfläche ihres Wirkens stellen sich die digitalen Monopole in den Auftritten ihres Spitzenpersonals als Wohltäter der Menschheit dar – als Vermittler von umfassender Information, von Wissen für jede und jeden, als Schöpfer einer Weltgemeinschaft miteinander Kommunizierender, als Portal zu Gütern aller Art in kürzester Lieferzeit, als zuverlässiger Wegweiser mittels Google Maps, als Spieleanbieter für die Freizeit.

Dies ist der Zaubertrick der IT-Magier: Sie ziehen die Aufmerksamkeit der Nutzerinnen und Nutzer und der Öffentlichkeit auf diese sichtbare, scheinbar jenseits des Marktmechanismus angesiedelte Ebene. Aber unter dem Mantel dieser Ablenkung agieren sie auf einer zweiten, weitgehend unsichtbaren Ebene. Dort wird ihr eigentliches Geschäft betrieben. Dort werden enorme Monopolprofite realisiert. Grundlage ist die Regulierung des Menschen im Menschen – nicht allein durch politische Ansprache, Warenpreise und Medienmanipulation, sondern durch die Allgegenwart digital vermittelter Beeinflussung, Animation und Lenkung des Verhaltens von Individuen und Populationen. Wenn Hunderte Millionen Menschen täglich die Dienste der IT-Konzerne in Anspruch nehmen, hinterlassen sie elektronische Fußabdrücke. Unbemerkt und oft unfreiwillig geben sie über sich selbst Auskunft, über ihre Neigungen und Abneigungen, über ihre Standorte, ihre sozialen Beziehungen, kurz: über ihr vielfältiges Verhalten, aus dem Algo-

rithmen ihr Persönlichkeitsprofil konstruieren. Die digitalen Monopole erfassen dabei weit mehr Verhaltenssignale als für die in Anspruch genommenen Dienste erforderlich. Sie konzentrieren einen *Verhaltensüberschuss* bei sich. Zum einen ermöglichen die bei ihnen angehäuften Datenmassen Lernprozesse der Künstlichen Intelligenz und führen zur Vervollkommnung von Algorithmen zur gezielten Auswertung der Daten. Je größer die monopolisierten Datenmassen, desto ergiebiger das Material zur Vervollkommnung der künstlichen Intelligenz. Die Datenextraktion wird zu einem neuen Imperativ der Kapitalakkumulation. Persönlichkeitsprofile und Verhaltensvorhersagen sind für Akteure in Wirtschaft und Politik längst zu unverzichtbaren Bedingungen ihrer Strategiebildung geworden. Sie werden auf dem Markt für Persönlichkeitsdaten und Vorhersageprodukte als Waren gehandelt, verkauft und gekauft. Das ist – abgesehen vom Markt für Hardware – der wahre Markt für die digitalen Unternehmen, allerdings ein weitgehend im Geheimen funktionierender. Die Nutzer der IT-Unternehmen werden auf solche Weise enteignet. Ausbeutung findet jetzt mittels der Aneignung ihrer Daten seitens der IT-Unternehmen und der Verwandlung der Daten in Milliardenprofite statt.

Der Verhaltensüberschuss in Datengestalt verwandelt sich – meist ohne das Wissen oder gar die Zustimmung der Ausgekundschafteten – in die Quelle von Monopolrenditen. Dass Geheimdienste im Geheimen funktionieren, ist kein Geheimnis. Wohl aber bleibt in der Regel im Verborgenen, wenn sich digitale Konzerne in unserer Privatsphäre einnisten, um zu Daten als Rohmaterial für ihre Vorhersageprodukte zu kommen und daraus Profite zu schöpfen. Eine eigenartige Wandlung des kapitalistischen Marktmechanismus vollzieht sich. Dienstleistungen unterschiedlicher Art sind für jede und jeden – vorausgesetzt die Verfügung über Smartphones, Laptops oder Tablets – weitgehend kostenlos zugänglich. Große Teile der Dienstleistungssphäre scheinen also gar kein Markt mehr zu sein. Aber sie können nur deshalb unabhängig von der Zahlungsfähigkeit der Nutzer existieren, weil sie – über Gewinne aus der Kopplung der Dienste mit Werbeanzeigen hinaus – das sichtbare Vehikel für die unsichtbare Erhebung von Datenmassen sind, die verdichtet zu Vorhersageprodukten gehandelt werden: auf weitgehend unsichtbaren, aber ungeheuer profitträchtigen Märkten fiktiver Waren. Fiktiv deshalb, weil der Mensch und sein Verhalten von Natur aus keine Ware ist. Wenn Verhaltensdaten gleichwohl verkauft und gekauft werden, sind sie daher fiktive Waren. Das Ineinander von sichtbaren nicht-marktlichen Dienstleistungsmärkten und unsichtbaren renditeträchtigen Märkten mit der fiktive Ware Verhalten ergibt eine Zwittergestalt des gegenwärtigen Marktmechanismus.



Die Regulierungsmacht der IT-Unternehmen kraft ihrer Verfügung über riesige Datenmengen wirkt jenseits öffentlicher Wahrnehmung dieser Macht. Smartphones und Computer, Kameras und Sensoren überwachen in großer Dichte unsere Verhaltens- und Bewegungsweisen. Web-Bugs, d.h. winzige oft unsichtbar in Webseiten und E-Mails eingebettete Grafiken zur Überwachung und Beeinflussung von Nutzerverhalten, sogar manche Puppen und Puppenhäuser zeichnen unsere Gespräche auf. Autonome Staubsauger können unsere Wohnungen kartieren. Matratzen mit Gesundheitsensoren, Fitnesstracker und Laufschuhe, Wearables (d.h. hochkomplexe Sensoren in Kleidungsstücken und in anderen am Körper getragenen Dingen), machen aus uns gläserne Menschen. Der Watson Personality Service von IBM soll die Persönlichkeit jedes Individuums nach zwölf Kategorien erfassen können (nach Begeisterungsfähigkeit, Harmonieneigung, Neugier, Idealen, Selbstverwirklichung, Einstellung zu Freiheit, Liebe, praktische Veranlagung, Stabilität, Umgang mit Herausforderungen, Nähebedürftigkeit) und daraus handelbare Persönlichkeitsprofile gewinnen. Die Fähigkeit von »persönlichen Assistenten« wie Amazons »Alexa« und Facebooks »M« hat Microsofts CEO Satya Nadella beschrieben, als er »Cortana«, die persönliche Microsoft-Assistentin, vorstellte: »Cortana kann Textinput übernehmen. Sie kann Sprachinput übernehmen. Sie kennt Sie bis ins Intimste. Sie kennt Ihren Kontext, Ihre Familie, Ihre Arbeit. Sie kennt die Welt (ist unterwegs im Internet, mit Zugriff zum Beispiel auf Wikipedia – D.K.). Sie ist grenzenlos. Mit anderen Worten, sie ist Ihnen auf den Leib geschneidert. Wohin Sie auch immer gehen, sie geht mit. Sie ist auf jedem Smartphone verfügbar – ob iOS, Android oder Windows spielt keine Rolle. Sie ist über alle Applikationen hinweg verfügbar, die Sie im Leben einsetzen werden.« (Zitiert nach Zuboff 2018: 293.)

Dies ist in der Tat eine neue Qualität der Regulation: Millionenfach wird menschliches Verhalten verdatet, gespeichert, analysiert und in verborgene Wege der Beeinflussung und Konditionierung von Verhalten umgesetzt. Der fordistische Typ des Kapitalismus war durch die Massenproduktion von Gütern gekennzeichnet. Für den Überwachungskapitalismus ist die massenhafte Produktion von Verhalten charakteristisch. Mit dem »Internet der Dinge« wird ein Teil der Produktionsmittel zu Verhaltensmodifikationsmitteln. Entsprechend groß werden die Anstrengungen zur Überwindung dieses Zustandes auf den Wegen zu einer solidarischen, menschengerechten Gesellschaft sein müssen.

Anknüpfend an Erik Olin Wright geht es bei der Herausbildung einer progressiven Regulationsweise um eine alternative Entwicklung 1.) von gesellschaftlicher Planung und Lenkung, 2.) von gebändigten Märkten und 3.) von

einem neuen erstrangigen Gewicht des Handelns zivilgesellschaftlicher Akteure. Ansätze für diese Entwicklungen schon im Gegenwärtigen müssen in gewandelter Weise »aufgehoben« werden. Mit der unmittelbaren unsichtbaren Regulierung des Menschen und des menschlichen Verhaltens dagegen muss gebrochen werden. Das macht einen fundamentalen Unterschied aus. Die Persönlichkeitsentfaltung jedes Menschen im Einklang mit der Natur als Ziel und Sinn einer solidarischen Gesellschaft oder des demokratischen Sozialismus ist prinzipiell unverträglich mit äußerer Herrschaft über das Innere des Menschen. Für eine gefährliche Dimension der gegenwärtigen Regulationsweise lautet die Orientierung: Ausstieg ohne Wenn und Aber! Aber wie kann dies geschehen? Antworten werden im Kapitel 5 gesucht.

## **9. Uwe Schneidewind: Die Große Transformation als moralische Revolution**

Uwe Schneidewind, Präsident des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen und Mitglied des Club of Rome, hält eine Große Transformation für unumgänglich, die als ökologischer, technologischer, ökonomischer, institutioneller und kultureller Umbruch die Vision einlöst, innerhalb der bestehenden planetarischen Grenzen gleiche und hinreichende Chancen ihrer Entfaltung für zehn Milliarden Menschen zu sichern (Schneidewind 2018: 11, 33). An die Stelle immerwährenden Wachstums soll in einer modernen Gesellschaft ein gutes Leben für alle mit nur einem Fünftel des heutigen Verbrauchs an Material und Energie treten. »Die zentrale Botschaft des Buches lautet: Auch wenn Technologien, Geschäftsmodelle und Politik wichtig sind – am Ende verändern Ideen und neuartige Wertvorstellungen die Welt. Jede Große Transformation ist letztlich eine moralische Revolution (ebd.: 42). Ähnlich bezeichnet Maja Göpel »Great Mindship« als bestimmend für die Weise, in der sich die Gesellschaft künftig organisieren wird. Sie fungiert als Generalsekretärin des WBGU und ist ebenfalls Mitglied des Club of Rome.

Auch für die Herausbildung einer progressiven Regulationsweise gilt, dass ihr andere Grundideen als die Zentralität des Marktes zugrunde liegen. Eine bessere Gesellschaft samt ihrer Regulationsweise wird erst entstehen, wenn Mehrheiten sich für andere Produktions- und Lebensweisen entscheiden und wenn sie ihr Schicksal nicht mehr einem Markt überantworten, der inzwischen längst privatmonopolistisch überformt und in hohem Maße staatlich beeinflusst ist. Tatsächlich wird an die Stelle von Pro-

fitstreben, Egozentriertheit, Konkurrenzverhalten und Nationalismus eine neue Moral der Solidarität, der Rücksichtnahme, des Mit- und Füreinander, der Kooperation und des Internationalismus treten und eine sozialistische Regulationsweise bestimmen müssen. In diesem Sinne ist dem Konzept einer moralischen Revolution also zu folgen, wenn es um die Konstituierung einer künftigen Regulationsweise geht. Sie ist keine technische Angelegenheit. Sie ist eine Herausforderung an soziale Fantasie und konkrete Utopie.

Eine kommende Große Transformation in erster Linie als moralische Revolution zu verstehen, birgt aber eine Gefahr. Die Verführung einer solchen Erwartung liegt nahe: zu denken, dass eine moralische Revolution fast unvermittelt zu einer Gesellschaft nach neuen Maßen führen könnte. Die gesellschaftlichen Akteure – einschließlich der Unternehmen – brauchten »nur« nach neuen moralischen Werten und Normen zu handeln, der Kapitalismus würde sich auf solche Weise in eine zukunftsfähige Ordnung verwandeln.

Die Wuppertal-Autoren stellen allerdings fest, dass gegenwärtig die ökonomische Ungleichheit wächst. Die Demokratie wird brüchig, die Wirtschaft disfunktional. Die Natur wird durch inhärente Wachstumszwänge des Kapitalismus zerstört. Aber eine »Great Mindshift« werde die Richtung verändern (ebd.: 103f.). »Im Kern geht es [...] um Transformationsprozesse, die durch viele kleine Schritte Veränderungen auslösen und die in der Summe moderne Wirtschaftssysteme zukunftsfähig weiterentwickeln.« (Ebd.: 93f.)

Dieser Vorstellung folgend entwickelt das Wuppertal Institut eine Vielzahl konstruktiver Vorschläge für »sieben Wendungen« im Rahmen einer Großen Transformation: für eine Wohlstands- und Konsumwende, eine Energie- wende, eine Ressourcenwende auf dem Weg zu einer ressourceneffizienten Kreislaufwirtschaft, eine Mobilitätswende, eine Ernährungswende, die Umwelt und Gesundheit zusammenbringt, eine urbane Wende und für eine industrielle Wende.

Aber die Aufgaben auf diesen Feldern werden von Uwe Schneidewind behandelt, ohne als eine zentrale Herausforderung zu benennen, dass das Kapitaleigentum vor allem der multinationalen Konzerne, Banken, Investment- und Vermögensverwaltungsgesellschaften und die darauf basierenden Herrschaftsverhältnisse einem demokratischen sozial-ökologischen Umbau grundsätzlich entgegenstehen, so dass Brüche in den Eigentumsverhältnissen auf die politische Agenda geraten. Betont wird im Gegenteil: »Der Weg ist evolutionär und nicht revolutionär.« (Ebd.: 104)

Unternehmen und Staat werden ebenso wie Umweltverbände, Kirchen, Gewerkschaften und andere soziale Bewegungen als Akteure dieser Großen Transformation angesehen. »Unternehmen können ein wichtiger Trei-

ber einer Nachhaltigen Entwicklung sein. Dies ist möglich, wenn sie ihre Strategie neu definieren und ihre Wertschöpfungsketten reorganisieren.« (Ebd.: 361) Über die Selbsttransformation des kapitalistischen Wirtschaftssystems heißt es: »Letztlich ist sie von einem individuellen Umdenken oder ›Mindshift‹ von Managerinnen und Unternehmern getragen.« (Ebd.: 363) Ja, das sei bereits die gegenwärtige Realität. »In den meisten Unternehmen ist die Botschaft längst angekommen. Es existiert kaum noch ein Unternehmen, das sich nicht auch um ökologische und soziale Anliegen kümmert.« (Ebd.: 365)

Zutreffend und von größter Bedeutung für künftig denkbare Veränderungen des Kapitalismus ist, dass in den Machteliten Differenzierungsprozesse verlaufen (siehe Klein 2016). Progressive Transformationsprozesse werden nicht unmittelbar als Umschlag vom neoliberalen Kapitalismus zu solidarischen oder sozialistischen Gesellschaften verlaufen. Wenn es durch das Erstarken der gesellschaftlichen Linken und breite demokratische Bündnisse gelänge, eine postneoliberale, d.h. sozialere, stärker umwelt- und friedensorientierte Gestalt des Kapitalismus zu erreichen, wäre das ein enormer, gegenwärtig keineswegs sicherer Fortschritt. Da jedoch auch unter solchen Bedingungen die Hauptressourcen der Macht noch längere Zeit auf der Kapitaleseite liegen, würde die weitere Entwicklung – ob ein konservatives oder gar rechtsextremes Rollback oder der Einstieg in Prozesse über den Kapitalismus hinaus – in der Tat in starkem Maße von der Haltung der problembewussteren und lernfähigsten Teile des herrschenden Blocks abhängen. Aber auch sie würden nicht ohne extremen Problemdruck und nur genötigt von breiten demokratischen Volksbewegungen eine für sozial-ökologische Transformationsprozesse unumgehbare Einschränkung ihrer Eigentums- und Machtressourcen hinnehmen.

Für das Nachdenken über alternative progressive Regulationsweisen bedeutet dies, dass diese sich in heftigen gesellschaftlichen Klassenauseinandersetzungen herausbilden werden und dass sie neuer Eigentums- und Machtverhältnisse bedürfen. Kapitalistischen Unternehmen kommt in sozial-ökologischen Übergangsprozessen erhebliche Bedeutung und Verantwortung zu. Aber ein davon getragener grüner Kapitalismus und Green New Deal würde in den Grenzen von Kapitalverwertungs- und Wachstumszwängen verbleiben, wenn nicht eine Veränderung der Kräfteverhältnisse nach links die Überschreitung dieser Grenzen erzwingt. Es geht eben doch nicht allein um einen evolutionären Prozess, um moralische Erneuerung, sondern um die Wechselwirkung und Einheit von evolutionären Reformprozessen und Brüchen mit revolutionärer Tiefe, in diesem Sinne um Transformation. In Kapitel 3 und 5 der hier vorliegenden Arbeit werden deshalb Vorstellun-

gen über eine künftige sozialistische Regulationsweise und ihrer Herausbildung in das Konzept einer doppelten Transformation im Rahmen des Kapitalismus und über ihn hinaus einzubetten sein.

### **10. Stephan Krüger: Wirtschaftspolitische Instrumentarien einer »Sozialistischen Marktwirtschaft«**

Die am weitesten ausgearbeiteten jüngeren deutschsprachigen Überlegungen zu einer möglichen sozialistischen Regulationsweise und zu regulationswirksamen Übergangsformen noch unter kapitalistischen Bedingungen hat Stephan Krüger in seinem rund 560 Seiten umfassenden Band »Wirtschaftspolitik und Sozialismus« vorgelegt (Krüger 2016). Wie bei Ota Šik zielen seine Überlegungen auf eine »sozialistische Marktwirtschaft«. Aber während Šiks Aufmerksamkeit vorwiegend dem angestrebten Funktionieren des Marktes selbst gilt, bewegt Krüger, wie mit dem Instrumentarium der gegenwärtigen Regulationsweise durch dessen Einsatz für veränderte Ziele der Übergang zu einer sozialistischen Marktwirtschaft erreicht werden könnte. In seiner Konzeption für eine Gesellschaftsalternative dominiert der Markt, allerdings ein zu regulierender Markt. Dies stellt er sich auf der Grundlage von Veränderungen in den Eigentumsverhältnissen vor. Den dafür unabdingbaren Kämpfen breiter Aktionsbündnisse schenkt er allerdings wenig Aufmerksamkeit. Sein gar nicht explizit formulierter Ansatz, das vorhandene wirtschaftspolitische Arsenal mit veränderten Inhalten für den Übergang zu einer solidarischen Gesellschaft einzusetzen, wird für alternative Akteure wichtig sein. Da es voraussichtlich keinen abrupten Übergang vom neoliberalen Kapitalismus zu einem demokratischen grünen Sozialismus geben wird, sondern eine innersystemische Transformation zu einem stärker sozial und ökologisch orientierten friedlicheren Kapitalismus schon ein außerordentlicher Fortschritt wäre, hat dieser Ansatz eine innere Logik. Eine solche systeminterne Transformation würde bessere Bedingungen für Projekte des Einstiegs in eine systemüberschreitende neue Große Transformation bieten (Klein 2013). Aber das würde zunehmend auch neue Instrumentarien und Institutionen der Regulation erfordern, beispielsweise ein neues Gewicht von Commons, von auf Gemeineigentum basierenden physischen und sozialen Infrastrukturen, der öffentlichen Daseinsvorsorge und von Formen der Leitung in diesen Sphären, die nicht nur mit dem herkömmlichen Instrumentarium funktionieren werden.

Das ist jedoch nicht die Argumentation Stephan Krügers. Er geht davon aus, dass die Wirtschaft einer künftigen besseren Gesellschaft eine Markt-

wirtschaft, eine sozialistische Marktwirtschaft, sein wird. Daraus ergibt sich fast von selbst, dass die bekannten Instrumente einer Marktwirtschaft in der von Krüger erwarteten sozialistischen Marktwirtschaft auch die Elemente ihrer Regulationsweise sein werden. Zu prüfen ist, an welche Grenzen dies stößt und wie solche Grenzen zu überwinden sein werden.

Krüger liefert selbst dafür einen wichtigen Ausgangspunkt. Dem für einen Regulationsdiskurs zunächst entscheidenden Teil seines Buches gibt er die Überschrift »Politökonomischer Minimalkonsens – Wirtschaftspolitik zur Lösung der aktuellen Problemlagen«. Aus seinen Aussagen dazu entwickelt er dann später Überlegungen zu »Marktwirtschaft und Sozialismus«. Er folgt also der Vorstellung von einem kommenden Übergangsprozess, der unter günstigen Bedingungen in eine sozialistische Marktwirtschaft münden könne.

*Erstens:* Überzeugend ist Krügers Forderung, Wirtschaft und Gesellschaft von der Übermacht des Finanzkapitals zu befreien, also die neoliberale Finanzialisierung zu überwinden: »Die Reproportionierung von produktiv-wertschöpfender Basis und Überbau von fiktiven Kapitalien ist der erste grundlegende Ansatzpunkt zur Beseitigung der Blockaden, die vom Finanzsektor auf die reproduktiven Basisstrukturen ausgehen.« (Ebd.: 150)

Fiktives Kapital müsse massenhaft entwertet werden. Vermutlich ist damit vor allem die Abschreibung toxischer Wertpapiere gemeint. Wenn Banken in die Insolvenz geraten, müsste die Möglichkeit für eine geordnete Insolvenz hochverschuldeter Banken genutzt werden, die die seit 2014 existierende Banken-Union vorsieht. Diese umfasst einen einheitlichen Bankenaufsichtsmechanismus, ein Regelwerk für die Abwicklung überschuldeter Banken und einen – allerdings viel zu kleinen – Abwicklungsfonds in Höhe von 55 Milliarden Euro. Dieser Fonds soll die Staaten/die Steuerzahler davor bewahren, die Verluste bankrotter Banken übernehmen zu müssen.

Langfristige Zusagen zur Refinanzierung von Geschäftsbanken durch die europäische Zentralbank und die Beleihung von öffentlichen Wertpapieren, auch von solchen mit minderer Qualität, und unbegrenzte Ankäufe von Staatspapieren am Sekundärmarkt durch die EZB seien richtige Schritte zur Stabilisierung des Finanzsystems gewesen. Aber dauerhaft könne eine gelockerte Geldpolitik nur erfolgreich sein, wenn aufseiten der Unternehmen positive Gewinnerwartungen zur Nachfrage nach Krediten und deren Anlage in produktive Investitionen führen. Das werde aber nur der Fall sein, wenn die Löhne mindestens mit der Arbeitsproduktivität und der Inflationsrate steigen und eine staatliche Strukturpolitik für erhebliche Infrastrukturinvestitionen sorgt. Hier verweist Krüger auf wichtige Volkswirtschaftsproportionen für den Verlauf progressiver Transformationsprozesse: auf

die Stärkung der Massenkaufkraft und auf öffentliche Investitionen – ganz in Übereinstimmung mit Heiner Flassbeck. Allerdings, beide Autoren widmen der erstrangigen Bedeutung einer Konzentration der Investitionen auf den ökologischen Umbau nur wenig Aufmerksamkeit.

*Zweitens:* Schwerpunkte einer progressiven makroökonomischen Politik unter den Bedingungen der Überwindung finanzkapitalistischer Übermacht sollen nach Krügers Vorstellung die folgenden sein:

- Vorrang europäischer Binnenmärkte gegenüber aggressiver Exportpolitik,
- Europäische (Infrastruktur-) Investitionsprogramme in öffentlicher Hand,
- Energiewende in Deutschland und Europa,
- Aktive Arbeitsmarktpolitik, nicht zuletzt gestützt auf eine Wiederaufwertung von Flächentarifverträgen und einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor. Eine wirtschaftsdemokratische Corporate Governance einschließlich weitgehender Mitbestimmung der Belegschaften über Unternehmensstrategien greife bereits in den Kernbereich kapitalistischer Produktionsverhältnisse ein, sei bereits eine klassische Übergangsforderung. Sie führt heran an einen dritten Schwerpunkt sozialökonomischer Politik.

*Drittens:* Wandel der Eigentumsverhältnisse: Verteidigung von staatlichem Eigentum, Wiederverstaatlichung von Infrastrukturen und allgemeinen Dienstleistungen, Rekommunalisierung von Versorgungsunternehmen, öffentliche Kapitalbeteiligungen an Infrastrukturen und perspektivisch an Unternehmen von gesamtwirtschaftlicher Bedeutung, Etablierung eines öffentlichen Wirtschaftssektors. Was öffentliches Eigentum sein soll, wie gesellschaftliches Eigentum real konstituiert werden könnte, um tatsächlichen starken Einfluss der Betroffenen auf wesentliche Entscheidungen institutionell zu sichern, wird von Stephan Krüger allerdings nicht problematisiert. Er fasst zusammen, dass Erfolg oder Misserfolg für ein Herauslösen aus der finanzkapitalistischen Logik sich daran entscheidet, »ob es gelingt, neben den allfälligen Korrekturen in den Verteidigungsverhältnisse auch das Was, Wie und Für wen der Produktion mit einer gesamtwirtschaftlich ausgerichteten Strukturpolitik zum Thema zu machen« (ebd.: 231).

Mit dieser Aufgabenstellung leitet Krüger über zum dritten Abschnitt seines Buches mit dem Titel »Marktwirtschaft und Sozialismus«. Gemeinschaftliche Produktion, so zitiert er Marx, erfordere »individuelles Eigentum auf Grundlage der Errungenschaft der kapitalistischen Ära: der Kooperation und des Gemeinbesitzes der Erde und der durch die Arbeit selbst produzierten Produktionsmittel.« (MEW, Bd. 23: 791). Und Krüger zitiert auch Engels' Erwartung für eine künftige assoziierte Produktionsweise:

»Die Leute machen alles sehr einfach ab ohne Dazwischenkunft des viel berühmten ›Werts‹.« (MEW, Bd. 20: 288) Sie würden, so schrieb Marx, ihre Arbeitskraft *unmittelbar* als eine einzige gesellschaftliche Arbeitskraft verausgaben, wohl wissend, in welchen Proportionen sie dies solidarisch mit anderen zu tun hätten.

Damit berührt Krüger eine fundamentale Leerstelle bei Marx. Dieser erwartete einen allwissenden gesellschaftlichen Gesamtarbeiter, dessen individuelle Teilarbeiter ohne Schwierigkeiten ihre Beziehungen zu allen anderen durchschauen und ohne weitere Vermittlung in die richtige Arbeitsteilung umsetzen würden. Doch dies war eine Fehlerwartung. Die Antwort auf die Frage blieb offen, wie die Individuen ohne zentralistische bürokratische Lenkung, ohne die destruktiven Wirkungen des Marktmechanismus ihre millionenfachen Beziehungen regulieren könnten. Was heißt denn »individuelles Eigentum« auf der Grundlage des Gemeineigentums? Wie soll Gemeinwohl bestimmt werden? Wie soll zwischen Tausenden von Gemeinwohlen und Interessen demokratisch vermittelt werden? Wie sollen die erforderlichen volkswirtschaftlichen Proportionen zustande kommen? Das wird ein zentraler Gegenstand des Kapitels 3 sein.

Krüger zitiert Marx, ohne die bei ihm unbeantwortet gebliebenen Fragen als Probleme deutlich zu machen. Ihm genügt die Abgrenzung zu zentralistischer staatssozialistischer Planung und Leitung. Als deren für eine solidarische Gesellschaft erstrebenswerten regulativen Gegenpol formuliert er: »In einer sozialistischen Marktwirtschaft werden nicht die Ware-Geld-Beziehungen und die betrieblichen Interessen und Maßnahmen zugunsten der gesamtgesellschaftlichen Planung instrumentalisiert, sondern das Verhalten der Betriebe an marktbestimmten Preisen ausgerichtet, d.h. eine marktwirtschaftliche Ressourcenallokation wird als Prozess gegenüber einer gesamtgesellschaftlichen Strukturplanung gesetzt. Statt einer indirekten, durch verschiedene monetäre Anreizsysteme näher ausgeformten Zentralisierung haben wir es nun zu tun mit einer dezentralen Entscheidung auf betrieblicher Ebene über das Was, Wie und für Wen der Produktion, welche durch zentrale Vorgaben kanalisiert, flankiert und gesteuert wird.« (Ebd.: 321)

Dem Markt gebühre also eindeutige Priorität in einer künftigen sozialistischen Gesellschaft, deren Ökonomie deshalb von Krüger auch als »sozialistische Marktwirtschaft« definiert wird. Aber so einseitig marktdominiert wird eine demokratisch-sozialistische Wirtschaft wohl nicht funktionieren. Deshalb taucht bei Krüger an anderer Stelle auch der »Führungsanspruch der strukturpolitischen strategischen Ausrichtung des Gesamtproduktionsprozesses gegenüber naturwüchsigen Marktprozessen« auf (ebd.: 421).



Aber dann wechselt er wieder zu einer »Priorität der marktwirtschaftlichen Allokation gegenüber gesellschaftlicher Planung« (ebd.: 433). Und bei dieser wie bei jener Bestimmung des Verhältnisses zwischen Marktmechanismus und politisch-strategischen Entscheidungen fehlt in Krügers Darstellung eine dritte Komponente der Regulation: das Handeln zivilgesellschaftlicher Akteure. Festzuhalten ist also, dass im Fortgang der hier vorliegenden Arbeit eine nähere Auseinandersetzung mit dem Verhältnis dieser drei Teilmechanismen einer sozialistischen Regulationsweise, auf die Erik Olin Wright verwies, und auf dem Weg zu ihr dringlich ist.

Eine Prioritätszuweisung für den Markt schließt Krügers Aufmerksamkeit für makroökonomische Wirtschaftspolitik nicht aus. Sie erfolge in Gestalt von Geldpolitik, Fiskalpolitik und Strukturpolitik, der er besonderes Gewicht für die Steuerung der Volkswirtschaft zuschreibt (ebd.: 327). Höchst problematisch ist jedoch Krügers Vorstellung, dass die Wechselwirkung von Marktmechanismus und zentraler Lenkung weitgehend von Widersprüchen befreit verlaufen könnte: »Wir haben gesehen, dass für den Erfolg der Makrosteuerung der sozialistischen Marktwirtschaft ein möglichst widerspruchsfreies Miteinander der dezentral über Angebot und Nachfrage bestimmten Marktallokation und der auf verschiedenen Ebenen angesiedelten zielgenauen Beeinflussung und Lenkung wirtschaftlicher Entwicklungen namentlich über die Investitionen entscheidend ist.« (Ebd.: 471) Wie soll aber das Gewinninteresse öffentlicher, privater und genossenschaftlicher Unternehmen vom Widerspruch zu gesellschaftlichen Interessen an Umverteilung befreit werden? Wie soll der Widerspruch zwischen kurzfristigen Unternehmensinteressen und langfristigen gesellschaftlichen Reproduktionsinteressen minimiert werden? Im Gegenteil, allgegenwärtige Widersprüche müssen deutlich gemacht werden, um bei unlösbaren Widersprüchen entweder ihre Ursachen zu beseitigen – etwa die Machtfülle von internationalen Finanzoligarchien – oder um Bewegungsformen für nichtantagonistische Widersprüche zu finden.

Zu bedenken sind neben anderen Anregungen Stefan Krügers Vorstellungen zur Entwicklung von Institutionen der Regulierung. Unter anderem schlägt er ein starkes Gewicht von öffentlichen Management-Agenturen vor, die auf Augenhöhe mit dem Management in Unternehmen auf deren Entwicklung Einfluss nehmen sollen. Öffentliche Beteiligungsgesellschaften sollen – gewissermaßen als Formen sanfter Veränderung der Eigentums- und Verfügungsverhältnisse – ebenfalls Lenkungen wahrnehmen (ebd.: 411f., 427).

Krüger insistiert mit Nachdruck auf einer bleibenden Bedeutung des Arbeitswerts in einer sozialistischen Regulationsweise. Aber er erledigt Ein-

wände, die auf eine mit zunehmendem Gewicht von Wissen und Information schwindende relative Bedeutung der wertschaffenden lebendigen Arbeit verweisen, nur kurzerhand mit der Bemerkung, dass als Gegenteil qualifizierte Arbeit ja einen Bedeutungszuwachs erfahre. Doch das reicht in dem Diskurs nicht aus, der sich jüngst auf Marx' »Maschinenmanuskript« bezieht. Welche Modifikationen erfährt der Wert über die von Marx im »Kapital«, Band 3, behandelten Wandlungen hinaus unter den Bedingungen der internationalen Monopolisierung, Globalisierung und Digitalisierung? Welche Stellung wird der Wert in einer sozialistischen Regulationsweise haben? Zu einer wichtigen Frage für eine progressive Regulationsweise wird, wie und auf welchen Grundlagen Preisbildung sich heute vollzieht und wie diese womöglich unter tendenziell sozialistischen Bedingungen erfolgt.

### **11. Meinhard Creydt: »Praxis« als neues gesellschaftliches Leitbild – auch für die Gestaltung einer alternativen Regulationsweise**

Meinhard Creydt bettet seine konkreten Antworten auf »46 Fragen zur nachkapitalistischen Zukunft« (Creydt 2016) stärker als Stephan Krüger in eine Gesamtvorstellung von einer Gesellschaftsalternative einschließlich ihrer Regulationsweise ein. »Praxis« bilde »das ›Zielgut‹ der nachkapitalistischen Gesellschaft«, sie sei das Paradigma der postkapitalistischen Zukunft, bezeichne den Raum der Entfaltung menschlicher Subjektivität in der Arbeit und in allen anderen Sphären der Gesellschaft. Praxis bedeute eine subjektivitätsorientierte Entwicklung von Technik, Organisation und Information, von Institutionen und zwischenmenschlichen Beziehungen. Sie sei der »über- und durchgreifende Inhalt« einer nachkapitalistischen Gesellschaft, »Maß und Mitte« der Gesellschaft. Sie »bestimmt, was geschehen soll«.

Praxis wird von Creydt allerdings so umfassend definiert, dass sie fast alles zu sein scheint, obwohl doch wohl eine zentrale verbindende Idee gemeint ist. Trotz der Fülle der der Praxis zugeschriebenen Dimensionen wird Creydt hier so verstanden, dass er mit Praxis eine Gesamtheit von Orientierungen an menschlicher Persönlichkeitsentfaltung im Rahmen eines Gemeinwohls versteht. Ein Bezug, der dagegen in Krügers Gesamtkonzept wenig sichtbar wird, der aber als Ziel sozialistischer Regulationsweise zu diskutieren ist.

Anregend für weiteres Nachdenken über eine Regulationsweise des Sozialismus und auf den Wegen zu ihm sind eine Reihe von Essentials für eine Gesellschaftsalternative, die Creydt benennt, unter anderem:

- Sie sollte alle nutzlosen Aufwendungen ausschließen: überflüssige Produkte, Arbeitsaufwand für Oberflächeninnovationen/Scheininno-

vationen und gar gezielte Kurzlebigkeit von Produkten, Festhalten an Strukturen, die erkennbar überholt sind, große Teile der Werbung, Manipulationsarbeit, Arbeit von Psychiatern, Rechtsanwälten und Steuerberatern, soweit sie Folge vermeidbarer Umstände ist.

- Sie sollte sinnvoller, erfüllender Arbeit, der Anerkennung guter Leistungen und per Saldo »nachkapitalistischem Reichtum« erhebliches Gewicht geben und förderlich sein.
- In den Betriebsbilanzen müssen qualitative Kennziffern für Persönlichkeitsentwicklung, Gesundheit und Umweltverträglichkeit ein starkes Gewicht erhalten. Der ökologischen Orientierung einer alternativen Regulationsweise wendet Meinhard Creydt allerdings viel zu geringe Aufmerksamkeit zu – ein Defizit seiner sonst facettenreichen Arbeit.
- Creydt problematisiert jedoch das Wachstum. Er tut dies relativ knapp, obwohl ein Übergang von ungebändigtem Wachstum zu sozial-ökologischer, demokratisch gesteuerter Entwicklung nie dagewesene Anforderungen an eine künftige Regulationsweise stellen wird, unter anderem an Entscheidungen über qualitative und quantitative Ziele, über das einzusetzende Instrumentarium, über die Durchsetzung einer Kreislaufwirtschaft im Rahmen von Naturkreisläufen usw.
- Für notwendig gehalten wird die Institutionalisierung starker gesellschaftlicher Kontrolle, nicht zuletzt durch unabhängige Dritte.
- Regulationsweise ist nicht allein auf die Wirtschaft zu beziehen, auch ihre Wirkung auf neue Lebensweisen gehört zur Arbeit über eine alternative Regulationsweise (Brand/Wissen 2017). Creydt wirft zudem die Frage auf, was zentrale Anforderungen an die politische Form der gesellschaftlichen Willensbildung sind. Wie weit gehört die Gestaltung des politischen Systems zu einer alternativen Regulationsweise?

Creydts »46 Fragen zur nachkapitalistischen Zukunft« enthalten viele weitere für die Regulationsweise relevante Fragen und verdienen größere Aufmerksamkeit in linken Diskursen.

## **12. Horst Müller: Zentralität sozialwirtschaftlicher Dienste und Fiskalrevolution zu deren Finanzierung**

Horst Müller begegnet uns mit dem Anspruch, Grundzüge einer »zivilierten Sozialökonomie als Systemalternative« entwickelt und dafür »ein tragfähiges polit-ökonomisches Orientierungssystem des Neuen« vorgelegt zu haben (Müller 2015). Der feministischen Begründung eines neuen erstrangigen Gewichts des Care-Sektors und dem Konzept der Fundamen-

talökonomie verwandt, aber ohne ausdrücklichen Bezug darauf, wird ein starker Bedeutungsanstieg der »sozialwirtschaftlichen Dienste« im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess postuliert. Sie würden neben den beiden Reproduktionsbereichen Produktion von Produktionsmitteln (Abteilung I bei Marx) und Produktion von Konsumtionsmitteln (Abteilung II) ein dritter erstrangiger Reproduktionsbereich sein. Die ersten beiden Abteilungen sind der Warenproduktion zuzurechnen. Die sozialwirtschaftlichen Dienste dagegen seien produktiv und wertbildend, aber keine Warenproduktion, da die Dienste nicht warenförmig angeboten werden sollten – ein Problem für den werttheoretischen Teil konzeptioneller Arbeit an einer sozialistischen Regulationsweise.

Regulationstheoretisch relevant und nach Müllers Auffassung für die wirtschaftspolitische Lenkung orientierend ist sein Vorschlag, die sozialwirtschaftlichen Dienste nicht aus dem allgemeinen Steuereinkommen und auch nicht durch Kredite zu finanzieren, sondern durch einen »Abzug aus der Reproduktionssphäre des konstanten Kapitals« oder investierten Kapitals, also durch eine Steuer auf das in Produktionsanlagen fixierte Kapital. Das wäre, meint Müller, eine »Fiskalrevolution« als Knotenpunkt der Veränderung des gesamten Steuer- und Sozialsystems. Sie ermögliche eine emanzipative Entwicklung der Sozialdienste, nicht zuletzt des »Öffentlichen«, und damit eine tendenzielle »systemische Umstimmung«. Dieser Vorstoß wird bei Überlegungen zur Finanzierungsseite einer sozialistischen Regulationsweise zu diskutieren sein. Aber der Gedanke liegt nahe, dass viel eher als eine Besteuerung von konstantem fixen Kapital die Besteuerung von Ressourcenverbrauch eine ökologisch nachhaltige Richtung der Regulation und außerdem ihre soziale Einbettung ermöglichen würde.

### 13. Franz Groll: Umweltzertifikate

Umweltzertifikate (UZ), die nicht durch die Verursacher von CO<sub>2</sub>-Emissionen zu erwerben sind, nicht durch Energiekonzerne, Stahlproduzenten und Fluggesellschaften zum Beispiel, sondern die an die Verbraucher von Ressourcen kostenlos als eine Art zweiter Währung abgegeben werden – das ist die neue Idee, die Groll in das Nachdenken über eine künftige Regulationsweise eingebracht hat (Groll 2009). Umweltzertifikate sollen also nicht von der Angebotsseite, sondern von der Nachfrageseite her wirksam werden, also das Verbraucherverhalten beeinflussen.

Die Menge der jährlich von einer Agentur auszugebenden Zertifikate soll Schritt für Schritt verringert werden, um einen sparsamen Verbrauch

mit Ressourcen zu stimulieren. Nach und nach sollen sie alle Bereiche der Volkswirtschaft und nicht allein CO<sub>2</sub> betreffen. Einzelpersonen, Unternehmen und Verwaltungen sollen Käufe mit Geld und außerdem mit Zertifikaten begleichen. Voraussetzung für das Funktionieren dieses Vorschlages ist, dass rechtzeitig reale Möglichkeiten für Ressourceneinsparungen geschaffen werden – was aber auch für den Einsatz anderer Instrumente wie Ökosteuern gilt.

Als Vorteil bezeichnet Groll, dass Geringverdienende voraussichtlich mehr Zertifikate erhalten werden als sie mit ihrer beschränkten Kaufkraft umsetzen können, während ihnen Menschen mit hohem Einkommen einen Teil ihrer Zertifikate abkaufen würden. Das System hätte folglich zumindest in einer längeren sozial-ökologischen Übergangszeit einen sozialen Umverteilungseffekt von oben nach unten zur Folge. Zugleich bilden sich durch solche Käufe und Verkäufe Preise der ursprünglich kostenlos zugeteilten UZ. Da das Verfahren genaue Kenntnis des Ressourceninhalts aller Güter und Leistungen bei allen Käuferinnen und Käufern erfordert, bietet es den Verbraucherinnen und Verbrauchern von Ressourcen maximale Transparenz. Es wäre einer ökologischen Lebensweise sehr förderlich. Für betriebliche Umweltinvestitionen und für ressourcensparende häusliche Anschaffungen könnten UZ-Kredite aufgenommen werden, die später aus den Einsparungseffekten wieder getilgt würden. Zu den Vorzügen seines Vorschlags rechnet Groll ferner, dass er anders als ein angebotsseitig wirkender Zertifikatehandel und als Ökosteuern nicht zu einer – sozial ungleich wirkenden – Erhöhung des Preisniveaus führen würde. Allerdings ist zu fragen, ob dieser Erwartung nicht der Umstand entgegensteht, dass Groll ja für die UZ mit der Herausbildung von Preisen rechnet, die mit der Verknappung von UZ wohl ansteigen würden.

Mittel- und langfristig sollen die UZ in ein neues Wirtschaftssystem ohne Wachstum eingebettet werden. Für die Übergangszeit zu einem solchen System erwartet Groll allerdings einleuchtend eher Wachstumsanstöße, die von Investitionen in den ökologischen Umbau und in soziale Infrastrukturen ausgehen. Grolls Votum für gedämpftes oder Nullwachstum unterstreicht, dass dieser Frage in Vorstellungen von einer sozialistischen Regulationsweise gebührendes Gewicht beizumessen ist. Diese hätte Wohlstand, Gerechtigkeit und Sicherheit durch Abkehr vom gewohnten Wachstumspfad zu erreichen.

Zu weiteren Akzenten in Franz Groll Gesamtconcept, die in der Gestaltung einer alternativen Regulationsweise beachtet werden sollten, gehören:

- die Begrenzung von Zinsen auf Vermögen und von Kapitalrenditen mit der Begründung, dass entgegen neoklassischer Lehre Kapital kein wertschöpfender Produktionsfaktor und daher auch nicht zu belohnen ist,

- Vorschläge für die Bemessung von Unternehmerlohn für unternehmerische Leistungen und für die Entgeltung von Unternehmerrisiken, wenn die Unternehmer mit eigenem Vermögen haften,
- die Unterbindung von Aktien- und Devisenspekulation, von Spekulation mit modernen Finanzprodukten, Rohstoffspekulation, Spekulation mit Agrarprodukten, Boden und Immobilien,
- eine Kontrolle des Geldverkehrs, Einschränkung der Geldschöpfung durch Geschäftsbanken, Maßnahmen gegen Kapitalflucht,
- die Einführung einer solidarischen Betriebsverfassung, die umfassende Mitentscheidung der Belegschaftsmitglieder ermöglicht, ein Steuersystem nach Leistungsfähigkeit und mit zunehmender Besteuerung von Ressourcenverbrauch und Beanspruchung von Natursenken,
- eine echte Bürgerversicherung für alle Arten der Sozialversicherung.

Im Übergang zu einer nachkapitalistischen Regulationsweise wird weltweiter Abrüstung und damit zusammenhängenden Konversionsprozessen größte Aufmerksamkeit zuzuwenden sein – ein Aspekt, der in den meisten Beiträgen zum Regulationsdiskurs sträflich fehlt.

Wie auch andere Autoren, die ihre Narrative von einer künftigen besseren Gesellschaft präsentieren, verfügt Franz Groll über einen erstaunlichen Optimismus. Die Bewältigung eines sozial-ökologischen Umbaus erwartet er innerhalb von nur drei Vierjahresperioden.

## 14. Rainer Land: Ökokapitalverwertungsgesellschaften und kreditfinanzierte Innovationen

Rainer Land hat einen ambitionierten Vorschlag für ein neues System der Naturreproduktion in den Diskurs eingebracht (Land 2018). Die Wirtschaftswissenschaft habe bisher die Naturressourcen als gegeben vorausgesetzt, als ob diese nicht produziert und reproduziert werden müssten. Tatsächlich müssen aber Naturressourcen durch Arbeit und Einsatz von Produktionsmitteln gewonnen und erhalten werden.

Daraus folge, dass die bisherige Regulationsweise durch eine nachhaltig wirkende Regulationsweise in einer »gelenkten Marktwirtschaft« abgelöst werden muss: Der Kreislauf des Ökokapitals müsse so gestaltet werden, dass die Reproduktion der Natur zum Sinn der (Öko-) Kapitalverwertung wird – durch die Anpassung der ökonomischen Regulationsweise an die Reproduktion der Natur. Die Reproduktion der Natur soll der Wirtschaft systemimmanent werden, bisher ist ihre Zerstörung dem herrschenden System eingeschrieben.

Dieser Ansatz schließt eine eigenwillige Doppeldefinition des Begriffs Kapitalverwertung bei Rainer Land ein. Zum Ersten definiert er: »Kapitalverwertung ist ein Kommunikationssystem zur Widerspiegelung und Regulierung von Reproduktion, sie ist eine universelle Form der Regulation von Reproduktion und Innovation« – die Reproduktion der Natur eingeschlossen (Land 2018: 57). Kapitalverwertung sei eine allgemeine Form der Selektion von Innovationen, die nun auf naturerhaltende Innovationen konzentriert werden müsse. Wert werde dann vorgeschossen, um ihn für ökologische Ziele einzusetzen: »Das Verfahren besteht also darin, einen bestimmten ökonomischen Wert [...] wegzugeben, um nach einer bestimmten Zeit diese Geldsumme [...] mit oder ohne Aufschlag gegebenenfalls auch mit Verlust zurückzubekommen. [...] Die eingesetzte Summe fungiert in diesem Prozess als Kapital.« (Ebd.: 36, 55f.) (Öko-)Kapital wird hier völlig losgelöst von einem Verständnis der Kapitalverwertung als auf Ausbeutung beruhender Erzielung von Mehrwert bzw. Profit definiert.

Zum Zweiten arbeitet Land mit einem anderen Begriff der Kapitalverwertung, der auf Marx zurückgeht. Er stellt fest, dass gegenwärtig der von ihm definierte allgemeine Inhalt von Ökokapitalverwertung allerdings in kapitalistischer Form wirke, profitdominiert also. Unklar bleibt in Lands Konzept der Ökokapitalverwertung, was Ökokapital eigentlich sein soll: die zu bewirtschaftenden Naturressourcen selbst? Der Wert, der für die Reproduktion der Natur vorgeschossen wird und die Gestalt von Lohn und Produktionsmitteln annimmt? Oder auch die zu vergebenden Nutzungsrechte an Naturressourcen? Und warum wird der Begriff der Kapitalverwertung für einen Prozess gewählt, der erklärtermaßen nicht auf mehr Wert als vorgeschossen, nicht auf Profit, sondern auf die Reproduktion der Natur zielen soll? Im erstgenannten allgemeinen Sinne des Begriffs Kapitalverwertung bedarf eine sozial-ökologische Transformation nicht der Beseitigung der Kapitalverwertungsökonomie, sondern nur deren Befreiung von ihrer kapitalistischen Hülle. Das korrespondiert mit Rainer Lands Auffassung, dass Gewinne/Profite dann entstehen, wenn sich Unternehmen durch Innovationen zeitweilig einen Wettbewerbsvorsprung vor anderen sichern, wenn sie den Käufern dadurch mit geringerem eigenen Kostenaufwand zum marktüblichen Preis einen höheren Nutzen/besseren Gebrauchswert als üblich bieten können: »Innovationen haben einen Anstieg des Wertschöpfungs-niveaus zur Folge (was man nur begreift, wenn man die Arbeitswerttheorie hinter sich gelassen und durch eine innovationsbasierte Werttheorie ersetzt hat). Das ist die Quelle der Innovationsgewinne.« (Ebd.: 62, 89, 131) Dagegen ist zu bedenken: auch die Masse der Unternehmen, die gerade keinen Innovationsvorsprung aufweist, macht Profite. Und die bleiben auch arbeitswert-

theoretisch begründet. Und Monopole und Oligopole realisieren Profite und Extrarenditen häufig dank ihrer Macht auch ohne Basisinnovationen.

Rainer Lands doppelter Begriff von Kapitalverwertung ist geeignet, Verwirrung zu stiften und Widerspruch hervorzurufen. Er erschwert entscheiden, seinen Vorstellungen von einer neuen Art der Ressourcenbewirtschaftung zu folgen. Er verlangt von an Marx orientierten Ökonomen, zu tolerieren, dass der Begriff Kapitalverwertung über weite Strecken von Lands Argumentation mit einem seinem ursprünglichen Inhalt völlig fremden Sinn gefüllt wird. Ob aber nun auf nachvollziehbarer wert- und kapitaltheoretischer Grundlage oder nicht: Rainer Land bietet ein bedenkenswertes System der Ressourcenbewirtschaftung als Kernelement einer alternativen Regulationsweise an. Es hat zwei Eckpunkte.

Der eine ist der Vorschlag, öffentlich-rechtlich verfasste »Ökokapitalgesellschaften« als wichtigste Institutionen eines verantwortungsvollen nachhaltigen Umgangs mit den Naturressourcen zu etablieren. »Aber es sind keine Verwaltungen, sondern produzierende Organisationen, die das Prinzip der Verwertung einer Ressource nutzen, daher nicht ein Ressourcenamt oder Naturressourcenbehörde, sondern öffentlich-rechtliche Unternehmen, Öko-Kapitalverwertungsgesellschaften.« (Ebd.: 146) Sie hätten den Vorteil institutioneller Dezentralisierung. In gewissem Maße Elinor Ostroms Polyzentrismus verwandt, soll ihnen die auf der Festlegung von Mengenzielen beruhende Vergabe von Nutzungs- bzw. Verschmutzungsrechten obliegen – zu Preisen, die ressourceneffizientes Verhalten erzwingen. Die Vergabe erfolgt in jedem Jahr neu. Mit den Einnahmen aus den Nutzungsrechten würden die Öko Kapitalgesellschaften auch eigene Forschungen zur Ressourcennutzung finanzieren, zum Beispiel zur Substitution nicht erneuerbarer Ressourcen durch erneuerbare, zur Kreislaufwirtschaft und zur laufenden Beobachtung und Erforschung des Zustands der ihnen anvertrauten Ressourcen. Sie vergeben zudem Forschungs- und Produktionsaufträge, die auf die nachhaltige Reproduktion der Natur zielen, an normale Unternehmen. Sie üben direkt und indirekt massiven Einfluss auf die Selektion von Innovationen aus. Kann aber die Vergabe von Verschmutzungszertifikaten volkswirtschaftlich sinnvoll dezentralisiert werden? Das wird kritisch zu diskutieren sein.

Die »Kapitalverwertung« der Ökogesellschaften wäre auf eine Nutzung der Ressourcen im Rahmen der Erhaltung von Ökosystemen gerichtet. Private Gewinne, die nicht in diese Aufgabe der Ökokapitalgesellschaften investiert werden, dürfe es nicht geben. Diese Gesellschaften sollen auf solche Weise mittels Nutzungsrechten zu Knotenpunkten des sozial-ökologischen Umbaus werden. Ihre Zuständigkeit kann für begrenzte Bereiche – etwa ei-



nen Flusslauf, eine Waldregion oder ein Bewässerungssystem – gelten, aber auch bis zur EU-weiten Verantwortung für die Reduzierung von Treibhausgasemissionen. Verwertung des Ökokapitals im Rahmen der Ökokapitalgesellschaften bedeutet nach Rainer Lands Vorstellung Reproduktion nach politisch gesetzten Zielen, nicht Realisierung von Profit.

Der Staat wäre im Rahmen dieses Konzepts verantwortlich für die ökologische Bewirtschaftung von zu förderndem Gemeineigentum. Diese Verantwortung nimmt er in Lands Vorschlag ebenfalls vermittelt durch Ökokapitalverwertungsgesellschaften wahr. In seiner Verantwortung liegt auch die Planung der Grundproportionen der Volkswirtschaft als Rahmen für das Wirken dieser Gesellschaften.

Der zweite Eckpunkt in Rainer Lands Systementwurf der Ressourcenbewirtschaftung ist der Kreditmechanismus. In der Regel werde die staatliche Verantwortung für eine sozial-ökologische Entwicklung im Kontext der Einnahmen von Steuern und ihrer zielgerichteten Verwendung gedacht. In besonderem Maße gilt das für Ökosteuern. Land plädiert dagegen für einen in erster Linie kreditfinanzierten Übergang zu erneuerbaren Ressourcen, gesteigerter Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft. Kreditfinanzierte Investitionen in diese Grundrichtungen sozial-ökologischen Umbaus sollen die Wirtschaft derart dynamisieren, dass sich der Umbauprozess finanziell überwiegend selbst trägt – samt der Tilgung der Kredite. Ist das eine realistische Erwartung? Jedenfalls tritt die oben bereits formulierte wichtige Frage nach dem Verhältnis von Steuerfinanzierung und Kreditfinanzierung von sozial-ökologischen Transformationsprozessen mit Lands Plädoyer für Kreditfinanzierung wiederum dringlich hervor. Oder erledigt sie sich von selbst, weil beide Finanzierungsweisen in Abhängigkeit von wechselnden Bedingungen benötigt werden und nicht zu umgehen sind?

## **15. Hans Thie: Rotes Grün – Regulationsweise als Element von radikalem Aufbruch**

Hans Thie präsentiert das Gegenteil eines Regulationsverständnisses als bloßer Instrumentenanwendung (Thie 2013). Aber auch von Alberts Idealvorstellungen ist er weit entfernt. Er vermittelt den Atem einer umstürzenden Regulationsweise. Auf neue Weise zu regulieren, ist ein systemischer Umbau der Gesellschaft, der zugleich ihr Wiedereinfügen in die Gesetze der Natur ist. Die Menschheit muss im Kurzzeitverfahren vom rücksichtslosen Verbrauch der Natur zur Unterwerfung der Ökonomie unter die Ökologie, unter den Erhalt der Natur übergehen. Hier stimmt Thie mit Rainer Land

überein, dessen Gesamtkonzept er allerdings ablehnt. Soll die Regulation einem grünen Reformismus dienen, der Fortschritt im Verhältnis zum neoliberalen Kapitalismus bedeutet? Oder muss sie zudem Teil einer doppelten Transformation werden, die die neoliberale Gestalt des Kapitalismus und zunehmend den Kapitalismus selbst überwindet?

Auch die Linkspartei beantworte diese Frage nicht zeitgemäß, meint Thie. Ihr Parteiprogramm atmet den Geist egalitär-ökologischer Erneuerung. Aber in den Köpfen der Mitgliedschaft der meisten Funktionäre sei das ökologische Zeitalter noch nicht wirklich angekommen. Notwendiger Wandel soll die Gesellschaft betreffen, aber viel zu wenig wird er als Bruch im Verhältnis zur Natur verstanden. Programmatisch hat die Partei dieses Defizit seit 2013 überwunden, in der praktischen Politik aber nur begrenzt.

Thie postuliert als Handlungsmaximen für den notwendigen sozial-ökologischen Umbau *Kooperation, Gleichheit und Planung*. Diese Säulen gelten auch für eine Regulationsweise, die diesem Umbau entspricht. Was das bedeutet, wird näher auszuführen sein. Wie sind beispielsweise angemessene Leistungsorientierung und Gleichheit zusammen zu bringen? Wie wird verlangsamtes Wachstum zu planen sein? Wie wird Gleichheit im Verbrauch von Naturressourcen zu regulieren sein, wenn das in Deutschland bedeutet, mehr als 10t CO<sub>2</sub>-Emissionen im Jahr pro Kopf auf nur 2t abzusenken? Wie kann Förderung der Kooperation in die Regulationsweise eingebaut werden?

Auch Thie drängt auf Entscheidungen darüber, welche Instrumente zu präferieren sind. Wenn es um die Senkung des Ressourcenverbrauchs geht, plädiert er für geplante Mengengrenzungen und verweist auf Praxen wie die langfristige Festlegung von Zielen für die Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes. Aber das Ziel absoluter Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Ressourcenverbrauch betrachtet er als Illusion. Den Zertifikatehandel zwischen Unternehmen hält er für kontraproduktiv, auch weil dieser der Finanzialisierung der Natur dient. Bei bestmöglicher Information der Bevölkerung und fortgeschrittener direkter Demokratie hält er die Zuteilung von Nutzungsrechten an Bürgerinnen und Bürger als Verbraucher für praktikabel. Damit ist er Franz Groll nahe.

Erhebliche Aufmerksamkeit konzentriert Hans Thie auf die Bedeutung der Commons und insbesondere auf Bedingungen für den freien Zugang zu Wissen und allen Arten geistigen Schaffens – gestützt auf viele bereits vorhandene praktische Beispiele. Eine künftige Regulationsweise wird in hohem Maße den ungehinderten Zugang für jede und jeden zu geistigen Produkten zu sichern haben. Das hat auch Konsequenzen für die Arbeits- und Lebenswelt der in dieser Sphäre Tätigen. Kreativität setzt Selbstbestim-

mung über das eigene Zeitregime und ungehinderte Kommunikation voraus. Das impliziert auch Veränderungen des Patentrechts und der Patentpolitik.

Von einer Regulationsweise, die einem naturverträglichen Gemeinwohl verpflichtet ist, erwartet Hans Thie eine energische Reduzierung von Ungleichheit, die Abschaffung existenzieller Unsicherheit, vollständige Transparenz des Öffentlichen, Planung von ökologisch effizienten Infrastrukturen und insgesamt eine Unterordnung der Wirtschaft unter gesellschaftliche Prioritäten. Mehr soziale und ökologische Gerechtigkeit könnte die Einführung eines Ökobonus-Systems mit niedrigen Preisen für den Basisverbrauch und stark ansteigenden Preisen für Mehrverbrauch ermöglichen. Thie kann sich vorstellen, dass sämtliche Einnahmen aus der Besteuerung von Energie und anderen Naturressourcen in der Form gleicher Pro-Kopf-Boni an die Bevölkerung ausgezahlt werden, und erwartet wie Franz Groll, dass daraus für Geringverbraucher ein Einkommensplus entspringt und Vielverbraucher erhebliche Belastungen zu tragen hätten.

Im Wachstumsdiskurs vertritt er die Auffassung, dass Nullwachstum die Neuwertbildung und damit den Profit ausschließe – die Kernsubstanz des Kapitalismus. Auch das bleibt zu diskutieren. Wohl aber könne einfache Reproduktion mit der Zahlung von hohen Unternehmerlöhnen einhergehen. Eine Theorie für eine Wirtschaftsverfassung ohne Wachstum müsse erst noch entwickelt werden – und betreffe natürlich auch die Regulationsweise. Michael Müller und Kai Niebert, engagierte Befürworter eines progressiven Green New Deal, wollen dagegen die Wirtschaftsregulierung auf ein qualitatives Wachstum ausrichten. Öffentliches Eigentum werde, betont Thie, die tragende, aber nicht ausschließliche Grundlage einer demokratischen Gemeinwirtschaft sein.

# Kapitel 3

## Über eine künftige sozialistische Regulationsweise

Sich häufende Krisen, der Druck ungelöster innerer und existenzieller globaler Probleme, der Aufstieg von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus, aber auch Momente des Erstarkens der insgesamt noch eher defensiven linken Kräfte haben zu einem neuen Sozialismuskurs geführt.

Im Vergleich zu einer Vielzahl von Vorstellungen über erstrebenswerte Konturen eines künftigen demokratischen grünen Sozialismus (z.B. Dörre 2021; Brie 2022; Dörre/Schickert 2019; Candeias 2019; Brangsch/Brie 2016; Honneth, Axel 2015; Klein 2013; Zelik 2020) wird aber nur schwach diskutiert, wie dessen Regulationsweise funktionieren könnte. Das ist auch nicht verwunderlich. Könnte es sich doch als unmögliches Unterfangen erweisen, für eine Gesellschaft, die es noch gar nicht gibt, schon erkunden zu wollen, wie sie sich denn regulieren würde. So wurde am Anfang dieses Buches bedacht.

Gewiss ist die Zukunft immer ungewiss. Von einer künftigen Regulationsweise zu schreiben, ist mit einer Fülle von Unwägbarkeiten belastet. Doch nur allzu Gesichertes zu beschreiben, läuft auf das Bild einer Zukunft hinaus, die keine ist. Ernst Bloch nannte sie unechte Zukunft. »Die unechte Zukunft läuft sozusagen schematisch an, die echte dagegen ist das noch flüssige und so wendungsfähige Vorsich von Ereignissen, die sich erst bilden, die weder ihrem Eintritt noch gar ihrem Inhalt nach voll bedingt, bestimmt und so voll nachvollziehbar sind. In der echten Zukunft, auch in der tendenzhaft erforschten, vermittelten und praktizierten, steckt daher allemal das Element der Überraschung, d.h. in Bezug auf die menschliche Zukunft gesprochen, das Element der Gefahr oder aber der Rettung.« (Bloch 2016: 90)

Immerhin ist in unserer Zeit das Wissen über Zukunft so weit gediehen, dass sie trotz aller Unsicherheiten gestaltbar wird. Der Weltklimarat etwa arbeitet auf der Grundlage von Hunderten Studien zur voraussichtlichen Entwicklung von Klima und Umwelt. Sträflich wäre und ein Vabanquespiel mit dem Überleben von Milliarden Menschen, wenn mit dem Wissen über voraussehbare Risiken und Gefahren, aber auch über begehbbare Wege ihrer Abwendung und des Einstiegs in eine solidarische Gesellschaft nicht gehandelt würde. Nicht eine konkrete Utopie vom Funktionieren einer künfti-

gen solidarischen Gesellschaft ist abwegig. Sondern als abenteuerlich und wirklichkeitsfern sollte die neoliberale Idee gelten, eine so hochkomplexe, so mit Gefahren beladene, von so vielen Unsicherheiten bedrohte Gesellschaft wie die gegenwärtige könnte ohne Planung und Lenkung erfolgreich durch das Jahrhundert kommen.

Auf die Herausbildung einer künftigen progressiven Regulationsweise werden nichtintendierte Prozesse und intendierte Vorhaben einwirken. Noch dominiert in der gegenwärtigen Regulationsweise der ökologisch und sozial blinde Markt. In der künftigen Regulationsweise wird der Lenkung und Planung ein bestimmendes Gewicht zukommen. In den Führungsetagen vieler auf den Märkten dominierenden großen Unternehmen ist längst ein Bewusstsein über die sozialen und vor allem über die ökologischen Schäden eingezogen, die sie selbst unter dem Druck der globalen Verdrängungskonkurrenz anrichten. Dieser Konkurrenzmechanismus schränkt jedoch selbst bei dem problembewussten Teil des Führungspersonals dessen Handlungsfähigkeit radikal ein.

Wie können diese strukturellen Grenzen der Regulierung überwunden werden? Wie sollten sich Planung und Lenkung, ein kontrollierter Marktmechanismus und zivilgesellschaftliches Handeln entwickeln, damit eine neue Regulationsweise entsteht? Eine sozialistische Regulationsweise schließlich, die eine bewusste Selbstgestaltung der Gesellschaft in eine gewollte Richtung ermöglicht.

Diese Regulationsweise wird nicht irgendwann zu kreieren sein. Es geht nicht darum, sich für die Zukunft Idealkonstruktionen auszudenken, sondern darum, Lösungen für Widersprüche und Problemlagen zu finden, die die Gesellschaft schon gegenwärtig spalten, die soziale Sicherheit elementar bedrohen und für Milliarden Menschen existenziellen Charakter haben. Bis zur Jahrhundertmitte müssen weltweit einschneidende politische, soziale, ökologische und friedensorientierte Umbrüche vollzogen werden.

Die entscheidende Richtungsänderung muss schon im kommenden Jahrzehnt erfolgen. Also ist die Regulationsweise, die das bewirken kann, nicht etwas für irgendwann und auch nicht eine Sache nur sanfter Reformschritte. Es geht ums Ganze. Vorformen der künftigen Regulationsweise müssen schon im Heute mit aller Macht der Vernunft zur Geltung gebracht werden. JETZT!

Ernst Bloch schrieb: »Denken heißt überschreiten, so jedoch, dass Vorhandenes nicht unterschlagen, nicht überschlagen wird. Weder in seiner Not, noch gar in der Bewegung aus ihr heraus. Weder in den Ursachen der Not

noch gar im Ansatz der Wende, die darin heranreift. Deshalb geht wirkliches Überschreiten auch nie ins bloß Luftleere eines Vor-uns, bloß schwärmend, bloß abstrakt ausmalend. Sondern es begreift das Neue als eines, das im bewegt Vorhandenen vermittelt ist, ob es gleich, um freigelegt zu werden, aufs Äußerste den Willen zu ihm verlangt.« (Bloch 1985: 2).

Alles, was hier über eine noch nicht vorhandene sozialistische Regulationsweise geschrieben wird, zielt auf das Ausschöpfen bereits vorhandener Ansätze, auf deren Entfaltung und Überschreitung unter extremem Handlungsdruck, auf die Mobilisierung und Organisierung von Akteuren mit Erfahrungen auf dem Weg zu Neuem.

Gesellschaftsentwicklung vollzieht sich widersprüchlich: nichtintendiert und intendiert zugleich. Kontrollverlust ist ein Signum unserer Zeit. Die globale ökologische Krise, Hochrüstung und Kriege am Rand atomaren Untergangs, Armut und Migrationsströme, der Aufstieg des Rechtsextremismus und populistischer Irrationalität und eine wachsende Zahl von failing states sind seine Erscheinungsformen. Umso mehr wird eine rettende Gesellschaftslenkung zur Überlebensfrage. Das verleiht der Herausbildung einer alternativen Regulationsweise ihre Bedeutung schon im Heute.

Von der Entscheidung für die eine oder andere Regulationsform, für die eine oder andere Kombination der unterschiedlichen Regulierungsmechanismen als Transporteure von Gesellschaftsstrategien wird die gesellschaftliche Entwicklung für lange Zeit beeinflusst. Thomas Piketty hat das mit einem Vergleich zwischen dem Weg Russlands seit Beginn der 1990er Jahre und dem Weg Chinas seit den Reformen Deng Xiaopings 1978 deutlich gemacht. Die US-amerikanischen Berater Boris Jelzins drängten den russischen Präsidenten zu einer Schocktherapie. Die Eigentumsverhältnisse wurden mit einem Schlag zu Gunsten einer kleinen Schicht von neokapitalistischen Oligarchien umgestürzt, die Preise schlagartig den zusammenbrechenden Märkten überantwortet. Die zentralistische Regulationsweise der Sowjetunion wurde ohne Übergangsphasen durch eine marktradikale Regulationsweise abgelöst. Jeffrey Sachs an der Spitze der marktbesessenen Ratgeber – inzwischen durch seine eigenen Erfahrungen zu differenzierteren Haltungen gedrängt – hatte nach dem Zeugnis Naomi Kleins darauf gerechnet, dass wie in anderen Fällen marktradikaler Umwälzungen zum Beispiel in lateinamerikanischen Staaten begleitende Wirtschaftshilfen seitens des Westens bereitgestellt werden würden, die den Neubeginn abfedern sollten. Er hatte dabei beispielsweise den Marshallplan für Westeuropa vor Augen. Doch er hatte nicht einkalkuliert, dass die US-Machteliten nach der Implosion des

Staatssozialismus keinen Anlass mehr für soziale Programme sahen, die einer Linksentwicklung entgegenwirken könnten. Die Linke schien erledigt. Russland wurde von westlicher Seite eine Schocktherapie des Übergangs zu einem Raubtierkapitalismus ohne Auffangnetze verpasst.

China wählte – wie oben dargestellt – einen anderen Weg. Marktmechanismen wurden eingeführt, aber begrenzt durch einen starken Staatssektor und staatliche Lenkung und Planung. Erfolgreiche staatliche Strategien der Armutsbekämpfung, des schrittweisen Aufbaus sozialer Sicherungssysteme auf zunächst bescheidenem Niveau und Schritte ökologischer Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft korrigieren die Märkte – wenn auch mit autoritären Herrschaftsformen und der Verletzung von Menschenrechten verbunden.

Wohlbegründet verallgemeinert Thomas Piketty daher: »Die Ideen, die an Wendepunkten gerade im Schwange sind, können den Lauf der Geschichte für lange Zeit bestimmen, vor allem in Abhängigkeit von der Mobilisierungskraft der verschiedenen Gruppen und Diskurse.« (Piketty 2020: 759)

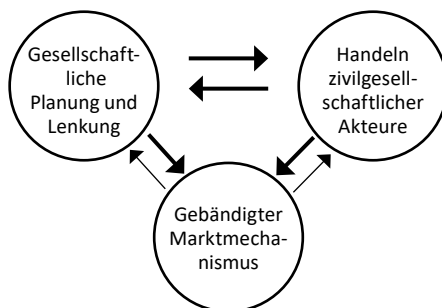
Es ist die Verflechtung von unterschiedlichsten Krisen, die gegenwärtig in eine Scheidewegkonstellation mit ökologischen, militärischen, ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Dimensionen geführt hat.

Die Klimakrise markiert – neben der Möglichkeit atomarer Selbstvernichtung der Menschheit – den wohl tiefsten Einschnitt in der Menschheitsgeschichte: die Dringlichkeit des Übergangs von bedenkenloser Ausplünderung der Naturressourcen und Überlastung der Natursenken zu einer bewusst an die Endlichkeit der Erde und an ihre Naturkreisläufe angepassten Wirtschaft und Gesellschaft – bei Strafe der Vernichtung der Existenzgrundlage großer Teile der Erdbevölkerung.

Die Corona-Pandemie ist eine bio-soziale Krise. In ihr tritt nicht zuletzt die Einengung der natürlichen Lebensräume von Wildtieren als Wirte von Viren mit der Folge ihres Überspringens auf Menschen zu Tage. Sie tendiert vor allem dort zu hohen Ansteckungs- und Todeszahlen, wo das Profitsystem besonders ausgeprägt zur Unterentwicklung der Gesundheitsvorsorge und generell von sozialen Sicherungssystemen geführt hat. Sie offenbart die wortwörtlich tödlichen Defizite eines kurzfristig angelegten Regulierungsmechanismus.

Die neue Runde atomaren Wettrüstens, der Übergang zur Robotisierung von Kriegen und zum Einsatz von Künstlicher Intelligenz in neuen Waffensystemen außerhalb jeder völkerrechtlicher Rüstungskontrolle und neue quasi-konventionelle Waffensysteme erhöhen das Risiko von Kriegen und bergen die reale Gefahr der Selbstvernichtung der menschlichen Zivilisation. Eine neue Weltfriedensordnung wird zur Überlebensaufgabe.

**Abb. 3: Drei Teilmechanismen einer progressiven Regulation**



Anhaltende Armut und Hunger in großen Teilen der Erde sind angesichts anschwellenden Reichtums ein nicht hinnehmbarer Skandal. Armut, Umweltzerstörung und Kriege lösen Migrationsströme aus, die von rechtsextremen und rechtspopulistischen Kräften für einen gefährlichen Aufschwung der Neuen Rechten und zur Begründung eines globalen Autoritarismus genutzt werden. Der Zerfall von Staaten bildet den Nährboden für internationalen Terrorismus. Kategorisch rückt eine partizipatorische Demokratie auf die Agenda.

Eine neue Regulationsweise darf nicht abermals vor den Herausforderungen einer Scheideweg- und Umbruchkonstellation versagen. Sie hat Krisen einzigartigen Ausmaßes zu bewältigen. Sie darf nicht in Pfadabhängigkeit stecken bleiben. Nicht allein die digitale Produktivkraftrevolution ist zu bewältigen, sondern vor allem die Gestaltung gerechter und solidarischer gesellschaftlicher Verhältnisse bedarf einer Regulation auf der Höhe der Zeit.

Der im Kapitel 2 skizzierte Regulationsdiskurs und der Rückblick auf historische Erfahrungen mit gezielter Regulierung gesellschaftlicher Entwicklungen legen nahe, dass eine sozialistische Regulationsweise und ihre prozesshafte Herausbildung die Kombination von drei verschiedenen Regulierungsmechanismen zu einem wirksamen Ganzen erfordern wird (Wright 2017).

Pointierter formuliert: Im Zentrum politischer Kunst bei der Herausbildung und bewussten Gestaltung einer progressiven Regulationsweise wird das Dreieck von 1. zentraler gesellschaftlicher Planung und Lenkung, 2. eingehegtem Marktmechanismus und 3. dem Handeln zivilgesellschaftlicher Akteure stehen.



Zwischen diesen Teilmechanismen bestehen Widersprüche. Dreiecksverhältnisse sind eben schwierig, aber in diesem Zusammenhang die einzige Chance für das Gelingen moderner Regulation in hochkomplexen Gesellschaften. Zentrale Entscheidungen und Marktsignale können auseinanderfallen. Aber ohne Planung und Lenkung üfern die destruktiven Wirkungen des Marktes aus. Und umgekehrt gerät die Planung ohne Entlastung durch den Markt zu einem administrativen Ungetüm.

Zentrale Lenkung und Planung haben Schwierigkeiten, die Millionen verschiedenen Interessen und Impulse aus der Zivilgesellschaft aufzunehmen. Aber ohne zivilgesellschaftlichen Einfluss auf die Planung und Lenkung würden diese den Anschluss zum Leben und zu den Bürgerinnen und Bürgern verlieren. Und umgekehrt würden zivilgesellschaftliche Akteure ohne ihren Einfluss auf den Planungsapparat und ohne die Ausnutzung seiner Potenziale nur wenig auf gesamtgesellschaftlicher Ebene bewegen können.

Die auf dem Markt agierenden Unternehmen empfinden die zivilgesellschaftlichen Akteure oft als störende Elemente, die in Unternehmensentscheidungen hineinreden, die sie nichts angehen. Aber ohne sie und allein von Profitinteressen gelenkt und ohne den Druck aus der Zivilgesellschaft wären private Unternehmen überhaupt nicht in der Lage, sich an soziale und ökologische Herausforderungen anzupassen. Und umgekehrt wären Handelnde aus der Zivilgesellschaft ohne eine Einsicht in Unternehmensentscheidungen und Markterfordernisse oft nur unzureichend in der Lage, ihre Interessen in ein Verhältnis zu den realen Bedingungen in der Wirtschaft zu setzen.

Zwischen den drei Teilmechanismen der Regulation hochkomplexer Wirtschaften und Gesellschaften bestehen also Widersprüche, aber zugleich produktive Ergänzungen. Sie können und müssen im Verlauf progressiver Transformationsprozesse und erst recht in der Zukunft solidarischer Gesellschaften in ein produktives Wechselverhältnis gebracht werden. In diesem Verhältnis werden die Planung und Lenkung von ökonomischen und gesellschaftlichen Grundprozessen dominieren – aber eben nur unter der Voraussetzung, dass sie das Orientierungs- und Entscheidungspotenzial der Zivilgesellschaft und die Signale des Marktes in sich aufnehmen.

*Erstens:* Eine zentrale gesellschaftliche strategische Planung und Lenkung von Grundlinien langfristiger Entwicklung wird die erste der drei Säulen einer zukunftsfähigen Regulationsweise sein. Sie wird bestimmt sein vom institutionalisierten Einfluss demokratischer Akteure. Als gesellschaftliche Lenkung und Planung wird sie nicht reduziert auf staatliche Steuerung sein, sondern diese wird zum Mittel emanzipatorischer Kräfte, die gesellschaftliche Gemeinwohlinteressen mit dem Lenkungspotenzial des Staa-

tes zur Geltung bringen. Ein demokratisch zu erarbeitender gesellschaftlicher Konsens über die wesentlichen Ziele gesellschaftlicher Entwicklung wird auch gegen Widerstände durchzusetzen sein, die sich auf die Demokratie von unten berufen, der Gesellschaft aber schaden.

Die gegenwärtigen Machteliten sind hin und her gerissen zwischen der Befürchtung, dass ein stärkerer Staat ihr marktliberales Denken und Handeln gefährden könnte, und der Einsicht, dass Staat und Planung unverzichtbar sind. In der Krise 2008/09 und in der Coronakrise allerdings wurden alle Bedenken jäh beiseite gefegt. Die Staaten haben alle nur verfügbaren Mittel zur Rettung aus den Krisen eingesetzt. Aber diese Reaktion wird von wichtigen Kreisen des Blocks an der Macht nicht als Einstieg in eine neue Regulationsweise verstanden. Sein marktliberaler Denkhorizont hindert das Establishment an entschlossener politischer Gestaltung einer sozial-ökologischen Transformation – trotz weitreichender Ratschläge beispielsweise des »Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen«. So wird beispielsweise in einem Beschluss des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie vom Februar 2019 betont: »Die Mittel der Wahl zur Erreichung der Ziele sind grundsätzlich marktwirtschaftlich, privatwirtschaftlich und eigenverantwortlich. Staatliches Handeln kann nur ausnahmsweise, nur vorübergehend und nur in Fällen von grundlegender Bedeutung in Betracht kommen, wenn sich alle anderen Optionen als unzureichend erwiesen haben.« (BMWi 2019: 1) Sollte sich der Staat aber – etwa um in Krisen Unternehmen zu retten – an Firmen beteiligen müssen, so dürfe »sich der Anteil staatlicher Beteiligungen langfristig aber nicht erhöhen.« »Der Übernahme neuer Beteiligungen muss grundsätzlich die Privatisierung anderer Beteiligungen gegenüberstehen.« (Ebd.: 8)

Das Establishment verteidigt verbissen das Primat der Marktregulation gegen stärkere staatliche Lenkung und erst recht gegen eine Nutzung staatlicher Regelungspotenziale für die Ziele demokratischer Gegenmächte. Es beharrt auf einer Marktdominanz, die doch in der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 und in der Coronakrise eklatant versagt hat.

Alternative Akteure müssen für den nicht aufhebbaren Widerspruch zwischen notwendiger Zentralität und polyzentrischer Struktur der Gesellschaft immer wieder Bewegungsformen und Lösungen finden. Eine alternative Regulationsweise muss die Fülle partikularer Interessen aufnehmen, ohne sich von ihnen aushebeln zu lassen.

*Zweitens:* Der Marktmechanismus, der durch eine soziale und ökologische Rahmensetzung neu zu verfassen ist, wird eine zweite Säule einer postneoliberalen und irgendwann einer sozialistischen Regulationsweise sein. Auch dieser Teilmechanismus erfordert Bewegungsformen für seine Widersprü-

che. Er soll seine dynamisierenden und innovativen Potenziale voll zur Geltung bringen können, aber er ist zugleich so zu begrenzen, dass seine destruktiven Wirkungen unterdrückt werden.

Wiederum ist zu betonen, dass solche veränderte Wirkungsweise des Marktmechanismus nur zu erreichen ist, wenn zivilgesellschaftliche Akteure eine neue Verfassung des Marktes erzwingen und wenn sie – insbesondere die Gewerkschaften – dem Markt von innen, nämlich durch wirtschaftsdemokratische Veränderungen in den Unternehmen selbst, andere soziale und ökologische Maßstäbe setzen.

*Drittens:* Die dritte Säule einer progressiven Regulationsweise wird demnach ein auf drei Ebenen angesiedeltes Handeln zivilgesellschaftlicher Akteure sein: in deren eigenen alternativen Projekten, als Einfluss auf die gesamtgesellschaftliche Planung und als wirtschaftsdemokratischer Einfluss in Wirtschaftsunternehmen und in Verwaltungen. Die Freisetzung der Kreativität der Vielen ist das große Potenzial einer sozialistischen Regulationsweise. Aber es schließt Widersprüche dabei ein, die Vielfalt der Gedanken und Initiativen nicht einzuengen, jedoch die mit ihnen verbundenen divergierenden Interessen in die als notwendig erkannten Richtungen gesellschaftlicher Entwicklung zu lenken.

Je nachdem, welche Felder und Prozesse zu regulieren sind, werden das relative Gewicht dieser drei Teilmechanismen und die Art ihrer Verbindung unterschiedlich sein. Dieses Verhältnis ist nicht nur zwischen Marktliberalen und Keynesianern, sondern auch im linken und linksliberalen Diskurs umstritten – wie im Kapitel 2 deutlich wurde. Michael Albert, Simon Sutterlützi und Stefan Meretz, Georg Jochum und Simon Schaupp (2020) beispielsweise lehnen ab, dass dem Markt in einer sozialistischen Regulationsweise überhaupt eine Funktion zukommen könne. Auch Sabine Nuss erwartet, dass der Markt verschwinden wird. In der auf dezentrale Commons konzentrierten Vorstellung Elinor Ostroms von einer polyzentrischen solidarischen Gesellschaft hat ebenso wie bei Michael Albert eine gesamtgesellschaftliche Planung wenig Raum, bei Ota Šik nur einen sehr eingeschränkten Platz im Rahmen starker Marktorientierung. Horst Müllers Konzept einer »zivilisierten Sozioökonomie« ist dagegen eher staatszentriert. Alain Lipietz' Regulierungskonzept konzentriert die Aufmerksamkeit auf staatliche Instrumente der Wirtschaftspolitik, ähnlich aber viel detaillierter Stephan Krüger. Stephan Schulmeister schenkt zivilgesellschaftlichen Akteuren weniger Aufmerksamkeit als andere (2010). Die Meinungsunterschiede deuten darauf hin, dass eine sinnvolle Kombination der verschiedenen Teilmechanismen einer progressiven Regulationsweise erhebliche konzeptionelle Anstrengungen und aufmerksame Beobachtung praktischer Erfahrungen erfordert.

Zu den Grundvoraussetzungen eines neuen sozial-ökologisch geprägten Funktionszusammenhangs von zentraler strategischer Planung, Markt und Zivilgesellschaft gehören Veränderungen der Eigentumsverhältnisse.

### 1. Veränderungen der Eigentumsverhältnisse

Wirtschaftsressourcen, deren Nutzung über den Grundzustand und die Zukunft der Gesellschaft und der Naturverhältnisse entscheidet, gehören langfristig in Gemeineigentum (siehe Punkt 3. in diesem Kapitel). Das betrifft die Zentren der Finanzwirtschaft, die Macht der IT-Monopole über Information und Kommunikation, die Rüstungsindustrie, die Energiekonzerne und die Großunternehmen des Agrarindustriekomplexes (Dellheim 2014: 337–344). Gemeineigentum in diesen Wirtschaftsbereichen ist die beste Bedingung dafür, dass Gewinninteressen der Unternehmen und gesamtgesellschaftliche Interessen in gewissem Maße geplant miteinander vereinbar werden – weit eher als in privaten Unternehmen jedenfalls.

Auch überall dort, wo alle Bürgerinnen und Bürger an elementaren Bedingungen ihrer Persönlichkeitsentfaltung unabhängig von ihrer Zahlungsfähigkeit teilhaben sollten, ist Gemeineigentum in der Regel die beste Eigentumsform. Das betrifft die großen Netze der physischen Infrastruktur (für Wasser, Strom, Wärme, Mobilität und Information) und der sozialen Infrastruktur (für Gesundheit, Pflege, Bildung, soziale Sicherheit, Wohnen, Kultur). Solche elementaren Lebensbedingungen und Grundlagen sozialer Sicherheit gehören dem Profitmaßstab entrissen. Sie werden von der im Foundational Economy Collective wirkenden Gruppe von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und von Wolfgang Streeck mit dem Begriff Fundamentalökonomie gekennzeichnet, von Streeck als kommunaler Sozialismus oder als alltäglicher Kommunismus verstanden (Foundational Economy Collective 2019; Streeck 2019). Die Güter, die diese Sektoren hervorbringen und anbieten, werden in der Regel – wenn auch nicht durchweg – als öffentliche Güter angeboten, von denen niemand ausgeschlossen wird. Sie unterliegen überwiegend nicht den Marktgesetzen und begrenzen damit deren Wirkungsraum.

Reales Gemeineigentum bedeutet, dass die von seiner Nutzung betroffenen Bürgerinnen und Bürger tatsächlich einen entscheidenden, institutionellen und rechtsstaatlich gesicherten Einfluss auf den Einsatz der entsprechenden Wirtschaftsressourcen haben. Es setzt voraus, dass sie über die dafür erforderliche Bildung sowie über ausreichende Informa-

tion zu Zusammenhängen und relevanten Problemlagen verfügen. Und nur in sozialer Sicherheit werden sie die Freiheit unabhängiger Entscheidung haben.

Genossenschaftliches Eigentum eröffnet ebenfalls soziale Handlungsmöglichkeiten und Selbstbestimmungsräume der Genossenschaftsmitglieder über kapitalistische Konkurrenzinteressen hinaus. Nicht zuletzt begünstigt es dezentrale Entwicklung in lokalen Räumen, zum Beispiel in Gestalt von Energiegenossenschaften.

Die Eigentumsverhältnisse in Alternativbetrieben beschreibt Gisela Notz wie folgt: »Alternative Betriebe sind Betriebe, in denen die Mitglieder selbstverwaltet und in kollektiven, nichthierarchischen Strukturen unter selbstbestimmten Normen, humanen Arbeitsprozessen und unter ökologisch verträglichen, gesellschaftlich nützlichen Produktionsbedingungen Tätigkeiten verrichten, die der Erstellung von sinnvollen und nützlichen Produkten und Dienstleistungen dienen.« (Notz 2018: 218) Sie führen unter kapitalistischen Bedingungen ein Nischendasein, stark der Erosion ihrer Bestrebungen durch die kapitalistische Umgebung ausgesetzt, aber sie sind doch ein Vor-Schein von Prinzipien sozialistischer Wirtschaftsweisen. Es wird sich zeigen, welche Rolle solche Unternehmen für die Herausbildung eines demokratischen Sozialismus spielen können.

Kapitaleigentum und Privateigentum kleiner Warenproduzenten sind die herkömmliche Eigentumsbasis des Marktmechanismus. Die auf dieser Grundlage handelnden Wirtschaftsakteure müssen durch veränderte Rahmenbedingungen, gesetzliche soziale und ökologische Normen, Ge- und Verbote den negativen Wirkungen des Marktes möglichst weitgehend entzogen werden, während ihr konkurrenzgetriebenes innovatives und dynamisches Unternehmertum für eine sozialistische Entwicklung auf nicht absehbar lange Zeit unverzichtbar bleiben wird. Aber der Markt wird nicht allein die Sphäre privater Unternehmen sein. Auch sozialistische Unternehmen werden sich dem Wettbewerb auf dem Markt stellen. In China wird unter ganz eigenen historischen, politischen und kulturellen Voraussetzungen an einer Kombination von zentraler Planung und Lenkung einerseits und dem Marktmechanismus andererseits gearbeitet (siehe Punkt 4. in Kapitel 1).

Mit Veränderungen in den Eigentumsverhältnissen auf dem Weg zu einer solidarischen Gesellschaft wird die Herausbildung und Entfaltung von drei Elementen einer progressiven Regulationsweise verbunden sein: 1. eine gesellschaftliche Planung und Lenkung, 2. ein gebändigter Marktmechanismus, 3. das Handeln zivilgesellschaftlicher Akteure.

## 2. Erstes Element einer progressiven Regulationsweise: Gesellschaftliche Planung und Lenkung

Neun Richtungen einer wünschenswerten Entwicklung von Planungs- und Lenkungsprozessen in einer künftigen solidarischen oder sozialistischen Gesellschaft und auf den Wegen dahin sind hier zu skizzieren:

- Ihre Bestimmung durch Sinn und Ziel eines demokratischen grünen Sozialismus.
- Die Suche nach einem Gleichgewicht zwischen Wirkungskraft zentraler Entscheidungen und Raum für Selbstverantwortung und Kreativität in der Zivilgesellschaft und für innovatives Unternehmertum.
- Bestimmung nicht allein der langfristigen wissenschaftlichen und technologischen Entwicklung, sondern ebenso des Wandels der gesellschaftlichen Verhältnisse.
- Raum für Partizipation, Emanzipation und Konsensbildung.
- Sicherung demokratischer Kompromissfindung bei Differenzen über Planungsziele und zwischen Planungsentscheidungen und Marktsignalen.
- Erneuerung der politischen Kultur in der Linken selbst und in der Gesellschaft als Daseinselixier demokratischer Planung und Lenkung.
- Entscheidungen über Grundsatzfragen von Wirtschafts-, Finanz- und anderen Politiken, darunter zur Rolle des Geldes, der Steuerpolitik und der Verschuldung.
- Die internationale Ebene künftiger Planung und Lenkung.
- Die Rolle der Digitalisierung für die künftige Planung und Lenkung von Wirtschaft und Gesellschaft.

Eine Gefahr bei der Darstellung dieser verschiedenen Dimensionen von Lenkung und Planung in kommenden postneoliberalen Gesellschaften ist, dass sie zu einer Art Punktekatalog schöner Wünsche geraten könnte. Dagegen sei hier als Leitfaden für das Verständnis aller elf Aspekte festgehalten, worum es bei allen geht: um die Entfaltung der Ansätze progressiver sozial-ökologischer Gesellschaftstransformation bereits im Heute mit dem Blick auf die Horizonte von morgen.

*Erstens:* Die strategische gesellschaftliche Planung und Lenkung muss von humanistischen Werten bestimmt mit einem weiten historischen Horizont erfolgen.

Sie darf nicht auf ein Input-Output-Gleichungssystem reduziert werden, auch nicht auf die erweiterte Fortschreibung bekannter Trends. Ebenso

wenig darf sie im Reich von bloßer Wunschfantasie angesiedelt werden. Weiter oben in der hier vorliegenden Schrift wurde auf chinesische Denkweisen außerhalb von Routinen verwiesen, auf die als »Moulüe« bezeichnete »Supraplanung«, die in historischen Dimensionen über das gegenwärtig Machbare hinaus auf das künftig real Mögliche gerichtet ist. Hier geht es nicht darum, dass das strategische Denken der chinesischen Führung natürlich auch machtstrategisch bestimmt und mit autoritären Elementen verbunden ist. Hier ist der Fokus, dass strategische Lenkung das Gegenteil von kleinteiligem Flickwerk ist. Die wünschenswerte Prognose, Planung und Lenkung nährt sich von der Kombination sozialer und ökologischer Verantwortung, wissenschaftlich Vorausbestimmbarem, sozialer Fantasie, weit-sichtiger technologischer Perspektive und Bereitschaft zu Experimenten sozialer Gestaltung.

Regulation auf solchen Grundlagen wäre entgegen aller gegenwärtigen Marktimperative nicht auf entbändigtes Wachstum, sondern auf nachhaltige Entwicklung gerichtet. Statt die Natur als Objekt ungehemmter wirtschaftlicher Ausplünderung zu behandeln, würde diese Regulationsweise auf eine in die Naturkreisläufe eingeordnete Kreislaufwirtschaft zielen. Das wäre ein Bruch mit aller bisherigen Wirtschaftsweise der Moderne (siehe Rainer Land; hier in Kapitel 2, Punkt 14). Solche Regulationsweise wäre mit einem alternativen Modell nicht-imperialer Lebensweise verbunden; kurz, mit Horizonten über gegenwärtige Dogmen hinaus. Sie wäre jenseits des nach der Krise 2008/09 in der EU eingeführten supranationalen austeritätsfixierten Interventionsmechanismus zu denken.

Die strategische gesellschaftliche Planung und Lenkung wird auf das doppelte Ziel eines demokratischen Sozialismus, auf die freie Persönlichkeitsentfaltung jeder und jedes Einzelnen und auf die Bewahrung einer für das Leben auf der Erde gesunden Natur und des Friedens zu richten sein. Der gesamte Regulationsmechanismus muss auf diese Zweieinigkeit zielen. Alle Regulierungsanstrengungen sollten wie auf der Bahn einer Ellipse diese beiden Ziele einer sozial-ökologischen Transformation umkreisen.

Regulationsweisen sind eben nicht inhaltslose Mechanismen. Sie sind stets die Durchsetzungsweisen von sozialen und technologischen Inhalten, die das Leben von Menschen bestimmen. Nie geht es um die Konstruktion von Durchsetzungsmechanismen an sich, sondern das Wie der Regulierung ist stets und vor allem mit der Frage verbunden und durch sie bestimmt, *Was* durch *Wen* geregelt und gelenkt werden soll. Der Kapitalismus mag kraft der ihm eigenen Regulationsweise viele Prozesse perfekt organisieren – mit dem Resultat großer Fortschritte auf vielen Gebieten der Gesellschaft, aber letzten Endes mit einer Grundtendenz: der Realisie-

rung von Profit mit allen destruktiven Folgen. So wie George Soros, lange Zeit Chef eines der erfolgreichsten Investmentfonds, der Quantum Group, und selbst einer der erfolgreichsten Finanzspekulanten, über die internationale kapitalistische Regulationsweise schrieb: »Dieses System begünstigt eindeutig das Finanzkapital, das dorthin fließt, wo es die größten Profitchancen sieht.« (Soros 1998: 147) Schließlich gelte, »dass es hinter dem kapitalistischen Weltsystem doch ein Prinzip gibt, das man wohl tatsächlich als das Grundprinzip bezeichnen kann: Geld. Am Ende, darüber sollten wir uns keine Illusionen machen, dreht sich alles um Profit und Reichtum.« (Ebd.: 151) In einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft und auf den Wegen zu ihr hin sollte sich alles um den Reichtum menschlicher Individualität und den Erhalt der Natur drehen.

Genau das Gegenteil der Verantwortung für den Sinn und Inhalt eines Prozesses wird in Franz Kafkas Novelle »In der Strafkolonie« beschrieben. Ein Vollzugsoffizier ist für das perfekte Funktionieren eines schrecklichen Apparates zuständig. Die Sorge darum beherrscht sein ganzes Denken. Er hat eine Maschine zu warten, die mit höchster Präzision der qualvollen Tötung von willkürlich Verurteilten dient. Sie besteht aus einer Pritsche, auf der die Unglücklichen festgeschnallt werden, und einem System von Nadeln über ihnen, das sich ganz langsam in ihren Körper bohrt. Sie sind so angeordnet, dass sie den Urteilspruch eines Unrechtsregimes über die Delinquenten in sie hineinschreiben, bis sie zu Tode gekommen sind. Der perverse Sinn des Apparates bewegt den für seine Wartung Verantwortlichen nicht im mindesten. Für die hinzurichtenden Menschen bringt er kein Gefühl auf. Über Recht oder Unrecht denkt er nicht nach. Seine ganze Aufmerksamkeit und pervertierte Begeisterung gilt dem reibungslosen Funktionieren der Maschinerie, der rechtzeitigen Lieferung von Ersatzteilen, der Reparatur von Mängeln, der Störungsfreiheit des Mechanismus. Er identifiziert sich so sehr mit dem Mechanismus, dass er die von ihm bewirkten Schrecken und Leiden kaum wahrnimmt oder verdrängt. Er sorgt allerdings für das Verstummen der Gefolterten, indem er ihnen einen Brei in den Mund stopft. Er ist dann zufrieden, wenn der Apparat sein Werk vollendet hat und weiter funktionsfähig ist.

In der Regulationsweise, die in den Transformationsprozessen unterwegs zu einer solidarischen Gesellschaft entstehen wird, kommt es darauf an, dass Menschen nicht mehr Mechanismen unterworfen sind, auf deren Sinn sie kaum Einfluss haben, denen sie ausgeliefert sind und die sie sogar in tiefe Katastrophen hineinmanövrieren. Alle Seiten einer künftigen progressiven Regulationsweise werden vom Ziel und Sinn ei-



ner besseren Gesellschaft bestimmt werden, von der freien Persönlichkeitsentfaltung jeder und jedes Einzelnen im Einklang mit der Natur in einer friedlichen Welt.

Ob und wie weit dieses Zweifachziel eines demokratischen Sozialismus erreicht werden kann, wird nicht allein, aber in entscheidendem Maße von der Produktivität und Ressourceneffizienz in der Wirtschaft abhängen. Der Staatssozialismus implodierte nicht zuletzt deshalb, weil seine technologischen Zielsetzungen, seine sozialen und ökologischen Vorhaben an seiner zu geringen Arbeitsproduktivität und an Ineffizienz scheiterten.

Das allgemeine Ziel des Sozialismus, den Reichtum der Individualität aller Menschen zu ermöglichen, und die nachhaltige Überwindung des akuten ökologisch-sozialen Ausnahmezustandes fallen zusammen. Diese Konstellation lässt keine Geruhsamkeit, keine gemächliche Folge von Reformschritten allein zu. Ein Kollaps der Ökosysteme droht. Mit Ausnahme des New START-Vertrages wurden die einst vereinbarten großen Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträge von den USA aufgekündigt. Für neue automatische und auf Künstlicher Intelligenz beruhende Waffensysteme sind neue Rüstungskontrollverträge überhaupt nicht in Sicht. Wachsende soziale Klüfte unterminieren die Bedingungen individueller Entfaltung unten und auch in der Mitte der Gesellschaft. Jetzt ist subjektiver Alarmzustand vonnöten. Das ist die Situation, in der über eine neue Regulationsweise nachzudenken ist.

*Zweitens:* Es muss bestimmt werden, welchen Charakter gesamtgesellschaftliche Prognose, Planung und Lenkung haben sollten.

Das kommt einem Balanceakt gleich. Die Regulationsweise darf nicht so zentralistisch sein, dass eine breite Partizipation der Bevölkerung an Planungsprozessen und unternehmerisches Handeln blockiert werden. Sie darf aber auch nicht so unverbindlich sein, dass eine postneoliberale Entwicklung und Einstiege in eine sozialistische Gestaltung der Gesellschaft auf der Strecke bleiben. In beiden Fällen droht gesellschaftlicher Absturz – so, wie dem Seiltänzer bei einem Fehltritt.

In den Künsten taucht als Synonym für die Kunst des Manövrierens zwischen gegensätzlichen Polen immer wieder das Bild des Seiltänzers auf.

»Auf schwankendem Seil geh'n wir  
über düsterem Abgrund  
von Albträumen bedroht«.

So kommentiert der österreichische Maler Andi Holzer sein Gemälde »Schwierige Passage«, das einen Seiltänzer balancierend zwischen zwei

Berggipfeln zeigt. In einem anderen Bild eines Seiltänzers vergleicht er das Leben mit einem Seiltanzakt und nennt es »Der Lebenslauf«. Die Geschichte der Malerei ist voller Gleichnisse zwischen unterschiedlichen Arten von Gegensätzen im Leben mit dem Balanceakt des Seiltanzes.

Nicht anders in der Literatur. Von der großen Kunst, die richtige Balance finden, erzählt Adel Karasholis Roman »Seiltanz« über das Leben von Menschen in einem fremden Land. Calum McCanns Roman »Der Seiltänzer«, der von den gegensätzlichen sozialen Welten in New York handelt, wurde mit dem National Book Award ausgezeichnet.

Das erste Kapitel in dem 2001 erschienenen Buch Carola Hilfrichs über Moses Mendelssohn hat den Titel »Moses Mendelssohn und das Seiltänzertum«. Es handelt von seinem balanceartigen Grenzgang »zwischen zwei Signaturen, zwei Kulturen, zwei Sprachen« an der »Schwelle zur deutsch-jüdischen Moderne«. Wie es in der »literaturkritik.de« vom 8. August 2011 heißt: »Mendelssohn als Tänzer auf dem Seil zwischen Tradition und Moderne«.

In der wenig poetischen Welt von harten Planungs- und Lenkungsentscheidungen geht es durchaus ebenso um eine Balance von gravierender Bedeutung. Ihr Gleichgewichtszentrum ist durch das Ziel sozial-ökologischer Gesellschaftstransformation bestimmt.

Es soll durch eine indikative Planung erreicht werden, verbunden mit der verbindlichen qualitativen und quantitativen Festlegung nur weniger strategischer Hauptaufgaben. Das betrifft nicht allein die großen Proportionen zwischen Produktion, physischer und sozialer Infrastruktur, gesellschaftlicher und individueller Konsumtion. Das wird Investitionen in die wissenschaftlich-technischen Durchbrüche des 21. Jahrhunderts betreffen, den Aufwand für Umweltschutz zur Bewältigung der Folgen des Klimawandels, Grundtendenzen in der Entwicklung der Lebensweisen und Entscheidungen über Qualität und Tempo des Wachstums nach dem Maßstab sozial-ökologischer Entwicklung – einschließlich umwelt- und friedenspolitisch bedingter Konversionsprozesse.

Abweichungen der realen Entwicklung von den geplanten Pfaden und die Ursachen dafür müssen öffentlich benannt werden, so dass Struktur-, Fiskal- und Kreditpolitik, Sozial- und Umweltpolitik und das Alltagsverhalten der Bevölkerung darauf reagieren können.

Das *Wohin* sollte in einer künftigen progressiven Regulationsweise auf einem gesellschaftlichen Konsens beruhen, der nur aus breiten öffentlichen Diskursen hervorgehen kann. Ein solcher Konsens sollte ein bestimmendes Merkmal gesellschaftlicher Regulation werden.

Die Akteure einer pluralen Linken und die Repräsentanten künftiger Planungs- und Lenkungsorgane werden überall mit den Bürgerinnen und Bürgern über eine zentrale Frage künftiger Transformation zu reden haben. Antworten auf diese Frage werden zu einem tragenden Konsens über die Richtung gesellschaftlicher Entwicklung zu verdichten sein: »*Was brauchen Menschen für ein gutes Leben?*« Im Zukunftsbericht der Rosa Luxemburg Stiftung »Leben statt gelebt zu werden« wurde dieser Frage zentrale Bedeutung zugemessen (Klein 2002).

Viele sagen, Gesundheit ist das wichtigste. Aber die Erfahrung breitet sich aus, dass Renditeprinzipien im Gesundheitswesen zu Pflegenotstand, zu einem Zweiklassensystem, zu hohen Zuzahlungen bei Medikamenten und Leistungen führen, die viele nicht tragen können. Für viele Menschen ist ein ungelöstes Problem voller Sorgen, dass sie menschenwürdig und bezahlbar wohnen wollen. Aber der profitorientierte Wohnungsmarkt führt zur Explosion der Mieten, zum Rückgang des sozialen Wohnungsbaus und des Bestandes von Sozialwohnungen (zu beiden Aspekten siehe die Ausführungen in Punkt 4 dieses Kapitels). Immer mehr Leute erkennen die Zentralität des Klimawandels und anderer Umweltkrisen. Sie sorgen sich um eine gesunde Umwelt. Aber das Profitsystem rangiert heute vor der Bewahrung der Natur (dazu mehr in Kapitel 4).

Eltern sagen, dass ihnen gute Bildung für die Kinder ein Grundanliegen ist. In der Coronakrise wurde dies zu einer brennenden Frage. Aber bis heute lahmt die Digitalisierung des Unterrichts. Kinder, die zu Hause keine Unterstützung und nicht die erforderliche Geräte finden, werden abgehängt. Wir haben ein Bildungsprivileg für die Wohlhabenden und Reichen, die ihre Kinder in Privatschulen und auf renommierte Universitäten schicken. In den Kitas fehlen Erzieher:innen. Und unsere Bildung ist vielfach eine gesellschaftskundliche Unbildung.

Für moderne Menschen gehört Mobilität zum guten Leben. Aber die gegenwärtige Automobilität, getrieben von den Profitinteressen der Autokonzerne, zerstört die Umwelt und die Gesundheit und die Wohnqualität der Städte. Der Automarkt signalisiert den Konzernen, dass mit der Produktion schwerer Luxuslimousinen und SUVs glänzende Geschäfte gemacht werden können.

Menschen wollen Sicherheit im Alter. Aber Profit bedeutet prekäre Beschäftigung und Ausweitung des Niedriglohnsektors. Damit ist der Weg in die Altersarmut für viele schon vorgezeichnet.

Die Leute spüren, dass sie mit der digitalen Revolution, mit überwältigenden Informationsmengen zurechtkommen müssen. Aber sie machen die Erfahrung, dass ihre Arbeitsplätze bedroht sind, in der Plattformöko-

nomie ihr Zusammenhalt zerstört wird, dass sie von der Werbeindustrie betrogen werden, dass der Überwachungsstaat in ihr Leben eindringt (Kapitel 2, Punkt 8).

Die einfachen Wünsche nach einem guten Leben kollidieren allerorten mit dem Profitsystem. Zu suchen ist ein gesellschaftlicher Konsens über konstruktive Antworten auf die Wünsche und Hoffnungen der Menschen, der bestimmend für die Grundrichtungen gesellschaftlicher Entwicklung jenseits der Profitdominanz wird.

Regulation findet durch das Handeln von Millionen Menschen statt. Nur eine Regulationsweise, die in diesem Handeln verankert ist, deren Instrumentarien den Interessen der Bevölkerungsmehrheit Geltung verschaffen, wird auf Dauer erfolgreich sein. Aber dafür müssen für die vielfachen Interessenwidersprüche in der Gesellschaft in konsensorientierten gesellschaftlichen Diskursen Kompromisse gefunden werden. Ohne solchen diskursiv gebildeten Grundkonsens würden zentrale Leitlinien der Entwicklung in der Realität ignoriert werden. Sie würden in Abweichungen auf Unternehmensebenen und in den dezentralen Regionen zerfasern. Erst wenn im millionenfachen kollektiven und individuellen Handeln ein verinnerlichter Konsens über gemeinsame Grundinteressen wirken wird, kann zentrale gesellschaftliche Planung und Lenkung voll zur Geltung kommen. Beispielsweise trat in der Corona-Pandemie eine Grunderfahrung hervor: Maßnahmen, die dem Schutz der Gesundheit dienen sollen, die persönliche Freiheit des Einzelnen jedoch zwangsläufig einengen, werden nur dann von Mehrheiten akzeptiert, wenn sie ausreichend und überzeugend öffentlich kommuniziert werden. Gesellschaftlichen Konsens im Diskurs herzustellen – ein Grundelement progressiver Regulationsweise.

Zur Frage nach dem Charakter künftiger Lenkung und Planung gehört auch das Verhältnis von stofflicher Planung und Lenkung mittels Wertkategorien. Insgesamt sprechen die negativen staatssozialistischen Erfahrungen mit einer weitgehenden Planung der stofflichen Proportionen eher für eine indirekte Lenkung, unter anderem mithilfe von Steuerbegünstigungen für umweltfreundliche Produkte und höheren Steuern auf umweltschädigende Güter und Leistungen. Sie sprechen für eine Lenkung mittels Zins und Kredit und beispielsweise durch die Ausschreibung von staatlichen Aufträgen bei Bindung an soziale und ökologische Standards. Aber da zum Beispiel Preise für CO<sub>2</sub>-Zertifikate und andere wertförmige Lenkungsinstrumente oft zu wenig oder zu langsam wirken, sollten für wenige strukturreisende Produkte Naturalziele vorgegeben werden. Das betraf zum Beispiel Entscheidungen der Bundesregierung zum vollständigen Ausstieg aus der Kernenergie und betrifft die Abschalttermine für einzelne Braunkohlekraft-

werke durch die Bundesregierung sowie Festlegungen in der Klimaschutzplanung zur Senkung der Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 65% im Vergleich zu 1990 und zur Klimaneutralität bis 2045. Allerdings bleiben solche Begrenzungsziele fragwürdig, wenn sie nicht durch konkrete Verpflichtungen präzisiert werden. Immerhin hatten nach Angaben des International Council of Clean Transportation Anfang 2020 weltweit 17 Regierungen verbindliche Ziele für den Ausstieg aus Verbrennungsmotoren bei Neuwagen festgelegt. In Norwegen sollen 2025 alle neu verkauften PKW, leichte Nutzfahrzeuge und Stadtbusse emissionsfrei sein, in den Niederlanden und in der chinesischen Provinz Heinan ab 2030, in Kalifornien ab 2035. Immer wieder wird neu zu entscheiden sein, welche Ziele mittels materiell-stofflicher Auflagen, Ge- und Verboten und welche mit wertförnigen Lenkungsinstrumenten durchgesetzt werden sollen.

*Drittens:* Gesamtgesellschaftliche Planung und Lenkung wird auf wenige Grundtrends sozial-ökologischer Transformation zu beschränken und zu konzentrieren sein.

Zum einen, um autoritärer Machtkonzentration und bürokratischer Administration entgegenzuwirken. Zum anderen aber auch, um die zentralen Entscheidungsträger von einer Fülle von Einzelentscheidungen so weit zu entlasten, dass sie sich voll auf die im Transformationsverlauf zukunftsentscheidenden Entwicklungsprozesse konzentrieren können. Mit den Staatsplanbilanzen der DDR wurden 300 bis 400 zentral geplante Hauptpositionen von Materialien, Ausrüstungen, Konsumgütern und wichtigen Zulieferungen erfasst, zusammen die Struktur der Produktion und die Verwendung von etwa 50% der wertmäßigen Warenproduktion, ca. 60% des Exports und 45% der Warenfonds für die Versorgung der Bevölkerung (Steinitz/Walter 2014: 188). Das engte die Selbstverantwortung der Wirtschaftseinheiten und erst recht der Bürgerinnen und Bürger weitgehend ein. Der Balanceakt zwischen zentraler Planung und dezentraler Initiative misslang. Klaus Steinitz und Dieter Walter schlussfolgern daraus, »dass Planung und Regulierung durch den Markt keine absoluten, sich gegenseitig ausschließenden Gegensätze einer zukunftsorientierten demokratischen sozialistischen Gesellschaft sind. Diese verlangt vielmehr nach einer Synthese der beiden Grundprinzipien einer Regulierung der wirtschaftlichen Entwicklung.« (Ebd.: 23) Die gesamtgesellschaftliche Planung und Regulierung von Grundproportionen gesellschaftlicher und ökonomischer Entwicklung bedarf der Marktregulation von Feinproportionen unterhalb und innerhalb der zentralen Leitlinien.

Klima- und umweltpolitische Hauptaufgaben, die Energie- und Mobilitätswende, der umfassende Übergang zu einer Kreislaufwirtschaft, die sozial-ökologische Orientierung der digitalen Revolution und neue Lebensweisen werden schon in kommenden Übergangszeiten verstärkte Planung und Lenkung noch im Rahmen des Kapitalismus erfordern – gerade durch deren Entlastung von einer Überfülle sekundärer Proportionen, die durch den Markt reguliert werden können.

*Viertens:* Gesellschaftsplanung und -lenkung sollten zwei Dimensionen transformatorischer Entwicklung umfassen: a) die Hauptrichtungen des technologischen Wandels und b) Szenarien möglicher und erstrebenswerter Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse in Produktion, Konsumtion und Lebensweisen. Das gilt bereits für die vor uns liegenden postneoliberalen Übergangsprozesse, die auch Eigentums- und Machtverhältnisse betreffen werden, wie erst recht für eine künftige demokratisch-sozialistische Gesellschaft.

Aber die gegenwärtige Realität sieht anders aus. Die Mainstream-Ansätze für langfristiges Handeln, etwa der »Klimaschutzplan 2050« (BMWi 2016) und die »Nationale Industriestrategie 2030« (BMWi 2019), sind ganz überwiegend technologieorientiert. Sozialer Wandel spielt, abgesehen von allgemeinen Deklarationen, kaum eine Rolle. Das trifft auch für die Planung des Kohleausstiegs in der Lausitz zu. Wenn der Staat mit mehr als 40 Milliarden Euro Steuergeldern in den Strukturwandel der Kohleregionen eingreift, sollte dies die Chance für Veränderungen in den Eigentumsverhältnissen bieten. Projekte des Umbaus könnten als Commons konstituiert werden statt bestehende Eigentumsstrukturen finanziell zu stärken. Über die Milliarden, die das Leben der Bürgerinnen und Bürger einschneidend verändern könnten, sollten die Betroffenen selbst mitentscheiden. Aber Partizipation wird gegenwärtig weitgehend nur als Gewinnung von öffentlicher Akzeptanz für bereits getroffene Entscheidungen verstanden. »Die Zivilgesellschaft und Mitglieder der Parteien selbst kritisieren, dass der Entwurf des ›Strukturstärkungsgesetzes Kohleregionen‹ nicht nur unter Ausschluss der Zivilgesellschaft, sondern auch unter Ausschluss der demokratischen Parteien im Bundestag und in den sächsischen und brandenburgischen Landtagen zustande gekommen ist.« (Rosa Luxemburg Stiftung 2019: 55).

In der gegenwärtigen Scheidewegkonstellation müssen Entscheidungen über die Grundrichtungen gesellschaftlicher Entwicklung getroffen werden. Aber die Realität sieht nach einem bloßen Weiter so in modifizierter Weise aus. Schon einmal, 1990, wurde nach diesem Motto gehandelt.

Als 1990 ein ganzes Land, die DDR, als gesellschaftlicher Experimentier- raum zur Verfügung stand, wurde diese – kräftepolitisch allerdings unre- alistische – Chance für Jahrzehnte verspielt (Dahn 2019). Spätestens seit dem Bericht »Grenzen des Wachstums« 1972 an den Club of Rome und mit dem von Margret Thatcher und Ronald Reagan eingeleiteten Rückbau des Sozialstaats galt in der kritischen Wissenschaft als erwiesen und war poli- tisch erkennbar, dass die neoliberale Antwort auf die Grenzen des fordisti- schen Sozialstaats in krisenschwangere Sackgassen hineinführt. Eine neue Große Transformation war auf die Weltagenda geraten. Aber die Macht- eliten verweigern sich ihr und halten an einer strukturkonservativen Kapi- talismusvariante fest.

In dem reformsozialistischen Projekt »Moderner Sozialismus« an der Humboldt-Universität wurde dagegen ein Konzept »doppelter Modernisie- rung« vertreten. Die dort engagierten Wissenschaftlerinnen und Wissen- schaftler wollten eine demokratische Erneuerung des Sozialismus im Os- ten Deutschlands. Sie sollte ein Nachholen demokratischer Freiheitsrechte und des Rechtsstaats als progressive Seiten der Moderne einschließen, dadurch sozialistisches Eigentum neu verfassen und soziale wie kulturelle Fortschritte der DDR bewahren. Die Mainstream-Deutung der Einverlei- bung der DDR in die alten Strukturen der Bundesrepublik tat solche Vor- stellungen als historisch erledigte realitätsferne Illusion ab. Daniela Dahn hat dagegen in ihrem aufregenden Buch »Tam-Tam und Tabu« überzeugend belegt, dass vom Herbst 89 bis in den Februar 1990 eine Mehrheit der ost- deutschen Bevölkerung zunächst die Bewahrung und demokratische Er- neuerung der DDR und dann die Einheit Deutschlands eher in einem län- geren Prozess und als Ergebnis von Ost-West-Vereinbarungen auf gleicher Augenhöhe wünschte. Aus einer Befragung der Mannheimer Forschungs- gruppe Wahlen ergab sich noch in der ersten Märzwoche 1990, dass sich 54% der DDR-Bevölkerung längere Zeit für die Vereinigung wünschten. Die meisten hatten dabei einen Weg der Konföderation im Auge. Und 68% der DDR-Bürger wollten noch unmittelbar vor den Volkskammerwahlen die Er- haltung des Volkseigentums. Die überstürzte Einheit kam erst durch mas- sivsten Mediendruck, durch falsche Informationen über einen angeblich unmittelbar bevorstehenden totalen Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft und aller sozialen Sicherungen, in einer Atmosphäre der Hetze gegen alles Linke und durch das Versprechen »blühender Landschaften« in kürzester Zeit zu Stande (Dahn/Mausfeld 2020).

Als Wissenschaftler der Humboldt-Universität mahnten wir damals: »Es könnte das vielleicht gefährlichste Moment realsozialistischen Scheiterns sein, dass es den gesellschaftlichen Akteuren des Westens den Blick für die

Veränderungsbedürftigkeit ihrer Ersten Welt verstellt, statt in dem Untergang der Zweiten Welt die Warnung vor zu spätem Umbruch der eigenen Zivilisation zu entdecken und alle Potenzen der Demokratie für notwendigen Wandel auszuschöpfen.« (Klein 1991: 13f.). Natürlich waren wir uns dessen bewusst, dass solchem Verständnis von Transformation die Kräfteverhältnisse in der Bundesrepublik widersprachen. Die westdeutschen Eliten wollten die schnelle Einverleibung des Ostens in ihr System. Und die Mehrheit der Ostdeutschen wurde schließlich dazu gebracht, die ihr idealisiert dargestellten Verhältnisse der alten Bundesrepublik zu wählen, die allerdings gerade dabei waren, im neoliberalen Wandel zu entschwinden.

Die Befürchtungen der Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen an der Humboldt-Universität und vieler in der Bürgerbewegung Engagierter traten ein. Für einen kurzen historischen Moment hatte in dem sich öffnenden Fenster der Möglichkeiten ein Licht der Hoffnung aufgeleuchtet. Aber die Chancen der Umbruchsituation 1989/90 wurden verspielt. Statt einer progressiven Transformation im Osten und im Westen wurde eine neoliberale und zunehmend finanzialisierte Gestalt des Kapitalismus etabliert. »1989 läutete ein 30-jähriges Zeitalter der Nachahmung ein«, wie der Amerikaner Stephen Holmes und der Wiener Ivan Krastev schrieben. Drei-ßig Jahre gingen für den überfälligen sozial-ökologischen Umbau verloren. Es war »Das Licht, das erlosch«, wie Krastev und Holmes ihr Buch titelten (Krastev/Holmes 2019).

Das Gleiche zeichnet sich nun in der gegenwärtigen Situation ab, die abermals durch eine Scheidewegkonstellation gekennzeichnet ist. Statt auf die seit damals bedrohlich gewachsenen Probleme mit einer Einbettung gegenwärtiger Reformschritte in eine langfristige Strategie unterwegs zu einer solidarischen Gesellschaft zu antworten, verbleiben selbst Teilreformen im Rahmen der alten Verhältnisse. Das Gegenteil davon ist ein Gebot für alle Ansätze gesellschaftlicher Planung und Lenkung. So wie Ernst Bloch schrieb: »Das heißt, die Horizonte und deren anfeuernder Vorschein müssen in allen Nahzielen sichtbar sein, und das durchziehende, vorleuchtende anziehende Endziel muss in die Theorie-Praxis sämtlicher Nahziele hineinwirken [...] Revolutionäre Theorie ist also nur eine, wenn sie solcher Vermittlung von Nahzielen und Endziel sich widmet.« (Bloch 2016: 122) 1990 hatte die gesellschaftlich Linke in Deutschland und in Osteuropa nicht die Kraft und nicht die Macht zum Handeln nach diesem Maßstab. Wird sie sich in der gegenwärtigen Situation einer Weggabelung zu neuer Stärke aufraffen können? Werden die problembewussten Teile der Machteliten den Mut zum Umsteuern aufbringen?



*Fünftens:* Eine strategische gesellschaftliche Planung und Lenkung als ein Grundelement künftiger sozialistischer Regulationsweise wird im Gegensatz zur staatssozialistischen Praxis und zur Planungsrealität im Kapitalismus partizipatorisch und emanzipatorisch zu verfassen sein. Sie wäre also in einen umfassenden gesellschaftlichen Demokratisierungsprozess einzubetten (Demirovic 2018).

Aber Widersprüche sind allpräsent. Drei Jahrzehnte Zeitverlust für transformatorische Umbrüche haben dazu geführt, dass demokratische Erfahrungen nun beschleunigt auch mit erheblicher zentraler Durchsetzungsmacht auf nationalstaatlicher und auf EU-Ebene verbunden werden müssen. Gemeinwohlinteressen sind nicht ohne – demokratisch verfasstes – zentrales Planungs- und Lenkungspotenzial durchsetzbar.

Aber was ist das Gemeinwohl der Gesellschaft? Marx nahm an, dass die Beschäftigten in einer künftigen sozialistisch/kommunistischen Assoziation »ihre vielen gesellschaftlichen Arbeitskräfte selbstbewusst als eine Arbeitskraft verausgaben« würden (MEW, Bd. 23: 92). Er erwartete, dass es ihnen keine Schwierigkeiten bereiten würde, in Kenntnis des Gemeinwohls ihr Arbeitspotenzial in den notwendigen volkswirtschaftlichen Proportionen einzusetzen: »Die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen zu ihren Arbeiten und ihren Arbeitsprodukten bleiben hier durchsichtig einfach in der Produktion wie in der Distribution.« (Ebd.: 93) Und Engels schrieb: »Die Leute machen alles sehr einfach ab ohne Dazwischenkunft des vielberühmten ›Werts‹.« (MEW, Bd. 20: 288)

Diese Fehlannahme hat erheblich zum Scheitern des Staatssozialismus beigetragen. Als die Benennung von Widersprüchen aus der Politik und aus dem gesellschaftlichen Diskurs verbannt wurde, ordnete sich dieses Verdikt in den Monopolanspruch der kommunistischen Parteien ein, die angenommene Identität von individuellen und kollektiven gesellschaftlichen Interessen in Gestalt der zentralistischen Planung erfassen und durchsetzen zu können. Das war der Weg zum Verzicht auf die stets beschworene aktive Unterstützung der Massen für den Sozialismus, der Weg in die Unterdrückung der Demokratie, zu unflexibler und ineffizienter Bürokratie.

Wie wird aber zu bestimmen sein, was Gemeinwohl im Sozialismus ist – zumal es aus Millionen Gemeinwohlen bestehen wird? Das ist eine der Kernfragen für eine künftige Regulationsweise. Auf der obersten Ebene der Gesellschaft allerdings wirkt entlastend, dass dort »nur« über wenige Grunddimensionen eines gesamtgesellschaftlichen Gemeinwohls zu entscheiden ist. Die hier vertretene Antwort ist zunächst:

Die Bestimmung des Gemeinwohls wird durch das Zusammenwirken gesellschaftlicher Planung und Lenkung, Marktmechanismus und des Handelns zivilgesellschaftlicher Akteure zustande kommen.

Auf der Planungsebene würden dazu unter anderem gehören:

- öffentliche Kontrolle des Planungsprozesses im iterativen Austausch zwischen zentralen Gremien, Unternehmen, Verbänden, Kommunen und Repräsentanten von Commons,
- hochgradige öffentliche Transparenz von Planung und Lenkung, vor allem Verdeutlichung von jeweiligen Problemkonstellationen in den Parlamenten, in den Medien, in Anhörungen usw.,
- bestmögliche Bildung für alle, eingeschlossen gesellschaftskundliche Bildung als Bedingung von wirksamer Teilhabe an Entscheidungen,
- Befreiung der Parlamente aus der Abhängigkeit von wirtschaftlicher Macht, unter Umständen Ergänzung des Parlamentsgefüges durch eine dritte Kammer, in der Bewegungen und unabhängige Experten vertreten sind, oder auch durch Wirtschafts-, Sozial- und Ökoräte auf allen Ebenen. Auch Maßstäbe und Prozeduren für die Aufstellung der Kandidatinnen und Kandidaten zu den Wahlen werden zu prüfen sein. So dass u. a. Engagement in sozialen Bewegungen, nachweisbare Leistungen für das Gemeinwohl und hohe Anerkennung in der Arbeitsumgebung der Kandidatinnen und Kandidaten eine Rolle spielen.
- Nutzung von Volksbefragungen, Volksentscheiden, Stadtteilversammlungen usw. für das Abwägen von Entwicklungsvarianten, aber auch für die Durchsetzung einmal beschlossener Richtungsentscheidungen.

*Sechstens:* Die gesellschaftliche Planung und Lenkung im Rahmen einer sozialistischen Regulationsweise wird die Vorteile zentraler Entscheidungen auszuschöpfen haben. Dazu gehört die Fähigkeit, in relativ kurzer Zeit erhebliche Teile des verfügbaren Wirtschaftspotenzials auf Aufgaben zu konzentrieren, die als zukunftsentscheidend betrachtet werden.

Ein Beispiel dafür ist die Industrialisierung der jungen Sowjetunion – allerdings mit unannehmbaren Vorzeichen: verbunden mit Arbeitszwang und dem Einsatz von Hunderttausenden zum großen Teil aus politischen Gründen zur Haft in Arbeitslagern Verurteilten unter oft unmenschlichen Lebensbedingungen. In China werden die Möglichkeiten zentraler Planung und Lenkung zur Konzentration des Einsatzes von Ressourcen heute erfolgreich für ein enormes Tempo wirtschaftlicher und zunehmend hochtechnologische Entwicklung genutzt – verbunden mit der Befreiung von mehr

als einer halben Milliarde Chinesen aus der Armut – wenn auch noch unter Verhältnissen der Beschneidung individueller Freiheitsrechte (siehe Punkt 6. im Kapitel 1). In den USA wurde die gesamte Volkswirtschaft in kürzester Zeit auf die Erfordernisse des Zweiten Weltkrieges umgestellt, bei Steigerung der Reallöhne – allerdings verbunden mit der Herausbildung des Militär-Industrie-Komplexes und mündend in das Manhattan-Projekt der Entwicklung und Produktion von Atombomben, die über Hiroshima und Nagasaki abgeworfen wurden.

Der Übergang vom privatmonopolistischen Kapitalismus zum New Deal in den USA war der Beweis dafür, dass sogar im Kapitalismus die zentrale Lenkung eines fundamentalen Strukturwandels in progressiver Richtung verlaufen kann. Erst recht würde das den Vorteil zentraler Lenkung und Planung in einer sozialistischen Regulationsweise auszeichnen. Sie wird zudem von Ressourcenvergeudung in nutzlosen Aufwendungen wegführen können, von der Herstellung völlig überflüssiger Produkte, von großen Teilen der Werbung, von teuren Oberflächen- oder Scheininnovationen, von gezielter Kurzlebigkeit von Produkten und dem Festhalten an Strukturen, die längst überholt sind, von Manipulationsarbeit und der Arbeit von Psychiatern, Rechtsanwälten und Steuerberatern, soweit sie Erscheinung kranker gesellschaftlicher Entwicklung ist.

*Siebentens:* Bei der Erarbeitung gemeinwohlorientierter gesellschaftlicher Prognosen und Pläne werden Meinungsdivergenzen darüber unvermeidlich sein, was in millionenfachen Interessenkollisionen jeweils das Gemeinwohl sein könnte. Auch wenn in der Praxis Widersprüche zwischen langfristigen Plänen und Marktsignalen auftreten, erfordert das Entscheidungen.

Ein künftiger Regulierungsmechanismus wird daher ein System der institutionalisierten Kompromissfindung einschließen müssen.

In Europa werden die Parlamente und die etablierte Gerichtsbarkeit für solche Aushandlungsprozesse wichtig sein, aber wahrscheinlich nicht ausreichen. Auch in Schiedskommissionen, Mediationsverfahren und anderen neu zu schaffenden Formen werden nach demokratisch verfassten Regeln Lösungen zu suchen sein. Auch Wirtschafts-, Öko- und Sozialräte könnten Orte der Kompromissuche werden. Selbst in China, dessen Planungspraxis von westlichen Beobachtern als administrativ und autoritär kritisiert wird, entwickelt sich besonders in den Pilotstädten für die Erprobung neuer Entwicklungspfade eine durchaus effiziente Aushandlungspraxis zwischen Planungs-

gremien und marktorientierten Unternehmen. Wolfgang Hirn beschreibt zum Beispiel, wie die 100-prozentige Umstellung des Bus- und Taxiverkehrs auf E-Mobilität in der 20-Millionenstadt Shenzhen nicht anders als im Zusammenwirken des privaten E-Mobil-Produzenten BYD (Built your Dream), der staatlichen Stadtverwaltung, eines staatlichen Stromkonzerns und von Vertretern der kommunistischen Partei gelang (Hirn 2020).

**Achtens:** Notwendige Aushandlungspraxen werden wiederum eine tiefgreifende Erneuerung der politischen Kultur in der pluralen Linken selbst und in der Gesellschaft erfordern (Kapitel 5, Punkt 7).

Sie werden in absehbaren Zeiten gegen die durch Rechtsextremismus und Rechtspopulismus geschürte Verwahrlosung öffentlicher Diskussionen, gegen Entsachlichung, Verleumdungen und Hass durchzusetzen sein. Das wird zu einem wichtigen Element des Weges zu einer sozialistischen Regulationsweise.

Sie wird nur bei entwickelter Toleranz, Respekt für rationale Argumente, Verständigungsbereitschaft, Kompromissfähigkeit, Rücksicht auf Minderheiten und Empathie funktionieren. Sie wird weit mehr als ein ökonomischer Mechanismus sein.

Uwe Schneidewind, seit 2010 Präsident des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt und Energie, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen und des Club of Rome, betrachtet daher – wie oben schon beschrieben – die von ihm erwartete neue Große Transformation im Kern als eine »moralische Revolution« (Kapitel 2, Punkt 9). Schon Talcott Parsons hatte herausgearbeitet, dass tief einschneidende soziale Veränderungen durch Wertewandel in der kulturellen Sphäre ausgelöst und vorangetrieben werden: »Es muss sich um Änderungen in der Definition des Lebenssinns der einzelnen Gesellschaftsmitglieder handeln, und um Änderungen in der Definition des Charakters der Gesellschaft selbst.« (Parsons 1971: 38) Ein solcher Wertewandel vollziehe sich nicht allein auf rationaler Ebene, sondern habe nur dann umwälzende Wirkung, wenn die Individuen die neuen Werte verinnerlichen.

Die Konzentration auf ein tiefgreifendes Umdenken der Akteure gesellschaftlichen Wandels, auf eine fundamentale kulturelle Wende ist eine Stärke der Konzeption Uwe Schneidewinds. Aber sie hat eine problematische Kehrseite. Die Überzeugung, dass eine neue sozial-ökologische Vernunft schon dabei sei, das Handeln sämtlicher »Pioniere des Wandels« zu bestimmen, von Unternehmen, zivilgesellschaftlichen Organisationen, wissenschaftlichen Institutionen, staatlichen und anderen politischen Akteuren,

führt zu sträflicher Vernachlässigung der durch Kapitalinteressen und Profitdominanz bestimmten kapitalistischen Grundstrukturen in Schneidewinds Denkgebäude. Diese Strukturen treten so sehr in den Hintergrund, dass die Analyse der Unternehmen als Akteure der Veränderung bei ihm überwiegend zum Lob auf deren neue Geschäftsmodelle gerät, zum Lob auf eine neue verantwortungsvolle Unterordnung der Unternehmenspolitik unter das Primat gesellschaftlicher Ansprüche. Als sei es nicht eine der entscheidenden Aufgaben bei der Gestaltung einer künftigen Regulationsweise, eine solche Bändigung des heute profitdominierten Marktmechanismus erst herbeizuführen. Das aber wird kaum einseitig als »evolutionäres und insbesondere technologieoffenes Projekt gedacht werden« können (ebd.: 67f.). Nicht nur als gradualistische Entstehung einer neuen Regulationsweise nach dem Prinzip: »Der Weg ist evolutionär und nicht revolutionär.« (Ebd.: 104) Angesichts der sich zuspitzenden ökologischen Krise gerät ein Entwicklungsbruch auf die Tagesordnung. Eine neue progressive Regulationsweise wird gewiss in eine neue Kultur eingebettet sein müssen. Aber diese wird sich wie der ganze Transformationsprozess in evolutionärer Weise und zugleich in qualitativen Brüchen von revolutionärer Tiefe herausbilden.

**Neuntens:** Finanzierung über Kredite oder/und Steuern?

Realisierung langfristiger Planung wird auch im Sozialismus mittels Strukturpolitik, Fiskal-, Geld- und Kreditpolitik, Umweltpolitik, Wissenschafts- und Technologiepolitik, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Außenwirtschafts- und Entwicklungspolitik sowie Regionalpolitik erfolgen. Ein wichtiges Feld dabei ist die Finanzierung durch Steuern und Kredite.

Das auszuführen, würde den Rahmen des hier vorgelegten Buches sprengen, das auf einer grundsätzlicheren Ebene angesiedelt ist. Stefan Krüger hat in seiner umfangreichen Arbeit »Wirtschaftspolitik und Sozialismus« einen wirtschaftspolitisch aufgefassten »politökonomischen Minimalkonsens zur Überwindung des Kapitalismus« vorgestellt (Kapitel 2, Punkt 10). In Gestalt von Preis, Zins, Gewinn, Lohn, Kredit und Kosten hat das Geld unverzichtbare Funktionen für die Regulierung der Gesellschaft. Lutz Brangsch schrieb über Ansätze in der frühen Sowjetunion zur Naturalregulierung der Wirtschaft ohne Vermittlung durch das Geld und über Tendenzen in der DDR zu solchem Vorgehen: »Alle Versuche die Bewegung der produzierten Erzeugnisse als Waren per politischer Entscheidung zu unterdrücken und sie ohne Dazwischentreten des Geldes und des Marktes zu verteilen brachten keine Verbesserung der Lage.« (Brangsch 2019: 12) Sie scheiterten durchweg. Sie endeten in der DDR damit, dass sich in der Endphase ih-

Abb. 4: Finanzierung des Reproduktionsprozesses

Reinvestition von Teilen des Profits	Steuern		Kreditaufnahme des Staates und der Unternehmen
	Staatliche Förderung von Unternehmen, staatliche Beteiligung an Unternehmen	Staatliche Investitionen in – Produktion – F + E – physische und soziale Infrastrukturen	

res Daseins die Generaldirektoren der Kombinate bei Günter Mittag, dem Wirtschaftsverantwortlichen im Politbüro der SED, die Klinke in die Hand gaben, um bei ihm persönliche Weisungen für den Zugang zu Ressourcen zu bewirken, die auf geordneten Bahnen nicht mehr zu erlangen waren und deren Zuweisung nur Löcher an anderer Stelle aufriß.

Zum Preis werden in diesem Buch Überlegungen dort angestellt, wo sie hingehören: in dem Abschnitt über regulierte Märkte (siehe Kapitel 3, Punkt 3). Eine andere zentrale Frage ist die danach, welches Gewicht Steuern und welches Gewicht Kredite in der Finanzierung künftiger großer Aufgaben haben sollten. Welche Rolle könnte beiden Kategorien in der gesellschaftlichen Planung und Lenkung zukommen?

Nach neoklassischer monetaristischer Auffassung, prononciert von Milton Friedman und Robert Lucas ausgearbeitet, bedeutet Marktsteuerung mittels des Geldes, dass auf den Finanzmärkten im Gefolge von Angebot und Nachfrage nach Geldkapital quasi »naturwüchsig« der Zusammenhang zwischen Ersparnissen und Investitionen hergestellt wird. Niedrige Zinsen für die Finanzierung von Investitionen sollen das Wachstum und die Konjunktur begünstigen. Wenn allerdings starke Nachfrage nach Geld die Zinsen für Kredite hochtreibe, würde dies Investitionen und Konsum bremsen, in Krisen münden können und zu Firmenbankrotten führen. Arbeitslosigkeit erleichtere dann über den Druck auf die Löhne Kostensenkungen als Grundlage neuen Aufschwungs. Der Markt würde also über den Zinsmechanismus immer wieder ein ökologisches Gleichgewicht herstellen.

Vorausgesetzt wird in diesem Modell, dass die Investitionen von den Ersparnissen abhängen, die bei den Banken deponiert werden und von diesen in ihrer Rolle als Intermediäre in Gestalt von Krediten ausgereicht werden. Staatliche Verschuldung über die Begrenzung von Krediten durch die Höhe der Ersparnisse hinaus gilt der neoklassischen Wirtschaftspolitik als Verletzung der Marktregulation. Schulden seien durch Austeritätspolitik und die Schwarze Null möglichst niedrig zu halten und schnell abzubauen.

Praktisch läuft das auf eine starke Begrenzung des staatlichen wirtschaftspolitischen Spielraums hinaus. Das aber kollidiert mit der Größe der zu bewältigenden Probleme. In der Wirtschaftskrise 2008/09 und in der Coronakrise konnte dieses Konzept nicht durchgehalten werden. Die Staaten mussten sich in Billionenhöhe verschulden, um die Banken zu retten und die härtesten Krisenfolgen zu mindern.

Die Vertreter der Modern Monetary Theory (MMT) vertreten einen anderen Ansatz zur Rolle des Geldes im Reproduktionsprozess, nach dem die US-Notenbank, die Fed, und die Europäische Zentralbank handeln. Ihr Konzept beruht auf dem Bruch mit der Auffassung, dass die Kreditvergabe der Banken grundsätzlich an die Höhe der bei ihnen deponierten Spareinlagen gebunden sei.

Ihr Ausgangspunkt ist, dass Geschäftsbanken und Zentralbanken Geld »aus dem Nichts« schöpfen, wie schon Joseph A. Schumpeter formulierte. Die Geldschöpfung funktioniert über ein zweistufiges Bankensystem. Wenn Unternehmen bei Geschäftsbanken einen Kredit aufnehmen, ist dessen Höhe nicht an die Höhe der Spareinlagen gebunden. Die Bank räumt ihren Kunden eine Gutschrift auf deren Bankkonto ein und schöpft auf diese Weise Giralgeld. Refinanziert sich die Geschäftsbank bei der Zentralbank, indem sie ihrerseits bei dieser einen Kredit aufnimmt, so führt das dazu, dass per Buchungssatz Zentralbankgeld geschöpft wird. Die großen Geschäftsbanken gewinnen so Finanzierungsspielräume.

Auf diese Weise haben die Zentralbanken, allen voran die Fed und die EZB, in der Finanzkrise 2008/09 das Bankensystem durch Geldschöpfung vor dessen Zusammenbruch gerettet. Auf der Grundlage der neoklassisch-monetaristischen Theorie wäre das nicht möglich gewesen. Aber mehr noch, die Zentralbanken waren in der Lage, riesige Geldmengen für Kredite an die Staaten, nicht zuletzt für Konjunkturprogramme zu mobilisieren. In der Coronakrise haben sie den Staaten Milliarden für die Ausbesserung des kaputtgesparten Gesundheitswesens verfügbar gemacht und in Deutschland unter anderem ebenfalls in Milliardenhöhe die Finanzierung von Kurzarbeitsprogrammen ermöglicht. Die Zentralbanken refinanzieren in solchen Zusammenhängen nicht allein die Geschäftsbanken, sie betreiben expansive Geldpolitik jenseits aller bisherigen Vorstellungen über deren Grenzen.

Die Bundesrepublik deckt ihren – die Steuereinnahmen übersteigenden – Finanzierungsbedarf, indem die Finanzagentur des Bundes Staatsanleihen auf dem Primärmarkt begibt. Das heißt, sie verkauft Staatsanleihen an 36 bevorrechtete deutsche und internationale Geschäftsbanken. Der von diesen gezahlte Kaufpreis geht auf das Konto des Staates bei der Bundesbank.

Wenn die Staatsanleihen fällig werden, also die vom Staat aufgenommenen Kredite zurückgezahlt werden müssen, die verschuldeten Staaten die Mittel dafür aber nicht haben, springen die Zentralbanken wiederum ein, indem sie Nachfolge-Anleihen aufkaufen. Anders ausgedrückt, Staatsschulden werden durch die Aufnahme neuer Schulden beglichen, durch revolvierende Kreditaufnahmen. »Im Prinzip kann dieser Prozess nach der Modern Monetary Theory ohne Grenzen fortgesetzt werden – ergänzt durch den Kauf toxischer Wertpapiere seitens der Zentralbanken. Dieses Prinzip stößt an Grenzen in der materiellen Produktion selbst. Die Kreditausweitung führt dann zu Problemen, wenn voll ausgeschöpfte Arbeitskraftpotenziale und andere Wirtschaftsressourcen auch bei vermehrter Geldmenge keine Ausweitung des Güter- und Leistungsangebots hergeben. Dann wäre ein inflationärer Prozess die Folge.

Abgesehen von dieser Grenze – häufig reicht für die Rettung von Staaten vor dem Staatsbankrott bereits die bloße Erklärung der Zentralbank aus, zum Kauf neuer Staatsanleihen in beliebigem Umfang bereit zu sein. Dann wissen potenzielle private Finanzinvestoren, dass sie die Staaten nicht zwingen können, beliebig hohe Zinsen für neue Staatsanleihen zu zahlen. Dies deshalb, weil die Staaten nicht auf sie als Geldgeber – als Käufer von Staatsanleihen – angewiesen sind, wenn die Zentralbanken als lender of last resort (als Kreditgeber letzter Instanz) bereitstehen.

Allerdings dürfen die meisten Zentralbanken Schuldverschreibungen nicht direkt von den Regierungen annehmen, also nicht unvermittelt als Kreditgeber der Staaten fungieren. In Kanada ist auch das gestattet. Aber die Regel ist, dass die Zentralbanken den Geschäftsbanken die Staatsanleihen wieder abkaufen, die diese von den Staaten erworben haben. Die Geschäftsbanken streichen dafür Zinsen ein, die die Staaten sich sparen könnten, wenn den Zentralbanken der Kauf von Staatsanleihen ohne den Umweg über Geschäftsbanken erlaubt wäre. Aber das läge nicht im Profitinteresse der Banken.

Umstritten ist in der pluralen Linken, wie die MMT zu bewerten ist. Welches Gewicht kann sie für eine alternative Wirtschaftspolitik gewinnen? Schafft sie Raum für den Vorrang der Kreditfinanzierung zur Bewältigung der sozial-ökologischen Transformation? Oder hat sie Nachteile, die für die Dominanz einer Steuerfinanzierung sprechen? Oder verspricht eine Kombination beider Finanzierungswege die beste Lösung?

Michael Wendl betrachtet die Modern Monetary Theory als eine »ideologiefreie und nicht-normative Beschreibung realer Zusammenhänge und



Prozesse.« (Wendl 2019: 18). »Was die MMT interessant, ja geradezu revolutionär macht, sind die fiskalpolitischen und beschäftigungspolitischen Möglichkeiten, die dieses Konzept eröffnet.« (Ebd.) Die nach der Auffassung der MMT-Anhänger im Prinzip unbegrenzte Fähigkeit von Zentralbanken, Geld zu schöpfen und mittelbar den Staaten verfügbar zu machen, ermöglicht den Staaten in der Tat, in bisher nicht ausgeschöpftem Maße Umwelt- und Klimapolitik jenseits des Maßstabs privatwirtschaftlicher Rentabilität zu finanzieren. Ermöglicht werden der Ausbau öffentlicher sozialer und physischer Infrastrukturen und die Förderung hochtechnologischer Umwälzungen, die auch das Finanzvermögen selbst mächtiger privater Unternehmen überfordern. Allerdings gibt Wendl zu diesen Möglichkeiten zu bedenken: »Ob sie unter den gegenwärtigen Bedingungen realisiert werden können, ist offen.« (Ebd.) Unter anderem würde dazu eine Demokratisierung der EZB gehören – angesichts der gegenwärtigen Kräfteverhältnisse ein ziemlich weit entferntes Ziel. Kritisch hält Wendl fest, dass in der MMT Verwertungs- und Monopolisierungsprozesse nicht thematisiert werden. Das gilt beispielsweise für die Darstellung und Befürwortung der Modern Monetary Theory bei Michael Paetz und Dirk Ehnts (Paetz/Ehnts 2019).

Stephan Kaufmann dagegen analysiert die MMT im Kontext von kapitalistischer Ausbeutung und Überakkumulation des Kapitals. Daraus ergibt sich eine stärkere Betonung der Grenzen der MMT. Kaufmann verweist wie Thomas Piketty darauf, dass im Ergebnis kapitalistischer Ausbeutung die Kapitalvermögen weit stärker als die Wirtschaftsleistung in Gestalt des BIP gestiegen sind. Das Verhältnis von Vermögen zu Wirtschaftsleistung stieg in den USA seit 1995 von 350% auf 530% an, in der Eurozone von 350% auf 850% und in Japan von 530% auf 670% (Kaufmann 2019: 8; Piketty 2014: 258f.).

Das bedeutet, dass riesige Geldvermögen Ansprüche auf Renditen erheben. Überakkumulation von Kapital prägt die Situation. Das ist die strukturelle Ursache dafür, dass Kapital in Billionenhöhe keine Anlagemöglichkeiten findet, die seinen Profitansprüchen genügen. Große Teile des internationalen Kapitals werden nicht in Produktion und Dienstleistungen investiert, sondern suchen auf den Finanzmärkten bessere Verwertungschancen – nicht zuletzt durch den Kauf von zinsträchtigen und zumindest relativ sicheren Staatsanleihen. Aber die Zentralbanken bewahren die Staaten vor zu hohen Zinsforderungen bei der Begebung von Staatsanleihen, indem sie ihrerseits niedrigverzinsten Staatsanleihen kaufen.

Die Hoffnung von Theoretikern und Politikern, die sich der Modernen Geldtheorie verschrieben haben, ist, dass die Privatwirtschaft bei sinkendem Preis für Kredite Geld aufnehmen und investieren werde. Das würde Wachstum hervorbringen und die Gewinne mit weiteren Wachstumseffek-

ten steigern. Doch seit den 1980er Jahren verläuft das Wachstum in den entwickelten Ländern sehr gedämpft. Die Realität hält sich nicht an die Theorie. Der Haken bei aller Ausweitung des Geldangebots ist, dass private Unternehmen auch bei niedrigen Zinsen nicht beliebig viel Kredit aufnehmen, wenn sie bedingt durch die Überakkumulation von Kapital nur geringe Gewinnchancen sehen. »An sich« eröffnet die Geldschöpfung im zweistufigen Bankensystem gute Aussichten zur Finanzierung dringlicher Aufgaben; aber gemessen am Maß des privaten Kapitals, möglichst hohen Profit zu erreichen, werden diese Potenziale nicht ausgeschöpft. »An sich« kann die Fiskalpolitik einnahmeseitig auf eine kaum begrenzte Geldschöpfungsfähigkeit von Geschäftsbanken und Zentralbanken zurückgreifen. Aber das Gesetz der Kapitalverwertung blockiert diese Chancen. »Das tiefer liegende Problem ist die Schieflage in den Verteilungsverhältnisse, und wenn man die nicht in den Griff bekommt, dann bleibt einem gar nichts anderes übrig, als notgedrungen permanent über Staatsdefizite und niedrige Zinsen den Laden am Laufen zu halten.« (Bischoff 2019: 24) Aber das Wachstum springt nicht an, wenn die Masseneinkommen und die Massennachfrage zurückbleiben und dadurch die Profitaussichten gedämpft sind. Die MMT macht also erhebliche Handlungsräume sichtbar – aber sie sind nicht unbegrenzt.

Notwendig sind erstens gravierend veränderte Verteilungsverhältnisse samt einer Erhöhung und Stabilisierung der Masseneinkommen und zweitens erhöhte Steuereinnahmen des Staates zulasten von Großvermögen und von Profiten aus unproduktiven Finanztransaktionen. Auf dieser Basis würde der Staat selbst verstärkt unternehmerische Funktionen übernehmen.

Er kann grundsätzlich ohne hohe Gewinnansprüche in einen breiten öffentlichen Sektor, in öffentliche Daseinsvorsorge, in den Ausbau der Care-Arbeit und generell in den sozial-ökologischen Umbau investieren. Die Gewinne müssten nicht höher sein als für die Reproduktion volkswirtschaftlich wichtiger Sektoren erforderlich. Doch die Bedingung dafür wäre Gemeineigentum, das auf Gemeinwohl anstelle privater Profite zielt.

Die MMT könnte zu einer wichtigen wirtschaftstheoretischen Grundlage sozial-ökologischer Transformation werden, indem sie Denkbarrieren auch auf Seiten der Linken gegen eine expansive Kreditpolitik entgegenwirkt. Aber Transformationsstrategien mit Hilfe revolvierender Kreditaufnahme werden nur in der Kombination mit einem stärkeren Gewicht von Gemeineigentum, in hybriden Eigentumsstrukturen, langfristiger Strukturpolitik und einer Fiskalpolitik funktionieren, die gesellschaftlicher Planung und Lenkung und dem Einfluss starker zivilgesellschaftlicher Kräfte unterliegt.

Und selbst solche Perspektive bedarf sorgfältiger Abwägung. So ideologiefrei und nicht-normativ, wie Michael Wendl die MMT beschreibt, ist sie

nämlich nicht. Wolfgang Streeck hat solche Vorsicht mit starken Argumenten begründet. Die Kehrseite staatlicher Verschuldung sei nämlich der Verzicht darauf, sich im eigentlich möglichen Umfang durch Besteuerung großer Unternehmen und Finanzakteure Haushaltsmittel zu beschaffen. Aber damit nicht genug: »Die Sieger im Verteilungskampf am Markt und mit dem Finanzamt müssen, wenn ihr Sieg vollständig sein soll, das Kapital, das sie Staat und Gesellschaft abgenommen haben, sicher und gewinnbringend anlegen können. Ihnen liegt deshalb an einem Staat, der ihnen ihr Geld nicht nur als Eigentum belässt, sondern es ihnen anschließend als Kredit wieder abnimmt, es für sie sicher verwahrt, ihnen für das von ihnen Geborgte – statt Konfiszierte – obendrein noch Zinsen zahlt und ihnen zu guter Letzt die Möglichkeit gibt, es in ihrer Familie an die nächste Generation weiter zu reichen – zu Erbschaftssteuern, die längst zu Bagatellsteuern geworden sind. Damit trägt der Staat als Schuldenstaat zur Perpetuierung der gesellschaftlichen Schichtungsverhältnisse und der ihnen innewohnenden sozialen Ungleichheit nachhaltig bei.« (Streeck 2013: 116)

Die Frage ist virulent, ob die kommenden großen Aufgaben eher auf dem Weg der Verschuldung oder doch stärker durch Besteuerung der großen Einkommen und Vermögen finanziert werden sollen. Für Sympathisanten der MMT wie Michael Paetz und Dirk Ehnts sind die Prioritäten klar: »Steuern sind zudem kein Mittel um die Ausgaben einer Regierung zu finanzieren.« (Paetz/Ehnts 2019: 10) Allenfalls könnten sie über die Verteuerung umweltschädigender Produkte in den Dienst ökologischer Politik genommen werden und ungerechte Einkommensverteilung korrigieren. Streeck setzt gegen solche Abwertung von Steuern zugunsten der Kreditfinanzierung, dass die Schuldenfinanzierung in hohem Maße die Folge zu niedriger Besteuerung der besitzenden Gesellschaftsschichten sei (Streeck 2013: 114f.).

Dem ist ein weiteres Argument für ein starkes Gewicht von Steuern zur Finanzierung der enormen Aufgaben eines sozial-ökologischen Umbaus hinzuzufügen. Steuern auf CO<sub>2</sub>-Emissionen können eine besonders wirksame Stütze der Klimapolitik sein. Sie können ungleich direkter und schneller als der Handel mit CO<sub>2</sub>-Zertifikaten eine Verminderung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes bewirken und erlauben weniger Ausweichmöglichkeiten als die Zertifikate.

In einer zu erwartenden längeren Übergangsperiode zu einer postneoliberalen sozial und ökologisch progressiven Variante des Kapitalismus könnten eine auf mehrere Jahre verteilte einmalige Vermögensabgabe auf Geldvermögen über eine Million Euro, eine progressive hohe Besteuerung von Spitzeneinkommen und Vermögen und hohe Erbschaftssteuern für eine starke Finanzierung des sozial-ökologischen Umbaus aus Steuern sorgen. Wie hoch dieser Steueranteil sein wird, hängt davon ab, in welchem Um-

fang die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse eine gerechtere Steuerpolitik ermöglichen werden.

Die Steuerfinanzierung von Staatsaufgaben bietet potenziell den Vorteil, dass sie mit mehr Verteilungsgerechtigkeit und zugleich im Falle von Ökosteuern mit ökologischen Steuerungseffekten verbunden werden kann. Aber die Größenordnung der sozial-ökologischen Transformationsaufgaben wird zugleich in großem Umfang die Nutzung der Kreditfinanzierung erfordern. Nicht entweder Steuern oder Kredite, sondern die Kombination von beiden wird zu erproben sein.

Eine progressive Regulierung wird die Finanzialisierung der Wirtschaft, die Macht der Großbanken, Investmentfonds und Finanzverwalter zurückzudrängen haben. Wie groß die Machtfülle der Finanzoligarchie ist, wie stark daher ihr zu erwartender Widerstand gegen eine demokratische Regulierteinweise sein wird, erhellt ein exemplarischer Blick auf den Finanzinvestor und weltgrößten Finanzverwalter, auf BlackRock (Rügemer 2016). Im Jahr 2016 wurden von BlackRock 4,9 bis 6 Billionen Dollar verwaltet. BlackRock ist – dokumentiert von Werner Rügemer – Aktionär bei allen 30 deutschen Dax-Konzernen in diesem Jahr (Rügemer 2018: 40-42) und in 282 der 300 größten 2012 gelisteten westlichen Kapitalgesellschaften. Das Unternehmen verfügt über 70 Niederlassungen in 30 Staaten. BlackRocks Macht beruht auf der Verbindung von Kapitalstärke, globaler Kapitalverflechtung mit anderen mächtigen Finanzverwaltern, Großbanken und Konzernen sowie einem einmaligen Insiderwissen, das aus diesen Verflechtungen und BlackRocks Finanzverwaltungs- und Beratungsfunktionen für Staaten und rund 50 Zentralbanken resultiert. Diese ökonomische Macht wird – gestützt auf die weltweit größte Datenverarbeitungskapazität Alladin (Asset Liability and Debt Derivative Investment Network) – für globale Transaktionen in Sekundenbruchteilen genutzt.

Spezialisiert auf die Vermittlung von öffentlichen Anleihen und weltweit führend auf dem Feld des Staatsschuldenmarktes ist der Investmentfonds PIMCO (Pacific Investment Management Company). Finanzminister und Zentralbankchefs holen sich Rat beim Präsidenten von PIMCO (Streeck 2013: 122; New York Times vom 29. Juli 2012). Alex Greenspan, damals Präsident der US-Notenbank, antwortete in einem Interview mit dem »Züricher Tagesanzeiger« vom 19. September 2007 auf die Frage, welche Kandidatur für die Präsidentschaft er befürworten würde: »Wir haben das Glück, dass die politischen Beschlüsse in den USA im Verlauf der Globalisierung größtenteils durch die weltweite Marktwirtschaft ersetzt werden. Mit Ausnahme

des Themas der nationalen Sicherheit spielt es kaum eine Rolle, wer der nächste Präsident wird. Die Welt wird durch Marktkräfte regiert.« Allen Deklarationen von G-20- und von G-7-Gipfeln über geplante harte Regulierungen der Finanzmärkte zum Trotz sind die Fortschritte auf diesem Gebiet bisher marginal. Es bleibt ein Feld von Kämpfen erstrangiger Bedeutung.

Hier ist nur zu vermerken, dass eine alternative Wirtschaftspolitik sich insgesamt aus sozialen und ökologischen Gründen auf eine Stärkung des Binnenmarktes im Rahmen erneuerter interregionaler Kooperationen orientieren wird. Mit großem Gewicht im Arsenal der Wirtschaftspolitik wird die Strukturpolitik im Verein mit Wissenschafts- und Technologiepolitik, mit Fiskal- und Geldpolitik den ökologischen Umbau sozial zu lenken haben. Anders als in Zeiten des Wachstums um jeden Preis wird die Wirtschaftspolitik, insbesondere die Strukturpolitik, für Konversionsprozesse und für den Rückbau umweltschädigender Branchen zu sorgen haben. Die Verzögerungspolitik der Bundesregierung in der Energiewende und die zähe Verteidigung der herkömmlichen Automobilindustrie verweisen darauf, wie dringlich diese Neuorientierung schon längst ist. Die Erfahrung zeigt überdies, dass die sozial-ökologische Transformation nicht vorwiegend dem Zertifikatehandel überlassen werden darf.

**Zehntens:** Eine künftige progressive Regulationsweise wird eine von kooperativer Friedens- und Sicherheitspolitik überwölbte Außenwirtschaftspolitik und Entwicklungspolitik einschließen.

Das ist ein so großes Feld, dass seine Behandlung den hier gebotenen Rahmen sprengen würde. Diese Aufgabe bleibt einem eigenständigen Beitrag und vor allem kompetenteren Autorinnen und Autoren vorbehalten.

Festzuhalten ist aber, dass der Nationalstaat für lange Zeit die entscheidende Ebene der Regulierung sein wird, dass es aber keine auf den nationalstaatlichen Rahmen beschränkte sozialistische Regulationsweise geben wird. Aufgaben wie die Abwendung einer Klimakatastrophe oder die Bewältigung anderer Umweltkrisen, wie die Rüstungskonversion, die Überwindung der Armut im globalen Süden, eine Re-Regionalisierung innerhalb des Globalisierungsprozesses und des Rückbaus des nach der Krise 2008/09 etablierten EU-Interventionsmechanismus werden nur bei international abgestimmten Regulierungen erfolgreich zu lösen sein. Progressive Transformationsprozesse in diese Richtung erfordern kategorisch eine friedliche kooperative Welt- und Weltwirtschaftsordnung. »Gemeinsame Sicherheit« als Konzept dafür muss in den Beziehungen des Westens zu China und Russland die Grundlage werden.

Mit größter Wahrscheinlichkeit wird eine doppelte Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus nicht allein in einem Land erfolgreich sein können. Sicher werden zumindest einige wirtschaftsstarke Länder auf solchem Weg kooperieren. Das wird ausgeglichene Leistungsbilanzen, ein Ende der Austeritätspolitik, eine solidarische Finanzpolitik, einen sozial abgefederten Schuldenschnitt, die dauerhafte Einführung gemeinschaftlicher Kreditaufnahmen, große gemeinsame sozial-ökologische Investitionsprogramme in Europa und die Gestaltung der EU als Sozialunion erfordern. Eine neue Dimension der Solidarität in den Beziehungen der wirtschaftsstarke Länder zum globalen Süden, vor allem in der Klimapolitik, steht auf der Agenda. Sozialer Frieden in den reichen Ländern, ihre erklärten humanistischen Ziele und die Solidarität mit ärmeren Ländern erfordern Schritte zu einer gemeinsamen europäischen Migrationspolitik, in der der Ausbau des Sozialstaates und die Solidarität mit Migrantinnen und Migranten nicht gegeneinander in Stellung gebracht werden.

**Eftens:** Ein seit langem diskutiertes Problem ist, was die digitale Revolution und der Zugriff auf unvorstellbare Datenmassen für eine in künftige Transformationsprozesse eingebettete Planung und Leitung bedeuten könnten.

Für Georg Jochum und Simon Schaupp »werden Marktmechanismen systematisch durch neue Formen einer kybernetischen Steuerung der Ökonomie abgelöst. Diese Entwicklungen liefern, wenn sie demokratisch angeeignet werden, die objektiven Bedingungen für eine dezidiert politische Transformation, die wir als Steuerungswende bezeichnen.« (Schaupp/Jochum 2019: 94f.) Sie sehen eine Steuerungswende kommen, »infolge derer das die kapitalistische Moderne dominierende Steuerungsmedium Geld an Bedeutung verliert und zunehmend durch alternative Steuerungsformen ergänzt und ersetzt wird.« (Ebd.: 97)

Sicher wird eine künftige strategische Planung und Lenkung gestützt auf die verfügbaren Datenmengen sehr schnell gewandelte Bedingungen, Abweichungen von erwünschten Proportionen und Veränderungen in den Bedürfnissen feststellen können. Das wird eine wesentliche Veränderung des Planungs- und Lenkungsmechanismus zur Folge haben. Seine Orientierungspotenz könnte dadurch erheblich gewinnen. Und diese Chance sollte gewiss genutzt werden. Aber sich deshalb statt auf ein neues Zusammenwirken von Planung, Markt und Zivilgesellschaft auf die Ersetzung des Markt-Geld-Mechanismus durch die Planung einzustellen, wäre ein risikoreicher Fehler, eine Neuauflage der Hoffnung auf einen Computer-Sozialismus. Der für die

Herstellung einer Ware als notwendig anerkannte Arbeitsaufwand und die notwendige Verteilung des gesellschaftlichen Arbeitsvolumens auf die verschiedenen Warenarten und Branchen stellen sich millionenfach erst auf dem Markt in der Zirkulation heraus, nicht vorher, wie Marx im »Kapital« entwickelt (MEW, Bd. 23: 89). Das wird wahrscheinlich auch durch unübersichtbare Datenströme und die aus ihnen resultierende theoretische Möglichkeit von Millionen einzelnen Produktionskommandos für die Herstellung einzelner Waren nicht geändert werden. Denn darauf liefe ja eine Ersetzung des Geldes durch informationsgestützte Planung hinaus.

Im Unterschied zum Plädoyer dafür, die Digitalisierung als eine Chance für einen strikt auf zentralistische Planung und Abschaffung des Marktmechanismus beruhenden Sozialismus zu verstehen, betonen Evgeny Morozov und Francesca Bria ohne eine Ablehnung angemessener gesamtgesellschaftlicher Planung das Potenzial der digitalen Revolution für die Planung und Organisierung dezentraler Gemeinschaften, für dezentral verfasste Commons und alternative Stadtprojekte (Morozov/Bria 2017).

Der Ansatz einer Verbindung der digitalen Revolution mit der Entstehung von Elementen einer solidarischen Gesellschaft von unten hat erheblichen strategischen Gehalt für die plurale Linke. Die Speicherung, Bündelung und Vernetzung von Daten ist ein wichtiges Potenzial für eine geplante Entwicklung einer Vielzahl alternativer Projekte, ein digitales Instrumentarium ökonomischer, ökologischer, sozialer und politischer Transformation der Gesellschaft von unten. Evgeny Morozov betont, zu einem großen alternativen Projekt gehöre, »wenigstens einige Prototypen zu entwickeln: Städte, in denen eine andere digitale Ökonomie funktionieren kann, die auf Solidarität und Bürgerbeteiligung basiert. [...] Denn solange es keine funktionierenden Prototypen dieser neuen digitalen Infrastrukturen auf lokaler Ebene gibt, können wir es gleich vergessen, irgendwen davon zu überzeugen, sie national oder auf europäischer Ebene zu erproben« (Morozov 2020: 105)

Francesca Bria und Andrej Holm haben am Beispiel Barcelonas gezeigt, wie die Digitalisierung unter der Voraussetzung einer demokratischen Stadtverwaltung und des Drucks links-demokratischer Bewegungen zum Instrumentarium der demokratischen Planung und Verwaltung einer offenen Stadt werden kann (Sennett/Bria/Holm 2018; Morozov/Bria 2017: 59-102).

Francesca Bria, Chief Technology and Digital Innovation Officer in der Stadtregierung von Barcelona, betont, dass erst aufgrund von Bürgerbewegungen gegen Zwangsäumung von Mietern, für das Recht auf Wohnen, für eine offene Stadt in der eigenen Regie der Bürgerinnen und Bürger die Chance für einen partizipativen Planungsprozess entstand, in dem digitale Technologien eingesetzt werden: »So verrückt das auch klingen mag, aber

die Regierungsagenda der Stadt steht den Einwohnern komplett offen, um sich an Entscheidungen zu beteiligen, die sonst nur von Beamten getroffen werden. Haushaltsplanung, die Verteilung öffentlicher Gelder und Ressourcen, die Entscheidung über Vorhaben. Das haben wir in Barcelona in einem monatelangen Prozess geschafft, der nicht nur online stattfand. Wir benutzen dafür ein Programm für demokratische Entscheidungen, das frei verfügbar ist und eben nicht von Microsoft stammt. Barcelona hat 80% seines IT-Forschungsbudgets in frei verfügbare Software, offene Standards und Interoperabilität investiert, weil wir möchten, dass auch die immateriellen Ressourcen öffentliches Eigentum sind: digitales Gemeingut in den Händen der Bewohner Barcelonas, nicht nur in denen der Unternehmen.« (Ebd.: 98)

Nutzung der Digitalisierung in Gemeineigentum für die demokratische Neukonstituierung von Gemeinschaften von unten – das ist also eine Grundrichtung, in der die Digitalisierung mit dem Weg zu solidarischen Gesellschaften verbunden werden kann. Aber die Summe informationsgestützter Planung in vielen Städten, Gemeinden und anderen Gemeinschaften ergibt keineswegs – wie Jochum und Schaupp annehmen – eine gesamtwirtschaftliche und gesamtgesellschaftliche Regulationsweise. Die vielen planenden Einheiten werden nicht im Selbstlauf die gesellschaftlich notwendigen Proportionen der Volkswirtschaft hervorbringen können. Jochum und Schaupp schlagen vor: »Diese Pläne könnten dann, wie Nick Dyer-Witford fordert, auf in Gemeineigentum überführten Social Media-Plattformen diskutiert und abgestimmt werden [...] Dabei gäbe es keine Notwendigkeit mehr für eine Zentralplanungsbehörde. Stattdessen könnten autonome Software-Agenten eine Vielzahl möglicher Pläne mitsamt deren ökologischen und sozialen Auswirkungen berechnen. Über die Pläne könnte dann digital abgestimmt werden.« (Jochum/Schaupp 2020: 343)

Aus hunderten dezentralen Plänen soll also durch digitale Abstimmung ohne Marktmechanismus (ebd.: 339) und ohne zentrale Entscheidungen über Grundproportionen der Entwicklung herauskommen, was die bestmögliche Verteilung der gesellschaftlichen Ressourcen auf die verschiedenen Branchen der Produktion, auf materielle und soziale Dienstleistungen, gesellschaftliche und individuelle Konsumtion und auf hunderttausende Warensortimente sein soll. Woher sollen die vielen dezentralen Akteure jedoch wissen, was die wahrscheinlich notwendigen volkswirtschaftlichen Proportionen sind? Da hilft auch der Verweis auf Rechenkapazitäten, Software-Agenten und digitale Abstimmung nicht. Das Grundproblem einer sozialistischen Regulationsweise oder einer Regulationsweise auf dem Weg zu einer solidarischen Gesellschaft, eine bestmögliche Weise der Ressourcenallokation zu finden, bleibt bei einer digital gestützten, dezentralen partizi-



pativen Planung und Leitung ungelöst – so wichtig und unverzichtbar dieser Weg der Erneuerung der Demokratie von unten auch ist. Unverzichtbar wird in der Dreieinigkeit von Lenkung/Planung, Markt und zivilgesellschaftlichen Handelns gesamtgesellschaftliche Planung sein.

Solche Überlegungen führen an die Frage heran, wie in einer sozialistischen Regulationsweise und unterwegs dahin der Marktmechanismus verändert werden müsste. Die dynamisierenden, flexibilisierenden und innovativen Wirkungen des Marktes wären zu bewahren, ohne sie zu überschätzen. Aber seine sozial und ökologisch negativen Wirkungen und seine vielfache privatkapitalistische Vermachtung müssten zurückgedrängt werden.

### **3. Zweites Element einer progressiven Regulationsweise: Gebändigter Marktmechanismus**

Außer demokratischer strategischer Planung und Lenkung von Wirtschaft und Gesellschaft und außer dem Handeln zivilgesellschaftlicher Akteure wird zu einer sozialistischen Regulationsweise und zu ihrer Herausbildung ein Marktmechanismus gehören, der in einem neuen institutionalisierten Rahmen wirken wird. Die künftige Regulationsweise hat die dynamisierenden und flexibilisierenden Potenzen des Marktes zu bewahren und innovatives privates und öffentliches Unternehmertum zu fördern. Zugleich sollten aber der Markt gebündigt, seine sozial und ökologisch negativen Wirkungen und seine vielfache oligopolistische Vermachtung zurückgedrängt werden. Das wurde hier bereits mehrfach betont.

Es liegt nahe, zunächst auf den Marktmechanismus unter kapitalistischen Bedingungen zu blicken. Als Ausgangspunkt dafür wird hier die Marx'sche Analyse der Regulierung auf der Grundlage des Wertes gewählt. Denn nach wie vor bestimmen Wertkategorien wie Profit, Preis, Lohn, Kredit, Zins, Pacht und Miete die ökonomische Entwicklung. Um diese zu verstehen, ist das Verständnis des Wertes selbst wichtig – jedenfalls in einer um Logik der Darstellung bemühten Arbeit und auch, wenn dieser Weg etwas umwegig erscheinen mag.

#### **Marx zur kapitalistischen Regulationsweise**

Marx begann seine theoretische Darstellung der kapitalistischen Produktionsweise mit der Analyse der Ware. Der erste Satz in seinem Hauptwerk »Das Kapital« lautet: »Der Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht, erscheint als eine ungeheure Warensammlung, die einzelne Ware als seine Elementarform. Unsere Unter-

suchung beginnt daher mit der Ware.« (MEW, Bd. 23: 49) Das heißt, sie begann auch mit dem Markt.

Die Ware hat als Resultat der konkreten berufsspezifischen Arbeit einen Gebrauchswert. Sie hat ferner einen Tauschwert, d.h. sie ist auf dem Markt vergleichbar mit anderen Waren und deshalb austauschbar. Es muss also mehr in den Waren stecken als ihre millionenfachen dinglichen oder nicht dinglichen verschiedenen Gebrauchswerte. Ihrem Tauschwert muss Gleiches zugrunde liegen, sonst wären sie nicht vergleichbar und austauschbar. Dieses Gleiches ist der Wert, der in der Austauschbarkeit der Waren, in ihrem Tauschwert, erscheint. Dem Wert misst Marx eine für seine gesamte Kapitalismusanalyse zentrale Bedeutung bei, wie Engels im »Anti-Dühring« formuliert: »In der Wertform der Produkte steckt daher bereits im Kern die ganze kapitalistische Produktionsform, der Gegensatz von Kapitalisten und Lohnarbeitern, die industrielle Reservearmee, die Krisen.« (MEW, Bd. 20: 289) Denn der im Kapitalismus von den Unternehmen angeeignete Wert schließt den Mehrwert ein, der aus der Eigenschaft der Ware Arbeitskraft entspringt, mehr Wert erzeugen zu können als ihren eigenen in Gestalt des Lohns gezahlten Wert. Der Wert ist das gesellschaftliche Verhältnis der Warenproduzenten zueinander, das in der dinglichen Form der Waren auf dem Markt erscheint. Der Mehrwert ist das gesellschaftliche (Ausbeutungs-)Verhältnis von Kapitalisten und Lohnarbeitern.

Im Rahmen von Überlegungen zur Regulationsweise deren Wertgrundlagen zu betonen, bedeutet folglich, sie mit Blick auf das Ganze der zu regulierenden Gesellschaft zu begreifen, sie nicht etwa auf eine Regulierung technologischer Entwicklung zu reduzieren, sondern als Regulierung gesellschaftlicher Verhältnisse zu verstehen.

Während der Gebrauchswert das Resultat konkreter Arbeit ist, betrachtet Marx den Wert als Resultat der abstrakten Arbeit und diese als Substanz des Wertes. Abstrakte Arbeit ist allgemein menschliche Arbeit, Verausgabung von Hirn, Muskel und Nerven; sie ist das Gleiches, das in aller Arbeit steckt. Aber vorausgesetzt ist bei Marx, dass diese allgemeine menschliche Arbeit immer als Arbeit in gesellschaftsspezifischer Form geleistet wird: »Diese Dinge stellen nur noch dar, dass in ihrer Produktion menschliche Arbeitskraft verausgabte, menschliche Arbeit aufgehäuft ist. Als Kristalle dieser ihnen gemeinschaftlichen *gesellschaftlichen Substanz* sind sie Werte – Warenwerte.« (MEW, Bd. 23: 52; Hervorhebung D.K.) Unter kapitalistischen Bedingungen ist diese gesellschaftliche Substanz, dass die allgemein menschliche Arbeit privat für die Gesellschaft aufgewendet wird.

Abstrakte Arbeit ist allgemein menschliche, unter kapitalistischen Bedingungen in privater Form für die Gesellschaft geleistete Arbeit. Für den Wert, dessen Substanz diese abstrakte Arbeit ist, bedeutet das, dass er unter kapitalistischen Bedingungen ein gesellschaftliches Verhältnis in der Produktion, ein Produktionsverhältnis, ist, das in den Warenbeziehungen der Produzenten zueinander auf dem Markt in Erscheinung tritt. Der Wert ist im Kapitalismus ein Konkurrenzverhältnis der Unternehmen und zugleich ein auf der Ausbeutung der wertschaffenden Arbeit beruhendes Ausbeutungsverhältnis – verdichtet im Mehrwert bzw. Profit.

In einer sozialistischen Gesellschaft wird die Wertschubstanz ebenfalls die abstrakte Arbeit sein. Sie wird auch dann allgemein menschlicher Arbeit sein, die von autonomen Wirtschaftsakteuren für die Gesellschaft erbracht wird. Jedoch in anderen Formen als im Kapitalismus: als Teil sozialistischer Kollektivarbeit, als genossenschaftliche Arbeit, als Arbeit in der Solidargemeinschaft und als Arbeit kleiner Warenproduzenten oder in privaten Unternehmen. Der Wert der Waren wird überwiegend andere gesellschaftliche Verhältnisse verkörpern als im Kapitalismus. Deshalb wird seine Rolle in der künftigen Regulationsweise auch nicht die gleiche wie in einer markt-radikalen Gesellschaft sein.

Marx verstand seine Arbeitswerttheorie zwar als Grundlage für das Verständnis von Preisen, jedoch nicht als Theorie der konkreten Preisbildung. Wohl aber begründete er mit der Arbeitswerttheorie die Auffassung, dass Preise in letzter Instanz nicht das Resultat subjektiver Wertschätzung des Nutzens von Waren, sondern als Geldausdruck der Warenwerte das Resultat vom Wirken des Wertgesetzes sind. Auch Marx betonte, dass die Produzenten ihre Waren auf dem Markt nur dann verkaufen können, wenn ihr Gebrauchswert die Nachfrage von Käufern findet. Nur dann werden diese den Preis von Waren akzeptieren. Die subjektive Wertschätzung von Waren geht also durchaus in deren Preisbildung ein – worauf die subjektive Wertlehre fokussiert ist. Das findet Ausdruck im Schwanken der Preise um ihren (Arbeits-) Wert.

Für die Bedingungen des Konkurrenzkapitalismus unterschied Marx den Vorschuss von konstantem Kapital und von variablem Kapital. Als konstantes Kapital bezeichnete er das in Maschinen, Ausrüstungen und Rohstoffen/ Material angelegte Kapital. Er ging davon aus, dass diese Produktionsmittel mit den Abschreibungen nicht mehr als den in ihnen vergegenständlichten Wert auf die neu produzierten Waren übertragen können. Als variables Kapital bezeichnete er das für Löhne verausgabte Kapital. Den damit bezahlten Arbeitskräften schrieb er die Eigenschaft zu, mehr Wert zu produzieren zu können, als den zur Reproduktion der Arbeitskraft erforderlichen

Wert der Lebensmittel im weitesten Wortsinn. Das Mehrwertgesetz bedeutet, dass die Arbeitskraft als Quelle des Mehrwerts oder Profils wirkt. Auch heute stellen kapitalistische Unternehmer Arbeitskräfte nur ein, wenn dies Gewinn verspricht.

Je höher in einer Branche der Anteil des variablen Kapitals, desto höher der Mehrwert. Je niedriger der Anteil des konstanten Kapitals, je geringer also die »organische Zusammensetzung des Kapitals«, desto günstiger für die Unternehmen ist das zu erwartende Verhältnis des Mehrwerts zum vorgeschossenen Gesamtkapital, desto höher die Profitrate. Hohe Profitraten also in den am wenigsten technisch fortgeschrittenen Zweigen und umgekehrt. Aber diese aus der unterschiedlichen organischen Zusammensetzung und aus unterschiedlichen Umschlagzeiten in den verschiedenen Branchen folgende Tendenz setzt sich nicht durch. Wo eine höhere Profitrate winkt, wandert Kapital zu – und umgekehrt. Das Resultat ist ein Ausgleich zur Durchschnittsprofitrate. Die verschiedenen Kostpreise plus Durchschnittsprofitrate bildeten im Konkurrenzkapitalismus den Produktionspreis als Schwankungszentrum der Marktpreise. Die Wirkung des Gesetzes der Konkurrenz führte zur Herausbildung der Durchschnittsprofitrate als ökonomisches Gesetz. Der Wert blieb in modifizierter Form die Grundlage der Preise.

Zusammengefasst: Marx beschrieb vor allem in seinem Werk »Das Kapital« die kapitalistische Regulationsweise als Wirkungsmechanismus ökonomischer Gesetze, in deren Zentrum der Markt stand.

Nur die Revolution schien ihm der Ausweg aus dieser Maschinerie der ökonomischen Zwänge zu sein. Aber in seiner Analyse der Kämpfe um einen Achtstundentag und der daraus folgenden Arbeitsgesetzgebung in England schienen doch bereits Möglichkeiten der Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse noch im Kapitalismus auf – schwache Ansätze zu einer systeminternen Transformation.

Zu fragen ist, wie sich das Wirken der ökonomischen Gesetze mit dem Übergang zum Monopolkapitalismus veränderte.

#### **Monopol und Regulation. Der Wandel zu sozialstaatlicher Regulierung**

Der Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus führte dazu, dass Monopole/Oligopole ganz unterschiedliche Machtpositionen herausbildeten, die einem Ausgleich der Zweigprofitraten zur Durchschnittsprofitrate entgegenwirken. Konkurrenz bringt zwangsläufig das durch die Realisierung monopolistischer Profite charakterisierte Monopol hervor. Das Gesetz des Monopolprofits setzt sich in Gestalt unter-

schiedlicher Monopolprofitraten und Profitmassen durch – trotz der weiter wirkenden Tendenz zum Profitratenausgleich.

Helmut Zschocke verglich für den Zeitraum 1975-1982 die Profitraten in 29 Branchen der Bundesrepublik (Zschocke 1987). Dass die Zahlen schon älter sind, ändert nichts an den Schlussfolgerungen, die sich aus ihnen ziehen lassen. Die berechneten Profitraten in den untersuchten Branchen differierten erheblich zwischen minus 3% und plus 16%. Hier wird daraus der Schluss gezogen, dass das Monopol/Oligopol tatsächlich den Ausgleich der Branchenprofitraten zu einer Durchschnittsprofitrate und damit die Herausbildung eines Produktionspreises hemmt. In 20 Fällen lagen die realen Branchenprofitraten bei der Rangfolge, die mit Blick auf die organische Zusammensetzung des Kapitals zu erwarten war. Sie waren also niedriger, wo die organische Zusammensetzung relativ hoch war. Das spricht gegen eine hochgradige Umverteilung von Wert zwischen den Branchen durch die Kapitalwanderung mit dem Resultat der Durchsetzung von Durchschnittsprofitrate und Produktionspreis. Aber in neun Zweigen differierte deren Platz in der Rangfolge der Profitrate um 7 bis 10 Plätze von der Rangfolge, die von der organischen Zusammensetzung des Kapitals und von seiner Umschlagsgeschwindigkeit zu erwarten war. Das verweist auf eine Umverteilung von Wert zwischen den Branchen, jedoch auch auf die Begrenztheit dieser Umverteilung.

Es wirkt also weiter eine Tendenz zu Durchschnittsprofit und Produktionspreis. Aber nicht sie, sondern das Monopol dominiert. Das Schwankungszentrum der Marktpreise ist im monopolistischen Kapitalismus nicht mehr der Produktionspreis, sondern eine weitere Wertmodifikation, die im Lehrbuch »Politische Ökonomie des Kapitalismus« als monopolistischer Reproduktionspreis definiert wurde (Klein 1988; Dellheim 2014: 388f.), der eine untere Grenze der Preisbildung ist. Er setzt sich aus dem monopolistischen Kostpreis plus Monopolprofit zusammen und sichert mehr oder weniger die Reproduktion einer Branche und die Proportionen zwischen den Wirtschaftszweigen.

Einerseits ermöglicht die Aneignung des im monopolistischen Reproduktionspreis enthaltenen Monopolprofits die Dynamik von Forschung und Entwicklung sowie hohe Investitionen in technologische Umwälzungen und in die Erschließung von Rohstoffen unter zunehmend verschlechterten Bedingungen – was mit dem Durchschnittsprofit des Konkurrenzkapitalismus nicht mehr zu bewältigen wäre. Es ist die Entwicklung der Produktivkräfte, die in wichtigen Bereichen der Volkswirtschaft mehr als den Durchschnittsprofit erfordert.

Andererseits liegt dem monopolistischen Reproduktionspreis eine auf ökonomischer und politischer Macht beruhende parasitäre Kapitalverwer-

tung zu Grunde, die mit notwendiger Proportionalität der Volkswirtschaft nur bedingt zu tun hat. Sie führt vielmehr zu deren Verzerrung, zu schweren Disproportionen mit großen Verlusten an Wohlfahrt. Erscheinungsformen dessen sind Zerstörung der Umwelt, Rüstungsproduktion, Kriege, Wirtschaftskrisen, Arbeitslosigkeit, Unterentwicklung von Bildung, unzureichende Gesundheitsversorgung, produktivitätsmindernde soziale Unsicherheit, übersteigerte Werbeaufwendungen, Prestigekonsum, geplante Kurzlebigkeit von Gütern und im globalen Süden Hunger, verkürzte Lebenserwartung und an sich längst heilbare oder vermeidbare Krankheiten.

Monopolprofite werden in erheblichem Umfang in der Finanzsphäre realisiert, in der ein großer Teil der Vermögenstitel fiktiven Charakter hat. Die »Werte« der Assets in den Depots der Banken, Investmentunternehmen und Vermögensverwalter sind nicht wie die Werte »normaler« Waren an deren dingliche oder nichtdingliche Gebrauchswerte gebunden. Soweit sie Finanzspekulationen entspringen, sind die aus ihnen herausgeschlagenen Monopolprofite kein modifizierter Ausdruck von Arbeitswerten. Ein großer Teil dieser Profite existiert längst abgelöst von der Realwirtschaft. Sie bilden Finanzblasen und können sich plötzlich in Nichts auflösen, wenn sich in Finanzkrisen herausstellt, dass riesige Mengen von toxischen Papieren nichts wert sind. Ein Teil der globalen Vermögen verkörpert längst keine realen Werte mehr. Sie sind eine permanente Gefahr für die Stabilität der Weltwirtschaft. Diese Art der Aushöhlung des Wertes ist eine Niedergangserrscheinung des modernen Kapitalismus. Preise auf solchen Grundlagen sind durchaus kein verlässlicher Kompass für die Volkswirtschaft. Ihr Imperativ ist höchstmöglicher Profit, nicht Wohlfahrt für die Menschen.

Herman Simon, Chairman von Simon-Kucher & Partners, nach eigenen Angaben Weltmarktführer in Preisberatung, schreibt über die Festsetzung von Preisen in Unternehmen mit Marktmacht: »Wer sich mit dem Preis beschäftigt, muss sich auch dem Gewinn zuwenden. Der Gewinn begleitet den Preis von Anfang an als Zielgröße für die Preissetzung bis zum Ende als Resultat des Pricings.« (Simon 2015: 34) Denn »der Gewinn ist die sinnvollste, man kann auch sagen, die einzig sinnvolle Zielgröße zur Steuerung des Unternehmens und seiner Preise.« (Ebd.) Bei der Planung eines Produkts wird parallel zur Berechnung der Kosten die Zielprofitrate bzw. die Rate der Umsatzrendite (Gewinn im Verhältnis zum Umsatz) festgelegt, die mit dem Produkt erreicht werden soll. Bei Großprojekten wie einem neuen Flugzeugtyp entscheidet der Vorstand des Unternehmens nach Zuarbeit vieler Verantwortungsbereiche über den Preis. Preisvorschläge werden von den produzierenden Bereichen, von der Marketingabteilung, von Vertrieb, Controlling, Finanzplanung und natürlich von der Geschäftsleitung entwickelt. Es

wird nicht erst produziert und dann auf den Preis als Ergebnis von Angebot und Nachfrage gewartet. Sondern mit dem Ziel einer festgelegten Gewinnmarge werden die Kosten, die Produktionsabläufe und die Marktstrategien durchgearbeitet. Aus dem angezielten Gewinn ergibt sich der Preis. Am Stückdeckungsbeitrag muss so lange auf allen Ebenen gearbeitet werden, bis die Differenz zwischen dem bei einer geplanten Umsatzhöhe voraussichtlich zu erzielenden Stückpreis und den Stückkosten den gewünschten Gewinn verspricht. »Ein Gewinn wird erst erzielt, wenn das Produkt aus Stückdeckungsbeitrag und Absatz, der Gesamtdeckungsbeitrag also, größer als die Fixkosten ist.« (Ebd.: 51) Ein zu hoher Preis kann zum Verlust von Marktanteilen führen, ein zu geringer Preis senkt den Gewinn unter das Gewinnpotenzial und schwächt die Konkurrenzmacht des Unternehmens.

Das Ergebnis sind in oligopolistisch verfassten Branchen Marktpreise als Erscheinungsform eines monopolistischen Reproduktionspreises, der die künftige Reproduktion sichert, jedoch bei einem Vorrang monopolistischer Profitinteressen vor gesamtgesellschaftlichen Interessen und an diesen gemessen in einer gefährlich verzerrten Weise. Aber alle subjektiven Faktoren der Preisbildung schaffen eine Tatsache nicht aus der Welt:

Die Regulationsweise im Kapitalismus ist nicht eine subjektive politische Konstruktion, sondern sie ist durch einen Wirkungsmechanismus ökonomischer Gesetze und dessen Wechselwirkung mit politischen Interventionen bestimmt. Das Wertgesetz, das Gesetz des Monopolprofils, das Gesetz der Akkumulation des Kapitals, das Gesetz der Konkurrenz bewirken im Verein mit dem politischen Handeln von Staat und gesellschaftlichen Akteuren, wohin sich Wirtschaft und Gesellschaft bewegen.

Eine sozialistische Regulationsweise muss die Rationalität des monopolistischen Reproduktionspreises, die Reproduktion durch Zukunftsinvestitionen zu sichern nämlich, bewahren und dabei zugleich die mit dem Monopolprofit verbundenen Deformationen überwinden.

Bereits im Rahmen des Kapitalismus setzte sich seit den 1930er Jahren in den USA mit dem New Deal und mit der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung in skandinavischen Ländern in gewissem Maße eine sozialstaatliche Korrektur der destruktiven Wirkungen privatmonopolistischer Konkurrenz durch. Die Weltwirtschaftskrise 1929/32 hatte das kapitalistische System an den Rand des Zusammenbruchs gebracht (siehe Kapitel 1, Punkt 5) Flexible Teile der Machteliten sahen sich unter dem Druck der Krise und angesichts der Radikalisierung von Teilen des Proletariats, von rebellierenden Arbeitslosen, von Farmern und politisierten Intellektuellen zu einem Bruch

mit dem Marktliberalismus gezwungen. Ein sozialstaatlich regulierter Kapitalismus löste die privatmonopolistische Variante des Kapitalismus ab.

Wie oben dargestellt führte eine Vielzahl sozialer Reformen im Ergebnis heftiger Kämpfe innerhalb des herrschenden Blocks zu wesentlichen Verbesserungen in der Lage der Bevölkerungsmehrheit.

#### **Neoliberaler Finanzmarktkapitalismus und Regulation**

Vier Dekaden hindurch bis in die 1970er Jahre hatte der sozialstaatlich regulierte Typ des Kapitalismus in der OECD-Welt Bestand. Die destruktiven Tendenzen, die auf den Märkten von den privaten Monopolunternehmen ausgehen, wurden in Grenzen gehalten.

Dann aber vollzog sich als Reaktion der konservativen und marktliberalen Kräfte auf die Krise des fordistischen Kapitalismus ein Übergang zum neoliberalen Kapitalismus. Die Marktregulation gewann gegenüber sozialstaatlichen Regelungen erneut ein starkes Übergewicht.

Die am meisten deregulierten Märkte, die Finanzmärkte, treten in den Vordergrund der Regulation. Der Finanzmarktkapitalismus bildete sich heraus (Windolf 2005; Huffs Schmid 2002; Bischoff 2006)

Der monopolistische Reproduktionspreis blieb das Zentrum des Regulierungsmechanismus. Aber der auf den Finanzmärkten als Entscheidungsmaßstab bestimmende Shareholder Value hat dazu geführt, dass ein hoher Anteil der insgesamt realisierten Monopolprofite aus oft spekulativen Finanztransaktionen resultiert. Die volkswirtschaftliche Rationalität des monopolistischen Reproduktionspreises wurde dadurch weiter untergraben. Die Finanzmärkte haben ein disproportionaler Übergewicht gewonnen. Das Maß des Shareholder Value führte zu noch stärkerer Unterentwicklung von Kapitalanlagen in gesellschaftlichen Bereichen mit geringen Renditechancen, insbesondere in sozialen Sphären also, aber auch von Investitionen in der Produktion industrieller Güter. In Großbritannien und den USA setzte sich dieses Ungleichgewicht stärker als in Deutschland durch.

Diese Fehlentwicklung ist auch für die kapitalistischen Unternehmen problematisch und gefährlich. Sie trägt dazu bei, dass staatliche Interventionen zur unentbehrlichen Stütze des neoliberalen Kapitalismus werden. Seine rechtskeynesianischen Anleihen verwandeln ihn in eine Art Bastard-Neoliberalismus.



### Überwachungskapitalismus und Regulation

Mit der digitalen Revolution ist auf einem neuen Feld eine neue Dimension der Macht von Alphabet/Google, Microsoft, Apple, Facebook und Amazon entstanden (Zuboff 2018; hier Kapitel 2, Punkt 8). Ihre neuartige Macht zur Überwachung der Gesellschaft ist nicht als eine weitere Stufe kapitalistischer Entwicklung nach dem Kapitalismus der freien Konkurrenz, dem Monopolkapitalismus, dem sozialstaatlich regulierten Kapitalismus (Fordismus) und dem neoliberalen Kapitalismus (einschließlich dessen Finanzialisierung) zu begreifen. Der Überwachungskapitalismus ist eine neue Dimension im Rahmen des neoliberal-staatsinterventionistischen Kapitalismus – im Gegensatz zu Philipp Staabs Konzept eines »digitalen Kapitalismus« als einer völlig neuen Entwicklungsstufe des Kapitalismus (Staab 2019). Auch Wolfgang Fritz Haug kommt zu der Einschätzung: »Alles spricht dafür, dass Staabs »digitaler Kapitalismus« keine eigenständige Formation ist«, denn »Leitproduktivkraft und Produktionsverhältnisse sind [...] im Kern unverändert.« (Haug 2020) Wohl aber ist zu fragen, ob und wie die Regulationsweise durch die Digitalisierung abermals modifiziert wird. Auf den ersten Blick scheint nur eine Erweiterung des Gegenstands der Monopolisierung und Regulierung stattgefunden zu haben. Monopolisiert werden die explodierende Masse von Informationen, das digitale Wissen bis zur Entwicklung Künstlicher Intelligenz und der Hardware-Apparat von Information und Kommunikation. Eine nähere Analyse fördert jedoch viel weiter gehende Veränderungen im Monopolisierungsprozess zutage, die in die Herausbildung eines Überwachungskapitalismus münden. Damit ist nicht nur eine überwachungsstaatliche Entwicklung gemeint, sondern dass sich das private Überwachungskapital der Kontrolle über das Denken und Verhalten der Bevölkerung, der Individuen wie der ganzen Gesellschaft, bemächtigt und tendenziell für eine weitgehend unbemerkte Beeinflussung ihres Verhaltens nutzt. Das verändert die Regulationsweise beträchtlich. Deshalb wird dieser Entwicklung hier größerer Raum zugemessen als vielleicht zu erwarten.

Der Markt erfährt abermals eine, allerdings sehr eigenartige, widersprüchliche Modifikation, die ihn noch weiter von der Regulierung nach dem Maß gesellschaftlicher Bedürfnisse entfernt.

Die Dienstleistungen von Google als Suchmaschine, von Facebook als Kommunikationsplattform für Milliarden Nutzer, von Amazon als Handelsplattform und Dienstleistungen anderer Plattformen müssen von den Usern in der Regel nicht oder nur gering bezahlt werden. Das gilt auch für bestimmte Geschäftsfelder anderer IT-Unternehmen. Ein Markt ohne Kauf und Verkauf, ein Markt, der kein Markt zu sein scheint, gewinnt eine die gesamte Gesellschaft durchdringende Wirkung. Daran knüpfen das Spitzenpersonal der digi-

talen Monopole, IT-Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen sowie Medien an, wenn sie die digitalen Konzerne als selbstlose soziale Gebilde im Dienst der Menschheit preisen. Mark Zuckerberg, der Milliardär an der Spitze von Facebook, verspricht den Facebook-Nutzern, sein Unternehmen werde sie aus einer Welt der Ängste und Sorgen herausführen – so wie einst Moses das Volk der Juden aus der Unfreiheit ägyptischer Herrschaft. Facebook werde für eine Zukunft sorgen, »die allen etwas bringt« und durch die Verbindung miteinander »persönliche, emotionale und spirituelle Bedürfnisse« erfüllen werde. Es werde den Trost geben, nicht allein zu sein: »[...] das Wichtigste, was wir bei Facebook tun können, ist die Entwicklung der sozialen Infrastruktur [...], um eine globale Gemeinschaft aufzubauen.« Und »in Zukunft wird uns die Technologie die Freiheit geben, mehr Zeit auf die Dinge zu verwenden, an denen uns etwas liegt, zum Beispiel die Interaktion miteinander und uns auf andere, neue Arten auszudrücken«. Kunst werde »zur Basis sozialer Gemeinschaften werden.« (Zitiert nach Zuboff 2018: 466f.) Neue Dienste versprechen neue Horizonte der Befreiung. Tatsächlich gehört zu den Stärken von Facebook & Co., dass sie kostenlos attraktive Dienste anbieten, auf die wir kaum noch verzichten wollen und können.

Aber unter diesem ersten sichtbaren Text der scheinbar nichtmarktlichen Oberfläche verborgen liegt ein zweiter Text, ein Tiefentext, der bis zur Herausbildung des Überwachungskapitalismus nicht existierte, ein unsichtbarer neuer Markt, der neue Profit Chancen bietet.

Bei Gelegenheit der meist kostenlosen Dienstleistungen entstehen Informationen über Verbraucherwünsche, Vorlieben, Gewohnheiten, Neigungen und Abneigungen, Bewegungsprofile, Angaben zu Gesundheit und Krankheit, Gesundheitsverhalten, Fitnessanstrengungen, Ängsten und Emotionen aller Art, über das Verhalten von Individuen und Populationen. Über die Inanspruchnahme von Dienstleistungen hinaus entwickelt sich ein Verhaltensüberschuss, wie Zuboff schreibt, ein Überschuss von Daten über jene Daten hinaus, die für die angebotenen Dienstleistungen erforderlich sind. Mit Hilfe Künstlicher Intelligenz, die in Gestalt der eingesetzten Algorithmen zur Analyse dieses aus Millionen »Clicks« und »Likes«, aus Fotos und mithilfe von Gesichtserkennungssoftware gewonnenen Verhaltensüberschusses eingesetzt wird, werden Vorhersagen über das künftige Verhalten von Hunderten Millionen Menschen produziert. Diese Vorhersagen haben für Marketingstrategien, Werbung, Produktentwicklung, für das »Tracking« von Nutzern in bestimmte Richtungen, für die Beeinflussung von spezifischen Wählergruppen größten »Wert«, der bezahlt werden muss. Diese Vorhersageprodukte werden auf Vorhersageterminkontraktmärkten verkauft und gekauft.

Die Nutzer der Plattformen von Google, Facebook und anderen werden – meist ohne ihr Wissen und ohne ihre Zustimmung oder auch mit ihrer fast unvermeidbaren Zustimmung – enteignet. Das Wissen über ihr Verhalten und künftiges Verhalten wird zur Ware auf Märkten, die es bisher nicht gegeben hat. Verhalten von Menschen, von Natur aus alles andere als Ware, wird in Ware verwandelt, in fiktive Ware. Karl Polanyi hatte festgestellt, dass der Kapitalismus Arbeitskraft, Boden (Natur) und Geld zu fiktiven Waren gemacht hat. Nun ist eine vierte fiktive Ware hinzugekommen. Eine neue Dimension »innerer Landnahme« – d.h. der Erschließung bisher der Kapitalverwertung nicht zugänglicher Sphären – betrifft wortwörtlich das Innere des Menschen.

Auf dem Markt für Persönlichkeitsprofile (potenzieller Käuferinnen und Käufer und zu überwachender Bürgerinnen und Bürger) und für Vorhersageprodukte mit Aussagen über deren wahrscheinliches künftiges Verhalten werden nicht mehr allein Proportionen reguliert, die für die gesellschaftliche Reproduktion erforderlich sind – wie verzerrt in Gestalt des monopolistischen Reproduktionspreises bisher auch immer. Das Verhalten großer Teile der Bevölkerung zu kontrollieren und zu lenken, entspricht keinem volkswirtschaftlichen Erfordernis mehr. Das ist schlicht der Bruch mit jedem Respekt vor der Würde und der Unantastbarkeit des Menschen. Das Maß des Überwachungskapitalismus bleibt allerdings mehr denn je der Profit und Monopolprofit. Nur dass die Unternehmen mit der größten Macht über das Bewusstsein und Unterbewusstsein der Bevölkerung nun auch noch in der Lage sind, deren Verhalten und Kaufkraft mittels digitaler Instrumente in die von ihnen gewünschten Richtungen zu dirigieren. Aber anzunehmen, dass solches getracktes und getunttes Verhalten zu einer Reproduktion nach dem Maß volkswirtschaftlicher Notwendigkeiten oder gar freier Persönlichkeitsentfaltung führen könnte, ist abwegig.

Der monopolistische Reproduktionspreis im Zentrum der gegenwärtigen kapitalistischen Regulationsweise wird nicht beseitigt. Aber sein Wirken wird durch eine stark auf Überwachungstechnologien beruhende Regulierungspotenz verändert. Nach wie vor werden Monopolprofite über Wertkategorien wie Preise, Zinsen und Mieten realisiert. Aber zur Wirkung dieser ökonomischen Kategorien auf die Marktakteure kommen jetzt digital vermittelte direkte Eingriffe in Wünsche, Empfindungen, Neigungen, Abneigungen, kurz in Verhaltensweisen der Menschen. Schon im psychologischen Vorfeld des Marktverhaltens werden Weichen gestellt, Märkte werden durch massenhafte gezielte Verhaltensmodifikation vorgeprägt.

Im Zentrum der Regulationsweise steht jetzt der durch überwachungs-kapitalistische Verhaltenssteuerung modifizierte monopolistische Reproduktionspreis. Er ist die jüngste Wertmodifikation, die noch weiter vom Arbeitswert und von notwendigen Proportionen der Reproduktion wegführt als schon bisher der »einfache« monopolistische und der finanzkapitalistisch verzerrte Reproduktionspreis.

Die bisher vorherrschende Regulationsweise zerstört zunehmend die Natur. Die jüngste überwachungskapitalistische Regulationsweise deformiert zudem das Innere des Menschen.

Ist solche Zuspitzung vielleicht überzogen? Das ist sie nicht. Sie ist erforderlich, um klarzumachen, dass die künftig notwendige Begrenzung des Marktmechanismus aus der Gefahr einer Deformation des Menschen durch digitale Kontroll- und Beeinflussungsmechanismen herausführen muss. Denn diese Gefahr wird noch wachsen. Schon der bloße ökonomische Marktmechanismus tendiert dazu, die Menschen zu konkurrenzbestimmten Egomaschinen zu degradieren. Nun aber kommen die neuen Möglichkeiten digitaler Monopole zur inneren Unterwerfung der Menschen unter ihre Ziele noch hinzu. Mittels der Computerwelt, schrieb Frank Schirrmacher, der verstorbene Chefherausgeber der FAZ, werden Menschen gezwungen, »zu handeln, wie man nicht denkt und zu denken, was man nicht weiß.« (Schirrmacher 2013: 146) Nun werde der ökonomische Imperialismus um die Dimension eines »mental Imperialismus« erweitert (ebd.: 197), werde die Seele des Menschen okkupiert (ebd.: 226). Davon ist unsere gesamte »imperiale Lebensweise« beeinflusst (Brand/Wissen 2017).

Das impliziert, dass auf dem Weg zu einer solidarischen Gesellschaft eine künftige Rahmensetzung für den Marktmechanismus zweierlei leisten muss: erstens die Dominanz des Monopolprofits über den Markt brechen und zweitens die verborgenen digitalen Mechanismen der Fremdbestimmung des Menschen überwinden.

Die Digitalisierung darf nicht Herrschaftsinstrument in Ökonomie und Politik bleiben. Sie muss in den Dienst realistischer Analysen gesellschaftlicher Probleme genommen werden. Sie sollte helfen, Entscheidungsvarianten deutlich zu machen und in den Dienst öffentlicher demokratischer Diskurse genommen zu werden, damit die Welt samt unserer Lebensweise vernünftiger und menschengerechter wird. Voraussetzung dafür ist, die Mechanismen des Überwachungskapitalismus zu durchschauen, um sich von ihnen zu lösen. *Ein solcher Bruch muss auch verhindern, dass sie etwa im Namen neuer Ideale für deren Durchsetzung eingesetzt werden.*

In den engeren Zirkeln der Spitzenmanager, der IT-Topwissenschaftler und der Entwickler von Überwachungstechnologien wird durchaus Tacheles darüber geredet, worum es im Überwachungskapitalismus eigentlich geht. Denn manche IT-Akteure möchten allzu gern der Interpretation ihres Handelns als Menschheitsdienst bei Mark Zuckerberg glauben. Doch das könnte sie von der Konzentration auf die wirklichen Unternehmensziele ablenken.

Burhuss Frederic Skinner, in den 1970er Jahren an der Harvard University einflussreicher und umstrittener Verhaltenswissenschaftler und führender Kopf eines »radikalen Behaviorismus« in den USA mit dem Ziel, die menschliche Persönlichkeit umzuformen und zu konditionieren, schrieb unverhohlen: »Was im Begriff ist, abgeschafft zu werden, ist der ›autonome Mensch‹ – der innere Mensch, der Homunculus, der besitzergreifende Dämon, der Mensch, der von der Literatur der Freiheit und der Würde verteidigt wird. Seine Abschaffung ist seit langem überfällig [...] Wir können froh sein, wenn wir uns von diesem Menschen im Menschen befreit haben. Nur wenn wir ihn seiner Rechte entsetzen, können wir [...] vom Abgeleiteten zum Beobachteten gelangen, vom Wunderbaren zum Natürlichen, vom Unzulänglichen zum Beeinflussbaren« (Skinner 1973: 205f.).

Johannes R. Becher, Dichter und Kulturminister der frühen DDR, hatte dagegen appelliert: »Das noch nicht restlos ausgetilgte Gefühl, ein Mensch zu sein, wehrt sich gegen die Verdinglichung und die Selbstentfremdung des Menschen; das noch nicht völlig zum Verschwinden gebrachte ›Menschliche‹ im Menschen lehnt sich auf gegen das Entmenschlichende und die Unmenschlichkeit [...] der Mensch steht auf im Menschen gegen sich selbst, gegen den Menschen in sich, der all das Verächtliche und Niederträchtige mitmacht, [...] gegen dies ›Es ist nun mal so‹ steht der Mensch im Menschen gegen sich selber auf – mit dem Ruf: Es kann so nicht bleiben, wie es ist, ich will nicht so weiterleben wie bisher, es muss anders werden – ich will ein anderer werden« (Becher 1983: 117).

Das Andersleben des Menschen muss sich heute nicht allein von einer von traditionellen Monopolen dominierten Vermarktung befreien, nicht allein von den Zwängen des machtasymmetrischen Arbeitsmarktes. Nicht allein um gute Arbeit, um menschenwürdige Löhne und Sicherheit durch eine hochentwickelte öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastruktur geht es. Denn inzwischen wird der Mensch selbst reguliert. Daten über sein Verhalten werden massenhaft erfasst, analysiert, zu Vorhersageprodukten verarbeitet, ihm selbst vorenthalten und er auf solche Weise enteignet. Sie werden verkauft an Lebensmittelketten, Banken, Versicherungskonzerne und die Autoindustrie, an die Hersteller von digital ausgerüsteten Sportgeräten,

an Schuhproduzenten, die Tourismusbranche, Medien und Wahlkampfmanager von Parteien, an Staatsapparate und Geheimdienste.

Das »Internet der Dinge«, d.h. die Ausstattung von Maschinen und Haushaltsgegenständen mit vernetzter digitaler Technik, Smartphones und Laptops, »persönliche Assistenten« wie Googles »Google Now«, Amazons »Alexa«, Facebooks »M« und Apples »Siri«, digitalisierte Matratzen und Thermostaten, manche Spielzeugpuppen und Puppenhäuser erfassen rund um die Uhr Gespräche, Bewegungen, körperliches Befinden, Kommunikation und Stimmungen von Millionen und Abermillionen Menschen. Wearables breiten sich aus, d. h. Uhren, Brillen und Bekleidung aus wahrnehmungsfähigen Fasern, die alle Regungen und Signale ihrer Träger und deren Umgebung aufzeichnen und weitergeben können – zum Beispiel für die Gesundheitsbetreuung nützliche Informationen ebenso wie andere Daten, die zu Grundlagen für Verhaltenslenkung werden.

Wenn bei Google im Monatsdurchschnitt mehr als eine Milliarde Nutzer ihre Datenspuren hinterlassen, wenn dort täglich allein rund 1,2 Milliarden Fotos eingestellt werden, ergibt dies eine unglaubliche Menge von Daten, deren Verarbeitung zur Perfektionierung Künstlicher Intelligenz und der durch sie generierten Vorhersageprodukte führt. Die materielle Infrastruktur für die Speicherung und Verarbeitung dieser permanenten Datenexplosion steckt unter anderem in Googles System von maßgeschneiderten, über 15 Standorte verteilten Datenzentren von Lagerhausgröße und 2,5 Millionen Servern auf vier Kontinenten (Angaben für 2016 bei Zuboff 2018: 220). Bei Microsoft nutzen monatlich 140 Millionen Menschen den digitalen Assistenten Cortana. 12 Millionen Organisationen greifen auf Microsofts Cloud-Dienste zu, darunter 90% der von der Zeitschrift »Fortune« gelisteten 500 größten Unternehmen.

Der Überwachungskapitalismus ist der neue allgegenwärtige Gott. Er tendiert dazu, Menschen durch personalisierte Werbung und zunehmend u. a. durch winzige Grafiken und andere Impulsgeber (Web-Bugs), die auf ihren Geräten versteckt sind, zu fremdbestimmten Verhaltensweisen zu animieren.

Nicht allein Volkswirtschaftsproportionen werden reguliert. Reguliert wird der Mensch selbst und sein Verhalten. Damit bekommt die Gestaltung einer progressiven Regulationsweise auf dem Weg zu einer solidarischen Gesellschaft eine bisher in der Regulationsforschung kaum diskutierte Dimension.

Das behavioristische (verhaltensverändernde) »ubiquitäre Computing« hat in den entwickelten kapitalistischen Staaten längst Konsum-, Reise-, Denk- und Lebensweisen von Bevölkerungsmehrheiten geformt, die auf die Dauer eher abhängig und krank machen als die Lebenszufriedenheit zu verbessern (Wilkinson/Pickett 2010: 81-182). Sie zerstören die Natur, sie belassen beträchtliche Teile der Bevölkerung in Armut, während andere überfordert im Arbeitsleben und in der Lebenswelt zulasten ihrer Gesundheit unter wachsendem Stress gesteigertem Konsum und Prestigegütern hinterherjagen. Millionen netzabhängiger junger Menschen werden auf Facebook, YouTube und anderen Kanälen dazu gebracht, sich angespornt von Influencer:innen ständig mit anderen zu vergleichen, anders zu sein als sie eigentlich sind und zu leiden, wenn ihnen dies nicht gelingt. Geburtstage etwa sind für viele Teenager weniger durch das Zusammensein mit Freunden erfreulich, sondern oft erst dann, wenn Fotos von dem Ereignis lobend und mit »Likes« kommentiert im Netz erscheinen. Erfolgt dies nicht, kommt dies öffentlicher Verurteilung gleich und der Geburtstag einer Katastrophe. Shoshana Zuboff nennt die Bindung an die sozialen Medien das erste weltweite Experiment in Sachen Menschenschwarm. Die Privat- und Intimsphäre der Menschen wird ständig missachtet, bemerkt von ihnen oder unbemerkt. Sie werden »gerendert«, d.h. zu Daten umgeformt, um daraus Profit zu schlagen. Die zwischenmenschlichen Beziehungen werden tendenziell zu Konkurrenzbeziehungen Ego-geleiteter einzelner Individuen, deren soziale Bindungen verloren gegangen sind. Massenhafte psychische Erkrankungen sind eine der charakteristischen Folgen.

Eine alternative Regulationsweise wird die Digitalisierung der Gesellschaft nicht nur nicht aus der Welt schaffen. Sie wird diese Grundrichtung moderner Produktivkraftentwicklung mit allen Mitteln fördern, ebenso wie erneuerbare Energien, Nanotechnologien und umweltverträgliche recycelbare Materialien. Der Staatssozialismus scheiterte nicht zuletzt an seiner Unfähigkeit, im Wettbewerb der Systeme die modernsten Produktivkräfte zu entwickeln und Innovationen in der ganzen möglichen Breite durchzusetzen.

Aber für den Kapitalismus und exemplarisch für seinen Umgang mit der digitalen Revolution gilt mehr denn je die Marxsche Feststellung: »In unseren Tagen scheint jedes Ding mit seinem Gegenteil schwanger zu gehen. [...] Selbst das reine Licht der Wissenschaft scheint nur auf dem dunklen Hintergrund der Unwissenheit leuchten zu können. All unser Empfinden und unser ganzer Fortschritt scheinen darauf hinauszulaufen, dass sie materielle Kräfte mit geistigem Leben ausstatten und das menschliche Leben zu einer materiellen Kraft verdummen. Dieser Antagonismus zwischen moderner Industrie und Wissenschaft auf der einen Seite und modernem Elend und Verfall

auf der anderen Seite, dieser Antagonismus zwischen den Produktivkräften und den gesellschaftlichen Beziehungen unserer Epoche ist eine handgreifliche, überwältigende und unbestreitbare Tatsache.« (MEW, Bd. 12: 3f.)

Eine entscheidende Richtung des Wandels wird darin bestehen müssen, den digitalen Monopolen die Kontrolle über unser Leben zu entreißen, die verborgenen Mechanismen der Fremdsteuerung aufzudecken und zu beseitigen, ohne die Fortschritte weltweiter Information und Kommunikation zu zerstören.

Der Überwachungskapitalismus wurzelt strukturell in der Wirtschaft. Er ist nicht allein eine staatliche Herrschaftsform, die sich auf digitale Mittel stützt. Er geht weit über den Überwachungsstaat hinaus. Er untersetzt diesen in der Privatwirtschaft. Die IT-Riesen verkaufen ihre Algorithmen an private Unternehmen, an die Geheimdienste und andere staatliche Apparate. Deren eigene Forschungsergebnisse wandern umgekehrt in die ökonomische Sphäre. IT-Experten wechseln zwischen Wirtschaft und Staatsapparat. Die Verflechtung von Monopolen und Staat hat ein neues Feld erobert.

Viele der hier benannten Phänomene digitaler Regulierung des Menschen sind gegenwärtig nicht mehr als Trends. Die technischen Grundlagen ihrer vollen Entfaltung sind bereits Realität. Ihre kommerzielle Nutzung findet allerorten statt. Aber die totale Enteignung der inneren Welt des Menschen ist erst – oder bereits – im Gange. Sie ist eine reale Bedrohung am Horizont des digitalen Kapitalismus. Würden Google, Facebook und andere zur umfassenden Aneignung der Privatsphäre in dem bereits technisch möglichen Maße übergehen, würde dies vielleicht zu einem »Aufstand der Lämmer« führen – oder auch nicht. Die schleichende Ausbreitung digitaler Herrschaft könnte solchen Widerstand nach und nach unterlaufen.

Zusammenfassend könnte die Entwicklung der Wertmodifikationen wie in Abb. 5 (siehe folgende Seite) dargestellt in die historischen Entwicklungsstufen des Kapitalismus eingeordnet werden.

Zur herrschaftlichen Regulierung des Menschen und seiner inneren Verfasstheit ist die Alternative, dass emanzipierte Bürgerinnen und Bürger die Regulierung ihrer gesellschaftlichen Verhältnisse selbst in die Hand nehmen. Dass sie der undurchschaubaren Beeinflussung ihres Selbst die Selbstbestimmung über das eigene Leben und die Entwicklung der Gesellschaft entgegensetzen. Auch die Verfasstheit des Marktes ist dieser Umkehrung anzupassen.



**Abb. 5: Historische Entwicklungsstufen/Formationen des Kapitalismus und Wertmodifikationen**

Entwicklungsstufen des Kapitalismus	Varianten innerhalb einer Entwicklungsstufe	Wertmodifikationen
Konkurrenzkapitalismus		Produktionspreis (Kostpreis plus Durchschnittsprofit)
Monopolkapitalismus		Monopolistischer Reproduktionspreis (monopolistischer Kostpreis plus Monopolprofite)
Staatlich regulierter Monopolkapitalismus	konservativ/autoritär regulierter Kapitalismus	Staatlich modifizierter monopolistischer Reproduktionspreis
	Faschismus	
	Sozialstaatlich regulierter Kapitalismus/Fordismus	Sozialstaatlich modifizierter monopolistischer Reproduktionspreis
	grünstaatlich regulierter Kapitalismus	
Neoliberaler Kapitalismus/Tendenzen zu Finanzmarktkapitalismus und Überwachungskapitalismus		Tendenzielle Rücknahme sozialstaatlicher Wirkung auf den monopolistischen Reproduktionspreis  Tendenzielle Zunahme überwachungsstaatlicher Beeinflussung des monopolistischen Reproduktionspreises
Zukunft offen	Langes krisenhaftes Interregnum/Kampf gegensätzlicher Tendenzen	...
	Entzivilisierter Kapitalismus	...
	Sozialökologische Transformation/demokratischer grüner Sozialismus	Sozialistischer Reproduktionspreis

### Mögliche Konturen des Marktes in einer sozialistischen Regulationsweise

Bisher wurden in diesem dritten Kapitel im Punkt 2. zu einer künftigen progressiven Regulationsweise mögliche Konturen der Planung und Lenkung beschrieben. Danach war zu fragen, wie sich denn der Marktmechanismus auf dem Weg zu einer solidarischen Gesellschaft verändern könnte. Die Überlegungen dazu knüpften zunächst an Marx' Darstellung der Wertregulierung im Kapitalismus an. Nun ist zu fragen: Was könnten die Konturen des Marktmechanismus sein, die sich auf dem Weg zu einer sozialistischen Regulationsweise herausbilden sollten? Im Folgenden wird auf fünf Dimensionen solcher Veränderungen verwiesen:

- auf einen Wandel in den Eigentumsverhältnissen,
- auf die besonderen Probleme der Zurückdrängung der Macht von IT-Monopolen,

- auf die Rahmensetzung für den Markt durch gesellschaftliche Planung,
- auf die Preisbildung im Verlauf progressiver Transformationsprozesse,
- auf eine Beteiligung der Belegschaften an den Gewinnen, die auf den Märkten realisiert werden.

Das Verbindende in diesen verschiedenen Anforderungen an die Bändigung des Marktmechanismus in solidarischen Gesellschaften und unterwegs zu ihnen ist die Aufgabe, die destruktiven Wirkungen des Marktes zurückzudrängen, aber seine für sozial-ökologische Transformationsprozesse unverzichtbaren innovativen, dynamisierenden Qualitäten zu erhalten.

#### **Veränderte Eigentumsverhältnisse**

Veränderung der Eigentumsverhältnisse – das ist eine erste Antwort auf die anfangs gestellte Frage, *Wer* die künftige Regulationsweise bestimmen wird und *Wie* das erfolgen kann. Auf einem ungebändigten Markt regieren die Unternehmer, getrieben von der Konkurrenz um nackten Profit. Profit durch Armut der Ausgebeuteten, zumindest bei wachsenden Klüften zwischen Superreichen und Machtlosen. Profit durch Zerstörung der Natur, Ausplünderung der Naturressourcen und der Menschen im globalen Süden, Profit durch patriarchale Ausbeutung von Frauen, durch Rüstung und Krieg. Profit zu machen ist Gesetz im Kapitalismus, ist sein Grundgesetz, erzwungen durch die Konkurrenz. Die Konkurrenz ist Resultat des privaten Kapitaleigentums, das die Unternehmen zu feindlichen Brüdern macht, die sich gegeneinander auf dem Markt behaupten müssen – koste es was es wolle.

Der Kapitalismus existiert überhaupt nur deshalb schon so lange, weil der Widerstand der Ausgebeuteten, Beherrschten und um ein gutes Leben Betrogenen den verheerenden Folgen seiner Eigentums-, Markt- und Machtverhältnisse immer wieder Grenzen setzt. Aber die Grenzen sind zu schwach. Die De-Humanisierung der Gesellschaft wirkt gegen alle Demokratisierungsfortschritte weiter. Die Zerstörung der Zivilisation und unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist eine fortschreitende reale Tendenz. Auch wenn sie in demokratischem Gewand nicht immer offen zutage tritt, wenn sie mit Erträglichem und sogar mit sozialen Teilfortschritten verquickt ist. Demokratischer grüner Sozialismus und eine ihm gemäße Regulationsweise erfordern daher einen Bruch in den Eigentumsverhältnissen. Im Abschnitt 3.1 wurde dies bereits angedeutet, ist hier aber näher zu erörtern.

Jene Wirtschaftsressourcen, deren Beherrschung über den Grundzustand und die Zukunft der Gesellschaft und der Naturverhältnisse entscheidet, dürfen nicht in den Händen enger Kreise der privatkapitalistischen

Machteliten bleiben. Sie gehören in die demokratische Verfügung der Vielen. Das betrifft die Zentren des Finanzkapitals und der Macht über Information und Kommunikation, die Rüstungsindustrie, die Energiekonzerne und die Zentralen des Agrar-Industrie-Komplexes. Das betrifft ferner natürliche Monopole und entscheidende Infrastrukturen. Das große Kapitaleigentum in diesen Bereichen sollte vergesellschaftet, das heißt in Gemeineigentum überführt werden, das tatsächlich allen gehört – nicht in formelles Staatseigentum. Die Gesellschaft muss juristisch gesichert zum Subjekt der Entscheidungen über dieses Eigentum werden, damit der nächste Politikwechsel nicht so leicht wieder zur Reprivatisierung führen kann (Dahn 2019: 263-281).

Gewiss kann über Gemeineigentum auf gesamtgesellschaftlicher Ebene nicht jede und jeder einzelne ständig alles mitbestimmen. Eine Gesamtheit institutioneller Bedingungen muss vor allem den jeweils Betroffenen rechtlich festgelegt Mitentscheidungsrechte sichern. Dazu gehört eine hochwertige Bildung für alle in den Schulen, Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen, die ein Verständnis für große gesellschaftliche Zusammenhänge und Fähigkeiten zur Kritik der Herrschaftsstrukturen einschließt. Dazu gehört permanent und in der Vorbereitung wichtiger Planungsentscheidungen eine eingehende Information der Bevölkerung über die zu bearbeitenden Probleme und über mögliche Lösungsvarianten. Den Medien, vor allem den zu stärkenden öffentlich-rechtlichen Medien, und Intellektuellen kommt dabei besondere Verantwortung zu.

Die Parlamente müssen vom Druck privater Unternehmen und der in ihren Diensten stehenden Lobbyisten befreit werden. Nicht-interessengebundenen Wissenschaftseinrichtungen und wissenschaftlichen Beiräten der Parlamente und Regierungen gebührt großes Gewicht in der Entscheidungsfindung. Möglich wäre auch die Bildung dritter Parlamentskammern, in denen Frauen und Männer aus Wissenschaft und Kunst eine starke Stimme haben. Wirtschafts-, Sozial- und Ökoräten könnte in Ergänzung der Parlamente großes Gewicht zukommen. Generell muss dafür gesorgt werden, dass Gewerkschaften und andere soziale und ökologische Bewegungen eine gewichtige Stimme in den Parlamenten bekommen, nicht allein Parteien. Volksbefragungen und Volksentscheide werden große Bedeutung für die Beteiligung der Zivilgesellschaft an Entscheidungen gewinnen. Sie wären unter anderem in Betriebsversammlungen, Kiez- und Stadtteilversammlungen vorzubereiten.

Vor allem in den Unternehmen und Verwaltungen selbst erfordert eine wirtschaftsdemokratische Entwicklung, dass das Gemeineigentum durch die Beteiligung der Belegschaften und der von der Unternehmenstätigkeit betroffenen Bevölkerungsteile an notwendigen Entscheidungen zu seiner

Wirkung als Volkseigentum kommt. In den Aufsichtsräten größerer Unternehmen müssen die Beschäftigten, die Kommunalvertreter und Repräsentanten der breiten Öffentlichkeit vertreten sein. Rechenschaftslegungen der Unternehmensleitungen sollten Transparenz der Situation von Unternehmen, ihrer Unternehmensstrategien und ihrer Reaktion auf Kritiken gewährleisten. Die Arbeitsorganisation sollte den Belegschaften Zeit für Mitbestimmung und einen möglichst weit gefächerten Einblick in die Unternehmenszusammenhänge ermöglichen, um ihnen die Beteiligung an Entscheidungen zu erleichtern.

Überall dort, wo ausnahmslos alle Bürgerinnen und Bürger an elementaren Bedingungen freier Persönlichkeitsentfaltung unabhängig von ihrer Zahlungsfähigkeit teilhaben sollten – einfach weil sie Menschen mit dem Anspruch auf ein Leben in Würde sind –, ist Gemeineigentum ebenfalls die beste Eigentumsform. Das gilt für Gesundheit, Pflege, Betreuung, Bildung, Wohnen, Mobilität, Information, Energie und Wasserversorgung, für den Erhalt gesunder Natur, von Boden, Luft, Gewässern und Wäldern. Alle diese Freiheitsgüter (Michael Brie) sollten allen gemein, sollten Commons sein. Aber Commons sind nicht von Natur aus, sie werden erst durch die Art ihrer Aneignung und Nutzung Commons, durch das Commoning (Ostrom 2011).

Nicht alle Commons können in gleicher Weise Eigentum aller sein. Über einen Teil der Commons wird die gesamte Gesellschaft aufgrund von Verfassungsgeboten in ihren Parlamenten, durch Volksbefragungen und Volksentscheide, vielleicht durch Wirtschafts-, Öko- und Sozialräte auf allen Ebenen und in einer Vielzahl von Projekten und Initiativen von Bürgerinnen und Bürgern entscheiden. Diese Gemeingüter werden gesellschaftliches Gemeineigentum sein. Viele Commons jedoch – zum Beispiel kommunale Krankenhäuser, Gewässersysteme, Waldbestände, Systeme lokaler Strom- und Wärmeversorgung, Fischbestände, regionale Verkehrsverbünde, Betriebe der Solidarwirtschaft, ein Teil der Kitas und der Pflegeheime – sind mit dem Leben begrenzter kleinerer oder größerer Gemeinschaften verbunden und werden am besten von diesen selbst verwaltet. Commons können daher gesamtgesellschaftliches, Landes- oder kommunales Gemeineigentum, gemeinsames Eigentum von Genossenschaften, von Projektträgern und anderen Gemeinschaften sein. Die Regie über sie wird am besten durch Regeln bestimmt, die sich die Commoner gemeinsam geben. Sie beruhen auf Freiwilligkeit und Selbstbestimmung der jeweiligen Gemeinschaften. Die von ihnen bereitgestellten Güter und Leistungen werden in der Regel nicht marktförmig gehandelt. Elinor Ostrom hat eine Vielzahl von Commons in Gemeineigentum auf verschiedenen, besonders auf dezentralen Ebenen beschrieben (ebd.).

Die Konstituierung von Commons in überschaubaren dezentralen Zusammenhängen hat einen unschätzbaren Vorteil. Die Commoner als Gemeineigentümer können überschauen, was zu tun ist. Sie können selbstverantwortlich handeln. Ihre Zusammenhänge sind relativ leicht demokratisierbar. Sie setzen deshalb Kreativität der Beteiligten frei. Dezentrale Commons sind berechenbare Partner in übergreifenden Verhandlungs- und Kompromissbildungsprozessen mit anderen Wirtschaftseinheiten und der staatlichen Planungs- und Lenkungspraxis.

Kurz: alle Formen von Gemeineigentum werden so auszugestalten sein, dass sie zur Antwort auf die Frage geraten, *Wer* in einer progressiven Regulationsweise die gesellschaftliche Entwicklung bestimmt. Eigentumsfragen sind Akteursfragen.

Hybride Eigentumsverhältnisse mit einem starken Gewicht von Gemeineigentum verändern den Markt. Er wird eingeehgt, nicht mehr allein dominiert von privatem Kapital.

Solange in der Gesamtheit der Eigentumsverhältnisse Kapitaleigentum, vor allem hochkonzentriertes und oft finanzkapitalistisches Eigentum dominiert, können sich die progressiven demokratischen, sozialen und ökologischen Qualitäten von Commons nur begrenzt entwickeln und sind bedroht durch kapitalistische Konkurrenz und Privatisierungspolitik (Dahn 2019: 264ff.).

Eine progressive Regulationsweise auf dem Weg zu einer solidarischen Gesellschaft und schließlich in dieser selbst wird aber bei Dominanz von realem Gemeineigentum ein beachtliches Gewicht von privaten und privatkapitalistischen Eigentumsformen einschließen. Zwar trifft es ganz und gar nicht zu, dass allein sie Dynamik und Innovationen in modernen Wirtschaften hervorbringen. Entscheidende Innovationen der letzten Jahrzehnte wurden in hohem Maße durch den Staat möglich (Punkt 5. in Kapitel 1). Doch in durchaus großem Umfang sorgt das marktorientierte Handeln privater Unternehmen für Innovationen und vor allem für flexibles Reagieren auf die millionenfachen, sich rasch verändernden Bedürfnisse der Verbraucherinnen und Verbraucher. Der Markt, geeignet für die Justierung von Feinproportionen, entlastet auf diese Weise die staatlichen strategischen Planungs- und Lenkungsorganen.

Innovatives Unternehmertum ist jedoch nicht allein privaten Unternehmen zuzuschreiben. Unternehmerisch handeln können auch Unternehmen und Verwaltungen in Gemeineigentum. Und für kapitalistische Unternehmen gilt nur begrenzt, dass sie Träger von Innovationen sind. Häufig ver-

hindern sie durch Patente sogar die Ausbreitung von Innovationen. Zwei Drittel der Entwicklungsausgaben in der US-Pharmaindustrie entfallen auf Nachentwicklungen, um Patente zu umgehen, und gehen für wirklich Neues verloren. Die großen Vermögen sind oft mitnichten der Lohn für innovative Leistungen, sondern fließen automatisch aus der Verwertung von Supervermögen, häufig aus Finanzspekulationen. Als diese in die Finanzkrise 2008/09 einmündeten, wurden 4500 Milliarden Euro für die Bankenrettung ausgegeben, die definitiv für Innovationen verloren gingen.

Genossenschaften sind als eine weitere wichtige Eigentumsform in künftigen sozialistischen Gesellschaften und schon unter kapitalistischen Verhältnissen zu betrachten. Sie sind Eigentum der Genossenschaftsmitglieder, ermöglichen ihnen im Idealfall eine kollektive Verständigung über gemeinsame Produktionsziele, aber auch über humane Arbeitsbedingungen und eine gerechte Verteilung der Produktionsergebnisse. Doch auch sie bedürfen der Einordnung in soziale und ökologische Rahmenbedingungen für den Markt, damit ihre Entwicklung in Übereinstimmung mit gesellschaftlichen Interessen gebracht werden kann.

Manche linke Kreise erhoffen eine sozialistische Entwicklung von »Mitarbeitergesellschaften«, in denen die Belegschaften der kollektive Eigentümer sind. Diese Unternehmen »gehören sich selbst«, wie Sahra Wagenknecht schreibt. Das gelte auch für »öffentliche Gesellschaften« als Form von Großunternehmen, die ebenfalls Eigentum der Belegschaft sein sollen. Im Unterschied zu Mitarbeitergesellschaften sollen angesichts ihrer Bedeutung für die Gesamtwirtschaft in ihrem Aufsichtsrat nur zur Hälfte die Mitarbeiter des Unternehmens vertreten sein, zur anderen Hälfte sollen dort Repräsentanten der Öffentlichkeit für die Gemeinwohlorientierung des Unternehmens Mitverantwortung übernehmen (Wagenknecht 2016: 274-285).

Wenn die Belegschaften die Eigentümer sind, so argumentiert Sahra Wagenknecht, dann hätten alle ein Interesse sowohl am Erhalt der Arbeitsplätze und guten Einkommen wie an Investitionen in die langfristige Unternehmensentwicklung. Aber die Erfahrungen im ehemaligen Jugoslawien sprechen gegen solche optimistische Annahme. Betriebe in Belegschaftseigentum können durchaus zu innovativer Wirtschaftsentwicklung beitragen. Aber wieso sollte eine von der Belegschaft kontrollierte Geschäftsführung den Verlockungen kurzfristiger Gewinn- und Einkommenssteigerung inklusive höherer Managementgehälter nicht erliegen und sich nicht gegen externe zivilgesellschaftliche Vertreter im Aufsichtsrat kraft besserer betriebsinterner Kenntnisse durchsetzen? Belegschaftseigentum mag viele Vorteile gegenüber privatem Kapitaleigentum haben, aber einem betriebsübergreifenden Gemeinwohl ist es keineswegs zwingend verpflichtet.

Jedenfalls: Die Eigentumsverhältnisse in einer solidarischen Gesellschaft werden hybriden Charakter haben. Veränderte Eigentumsstrukturen werden in einer künftigen solidarischen Gesellschaft Bedingungen dafür bieten, den Markt einzuhegen, seine produktiven Potenziale zu bewahren und seine negativen Wirkungen zurückzudrängen.

### **Kontrolle digitaler Monopole**

Die Kontrolle und Beschränkung der Marktmacht digitaler Monopole wirft Eigentumsfragen besonderer Art auf. Sie sind ein problemgeladenes Kapitel künftiger Regulation und Marktgestaltung. IT-Konzerne, die die Hardware der digitalen Welt produzieren, sind genauso wie andere produzierende Großunternehmen eine Herausforderung zur Kontrolle und Einschränkung ihrer Macht. Aber die Besonderheit einer neuen Geschäftssphäre – die verborgene Aneignung ungeheurer Datenmassen als Grundlage der eigenen Entwicklung Künstlicher Intelligenz, als Rohstoff des Handels mit Persönlichkeitsprofilen und Vorhersageprodukten über das Verhalten von Individuen und ausgewählten Gruppen und als Bedingung für die unsichtbare Lenkung von deren Handeln – birgt auch besondere Anforderungen an alternative Konzepte zur Kontrolle und Zurückdrängung dieses Marktes.

Die Herrschaftsweise der digitalen Monopole ist schwer zu durchschauen. Ihre Macht ist erdumspannend und durchdringt zugleich die Privat- und Intimsphäre der Individuen. Ihre Leistungen haben verbreitet immaterielle Gestalt, was die Einsicht in ihre Machtstrukturen erschwert. Die IT-Unternehmen kommen mit der tendenziell kostenlosen Bereitstellung kaum noch verzichtbarer Dienste den Interessen von Milliarden Nutzern entgegen. Auch das erschwert die Mobilisierung gegen sie.

Shoshana Zuboffs fundamentale Kritik der digitalen Monopole mündet daher in eine pessimistische Beurteilung der Chancen antimonopolistischer Regelungen. Sie erwartet, »dass ein regulierender Eingriff in Googles monopolistische Praktiken wahrscheinlich kaum noch eine Wirkung auf die grundlegenden Operationen dieser Marktform haben dürfte. Ständig werden neue Nachschubrouten (der Datenextraktion – D.K.) entdeckt, erschlossen, gesichert. Die Enteignungsoperationen (der IT-Konzerne – D.K.) können gar nicht anders, als jedes Hindernis zu umgehen, und sie werden das auch weiterhin tun – nur eine ernsthafte Bedrohung ihrer Existenz könnte sie daran hindern.« (Zuboff 2018: 160)

Aber welche Schritte könnten zu einer »ernsthaften Bedrohung« führen? In welcher Richtung müssten die Kontrolle und Beschränkung der IT-Märkte entwickelt werden, um emanzipatorischer Transformation zu entsprechen?

*Erstens:* Manche Kritiker wie Paul Mason fordern: »Zerschlagt die digitalen Monopole!« Das heißt, spaltet zum Beispiel Facebook in zehn kleinere Facebooks auf. Bei einem veränderten Selbstverständnis im Zuge einer Demokratisierung könnten Kartellbehörden in großen Ländern und in der EU solche Aufspaltung vielleicht verfügen. Dagegen wenden Markus Euskirchen, Arndt Hopfmann, Ulrich Dolata und andere ein, dass dies entweder nur formal bleiben und in der Realität unterlaufen oder den Vorteil großer Netze für die Nutzer und Nutzerinnen beseitigen würde.

*Zweitens:* Andere linke Kritiker gehen weiter. Sie argumentieren, dass Plattformunternehmen, die alle möglichen sozialen Dienstleistungen bis zu Mobilität vermitteln und de facto – in kapitalistisch deformierter Form – Gemeinwohlaufgaben wahrnehmen, dann eben tatsächlich als Teil öffentlicher Daseinsvorsorge und nicht marktförmig-kapitalistisch organisiert werden müssten (Paternoga/Rätz/Piétron 2019: 55). Solche Überlegungen münden bei manchen Kritikerinnen und Kritikern kapitalistischer Digitalisierung unter der Voraussetzung weitgehender demokratischer Erneuerung des Staates in Forderungen nach Verstaatlichung digitaler Monopole – meist ohne nähere Vorstellung zur Realisierung solcher Forderungen, die gegen die transnationalen Strukturen digitaler Giganten durchgesetzt werden müssten. Aber in sozialistischen Gesellschaften werden digitale Privatmonopole in der Tat keinen Platz mehr haben.

*Drittens:* Unter der Voraussetzung, dass ein außerordentlicher Druck der demokratischen Öffentlichkeit entwickelt wird, könnte die Gesetzgebung die Macht der IT Monopole einschränken. Die Alchimisten des Mittelalters versuchten, alle möglichen Stoffe in Gold zu verwandeln. Die Alchimisten des IT-Business brauchen keine dinglichen Stoffe mehr, wenn sie das bloße Verhalten von Hunderten Millionen Menschen in Profit und Herrschaft verwandeln. Das zu durchschauen, ist die Voraussetzung eines erfolgreichen Aufstands gegen die digitale Okkupation des Menschen, auch eines wirksamen Einsatzes von Gesetzen. Von solcher Einsicht ist die breite Öffentlichkeit weit entfernt. Aber immerhin haben in den USA 91% der in einer prominenten Untersuchung Befragten das Erfassen persönlicher Daten ohne Wissen der Betroffenen als nicht akzeptabel bezeichnet. Über 60% sprachen sich für mehr Regulierung dieser Sphäre aus (Zuboff 2018: 397f.).

Auf dieser Grundlage, aber eben nur unter dieser Voraussetzung, könnte die Kraft von Gesetzen gegen die IT-Monopole gewendet werden. Sie könnte den Einsatz aller technischen Mittel unter hohe Strafen setzen, die die Abschöpfung persönlicher Daten ohne Zustimmung der Betroffenen und die Verwandlung solcher Daten in verkäufliche Produkte zugunsten Dritter ermöglichen. Weit unterhalb einschneidender Machtbeschränkung von digitalen



Monopolen lägen Gesetze zur schärferen Besteuerung von IT-Unternehmen. Aber dies ist ein überfälliger Schritt. Es ist ein Skandal, dass beispielsweise Google in Deutschland große Gewinne im Werbegeschäft realisiert, aber fast keine Steuern zahlt. Im Frühsommer 2021 haben die Finanzminister der G7-Staaten beschlossen, IT-Konzerne unabhängig von ihrem Firmensitz in jedem Land mit einer 15-prozentigen Steuer zu belegen. Das ist besser als nichts, aber mitnichten ein zu feiernder Durchbruch. Denn selbst die Verwirklichung dieses Beschlusses würde zum Beispiel den Unternehmenssteuersatz von 12,5% im Niedrigsteuerland Irland nur geringfügig überschreiten.

Einen ebenfalls begrenzten Schritt gegen Facebook hat die australische Regierung mit der Regelung getan, dass die Übernahme von Informationen und Texten anderer Anbieter in die Facebook-Nachrichten an diese zu bezahlen ist, um deren Position zu stärken. Facebook hat daraufhin zunächst mit der Ausschließung solcher Inhalte aus dem eigenen Netz reagiert, musste dann aber einlenken.

In die Datenspeicherung der digitalen Unternehmen greifen Gesetze ein, die entgegen der üblichen Praxis das Löschen von Daten im Netz auf Wunsch der betroffenen Personen ermöglichen. In Kalifornien trat im Januar 2015 das »Online-Eraser-Gesetz« in Kraft, das Betreiber von Websites, Online-diensten, Online- oder Mobilfunkapplikationen dazu verpflichtet, als Nutzer registrierten Minderjährigen das Löschen von Content oder geposteten Informationen zu ermöglichen. 88% der amerikanischen Erwachsenen hatten sich 2012 für ein Recht auf Vergessen ausgesprochen (Brodnitz 2015).

Der Europäische Gerichtshof hat im Mai 2014 die Pflicht zur Löschung von Daten auf Wunsch der erfassten Personen beschlossen – entgegen der Unvermeidlichkeitsbehauptung von Google (Zuboff 2018: 79f.).

In Illinois dürfen nach dem Biometric Piracy Act biometrische Daten einer Person nicht ohne deren Zustimmung erfasst werden. Aber in Montana, New Hampshire, Connecticut und Alaska konnte Facebook ähnliche Gesetze verhindern.

In North Carolina untersuchte ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss des Senats Programme zur Vorhersage menschlichen Verhaltens und ihrer Nutzungsmöglichkeiten in der Politik. Die Untersuchung führte zur Ablehnung ihres Einsatzes. Zuboff schrieb dazu: »Ausgelöst hatte die Untersuchung des Senats die wachsende Sorge in der Bevölkerung über die Ausbreitung psychologischer Techniken zur Verhaltenskontrolle.« (Ebd.: 375) Tatsächlich entwickelte sich jedoch eine enge Zusammenarbeit zwischen staatlichen Apparaten, darunter der CIA, und IT-Konzernen. Immerhin führte die Arbeit des Senatsausschusses unter der Bezeichnung »Common Rule« zur Entwicklung und Institutionalisierung von ethischen Grundsät-

zen für den Umgang mit Versuchspersonen (oft Häftlingen), an denen Manipulationstechniken erprobt werden. Zu einem eindeutigen Verbot solcher Techniken kam es jedoch nicht.

Doch die Macht der digitalen Monopole ist nicht unantastbar. Das zeigt der Vollzug der Verurteilung von Google in den USA zu einer Strafzahlung von insgesamt 4,3 Milliarden Euro wegen eines Missbrauchsfalls seiner Monopolstellung. In Deutschland könnte die Bundesnetzagentur zu weit größerer Verantwortung für das Geschehen in digitalen Netzen gedrängt werden.

*Viertens:* In den USA und in der Europäischen Union gilt auch den Machtelementen als ausgemacht, dass die digitale Revolution staatlicher Förderung mit riesigen Finanzmitteln bedarf – nicht zuletzt in der Konkurrenz mit China. Wenn die Digitalisierung aber längst zu einer öffentlichen Aufgabe geworden ist, sollten die geförderten IT-Potenziale gleich in öffentlicher Hand verbleiben, in staatlicher Verfügung unter institutionalisierter zivilgesellschaftlicher Kontrolle. Die Dringlichkeit staatlicher Finanzierung wäre umzumünzen in den Aufbau digitaler Gegenmacht zu privater Monopolmacht.

Künftige staatliche Finanzzuschüsse und andere Maßnahmen zugunsten privater digitaler Unternehmen sollten an staatliche Kapitalbeteiligungen gebunden und zumindest nur unter ethischen, sozialen und ökologischen Auflagen gewährt werden. Auch Kredite könnten mit regulierendem staatlichem Einfluss verbunden werden.

Wenn Künstliche Intelligenz als ein Grundelement digitaler Infrastruktur von erstrangiger strategischer Bedeutung gilt, dann sollte eine groß angelegte öffentliche Finanzierung der Forschung und Entwicklung auf diesem Feld die Künstliche Intelligenz als öffentliches Gut in öffentlichem Eigentum fördern. Nicht die private Monopolisierung Künstlicher Intelligenz sollte staatlich begünstigt werden, sondern die KI als Gemeingut. Das könnte erheblich zur Stärkung des Öffentlichen im Verhältnis zu privater Monopolmacht beitragen.

*Fünftens:* Mit diesem Ansatz korrespondiert die Entwicklung alternativer digitaler Geschäftsmodelle von unten auf der Ebene von Städten und Kommunen. Dieses Konzept wird zum Beispiel von Patrick Sary und mit Verweis auf Erfahrungen in Barcelona von Evgeny Morozov und Francesca Bria vertreten. Sie plädieren für Technologie-Souveränität und -Unabhängigkeit in den Städten und Communities vom Datenmonopol der privaten Digitalwirtschaft: Widerstand gegen neoliberale Projekte wie TTIP, die dem entgegenstehen; Umstellung der Stadtverwaltungen auf frei zugängliche Software und Open-Source-Alternativen; Kontrolle aller digitalen Elemente (Sensoren, EDV-Kapazitäten, Künstliche Intelligenz, Daten) durch die Stadt selbst; Verwandlung aller wichtiger Daten in städtische Commons als Alternative zu Plattform-Unternehmen wie Uber und Airbnb, also dezentra-

les Dateneigentum; freier Zugang der Bürgerinnen und Bürger zu Wissens- und Open-Data-Ressourcen, also öffentliche Informationsinfrastrukturen. Solche Aneignung digitaler Potenziale von unten kann zur Begrenzung der Zugriffsmacht digitaler Privatmonopole beitragen. Aber allein durch Technologie-Souveränität von Städten und anderen dezentralen Akteuren wird deren Macht nicht schwinden. Dafür bedarf es größeren Gewichts alternativer politischer Macht auf nationaler und internationaler Ebene sowie erheblicher Demokratisierungsprozesse in den Strukturen der EU.

*Sechstens:* Alternatives Handeln darf auch die unternehmensinternen Kämpfe der Beschäftigten in den digitalen Unternehmen nicht vernachlässigen. Gerade weil dort lückenlose Überwachungssysteme die Beschäftigten disziplinieren sollen und deren Zusammenhalt durch die Arbeitsorganisation in Plattform-Unternehmen untergraben wird. Die Arbeit wird räumlich und zeitlich entgrenzt, verbunden mit größerem Druck auf die Lohnabhängigen und Soloselbständigen. Die Klickworker werden gegen noch fest Beschäftigte ausgespielt. Für sie gelten keine Tarifverträge, Mindestlöhne oder Sozialversicherungen. Arbeitsintensität und Stress werden gesteigert.

Dagegen zu setzen sind: die Verkürzung der Arbeitszeiten bei vollem Lohnausgleich als Antwort auf die Bedrohung von Arbeitsplätzen; eine Einbeziehung der Soloselbständigen in den Schutz durch Tarifverträge und in die Regelungen in der Betriebsverfassung; ein Recht auf Nichterreichbarkeit nach Dienstschluss oder vor Dienstbeginn; Regelungen gegen die Verlagerung von Arbeitsaufgaben innerhalb von Unternehmen auf andere Unternehmensteile oder in andere Länder als Pressionsinstrument; Recht auf bezahlte Aus- und Weiterbildung von Minderqualifizierten als Antwort auf ihre drohende »Freisetzung«; Anpassung der sozialen Sicherungssysteme an die zahlreichen neuen Brüche und Verunsicherungen, mit denen die abhängig Beschäftigten zurechtkommen müssen. Als Antwort auf die nun auch digital gestützte Profitdominanz in der Wirtschaft gerät eine Moralisierung der Ökonomie auf die alternative Agenda, die zu konkreten Schritten gegen das Regime der IT-Monopole führt. Für den Weg zu einer solidarischen Gesellschaft gilt: Eine alternative Digitalisierung ist möglich!

*Siebtens:* Die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft verschlingt Unmengen oft knapper Rohstoffe. Sie belastet die Umwelt mit elektronischem Schrott und im Gefolge ihres hohen Energieverbrauchs mit der Emission von Klimagasen. Andererseits eröffnet die Digitalisierung große Möglichkeiten gesteigerter Ressourceneffizienz, der Ressourceneinsparung und der Emissionsminderung. Sie muss mit äußerster Dringlichkeit als ein Grundprozess sozial-ökologischer Transformation verstanden und reguliert werden.

*Achtens:* Perspektivisch wird die Digitalisierung in einer solidarischen Gesellschaft, zu deren Regulationsweise eine gesellschaftliche Planung und Leitung weniger Hauptrichtungen gesellschaftlicher Entwicklung gehört, mit der Aufbereitung riesiger Datenmassen erleichtern, zwischen Varianten möglicher Zukünfte zu entscheiden und Leitplanken langfristiger Entwicklung festzulegen.

Aber nicht die Expansion von Datenmassen und nicht die Fähigkeit zu bilanzierendem Umgang mit ihnen »an sich« werden entscheidend sein, sondern nur im Maße der Demokratisierung der staatlichen Apparate können digitale Strukturen in den Dienst solidarischer und emanzipatorischer Planungs- und Lenkungsprozesse genommen werden.

#### **Rahmensetzung für den Markt durch gesellschaftliche Planung**

Gesellschaftliche Planung und Leitung wird dem Markt auf der Grundlage veränderter Eigentumsverhältnisse im Sozialismus und ansatzweise bereits in kommenden progressiven Transformationsprozessen neue Bedingungen vorgeben. Künftige gesellschaftliche Planung und Lenkung wird die Grundstrukturen volkswirtschaftlicher Entwicklung zu bestimmen haben. Energiewende, digitale Revolution, Bio- und Nanotechnologien, das Mobilitätssystem, eine ökologisch orientierte Landwirtschaft, die zivile Konversion der Rüstungswirtschaft und der Urbanisierungsprozess, aber auch die Ressourcen für Bildung, Gesundheit, Pflege, soziale Sicherheit, Kultur und innere Sicherheit werden gesamtgesellschaftlich zu planen und zu lenken sein. Feinproportionen werden auch in diesen großen Sektoren durch den Marktmechanismus beeinflusst werden.

Langfristige Ziele für diese Wirtschaftsbereiche werden zentral in indikativen Prognose- und Planungsverläufen zu bestimmen sein. Davon ausgehend und parallel dazu werden große Unternehmen und Branchenverbände ihre Planvorschläge unterbreiten, in die bereits Marktimpulse und die Mitentscheidung von Belegschaften und zivilgesellschaftlichen außerbetrieblichen Akteuren über Unternehmensstrategien eingehen. In Iterationsprozessen zwischen zentraler Planungs- und Lenkungsarbeit und einzelnen Wirtschaftsakteuren, in Abstimmungsprozessen zwischen Parlamenten, Institutionen zivilgesellschaftlicher Bürgerentscheidungen und Wirtschaft, zwischen Planungsgremien für Produktion und für gesellschaftliche Konsumtion und zwischen den verschiedenen Branchen und Regionen werden die großen Grundlinien gesellschaftlicher Entwicklung zu planen sein.

Dabei werden Widersprüche zu bearbeiten sein, die in staatssozialistischen Ländern nicht bewältigt wurden. Die staatliche Plankommission der

DDR erarbeitete ausgehend von längerfristigen Prognosen Fünfjahrpläne und leitete aus diesen jährliche Planvorschläge ab. Sie war dabei auf Informationen aus den volkseigenen Unternehmen angewiesen. Da deren Gewinne aber stark von der Planerfüllung abhängig waren, hatten sie ein Interesse an der Verschleierung ihrer Leistungsreserven, wenn sie auf die Planvorschläge mit eigenen Planangeboten reagierten. Nach Abstimmungsrunden mit den Ministerien und anderen Apparaten beschloss die Plankommission Planauflagen. Kombinate und Betriebe boten daraufhin in der Regel »Gegenpläne« an, mit denen sie auf ein Überbieten der Planaufgaben zielten und einen Teil ihrer Leistungsreserven herausrückten, um für diese Überbietung Prämien zu kassieren – nicht ohne jedoch einen weiteren Teil dieser Reserven abermals für die Planerfüllung zurückzuhalten.

Immer wieder wird auch künftig der Fall eintreten, dass den Marktpulsen folgend gerade die Abweichung von zentralen Plänen höhere Gewinne bringt. Das kann auf die Notwendigkeit von Plankorrekturen verweisen, aber auch darauf, dass gegen falsche Signale des Marktes strategische Planziele durchgesetzt werden müssen. Wird dies für ausgewählte strategisch hochrelevante Güter bedeuten, dass ihre Preise zentral festgelegt werden sollten? Dafür spricht manches. Wie sollte die Vermittlung zwischen Planung und Markt in solchen Fällen aussehen? Sie wird im Zweifelsfall kaum dem unpersönlichen Marktmechanismus zu überlassen sein, aber auch nicht uneingeschränkt den Planungsgremien. Bei Kollision von Planzielen und Marktsignalen werden wohl Vertreter von Unternehmen, staatliche Planungsorgane und Zivilgesellschaft gemeinsam Lösungen finden müssen.

Sollte die Durchsetzung von Planzielen stark mit der Behauptung einzelner Unternehmen am Markt kollidieren – etwa weil der Markt kurzfristig hohe Gewinnchancen eröffnet, die aber langfristig in Sackgassen führen –, könnten den Unternehmen zum Beispiel durch Fördergelder Gewinne geboten werden, die die in der Planung vorgesehenen Richtungen annehmbar machen. Das schlagen manche Ökonomen vor. Doch dies darf nicht dazu führen, dass Unternehmen, die lange Zeit besonders kurzfristig, besonders umweltschädigend produziert haben – beispielsweise SUVs – dafür noch belohnt werden. Müssten dagegen Planziele gegen den Widerstand aus den Planungsgremien korrigiert werden, so wird das wohl eher mit öffentlichem zivilgesellschaftlichen Druck zu erreichen sein, kaum durch ökonomische Hebel und Mechanismen. Allerdings könnte die Bereitstellung von Reserven für unerwartete Planänderungen den Planern erleichtern, sich für solche Wendungen zu öffnen. Die DDR konnte dafür nur ganz unzureichend sorgen – sie verfügte kaum über Reserven.

Der Sozialstaat selbst ist bereits unter kapitalistischen Bedingungen eine entscheidende Korrektur des sozial vielfach destruktiv wirkenden Marktes. Die sozialen Sicherungssysteme – Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung – wirken der dem Kapitalismus immanenten Tendenz zur Kommodifizierung aller Dinge und Verhältnisse entgegen. Sie schützen die Arbeitskraft davor, nichts als eine bloße Ware auf dem Arbeitsmarkt zu sein. Sie bewahren die Individuen vor ihrer Reduktion auf bloße Träger dieser Ware. Mindestlohn, Flächentarifverträge, Gleichstellungsgesetze, Arbeitsrecht und erweiterte Mitentscheidung verhindern, dass die Lohnabhängigen der Kapitalverwertung total einverleibt werden. Das Boden- und Mietrecht sollte künftig die Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt dem Menschenrecht auf Wohnen unterordnen. Alle diese den Markt limitierenden sozialen Gegenmechanismen wirken nur soweit, wie sie von Gewerkschaften, Sozialverbänden, feministischen und anderen Bewegungen den Unternehmen abgetrotzt oder unter künftigen sozialistischen Bedingungen mit engeren ökonomischen Effektivitätszielen abgeglichen werden. In Gemeineigentumsunternehmen wird das leichter möglich sein als in kapitalistischen Unternehmen. Stets geht es schließlich um die akteursorientierte Frage, wer die Regulierung bestimmt.

Das gilt ebenso für ökologische Gebote und Verbote wie für gesetzliche ökologische Standards. Auf eine Bewahrung der Umwelt zielen Grenzwerte für schädliche Inhaltsstoffe in Nahrungsmitteln, Kleidung und anderen Gütern, Grenzwerte für die Schadstoffbelastung der Luft, vor allem Ziele für die Senkung von CO<sub>2</sub>-Emissionen, Normen zur Begrenzung der Feinstaubbelastung, Reinheitsgebote für Gewässer, Bauvorschriften zur Wärmedämmung in der Gebäudewirtschaft und eine Vielzahl anderer Regelungen. Aber per Saldo sind alle diese Normen, Vorschriften und Sanktionierung bei ihrer Verletzung bisher zu schwach, um das Fortschreiten der ökologischen und sozialen Krise aufzuhalten. Sie genügen den Anforderungen an eine Rahmensetzung für den Markt in einer nachhaltigen Regulationsweise nicht, sie müssen entschieden gestärkt werden.

#### **Preise**

Um regulierende Funktionen in progressiven Transformationsprozessen und in einer künftigen sozialistischen Wirtschaft erfüllen zu können, muss der Preis Angebots-Nachfrage-Relationen auf dem Markt signalisieren. Marktpreise dürfen in der Regel nicht zentral festgelegt werden, weil sonst der Markt de facto ausgeschaltet wird. Aber der Preis informiert grundsätzlich nur über gegenwärtige relative Wettbewerbspositionen. Strategische Anforderungen an Zukunftsinvestitionen und negative externe Folgen wie die

Zerstörung der Umwelt schlagen sich im Spiel von gegenwärtigem Angebot und Nachfrage kaum nieder. Eine sinnvolle Preispolitik muss für diese Widersprüche Lösungen entwickeln. Große Unternehmen müssen unter kapitalistischen Bedingungen entweder durch ihre Preissetzungsmacht so große Gewinne erzwingen, dass sie geplante Zukunftsinvestitionen mit monopolistischen Reproduktionspreisen finanzieren können, und/oder es ist auch im Kapitalismus der Staat, der in seinen Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen, durch staatliche Strukturpolitik, mit Subventionen für die Unternehmen oder über Preise bei der staatlichen Auftragsvergabe den Strukturwandel lenkt – vorbei an der von Markttheoretikern erwarteten Wirkung von Angebot und Nachfrage auf die Preise. Das verweist bereits auf einen begrenzten Wirkungsraum der Marktallokation. Dass nur der Markt Innovationen und Dynamik hervorzubringen vermag und dass der Staat dazu unfähig sei, gehört ohnehin in die Kategorie der Mythen. Auf beiden Regulationsebenen – denen des Staates und des Marktes – wirken Potenzen innovativer Allokation von Wirtschaftsressourcen und zugleich spezifische Regulierungsgrenzen. Beide Ebenen müssen also im Verlauf von künftigen sozial-ökologischen Transformationsprozessen auf bestmögliche Weise kombiniert werden, um ihre positiven Regulierungspotenziale auszuschöpfen und negative Effekte zurückzudrängen. Dazu gehören Preise, die die Marktentwicklung widerspiegeln, die aber bei Versagen des Marktes in strategischen Fragen staatlich reguliert werden müssen.

### **CO<sub>2</sub>-Bepreisung**

Auf dem überlebensentscheidenden Feld der Energiewende zeichnen sich bereits im Kapitalismus tiefe staatliche Eingriffe in die Preisgestaltung ab. Erst recht wird dies in progressiven Transformationsprozessen und in einer künftigen sozialistischen Gesellschaft gelten.

Um die Durchsetzung erneuerbarer Energien zu fördern und zu beschleunigen, ist im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) geregelt, dass die Betreiber von Energienetzen – in der Regel die großen Energiekonzerne – verpflichtet sind, den Produzenten ihren Strom aus erneuerbaren Energiequellen für 20 Jahre zu einem garantierten Preis abzunehmen. Dieser Preis sichert den Stromproduzenten Gewinne und gewährt ihnen Planungssicherheit. Entscheidend ist dies in der Phase, in der die Erneuerbaren noch nicht konkurrenzfähig mit Strom auf fossiler Basis sind.

Beim Verkauf des EEG-finanzierten Stroms an der Strombörse erzielen die Netzbetreiber Einnahmen. Die Differenz zwischen ihren Einnahmen und den Vergütungen, die sie für den in ihre Netze eingespeisten Strom den Erzeugern von grünem Strom zahlen, ist die Grundlage für die Berechnung

der EEG-Umlage, die die Stromverbraucher zu zahlen haben. Das erhöht den Preis für den Strommix, den sie beziehen, fördert die Stromerzeugung auf Basis der Erneuerbaren und wirkt zugleich in die Richtung eines sparsamen Stromverbrauchs. Diese Wirkung staatlicher Intervention per Preisregulierung auf die Förderung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen wurde allerdings gebremst, als die Bundesregierung den Zuwachs von EEG-geförderten Strom aus Wind- und Solarenergie zeitweilig administrativ deckelte. Auch die Befreiung großer energieintensiver Unternehmen von der Zahlung der EEG-Umlage – zulasten der Masse der kleinen Verbraucher – hatte solche Bremswirkung. Per Saldo ist aber die auf Hermann Scheer, den großen Streiter für eine Solar-Energiewende, zurückgehende staatliche Intervention in die Strompreisbildung durch das EEG überaus erfolgreich – wenn auch allein nicht ausreichend. Sie wirkt bereits unter kapitalistischen Verhältnissen als ein Element sozial-ökologischer Transformation.

Eine andere Form staatlicher Intervention in die Strompreisbildung ist die staatliche Festlegung eines Preises pro Tonne CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Vom Staat werden Verschmutzungsrechte (CO<sub>2</sub>-Zertifikate) in Höhe des als zulässig angesehenen Umfangs von CO<sub>2</sub>-Emissionen an Unternehmen ausgegeben. Die Verursacher der Emission müssen die Zertifikate zum staatlich festgelegten Preis erwerben. Das soll als Anreiz zur Senkung von Emissionen wirken. Die Preise für die Verschmutzungsrechte werden mit dem Lauf der Jahre angehoben, um den Druck zur Minderung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes zu erhöhen. Unternehmen, die mehr als die ihnen zugestandenen Emissionsrechte brauchen, weil sie mehr CO<sub>2</sub> ausstoßen, können Zertifikate von Stromerzeugern zukaufen, die weniger Verschmutzungsrechte in Anspruch nehmen.

Als großer Vorteil dieses Systems wird angesehen, dass es über den Preis funktioniert, also marktkonform ist. Es wird daher von den Machteliten unter den verschiedenen Instrumenten der Energie- und Klimapolitik mit dem geringsten Widerstand angenommen und sogar befürwortet. In Deutschland wurde es zunächst für die größten Unternehmen der Energiewirtschaft eingeführt – allerdings zu Beginn kostenlos und mit solcher Menge von Zertifikaten, dass es kaum Wirkung entfaltete. Als nach Jahren die Nachfrage nach Verschmutzungsrechten wachstumsbedingt zunahm, kassierten die Inhaber zugeteilter Emissionsrechte bei inzwischen gestiegenen Preisen der Zertifikate Milliardenprofite durch den Verkauf ihrer Emissionspapiere. Bei funktionierendem Zertifikatehandel können sich Unternehmen durch den Kauf von Verschmutzungsrechten auf dem Markt eigenen Anstrengungen zur Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes teilweise entziehen. Das gilt im internationalen Handel mit Emissionszertifikaten auch im Verhältnis zwischen reichen und armen Ländern.



Inzwischen hat die Bundesregierung einen Preis von 25 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub>-Emission festgelegt, den die Verursacher zu zahlen haben. Bis 2025 soll er auf 55 Euro ansteigen. Bei etwa 40 Euro könnte der CO<sub>2</sub>-Preis die Braunkohleverstromung bereits unter Druck setzen. Im Bereich von Wärme und Verkehr (Verbrauch von Heizöl, Diesel und Benzin) ist mit wesentlicher Wirkung allerdings erst ab 150 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> zu rechnen, würde aber wohl auf so viel Widerstand stoßen, dass ein wirkungsvoller Einsatz von Preiserhöhungen auf CO<sub>2</sub>-Emissionen erheblich verzögert werden dürfte.

In der Europäischen Union wurde unter der Bezeichnung ETS ein Zertifikatehandel für die Energiewirtschaft eingeführt. Die EU-Kommission betrachtet ihn als das entscheidende Instrument des von ihr verkündeten Green New Deal. China hat im Juni 2021 das Emissionshandelssystem für zunächst 2200 große Unternehmen der Energiewirtschaft eingeführt und plant, das System auf andere Branchen auszuweiten. Der Einführungspreis der Verschmutzungszertifikate beträgt in China umgerechnet etwa 6,30 Euro pro Tonne.

Das Emissionshandelssystem entlastet die Politik, weil die Reduktion von CO<sub>2</sub> weitgehend dem Markt überantwortet wird. Zwar werden auch andere energiepolitische Instrumente eingesetzt, aber in Erwartung der Wirkungen des Emissionshandels mit angezogener Handbremse. Das betrifft den Einsatz von Ge- und Verboten, das viel zu geringe Tempo beim Ausbau von erneuerbaren Energien, des Schienennetzes und des öffentlichen Personennahverkehrs, die Erforschung und Produktion von grünem Wasserstoff und die energetische Gebäudesanierung. Nicht zuletzt leistet die Theorie und Praxis der CO<sub>2</sub>-Bepreisung eine Vernachlässigung der Finanzierung des sozial-ökologischen Umbaus mittels der Besteuerung großer Vermögen und Einkommen Vorschub. Das Emissionshandelssystem wirkt nach der wohlbegründeten Ansicht seiner Kritikerinnen zu langsam auf die Verbesserung der Klimasituation.

Gleichwohl ist die CO<sub>2</sub>-Bepreisung nicht pauschal abzulehnen. Axel Troost und Rainald Ötsch empfehlen: »Eine CO<sub>2</sub>-Steuer oder -Abgabe kann in einem Mix von Klimaschutzmaßnahmen flankierenden Charakter haben.« (Troost/Ötsch 2019: 19) Sie verweisen auf den erfolgreichen Einsatz dieses Instruments in der Schweiz und in Schweden.

Soweit dieser Weg gegangen wird, ist dringlich erforderlich, für einen sozialen Ausgleich der CO<sub>2</sub>-Preissteigerungen zu sorgen. In der Schweiz zum Beispiel werden die Einnahmen aus den Abgaben in Höhe von rund 90 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> auf den Einsatz fossiler Heizstoffe zu zwei Dritteln wieder an die Bürgerinnen und Bürger zurückgezahlt.

Zusammengefasst: Das System des Zertifikatehandels ist zu langsam für die Regulierung von existenziellen globalen Umwälzungen. Er vertieft

ohne massive staatliche Korrekturen die soziale Ungleichheit. Er verstärkt bei marktfreundlichen Akteuren das trügerische Gefühl, konkrete energie- und umweltpolitische Interventionen des Staates vernachlässigen zu können. Er ist, kurz gesagt, mit Vorsicht zu genießen und allenfalls ergänzend einzusetzen.

Für den Preis in einer künftigen sozialistischen Regulationsweise gilt insgesamt eine solche Gestaltung, dass der Wettbewerb zwischen den Wirtschaftsunternehmen um Innovation und Dynamik erhalten wird. Dafür müssen die Gewinne der Unternehmen von ihrer Leistung im Verhältnis zu den Wettbewerbern abhängig sein. Der Gewinn als Differenz zwischen Marktpreis und eigenen Kosten signalisiert ihnen dann Erfolg oder Misserfolg der Unternehmenspolitik. Der Preis darf auch deshalb in der Regel nicht zentral administriert werden, damit er diese Information bieten kann. Aber wenn es um den Preis strukturbestimmender Güter gilt, die zu großen Teilen staatlich produziert, finanziert oder gefördert werden, wird der Staat in der Verantwortung stehen (siehe zu Preisen in diesem Kapitel den Punkt 3). Auf dem Feld der Energiewende, Klima- und Umweltpolitik wurde das exemplarisch deutlich.

#### **Gewinnbeteiligung**

Um die positiven Wirkungen des Marktmechanismus zu entfalten, empfiehlt es sich, die Interessen der Belegschaften in den Unternehmen direkt mit den Marktsignalen zu verbinden, so Ota Šik (Kapitel 2, Punkt 7). Die in jüngerer Zeit eingeführten kritikwürdigen Formen des Leistungsdrucks in Unternehmen durch direkt an Marktsignale gebundene innerbetriebliche Arbeitsorganisation bis zum Arbeitsplatz kannte er noch nicht. Sein Vorschlag war, von einer bestimmten Unternehmensgröße an die Beschäftigten in privaten und sozialistischen Unternehmen nach einer gesetzlich festzulegenden Gewinnbeteiligungsquote am Gewinn und an Verlusten zu beteiligen. So werde in Mitarbeitergesellschaften neutralisiertes Kapital entstehen. Nur ein Interesse der Einzelnen an der Behauptung des »eigenen« Unternehmens am Markt könne Initiativen und Kreativität mobilisieren, die bei planwirtschaftlich garantierten individuellen Einkommen vorbei an der betrieblichen Leistung nicht auszuschöpfen sind. Das wird zu beachten sein. Aber auch der Gefahr wird zu begegnen sein, dass sich Belegschaften bei Gewinnbeteiligung als kollektive Kapitalisten verhalten können, wenn gesellschaftliche Planung und Lenkung und der Einfluss unternehmensexterner Stakeholder das nicht ausschließen.

Ein Zwischenfazit zur Regulierung durch den Marktmechanismus ergibt: In kommenden progressiven Transformationsprozessen und auch in einer künftigen demokratisch-sozialistischen Gesellschaft wird der Markt nach der gesellschaftlichen Lenkung und Planung ein weiterer wichtiger Teilmechanismus der Regulationsweise sein. Er wird durch die Dominanz von Gemeineigentum und durch staatliche Rahmensetzungen eingeehgt und seine destruktiven Wirkungen werden zurückgedrängt sein. Seine Innovationsfunktion und seine Bedeutung für die Regulierung von Feinproportionen in der Volkswirtschaft werden dagegen bewahrt.

#### **4. Drittes Element einer progressiven Regulationsweise: Das Handeln zivilgesellschaftlicher Akteure**

In den meisten Vorstellungen linker Autorinnen und Autoren von einer progressiven und schließlich sozialistischen Regulationsweise wird das mögliche Verhältnis von Plan und Markt erörtert. Zivilgesellschaftliche Akteure tauchen zwar auf, aber häufig nicht ausdrücklich als mindestens gleichgewichtige dritte Komponente solcher Regulation, als eng verflochten mit den beiden anderen. Das andere Extrem ist die volle Aufmerksamkeit für das selbstbestimmte Handeln alternativer Akteure in ihren Projekten und Alternativen – jedoch bei geringem Bezug ihrer Aktivität auf gesellschaftliche Planung und Lenkung und erst recht auf die Wirkung des Marktmechanismus. Eher werden ihre Selbstorganisation und ihre Selbstbestimmung als Gegenpol zu einer Planung von oben aufgefasst – obwohl im Rahmen einer progressiven demokratischen Transformation die gesellschaftliche Planung gerade aus der starken Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure ihre Legitimität und Wirkungskraft gewinnen wird. Und die zivilgesellschaftliche Handlungsmacht wird zum Beispiel bei Michael Albert und Sabine Nuss, Simon Sutterlütli und Simon Schupp als die Alternative zum Marktmechanismus behandelt, der zum Verschwinden verurteilt sei – statt zivilgesellschaftliche Gegenmacht als Potenzial für dessen Bändigung und deshalb nicht nur als sein totales Gegenstück zu betrachten.

Eric Olin Wright hat dagegen auf drei Wirkungswege zivilgesellschaftlicher Kräfte hingewiesen: 1.) auf ihre Teilhabe an der gesellschaftlichen Planung und Lenkung, 2.) auf den Einfluss, den die Gewerkschaften und Betriebsräte gegenwärtig auf die Entwicklung von Unternehmen haben und der bei einer wirtschaftsdemokratischen Umgestaltung entschieden wachsen und durch den Einfluss von anderen sozialen Bewegungen auf die Wirtschaft wesentlich erweitert werden würde, 3.) auf das regulierende Wirken

zivilgesellschaftlicher Kräfte durch ihr Betreiben eigener wirtschaftlicher, ökologischer, sozialer und kultureller Projekte und Initiativen im breiten Non-Profit-Sektor. Wright bezeichnete das als Freiraumstrategien in den Nischen des Kapitalismus.

In solchem Wirken alternativer Akteure auf mehreren Ebenen tritt zutage, was den Sozialismus im Innersten ausmacht: die freie Persönlichkeitsentfaltung jeder und jedes einzelnen. Sie wird Realität in der Praxis der Selbstermächtigung von Bürgerinnen und Bürgern zur Gestaltung der Gesellschaft. Das ist der tiefere Grund für eine zentrale Stellung der Zivilgesellschaft in einer sozialistischen Regulationsweise. »Wir können eine Gesellschaft umso eher als sozialistisch bezeichnen, je höher der Grad gesellschaftlicher Ermächtigung mit Bezug auf das Eigentum an wirtschaftlichen Ressourcen und Fähigkeiten sowie deren Gebrauch und Kontrolle ist.« (Wright 2017: 195)

Wichtige Aspekte zivilgesellschaftlicher Wirkung in einer sozialistischen Regulationsweise wurden hier in den Abschnitten zu gesellschaftlicher Planung und Lenkung und zur Gestaltung des Marktmechanismus bereits behandelt. Meist unbehandelt bleibt in der regulationstheoretischen Diskussion, dass im Kapitalismus, in progressiven Transformationsprozessen und erst recht unter künftigen sozialistischen Bedingungen das Verhalten der Bürgerinnen und Bürger in ihrer alltäglichen Lebenswelt ein besonderes, durchaus wesentliches Element der Regulationsweise ist. Es ist das massenhafte Verhalten, dass die gesellschaftlichen Verhältnisse hervorbringt, reproduziert oder verändert. Indem Menschen ökologisch bewusst leben oder der Umwelt schaden, indem sie in ihrem Konsumverhalten den allerneuesten Modetrends hinterherjagen oder sich stärker von kulturellen Werten leiten lassen, indem sie fremdbestimmt leben oder sich selbst zu eigenständigem Handeln ermächtigen, indem sie ausgrenzend oder solidarisch-inklusiv handeln, bestimmen sie in beträchtlichem Maße die Regulationsweise (Brand/Wissen 2017).

Schließlich: Ein Diskurs über mögliche künftige Regulationsweisen schärft die Sinne dafür, wohin eine gute Reise in den kommenden Jahrzehnten führen könnte. Wer will sich schon auf den Weg in eine Gesellschaft der Hoffnung machen, ohne eine Vorstellung davon, wie diese denn funktionieren könnte. Aber eine sozialistische Regulationsweise wird nicht irgendwann plötzlich fertig auftauchen. Ernst Bloch schrieb, der anarchische Putsch, der Revolutionarismus »lasse die Nahziele aus, überfliegt sie mit der Ungeduld schlechthin; der Reformismus verleugnet, ja verrät mit seinen bewusst kurzfristigen Zwecken das in den Nahzielen implizierte Fernziel [...] Das heißt, die Horizonte und deren anfeuernder Vorschein müssen in al-

len Nahzielen sichtbar sein, und das durchziehende, vorleuchtende, anziehende Endziel muss in die Theorie-Praxis sämtlicher Nahziele hineinwirken, als Entelechie aller aussichtsreichen revolutionären Bewegungen. Revolutionäre Theorie ist also nur eine, wenn sie solcher Vermittlung von Nahzielen und Endziel sich widmet.« (Bloch 2016: 122)

Die Selbstermächtigung von Bürgerinnen und Bürgern heute in Projekten und Initiativen zur Verbesserung ihres eigenen Lebens und der Gesellschaft enthält schon den Vorschein der künftigen Rolle zivilgesellschaftlicher Kräfte in einer sozialistischen Regulationsweise. Weiter oben wurde betont, dass die einzelnen Seiten und Elemente einer alternativen Regulationsweise durch ihre Einbindung in den sozial-ökologischen Transformationsprozess miteinander verbunden sind. Das gilt ausdrücklich auch für die Kämpfe zivilgesellschaftlicher Akteure, die im Folgenden zu behandeln sind.

Der Blick auf eine künftig mögliche, aber noch-nicht-gewordene Regulationsweise leitet das Aufspüren aller Formen, die zu ihr hinführen könnten. Das betrifft beispielsweise die Re-Kommunalisierung von Kliniken, die tarifvertragliche Sicherung des Zuwachses von Pflegepersonal, die Deckelung der Mieten, die Bürgerbefragung zur Enteignung von Immobilienkonzernen und die Stadtentwicklung unter Klimaschutzaspekten. Aber dieser Blick erfordert auch die Kritik und perspektivisch die Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse, die das Zukunftspotenzial solcher Ansätze ersticken.

Das alltägliche Funktionieren des Marktes für die Versorgung der Bevölkerung und seine verheerenden Defizite, wenn es um die großen Probleme unserer Zeit geht, verweisen auf ein kritisches »Aufheben« des Marktes in einer künftigen Regulationsweise. Wo der Marktmechanismus in tiefe Krisen mündet, entstehen Konflikte, die eine neue Regulation herausfordern, ob in der Lausitz, angesichts der Defizite in der öffentlichen Daseinsvorsorge oder der Entleerung der Demokratie.

Das Nachdenken über eine sozialistische Regulationsweise ist eben doch kein irreales Unterfangen. Es ist eine Aufgabe zur Gestaltung der Gegenwart mit dem Blick auf die Horizonte von morgen.

Auf den umkämpften Feldern der Klimapolitik, der Krankenpflege und des Wohnens treten gegenwärtig die Grenzen der kapitalistischen Regulationsweise, die Ansprüche von Gegenmächten und ihre Zukunftsvorstellungen besonders deutlich hervor. Dem Kampf um Klimaneutralität ist deshalb das nächste Kapitel gewidmet. Zunächst geht es hier – exemplarisch für das Wirken demokratischer Akteure in vielen anderen Lebensbereichen – um die Regulierung des Gesundheitssektors und des Wohnens. Das Gemeinsame dieser beiden Sphären ist unter anderem, dass neoliberal inspirierte staatliche Entscheidungen wie das Gesundheitsstrukturgesetz, die Privatisierung

tisierung von Krankenhäusern, die Einführung von Fallpauschalen und die Aufhebung der gesetzlichen Wohngemeinnützigkeit zur Entfesselung der Märkte in beiden Feldern mit verheerenden Folgen für Bürgerinnen und Bürger führen. Aber die aufbrechenden Konflikte werden auch mit der Organisierung von Gegenmächten beantwortet.

### **Kämpfe im Pflegebereich – ihr Transformationspotenzial**

»Wohl in keiner anderen Branche ist – zumindest der Sache nach – das Bedürfnis der Beschäftigten nach einer Abkehr von der Profitlogik und einem grundlegenden, am Gemeinwohl orientierten Systemwechsel so groß wie im Gesundheits- und Pflegesystem.« schrieben Jan Latsa und Harald Weinberg (Latsa/Weinberg 2021: 75) Die Landesregierungen haben in den letzten 20 Jahren die Fördermittel für Krankenhäuser um die Hälfte reduziert. Von 1997 bis 2007 wurden im Pflegedienst der Krankenhäuser 48.000 Stellen abgebaut. Das sind rund 15% des ursprünglichen Bestandes (ebd.: 66; Reiners 2021: 23)

Eine der Ursachen dafür ist die Privatisierung auch im Gesundheitswesen. 1991 befanden sich 14,8% der Krankenhäuser mit 4% der Betten in privater Trägerschaft. 2018 waren es bereits 37,6% der Krankenhäuser mit 19,1% der Betten. Der Anteil der öffentlichen Krankenhäuser ging von 46,0 auf 28,7% zurück – allerdings mit noch 48% der Betten (Gerlinger 2021: 52). Die Differenz zwischen privatem und öffentlichem Anteil entfällt auf freigemeinnützige Anbieter. In den betroffenen Krankenhäusern vollzog sich ein widersinniger Vorgang. An die Stelle vorrangiger Krankenversorgung trat die Rendite als prioritäres Maß der Geschäftspolitik. Die Gewinnorientierung der Privaten und der wettbewerbsorientierte Umbau der staatlich erlassenen Rahmenbedingungen hat ansteckende Wirkung. Auch die öffentlichen Krankenhäuser gerieten unter Konkurrenzdruck zur Kostensenkung einschließlich der Reduzierung des Pflegepersonals.

Die Rolle des Marktes in der Regulierung des Gesundheitswesens wurde deutlich gestärkt. Gleichzeitig nahm allerdings die staatlich-hierarchische Reglementierung in der gesetzlichen Krankenversicherung zu – mit restriktiver Wirkung auf den Finanzrahmen zulasten der Selbstverwaltung der Ärzte durch ein dichtes Netz gesetzlicher Vorschriften. Aber angesichts der Unruhe im medizinischen Personal wirkt auch eine Tendenz zur partiellen Begrenzung der Marktwänge, zum Beispiel durch die Festlegung von – allerdings unzureichenden – Personaluntergrenzen für ausgewählte Abteilungen in den Krankenhäusern (ebd.: 57ff.)

Parallel zu Privatisierungsschritten verlief eine generelle marktorientierte Ökonomisierung des Gesundheitssektors. Seiner Natur gemäß ist er

für das Wohl der Patienten da. Aber dieser Sinn des medizinischen Sektors – mit dem hypokratischen Eid der Ärzteschaft beschworen – wird zunehmend durch finanzielle Kalküle unterlaufen. Mit dem Inkrafttreten des Gesundheitsstrukturgesetzes 1993 wurde den Versicherten eine freie Kassenwahl eingeräumt. Aber diese Freiheit entpuppte sich schnell als vergiftet. Für die Kassen ist sie ein Anreiz, »gute Risiken« einzuwerben, d.h. möglichst gesunde Versicherte zu gewinnen und dadurch Kosten zu senken. Die weniger erfolgreichen Kassen werden dadurch vermehrt unter Druck gesetzt, Kosten zu sparen – rückwirkend auf die erfolgreichereren Kassen.

An die Stelle von Kollektivverträgen der Kassen mit den Leistungsträgern (Krankenhäusern) traten nun einzelne Verträge mit den Krankenhäusern, die untereinander um günstige Abschlüsse mit den Kassen konkurrieren und angehalten sind, eine möglichst günstige Leistungs-Kosten-Relation vorzuweisen, also Kosten zu senken.

An die Stelle durch Planung gesicherter Kassenfinanzierung von ambulanten und stationären Leistungen traten seit 2005 Fallpauschalen (DRG). Für jede Art oder Gruppe von Behandlungsfällen wird festgelegt, wie hoch die Leistungsträger pro Fall von den Krankenkassen bezahlt werden. Das fatale Resultat ist das Interesse der Krankenhäuser, möglichst viele besonders gut bezahlter Fälle (zum Beispiel Gelenkoperationen) zu übernehmen und möglichst wenige schlecht bezahlte Leistungen der Normalversorgung zu erbringen. Das Gespräch von Ärzten mit Patienten verwandelte sich in einen entgeltlosen Luxus. Besonders lohnend wird die Spezialisierung von Kliniken auf bestimmte hochdotierte Fallpauschalen. Unterversorgung von »uninteressanten« Patienten und Überversorgung von Patienten mit »guten« DRGs und nicht selten gar nicht notwendigen, aber hoch bezahlten Behandlungen bzw. Operationen sind die Folgen. Die Renditeorientierung von Klinikleitungen und die Interessen von Patienten kollidieren. Ärztinnen und Ärzte kommen in Konflikt zwischen ihren ethischen Verpflichtungen und den ökonomischen Erwartungen der Klinikvorstände. Das Resultat für die Pflegekräfte sind schlechte Arbeitsbedingungen und Bezahlung. Zeitnot, Stress, körperliche Überforderung, Angst vor Fehlern als Folge der Überlastung begleiten ihren Alltag.

Die zunehmende Vermarktlichung hat in der Realwelt des Gesundheitswesens Widerstand und Kämpfe ausgelöst. Ein erster Höhepunkt des Protests war schon im Februar 1989 die Kundgebung von rund 20.000 Pflegekräften in der Dortmunder Westfalenhalle. Wenige Monate danach folgten im Mai etwa 50.000 Krankenhausbeschäftigte einem Aufruf der Gewerkschaft ÖTV zu dem ersten flächendeckenden Krankenhaus-Warnstreik in Deutschland.

Die staatliche Reaktion darauf war die Pflege-Personal-Regelung (PPR). Deren Umsetzung führte zwischen 1992 und 1995 zu einem Zuwachs von 21.000 Pflegevollkräften auf Normalstationen in den Krankenhäusern. Doch die konservativ-marktliberalen Kräfte schlugen zurück. Die PPR, die eine verlässliche Finanzierung von Pflegestellen sicherte, wurde wieder abgeschafft, weil sie der markt- und wettbewerbsorientierten Fallpauschalenregelung im Wege stand. Die Folge war der beschleunigte Abbau des Pflegepersonals seit 1997.

Am 25. September 2008 demonstrierten 150.000 Krankenhausbeschäftigte in Berlin unter der Losung »Der Deckel muss weg« für eine ausreichende Finanzierung der Krankenhäuser und für bessere Arbeitsbedingungen. Die Bundesregierung versuchte, die Proteste durch ein Pflege-Förderprogramm zu beschwichtigen. Aber das magere Resultat von nur 8000 neuen Stellen nach dem Abbau von 48.000 Stellen zuvor war nicht mehr als der Versuch zur Ablenkung von einer fortgesetzten Sparpolitik im Gesundheitssektor und im gesamten Care-Bereich.

Anfang der 2010er Jahre mobilisierte die ver.di-Betriebsgruppe an der Berliner Charité für eine »Personalbemessung per Tarifvertrag« und organisierte im Frühjahr 2011 einen fünftägigen Streik. Von 3.300 Betten wurden 1.500 gesperrt. Das führte, unter anderem durch den Ausfall von hoch bezahlten Operationen, zu empfindlichen finanziellen Verlusten für die Charité. Erstmals wurde die Kampfform des Betten- und Stationsschließungsstreiks angewendet. Das Ziel war ein Tarifvertrag zur Regelung von Personalvorgaben und des Personalaufwuchses. Doch bis zu Lösungen zogen sich Jahre hin. Im Juni/Juli 2015 wurden in einem elftägigen Erzwingungsstreik 1.000 Betten und über 20 Stationen der Charité leergestreikt. Der erste bundesweite Tarifvertrag wurde abgeschlossen, der verbindliche Personalbesetzungen festlegte. Um diese Regelung tatsächlich durchzusetzen, schlossen sich andere Kliniken den Auseinandersetzungen an der Charité an. Im Herbst 2017 fand erstmals in sieben Kliniken aus sechs Bundesländern ein gleichzeitiger Warnstreik für die Entlastung von Pflegekräften statt. Im Universitätsklinikum Saarland und im Klinikum Augsburg wurden Sanktionen für den Fall der Arbeit von Pflegekräften in unterbesetzten Schichten durchgesetzt.

Ellen Ost, Fachkrankenschwester am Universitätsklinikum Jena, berichtete über die erfinderischen Formen des Kampfes an ihrer Arbeitsstätte (Ost 2021). Im Mai 2019 begann dort, von ver.di-Organizern unterstützt, eine Kampagne für die Verbesserung von Personalausstattung und Arbeitsbedingungen mit einem »Klinik- Aufschrei«, einer Situationsschilderung, die dem Klinikvorstand und dem Landtag überreicht wurde. Die Landtagsfraktion der LINKEN verlegte daraufhin eine Sitzung in das Klinikum und ließ sich drei Stunden lang



über die Situation des Klinikpersonals und die durch Personalmangel bedingten Gefährdungen von Patienten informieren. Diese Initiative trug zur Bewilligung von Geldern durch das Land, zu Hygienekontrollen und Überprüfung der Einhaltung der Arbeitsschutzgesetzgebung am Klinikum bei.

Verallgemeinert: Wichtig für Erfolge alternativer Bewegungen ist massiver Druck von unten, aber auch dessen Aufgreifen durch progressive Kräfte im parlamentarischen Raum. Nur vom Zusammenwirken außerparlamentarischer und parlamentarischer Akteure sind Erfolge zu erwarten.

Im Juli 2019 wurde dem Klinikvorstand ein 100-tägiges Ultimatum mit Unterschriften unter »Jenas letzte Gefährdungsanzeige« überreicht: entweder Tarifvertrag oder unbefristeter Streik! Für die Begleitung der daraufhin stattfindenden Tarifverhandlungen wurden in den Klinikabteilungen 120 Team-Delegierte gewählt. Sie tagten während der folgenden Tarifverhandlungen in einem Nebenraum als Konsultanten für die Verhandler der Beschäftigten und als präsenten Druckpotenzial. Im Oktober fand ein Warnstreik statt. Das Landeskabinett musste sich mit den Problemen des Klinikums beschäftigen. Schließlich wurde ein Tarifvertrag erreicht, in dem unter anderem festgelegt ist, wieviel Patienten von einer Pflegekraft betreut werden dürfen und welche Personalaufstockung daraus folgt. In der Coronakrise haben sich die Beschäftigten des Klinikums abermals mit einem offenen Brief an Klinikumsvorstand und Landesregierung zu den ungelösten, in der Klinik aufbrechenden Problemen gewendet. Auf der Bundesebene sahen sich CDU/CSU und SPD angesichts des Drucks in der Öffentlichkeit genötigt, in ihrem Koalitionsvertrag vom Februar 2018 unter anderem eine kostendeckende Finanzierung von Pflegeaufwendungen festzuschreiben, sie also aus der unsicheren Bindung an Fallpauschalen herauszunehmen.

In der Coronakrise trat dramatisch zu Tage, was schon seit Jahrzehnten existiert, die Unterentwicklung des Gesundheitswesens im Vergleich zu gerechtfertigten Ansprüchen der Patientinnen und Patienten und zum Reichtum der Bundesrepublik. Eine Unterentwicklung im Vergleich zu den riesigen Kapitalmassen, die auf den internationalen Finanzmärkten Profite realisieren und nach den dort herrschenden Maßstäben auch das Gesundheitswesen organisieren wollen. Mehr als eine halbe Million Krankenhausbeschäftigte unterzeichneten gegen dieses Bestreben bis April 2020 zwei Petitionen pro »Tarifvertrag Entlastung«.

Im Frühjahr 2021 griff das Pflegepersonal der Charité Kampferfahrungen aus Jena auf. In einer erneuten Runde der Auseinandersetzungen um bessere Arbeitsbedingungen, der sich das Berliner Personal des Vivantes-Kon-

zerns anschloss, wurden in den einzelnen Abteilungen Team-Delegierte zur Begleitung von Verhandlungen mit den Krankenhausvorständen gewählt. Beiden Klinikleitungen wurde unter Androhung von Stationsschließungen ein Ultimatum gestellt, dass auch auf Verbesserungen für medizinisches Personal und Hilfskräfte in ausgelagerten Einrichtungen zielte.

*Ein Zwischenfazit ergibt:*

- Die Kämpfe der im Gesundheitssektor Beschäftigten bestätigen die Auffassung, dass das Handeln zivilgesellschaftlicher Akteure eine wesentliche Komponente für die Herausbildung einer alternativen Regulationsweise sind. Aber noch reicht ihre Macht nicht aus für eine progressive Transformation des Gesundheitswesens.
- Die neoliberale Politik hat auch im Gesundheitsbereich wie in der Gesamtheit der humanorientierten Dienstleistungen zu einer Stärkung von Marktformen im Gesamtsystem der Regulierung geführt. Aber die gravierenden negativen Folgen haben erstarkende Gegenmächte auf den Plan gerufen.
- Dringlich für eine angemessene Behandlung der Patientinnen und Patienten ist geworden, dass Kassen und Staat eine entschieden erhöhte Zahl von Pflegekräften verlässlich finanzieren, gute Arbeitsbedingungen für Ärzte und anderes medizinisches Personal sichern und die erforderliche technische Ausstattung bereitstellen.
- Ökonomisierung humanorientierter Leistungen wie die Fallpauschalenregelung, Finanzialisierung und Privatisierung im Gesundheitswesen haben sich dafür als untauglich erwiesen.
- Im Gesundheitssektor haben unter dem Druck der unerträglichen Verhältnisse alternative Akteure Forderungen und Kampfformen entwickelt, die auf eine Umkehr der Trends zugunsten verbindlicher gesellschaftlicher Rahmensetzungen und auf die Bändigung von Marktmechanismen hinauslaufen. Die Gegenteilstendenzen zu neoliberaler Formierung des Gesundheitssektors reichen inzwischen bis zur Re-Kommunalisierung privatisierter Krankenhäuser.
- Erfolge wurden erreicht, wenn der Druck von unten durch progressive Kräfte im parlamentarischen Raum aufgenommen und in Entscheidungen umgesetzt wird.
- Vom Standpunkt linker Transformationsstrategien können die Kämpfe des medizinischen Personals für ein humanorientiertes Gesundheitswesen unter dem Motto »Mehr von uns ist besser für alle!« zum Einstieg in eine weiter reichende Entwicklung werden: in den Ausbau der Gesamtheit physischer und sozialer Infrastrukturen als öffentlicher Sektor, weitgehend beruhend auf Gemeineigentum. Wie oben bereits beschrieben könnten sich sogar Elemente eines Infrastruktursozialismus entwickeln.

- Per Saldo: der Wandel des Regulationsmechanismus – in progressiver oder in konservativer Richtung – ist stets das Resultat des Handelns widerstreitender Kräfte. Es sind die Menschen, die den Mechanismus bestimmen – so oder so.

### **Kämpfe um Wohnen – ihr Transformationspotenzial**

Ein weiteres Feld der Kämpfe um Verbesserungen im Heute und um eine künftige bessere Gesellschaft ist das Wohnen. Menschenwürdig zu wohnen, ist wie die Gesundheit ein elementares Menschenrecht. Aber die Rechtswirklichkeit in Deutschland ist weit davon entfernt.

Die dominante Regulierung der Wohnverhältnisse durch den Immobilienmarkt hat dazu geführt, dass in Deutschland 1,9 Millionen bezahlbare Wohnungen für Menschen mit niedrigen Einkommen fehlen. Sie würden für die Vermieter keine lohnenden Renditen abwerfen. Obwohl in der Bundesrepublik bisher 4,3 Millionen Mietwohnungen im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus gefördert wurden, sind gegenwärtig nur 1,2 Millionen Sozialwohnungen auf dem Markt (Holm 2021: 41). Das ist die Folge der Reduzierung des sozialen Wohnungsbaus und der zeitlichen Begrenzung des Sozialwohnungsstatus. Nach dessen Ende steht den Vermietern frei, die Mieten zu erhöhen, Wohnungen zu privatisieren oder zu modernisieren und bei dieser Gelegenheit die Altmieten zu verdrängen.

In 77 Großstädten Deutschlands müssen mehr als 40% der Haushalte über ein Drittel ihrer Einkommen für Mieten ausgeben (ebd.). In Berlin stiegen die Neuvermietungspreise von 2010 bis 2018 um nominell 73% an. Die Quadratmeterpreise für Bauland sind in den sieben größten deutschen Städten von 600 auf 1120 Euro gestiegen (Thimmel 2019: 75).

Der Wohnungsmarkt wirkt aber nicht allein sozial destruktiv. Auf den Gebäudebereich entfällt nach Berechnungen der Deutschen Umwelthilfe ein Drittel der energiebedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen. Ihm sind rund 35% des Endenergieverbrauchs zuzurechnen, 28% entfallen auf Raumwärme (Palaver 2019: 80).

Die sozial und ökologisch destruktive Entwicklung wurde erheblich durch einen großen Coup der neoliberalen Kräfte vorangetrieben, mit der Aufhebung der gesetzlichen Wohnungsgemeinnützigkeit nämlich. Über Nacht wurden nach 1989 vier Millionen Wohnungen zu handelbaren Waren. Ein Dambruch wurde staatlich herbeigeführt, ein unschätzbare Geschenk für die Vermieter unter den Wohnungseigentümern. Zuvor unterlagen gemeinnützige Wohnungsunternehmen eindeutigen Gewinn- und Mietpreisbeschränkungen. Öffentliche Wohnungsbestände hatten zusätzlichen Schutz gegen Privatisierungen. Nun aber wurde das Wohnen dem Markt überant-

wortet. Auf dem Wohnungsmarkt geriet eine große Zahl von Mieterinnen und Mietern unter existenziellen Druck. In zahlreichen Städten entstanden Mieterinitiativen, die sich zur Wehr setzen, in Berlin beispielsweise Kotti & Co., Bizim Kiez, das Bündnis »Zwangsräumung stoppen« und das Netzwerk Stadt von unten. Ein erster großer Erfolg der Mieterbewegung war das Berliner Mietendeckel-Gesetz. Es verfügte – vorangetrieben vor allem vom zuständigen Senatsressort unter Leitung einer Senatorin der LINKEN – einen Mietestopp, d.h. das Verbot von Mieterhöhungen für einen Zeitraum von fünf Jahren und eine Absenkung von Wuchermieten auf fixierte Obergrenzen. Aber die Mieterbewegung und der Berliner Senat erlitten eine Niederlage. Das Bundesverfassungsgericht erklärte eine Landesregierung als nicht zuständig für eine derartige Mietgesetzgebung. Daraufhin strebt die Linkspartei nun einen Mietendeckel auf Bundesebene an (Schauer 2021).

Die Mieterbewegung war aber bei Forderungen nach einer Begrenzung der Mietsteigerung nicht stehen geblieben. Längst hatte sich abgezeichnet, dass die Wohnungskonzerne zu Kompromissen kaum bereit sind. Die Berliner Initiative »Deutsche Wohnen & Co. enteignen« hatte die Demonstration gegen Mietenwahnsinn, an der sich Anfang August 2019 35.000 Berlinerinnen und Berliner beteiligten, als Auftakt für eine Volksbefragung genutzt, die auf einen Volksentscheid über die Enteignung der größten Wohnungskonzerne zielt. Sie würde zehn Unternehmen betreffen, die Eigentümer von mehr als je 3000 Wohnungen und insgesamt von 243.000 Berliner Wohnungen sind. Die Deutsche Wohnen ist mit 111.500 Wohnungen der größte in Berlin operierende Wohnungskonzern, gefolgt von Vonovia mit 45.000 Wohnungen. Jüngst vollzieht sich die Vereinigung beider Konzerne zu noch größerer Monopolmacht auf dem Wohnungsmarkt. Ihre Aktien und Anleihen werden von den Finanzanlegern ebenso gehandelt wie die von Chemie- und Autokonzernen. Finanzprodukte der Immobilienkonzerne werden global verkauft und gekauft. Doch die Initiative »Deutsche Wohnen & Co. enteignen« setzte mit ihrer Unterschriftensammlung einen Volksentscheid für die Überführung von Wohnungskonzernen mit über 3000 Wohnungen in Gemeineigentum durch. Am 26. September 2021 stimmten über eine Million Bürgerinnen und Bürger für eine Verpflichtung des Berliner Senats zu entsprechenden Schritten. Das sind 56,4% der abgegebenen Stimmen. 39% der Stimmen waren Gegenstimmen. Eine Mehrheit in der Hauptstadt votierte für Vergesellschaftung im Wohnungssektor!

Das Wohnen ist bisher den Finanzmärkten unterworfen wie die Gesundheit. In beiden Sphären werden Renditen wie in anderen Branchen erwartet. Der Umsatz auf dem deutschen Immobilienmarkt erreichte 2017 die Rekordhöhe von 240 Milliarden Euro. Zu den Investoren in Deutsche Woh-

nen und andere Immobilienkonzerne gehört zum Beispiel BlackRock, ein Finanzunternehmen par excellence. BlackRock setzt zusammen mit anderen Finanzinvestoren die Trends in der gesamten Wohnungswirtschaft. Die Richtung heißt Finanzialisierung. Mit deren Maßstäben werden Mieten, Instandsetzung, Modernisierung, Kontrolle der Zuliefererketten im Wohnungsbau und wohnungsnahe Dienstleistungen (zum Beispiel Energieerzeugung), Gentrifizierung und Stadtentwicklung reguliert, soweit der Widerstand der Mieterinnen und Mieter und durch ihn herbeigeführte staatliche Beschränkungen dies nicht begrenzen. Doch die Vermieterseite scheint bisher übermächtig.

Regulationstheoretisch interpretiert bedeutet das für das Dreiecksverhältnis von Marktmechanismus, gesellschaftlicher Planung und Lenkung und zivilgesellschaftlichem Handeln bisher:

Der von Immobilienkonzernen beherrschte Marktmechanismus dominiert das Geschehen im Wohnungssektor. Gesellschaftliche Planung und Lenkung sind in sozialer Hinsicht unterentwickelt. Der Staat handelt seit der Aufhebung der Wohnungsgemeinnützigkeit überwiegend im Interesse der Wohnungskonzerne. Der zivilgesellschaftliche Widerstand von Mieterinnen und Mietern konnte das Kräfteverhältnis zu den großen Wohnungseigentümern bisher nicht ausreichend verändern. Aber in Deutschland und in anderen europäischen Staaten hat sich eine starke Mieterbewegung herausgebildet.

In Berlin, Barcelona, Madrid, Stockholm und einer wachsenden Zahl weiterer Städte fordert sie ein »Recht auf Stadt« für die Bürgerinnen und Bürger. Diese Forderung wird auch von den UN-Organisationen UNESCO und UN-Habitat unterstützt. Das Verlangen der Mieterbewegung läuft auf eine Begrenzung und perspektivisch auf die Überwindung der von Immobilienkonzernen geprägten Marktdominanz in der Regulierung von Wohnungsfragen hinaus. Es zielt darauf, die Wohnungspolitik staatlicher Instanzen in eine gesellschaftliche Planung und Lenkung des Wohnungsgeschehens unter starker Mitbestimmung von Mieterinnen und Mietern zu verwandeln. Die Kontrolle über die Entwicklung der Stadt und das Wohnen in der Stadt sollen in die Hände der Bürgerschaft übergehen. Oben wurde darauf verwiesen, dass die Kämpfe um digitale Selbstbestimmung der Stadtbewohnerinnen und -bewohner das Datenmonopol der internationalen Konzerne abschaffen und die Verfügung über alle wichtigen Daten der Stadt in die Hände ihrer Bewohnerinnen und Bewohner überführen sollen. Das betrifft auch alle Daten der Wohnungswirtschaft, beispielsweise die Offenlegung

der Eigentumsstruktur in diesem Sektor. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf zu wissen, wer ihre Vermieter eigentlich sind – bis zu den Finanzinvestoren.

Zu den wichtigsten Zielen der Mieterbewegung gehört die gesetzliche (Wieder-)Einführung der Wohnungsgemeinnützigkeit. Diese sollte zu einer Deckelung der Mietpreisentwicklung führen, zur Beschränkung der Gewinne in der Wohnungswirtschaft, zur Erweiterung des nicht allein deklaratorisch sondern tatsächlich sozialen Wohnungsbaus (Holm 2019), zum Ausbau eines günstig gestalteten Vorkaufsrechts von Kommunen auf dem Immobilienmarkt, zur Durchsetzung kollektiver Mieterrechte anstelle rein zivilrechtlicher nur privat zu verfechtender Rechte, unter Umständen zur Bildung von Mietergewerkschaften wie in Schweden und schließlich auch zur Enteignung großer Immobilienkonzerne.

Die soziale und die digitale Dimension einer Alternative im Wohnungssektor ist eng mit der ökologischen Dimension verbunden. Zu einer lebenswerten Stadt gehört eine gesunde Natur in der Stadt selbst, unter anderem ihre Begrünung und die Verwendung nachhaltig produzierter und recycelbarer Baustoffe. Aber Gebäude tragen erheblich zu CO<sub>2</sub>-Emissionen bei. Nach dem Klimaschutzplan der Bundesregierung müsste der Gebäudebestand bis 2045/50 nahezu emissionsfrei werden. Der Primärenergiebedarf der Gebäude müsste um mindestens 80% gesenkt werden.

Aber die Umsetzung dieser Ziele erfolgt schleppend und vielfach auf unsoziale Weise. Die Vermieter dürfen die Kosten der Modernisierung von Wohnungen einschließlich der energetischen Sanierung auf die Mieterinnen und Mieter umlegen. Energetische Maßnahmen dienen häufig als Vehikel der Mieterhöhung. Die angestrebte neutrale Wirkung von Mieterhöhung und Einsparung von Energiekosten für die Haushalte wird meist nicht erreicht. Die energetische Sanierung trägt nicht selten zur Verdrängung angestammter Bewohnerinnen und Bewohner und zu größerem Mangel an bezahlbaren Wohnungen bei.

Die Mieterbewegung muss sich also für eine ökologische Stadtentwicklung einsetzen, die zugleich auf eine sozial progressive Transformation zielt. Soziale und ökologische Stadtentwicklung sind voneinander nicht zu trennen. Und nicht von einer Demokratisierung und demokratischen Digitalisierung der Stadt.

Das Engagement von Bürgerbewegungen und Bürgerinitiativen für einen zugleich ökologischen und sozialen Umbau von Städten ist ein Teil des umfassenderen Kampfes gegen Klimawandel und für eine rettende Umweltpolitik.

# Kapitel 4

## Klimaneutralität – zentrales Bewährungsfeld einer zeitgemäßen Regulationsweise

Dieses Buch hat mit der Frage begonnen, ob es überhaupt sinnvoll ist, über die mögliche Regulationsweise in einer sozialistischen Gesellschaft nachzudenken, die es noch gar nicht gibt. Ob es einen Sinn ergibt, zur Herausbildung einer solchen Regulationsweise Vorstellungen zu entwickeln, obwohl der Übergang zu einer solidarischen gerechten Gesellschaft noch eher im Nebel liegt und ein langer Lernprozess sein wird.

Diese Frage wurde in dem hier vorliegenden Buch mit einem Ja beantwortet. Seine Leserinnen und Leser werden entscheiden, ob die Antwort nachvollziehbar ist. Ihre Urteilsbildung könnte vielleicht erleichtert werden, wenn die zuweilen zwangsläufig theoretischen Erörterungen auf ein weiteres praktisches Feld der Politik heruntergebrochen werden. Allerdings auf ein weiteres Feld von fundamentaler Bedeutung für die menschliche Existenz: auf die Politik zum Erreichen von Klimaneutralität in Deutschland. Sie wird von Regierungsseite bis 2045 angestrebt. Klimaexperten und Klimaaktivisten halten sie bis 2035 für erforderlich. Diese Aufgabe von noch nie dagewesener Reichweite notwendiger Umwälzungen wird – wenn überhaupt – nur bei gravierenden Veränderungen der gesellschaftlichen Regulationsweise zu lösen sein.

Das tritt in der Differenz zwischen den für das Erreichen von Klimaneutralität kategorisch erforderlichen Zielen und Schritten und den bisher existierenden Trends samt der unzureichenden klimapolitischen Zielsetzungen der Bundesregierung überdeutlich zu Tage. Im globalen Maßstab darf nach den Berechnungen des Weltklimarates (IPCC) ein Emissionsbudget von 580 Gigatonnen (Gt) CO<sub>2</sub> nicht überschritten werden, wenn mit 50-prozentiger Wahrscheinlichkeit eine Erwärmung der Erdatmosphäre von mehr als 1,5 Grad Celsius abgewendet werden soll. Bei 67-prozentiger Wahrscheinlichkeit dürften die CO<sub>2</sub>-Emissionen 420 Gt nicht überschreiten. Aktuell werden weltweit jährlich 42 Gt CO<sub>2</sub> emittiert. Wenn dieses Emissionsniveau andauert, wäre das noch verbleibende Emissionsbudget bereits in zehn Jahren aufgebraucht. Dabei sind die Wirkungen eines weiteren Auftauens der Permafrostböden noch nicht einmal berücksichtigt.

Das deutsche Emissionsbudget beträgt ab Anfang 2020 gerechnet nur noch 4,2 Gt. Es wäre bei gleichbleibenden jährlichen Emissionen schon 2026 aufgezehrt (Wuppertal Institut 2020: 25f.). Klimaneutralität bis 2035

zu erreichen, würde also extreme Anstrengungen über alles gegenwärtig Geplante hinaus erfordern. Eine progressive Regulationsweise müsste mit der Korrektur unzureichender Zielsetzungen durch Ziele auf der Höhe des Überlebensnotwendigen beginnen.

Die Investitionen in Wind- und Fotovoltaikanlagen beispielsweise müssten zusammen bis 2035 jährlich mindestens einen Zubau von 25 bis 30 Gigawatt (GW)-Kapazitäten sichern, von 40 GW sogar, wenn es nicht zu sehr starken Importen klimaneutraler Energieträger käme und der Übergang zu sparsamen Lebensstilen nicht schnell genug verlief. Aber im Durchschnitt der Jahre 2018 und 2019 erfolgte nur ein Zubau von 6,3 GW. Und das jährliche Zubauziel der Bundesregierung liegt bei 9,6 GW im Jahresdurchschnitt. Das Tempo des sozial-ökologischen Umbaus auf diesem entscheidenden Feld der Energiewirtschaft müsste also merklich höher als bisher werden und mehr als das Vierfache der Regierungsprojektion erreichen (ebd.: 14).

Noch dramatischer müsste die Beschleunigung der Wasserstoffherzeugung erfolgen. Wasserstoff und gasförmige sowie flüssige synthetische Energieträger könnten 25 bis 30 Prozent des zukünftigen Endenergiebedarfs decken. Doch das wäre das 8 bis 18fache der heutigen Erzeugung von Wasserstoff – und müsste noch dazu im Verlauf von Übergangsprozess in Abkehr von der klimaschädlichen Reformierung von Erdgas erfolgen (ebd.).

Für eine solche Entwicklung der Wasserstoffwirtschaft wird der Aufbau einer Kapazität an Elektrolyseuren mit einer Leistung von mindestens 40 bis zu 90 GW erforderlich. Doch in der Wasserstoffstrategie der Bundesregierung wird nur eine Kapazität von maximal 10 GW angestrebt (BMW 2020). Ihre Zielsetzung müsste vervielfacht werden.

Nach der Green Supreme-Studie müsste für das 1,5 °C-Ziel die PKW-Flotte in Deutschland von 47 Millionen konventionellen PKW bis zum Jahr 2035 – also innerhalb von 15 Jahren – durch 28 Millionen Fahrzeuge mit alternativen Antrieben ersetzt werden und der öffentliche Verkehr im Rahmen eines Umweltverkehrsverbundes verschiedener Mobilitätsträger entsprechend ausgebaut werden (ebd.: 80f.).

Statt einer energetischen Sanierung von jährlich unter ein Prozent wie bisher und anstelle von 2% als Zielmarke der Bundesregierung müssten jährlich 4% der Gebäude energetisch saniert, also mehr als das vierfache Tempo erreicht werden (ebd.: 89)



## 1. Klimawandel und Defizite gegenwärtiger Regulationsweise

Eine solche enorme Vervielfachung der Leistungen für den sozial-ökologischen Umbau in allen volkswirtschaftlichen Sektoren ist im Rahmen der bisher wirkenden Regulationsweise nicht erreichbar. Trotz massiver staatlicher Interventionen in die Wirtschaft ist die Regulationsweise noch immer überwiegend durch die Marktkonkurrenz der Großunternehmen bestimmt. Aber ihrer Einstellung auf die Erfordernisse von Klimaneutralität in historisch nie gekanntem Tempo wirken starke Faktoren entgegen:

### Blockaden gegen eine progressive Regulationsweise

#### *Kapitalentwertung durch Strukturwandel*

Riesige Kapitalmassen sind in Anlagen auf der Basis herkömmlicher Technologien fixiert. Der Umstieg auf klimafreundliche Technologien würde große Teile dieses Kapitals vorzeitig entwerten und die Profite entsprechend schmälern. Adam Tooze verweist zum Beispiel darauf, dass in den USA ein gewaltiges Ensemble von Gasfazilitäten – Fracking vor allem, Gas- und Ölpipelines, fossile Kraftwerke und an diese angeschlossene petrochemische Industrie – geschaffen wurde. Dieser ganze Komplex würde bei anspruchsvollen Zielen der Emissionseindämmung entwertet werden (Tooze 2021: 66). Noch ist der dominante Maßstab in der gegenwärtigen Regulationsweise nichts anderes als der monopolistisch-oligopolistische Profit. Die Energiekonzerne haben daher beim Bundesverfassungsgericht durchgesetzt, dass der vorgezogene Ausstieg aus der Kernenergie ihnen mit 2,4 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt vergütet werden muss. Selbst der Ausstieg aus einer verfehlten Risikotechnologie wird nicht von ihren Profiteuren, sondern von den Steuerbürgern bezahlt.

Nur ein gesellschaftlicher Konsens über weiter reichende Entwicklungsziele als die nach privatkapitalistischen Maßstäben formulierbaren Ziele, nur eine starke staatliche Planung, Lenkung und Finanzierung, die einen solchen Konsens durchsetzt, vermag die Grenzen privatmonopolistischer Regulierung zu durchbrechen. Nur mit einer neuen Kombination 1. von gesellschaftlicher Meinungsbildung und Aktivität seitens zivilgesellschaftlicher Kräfte, 2. staatlicher Lenkung und Planung und 3. eines gebändigten Marktmechanismus werden solche Ziele bestimmt und durchgesetzt werden können, die zu Klimaneutralität führen. Eigentümer und Forschungspersonal wichtiger Unternehmen mögen die Bedrohungen durch den Klimawandel und andere globale Gefahren häufig durchaus erkennen (Klein 2016: 218-221). Aber sie sehen sich einer globalen Verdrängungskonkurrenz und

Kurzfristerwartungen ihrer Aktionäre unterworfen, die langfristigen Strategien entgegenstehen, wenn diese kurzfristig Profitminderung bedeuten. In einem Gesprächskreis problembewusster Unternehmer und Manager erklärten Teilnehmer dem Autor des hier vorliegenden Buches, der Staat müsse ihnen wie ihren Konkurrenten eben bindende Vorgaben machen, an die sich alle Wettbewerber halten müssen. Dann könnten sie eher eigenen strategischen Einsichten und Moralvorstellungen gemäß handeln. Das läuft jedoch auf eine andere als die gegenwärtige Regulationsweise hinaus.

### *Mangelndes Wissen über aussichtsreiche Technologievarianten*

Ein Problem, dass das Risikomanagement privatkapitalistischer Unternehmen zunehmend überfordert, besteht in dem Widerspruch zwischen der Notwendigkeit, überaus weitreichende Strukturveränderungen in der Wirtschaft mit größtem Tempo voranzutreiben, und oft nur mangelhaftem Wissen darüber, welche Technologien die für den Klimaschutz vielversprechendsten sind. Die neuerdings extreme Konzentration auf das E-Mobil muss durchaus nicht die optimale Lösung für eine ökologische Verkehrswende sein. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler vom Wuppertal Institut konstatieren: »Ein großes Problem der Industrie bei Investitionen in klimaneutrale Technologien stellt die Unklarheit dar, welche Technologien eingesetzt bzw. optimal kombiniert werden sollen.« »So erfordert eine stark auf Elektrifizierung und inländische Stromerzeugung ausgerichtete Gesamtstrategie andere Anlagen und Infrastrukturen als eine stärker auf Importe von Wasserstoff und wasserstoffbasierte Energieträger und Rohstoffe ausgerichtete Strategie respektive eine Strategie, die in großem Umfang CCS als Lösungsoption erfordert.« (Wuppertal Institut 2020: 61) Auch linke und andere progressive Akteure sozial-ökologischen Wandels können diesem Problem nicht ausweichen. Aber mögliche Verluste bei Fehlentscheidungen können in einem starken öffentlichen Sektor und durch öffentliche Finanzen eher abgefangen werden als von privaten Unternehmen, wenn sie durch eine kritische zivilgesellschaftliche Öffentlichkeit früh genug sichtbar gemacht werden – befreit beispielsweise von dem Interesse privater Unternehmen, ihr investiertes Kapital nicht vorzeitig zu entwerten.

Privaten Unternehmen droht bei Investitionen in technologische Entwicklungen, die sich schließlich als nicht optimal erweisen, in eine Lock-in-Situation zu geraten. Sie könnten sich gefangen in einem ungünstigen Pfad wiederfinden, aus dem sie nur mit großen Verlusten oder gar nicht herauskommen und der sich als unzureichend oder falsch für den Klimaschutz erweist. Wenn kapitalistische Unternehmensstrategien in ernste Krisen geführt haben, wird allemal nach Rettung durch den Staat gerufen. Erstrangige

Bedeutung gewinnt, optimale Strategien für den sozial-ökologischen Umbau einschließlich der technologischen Veränderungen zu finden.

#### *Überforderung der Privatwirtschaft durch Infrastrukturinvestitionen*

Solche Strategien stellen häufig hohe Anforderungen an die materielle und soziale Infrastrukturentwicklung. Sie machen Finanzierungen in Größenordnungen notwendig, die selbst große Unternehmen überfordern. Sie werden ferner außenwirtschaftliche Entscheidungen einschließen, die die Außenpolitik und Geopolitik und damit staatliche Verantwortung berühren – zum Beispiel, wenn es um Wasserstoffimporte gehen soll.

Unumgänglich wird also eine weiter oben beschriebene neue Kombination gesellschaftlicher Planung und Lenkung und eines – staatlich regulierten – Marktmechanismus. Für das Feld des Kampfes um Klimaneutralität gewinnt diese zunächst allgemein formulierte Überlegung konkrete und entscheidende Bedeutung. Klimaneutralität zu erreichen, darf eben nicht den großen privaten Marktakteuren überlassen bleiben. Zu den beiden genannten Teilmechanismen der Regulation kommt ein drittes und nicht weniger wichtiges Element hinzu: das Handeln zivilgesellschaftlicher Akteure. Das wurde in den vorangegangenen Kapiteln ebenfalls wiederholt herausgearbeitet. Im Zusammenhang mit einer Politik, die auf Klimawandel innerhalb eines beispiellos kurzen Zeitraums zielt, nimmt auch diese Dimension der Regulationsweise konkrete Gestalt an:

#### *Verhinderung von gesellschaftlichem Konsens und Beteiligung*

Die Fülle der für einen sozial-ökologischen Umbau erforderlichen tief greifenden Maßnahmen wird nur dann durchzusetzen sein, wenn die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger sie versteht, akzeptiert und aktiv mitträgt. Ein großer Teil der umweltpolitischen Schritte muss auf lokaler Ebene unter Mitwirkung der Bevölkerung vollzogen werden. Aber die Energiekonzerne und ihre Lobby tun seit Jahrzehnten alles, um einem gesellschaftlichen Konsens zum energiepolitischen Umbau entgegenzuwirken.

Zurzeit leidet beispielsweise das Tempo des Ausbaus von Windenergie häufig am Widerstand der örtlichen Bevölkerung. Diese ist bisher nur selten an den Gewinnen aus den Windanlagen beteiligt, die oft Eigentum internationaler Finanzgruppen sind. Die Bürgerinnen und Bürger sehen sich von Nachteilen betroffen, aber ohne Teilhabe an den erzielten ökonomischen Vorteilen. Das kann nur durch entsprechende staatliche Regelungen verändert werden.

Doch über eine Vielzahl derartiger einzelner Aspekte hinaus gilt, dass der gesamte sozial-ökologische Umbau die Lebensbedingungen der Bevölke-

rung von Grund auf umwälzen wird. Die Lebens- und Konsumweisen werden sich ressourcen- und energiesparend verändern müssen. Eine verkehrsmindernde größere räumliche Nähe von Arbeitsort, Wohnort, Einkaufsmöglichkeiten und kulturellen Einrichtungen wird eine langfristige Umgestaltung der Stadtstrukturen erfordern. Die Mobilitätsgewohnheiten werden sich von Grund auf verändern müssen. Die Fülle einzelner Schritte sozial-ökologischen Wandels wird von den Verantwortlichen überzeugend zu begründen sein. Es geht nicht allein darum, Akzeptanz für bereits getroffene Entscheidungen zu gewinnen. Mehr noch wird das Gelingen des Umbruchs von der aktiven Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an Entscheidungsfindungen und an der Realisierung von Entscheidungen über die künftige Entwicklung abhängen. Eine der Grunderfahrungen aus der Corona-Krise ist, dass auf Dauer selbst eine womöglich überwiegend richtige Regierungspolitik an Akzeptanz verliert, wenn Parlamente und nichtparlamentarische Institutionen an Entscheidungsprozessen nicht beteiligt werden. Legendär sind als Gegenstück dazu die wöchentlichen »Kamingespräche« Präsident Roosevelts, in denen er der Bevölkerung die Regierungspolitik des New Deal sachlich detailliert und allgemeinverständlich nahebrachte, um ihr bewusstes Engagement zu gewinnen (Lehndorff 2020: 40). Die Klima-, Energie-, Verkehrs- und Wärmepolitik erfordert in der Tat das oben theoretisch begründete Zusammenwirken von gesellschaftlicher Planung und Lenkung, Marktmechanismus und zivilgesellschaftlicher Aktivität.

Diese Politik wird nicht ohne einen großen gesellschaftlichen Konsens möglich sein. Der »Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen« fordert deshalb einen »Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation«: »Es geht um einen Gesellschaftsvertrag für eine klimaverträgliche und nachhaltige Weltwirtschaftsordnung. Dessen zentrale Idee ist, dass Individuen und die Zivilgesellschaften, die Staaten und die Staatengemeinschaften sowie die Wirtschaft und die Wissenschaft kollektive Verantwortung für die Vermeidung gefährlichen Klimawandels und für die Abwendung anderer Gefährdungen der Menschheit als Teil des Erdsystems übernehmen.« (WBGU 2011: 2)

### *Blockierungen progressiver Klimapolitik durch die Eigentumsverhältnisse*

Einem solchen gesellschaftlichen Konsens steht aber entgegen, dass die Eigentums- und Machtverhältnisse die Gesellschaft spalten. Das Eigentum an den entscheidenden Wirtschaftsressourcen ist bei einer kleinen ökonomischen Machtelite konzentriert. Deren Profitinteressen führen zu permanenter Vertiefung der sozialen Ungleichheit zwischen monopolistisch/oligopolistischen Oligarchien und den Lohnabhängigen sowie anderen sozialen

Gruppen, zu rücksichtsloser Ausplünderung der Natur und zum Überschreiten ihrer Belastbarkeit. Ein gesellschaftlicher Konsens, ein sozial-ökologischer Gesellschaftsvertrag, wird kaum einer plötzlichen Einsicht aller Klassen, Schichten und sozialen Gruppen entspringen. Er wird wohl nur durch Überzeugungskraft in öffentlichen Diskussionen gepaart mit Kämpfen alternativer Akteure erreichbar sein. Die tragenden Kräfte eines sozial-ökologischen Umbaus kommen nicht umhin, beim Namen zu nennen, welche Mächte in der Gesellschaft eine auf Klimaneutralität zielende Umwelt- und Energiepolitik blockieren.

### Die größten Stromversorger und -erzeuger in Deutschland 2018

Anbieter	Anteil in%	Stromerzeugungsmengen in Terrawattstunden
RWE	30,2	105,9
LEAG	16,5	58,0
EnBW	14,4	45,8
Eon	6,8	23,9
Vattenfall	7,5	25,7

Quelle: Monitoringbericht 2019 der Bundesnetzagentur

Zu den großen Vier der deutschen Stromkonzerne gehören zahlreiche Tochterunternehmen, zum Beispiel eprimo (Eon), Natur Energie Plus (EnBW) und Yellow Strom (EnBW).

Claudia Kemfert, langjährige Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung und Lehrstuhlinhaberin für Energieökonomie und Nachhaltigkeit an der Hertie School of Governance in Berlin, hat in ihrem Buch »Kampf um Strom. Mythen, Macht und Monopole« nachgewiesen, dass vor allem die Stromkonzerne lange Zeit die Durchsetzung erneuerbarer Energien behindert haben und dies noch heute tun – auch wenn sie inzwischen selbst in den Markt für erneuerbare Energien eingestiegen sind (Kemfert 2013):

- Schon 1988 legten Wissenschaftler im Auftrag der EU-Kommission einen Bericht vor, in dem sie höhere Preise für Strom aus Kohle-, Gas- und Atomkraftwerken forderten, um die relativen Wettbewerbschancen von erneuerbaren Energien zu begünstigen. Aber die Regierung Kohl gab dem Widerstand der fossilen Industrien und der Atomwirtschaft nach. Sie verweigerte eine solche Preiserhöhung und erschwerte damit den Produzenten von erneuerbaren Energien, konkurrenzfähig zu werden.

Während der Staat weiter die Folgekosten des Fossilismus übernahm, wurden die Lasten für die überfällige Förderung von erneuerbaren Energien den Verbrauchern auferlegt. Mit dem Stromeinspeisegesetz wurden ab 1990 die Unternehmen verpflichtet, den Erzeugern Ökostrom abzunehmen und zu einem festgelegten Preis zu vergüten. Das war ein wichtiger Schritt zur Förderung der Erneuerbaren, aber die höheren Preise sind von den Endabnehmern zu tragen. Die Kohlelobby nutzte diese Regelung, um Energiepreiserhöhungen generell dem Vordringen erneuerbarer Energien zuzuschreiben und die öffentliche Meinung gegen ein schnelles Tempo der Energiewende zu mobilisieren. Praktisch genutzt wurde solche Meinungsmache in den letzten Jahren für die Deckelung des Zuwachses von Windenergie und Fotovoltaik. Kemfert belegte dagegen für das Jahr 2013, dass der Anteil der aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) folgenden EEG-Umlage am Strompreis nur 8,8% ausmache, der Anteil der Energiebeschaffung und des Vertriebs 35%, der der Netzentgelte 22% und der von Steuern und Abgaben 33,7% (ebd.: 74).

Teurer wird der Strom für die Haushalte durch viele Umstände, unter anderem durch die Kosten für den Netzausbau und die Energiespeicherung. Aber auch dadurch, dass die energieintensiven Unternehmen und auch andere, keineswegs unter internationalem Wettbewerbsdruck stehende Unternehmen von der EEG-Umlage ausgenommen werden und diese folglich die privaten Haushalte stärker trifft. Strompreiserhöhungen werden nicht zuletzt durch die oligopolistische Beschränkung der Konkurrenz ermöglicht, also durch hochkonzentriertes Kapitaleigentum. So führt der Umstand, dass die Quellen grüner Energie – Wind und Sonne – praktisch kaum etwas kosten, mit wachsendem Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung zwar zu sinkenden Strompreisen für die Unternehmen an der Strombörse. Aber diese Preissenkungen werden nicht an die Verbraucher weitergegeben.

- Obwohl die letzte Steinkohlenzeche in Deutschland zu dieser Zeit schon geschlossen war, wurden allein von 2013 bis 2015 neue Steinkohleblöcke mit zusammen fast 6000 MW in Betrieb genommen, gut ein Drittel der heutigen Kapazität dieses Sektors. Wiederum wogen die Interessen fossiler Konzerne schwerer als die Interessen an der Abwendung einer Klimakatastrophe.
- Selbst wenn es um von der Regierung präferierte marktkonforme Schritte der Energiepolitik geht, werden diese verlangsamt. Wenn eine Energiewende schon nicht zu umgehen ist, soll sie vorwiegend mit einer CO<sub>2</sub>-Bepreisung durch die Ausgabe von CO<sub>2</sub>-Zertifikaten erreicht werden. So wurde ein CO<sub>2</sub>-Preis von 25 Euro eingeführt, der bis 2025 auf 35 Euro

steigen soll. Aber nach Meinung vieler Experten ist erst von einem Preis von durchschnittlich 60 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub>, der auf 160 Euro ansteigen sollte, mit einer starken Wirkung des CO<sub>2</sub>-Preises auf die Kohleverstromung zu rechnen. Erst dann würden sich die Anbieter fossiler Energien ökonomisch gezwungen sehen, von deren Erzeugung zugunsten erneuerbarer Energien abzugehen. Auch in den bisher getroffenen Zertifikatsregelungen wirkt also der Einfluss der fossilistischen Wirtschaft hemmend auf die Energiewende. Viele Fachleute plädieren deshalb für einen Vorrang von CO<sub>2</sub>-Steuern vor CO<sub>2</sub>-Zertifikaten. Sie könnten viel direkter soziale Gerechtigkeit in der Energiewende bewirken als Ausgleichzahlungen an die Bezieher von niedrigen und mittleren Einkommen für Preiserhöhungen durch eine Zertifikatsregelung. Sie hätten überdies eine schnellere Wirkung als CO<sub>2</sub>-Zertifikate.

- Als die Kohlekommission der Bundesregierung im Januar 2019 endlich einen monatelang umstrittenen Kompromissvorschlag zum Kohleausstieg verabschiedet hatte, dauerte es wiederum anderthalb Jahre, bis die Bundesregierung ihre Empfehlungen in ein »Gesetz zur Reduzierung und zur Beendigung der Kohleverstromung« überführte. Aber der dort auf 2038 festgelegte Zeitpunkt für die Abschaltung der letzten Kohlekraftwerke liegt acht Jahre später als der in mehreren Expertengutachten (z. B. des Wuppertal Instituts 2020: 29) als notwendig bezeichnete Termin, der erforderlich wäre, um 2035 die Klimaneutralität Deutschlands zu erreichen. Aber die Bundesregierung strebte diese ursprünglich erst für 2050 an und korrigierte dieses Ziel erst nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts auf 2045.

Ein zweites großes Defizit des Kohleausstiegsgesetzes ist ein weiteres Zugeständnis an die Energiekonzerne: die Abschaltung der meisten Kohlekraftwerke soll nicht stetig, wie von der Kohlekommission befürwortet, sondern erst sehr spät kurz vor den Stichjahren 2030 und 2038 erfolgen.

- Ausgerechnet im Kohleausstiegsgesetz wurde verankert, dass ein neues Kohlekraftwerk, Datteln 4 – von RWE auf den Weg gebracht und jetzt dem Uniper-Konzern zugehörig – noch im ersten Halbjahr 2020 ans Netz gehen durfte. In der Kohlekommission war dagegen vereinbart worden, dass noch nicht in Betrieb genommene Kraftwerke die Kohleverstromung nicht mehr beginnen sollten. Doch wieder hatten die Energiekonzerne ihre Macht zur Geltung gebracht.

Energiekonzerne und Bundesregierung haben gemeinsam einen gefährlichen Zeitverlust im Dekarbonisierungsprozess zu verantworten. Die SPD erwies sich als nicht weniger mit der Kohle verbunden als die CDU, allerdings weit mehr als diese deshalb, weil sie sich dem Erhalt der Arbeitsplätze der

Kohlekumpel verpflichtet sah. Selbst DIE LINKE ist nicht frei von dieser Verstrickung. Als sie an der Brandenburger Koalitionsregierung beteiligt war, hat sie versucht, zwischen möglichst langer Bewahrung der Kohlearbeitsplätze und klimapolitischen Notwendigkeiten einen Kompromiss zu finden. Aber dieser lief schließlich viel zu lange auf eine Pro-Kohle-Politik hinaus (Klein 2012: 10-13). Die empirischen Erhebungen des Jenaer Forschungsteams um Klaus Dörre ergaben jedenfalls: »Gegenüber der rot-roten Landesregierung wird deutlich Kritik und Enttäuschung geübt, da diese, das jedenfalls ist die Wahrnehmung, sich einseitig auf die Kohle gestützt und die Entwicklung von Alternativen vernachlässigt habe.« (Dörre u.a. 2020: 117)

Ein Zwischenfazit solcher Impressionen von der Wirkung der Eigentums- und Machtverhältnisse in der Energiewirtschaft sollte sein, dass deren sozial-ökologischer Umbau zumindest umfassender institutionalisierter Kontrolle und strategisch angelegter Regulierung bis zur Veränderung von Eigentumsstrukturen bedarf. Davon sind der »Klimaschutzplan 2050« der Bundesregierung, ihre »Nationale Industriestrategie 2030«, die »Nationale Wasserstoffstrategie« des Bundeswirtschaftsministers und das Kohleausstiegsgesetz weit entfernt.

### **Defizite gegenwärtiger Regulation beim Strukturwandel der Kohleregionen**

Exemplarisch treten die Defizite der gegenwärtigen Regulationsweise in den Umbrüchen der Kohleregionen der Bundesrepublik zu Tage. Für den Strukturwandel dort ist auf regional überschaubarer Ebene die umfassendere Frage längst akut geworden, mit welcher Art Regulation die herangereiften strukturellen Umwälzungen ökologisch und sozial bewältigt werden sollen. Aus zwei Gründen vor allem wird dieser Frage hier nachgegangen.

Zum einen, weil es um die Bewältigung von Umbruchprozessen geht, die tief in das Leben der Menschen eingreifen. Immer betrifft es ihr Leben, wenn von Regulierung die Rede ist. In der Lausitz begegnet uns die Regulationsweise nicht mehr als abstraktes Regelwerk, nicht nur als Instrumentarium von Staatsapparaten. Sie wird ganz irdisch. Sie ist das, was den Menschen in der Region die Arbeit nimmt, sie in Schlaflosigkeit und Ängste stürzt – oder ihnen zu Sicherheit mitten in der Veränderung alles Gewohnten, zu begehren Wegen im Wirrwarr des Wandels, zu Zuversicht trotz all der neuen Anforderungen verhelfen könnte.

In der Lausitz muss sich der Anspruch an eine progressive Regulationsweise bewähren, die Umwelt auf solche Weise gesünder zu machen, dass das Leben der Menschen dabei in sozialer Sicherheit verläuft, ihre soziale



Lage sich mindestens mittelfristig verbessert und sie selbst an Entscheidungen beteiligt werden. Wenn der sozial-ökologische Umbau diesen Maßstäben nicht genügt, ist Anlass, die Politik samt der Regulationsweise kritisch zu prüfen.

Zum anderen sind der Strukturwandel in der Lausitz und seine Regulierung auch deshalb so interessant, weil in den Kohleregionen Probleme und Konflikte zu bewältigen sind, die bereits gegenwärtig und in absehbarer Zeit noch stärker auf andere Regionen, Branchen und Unternehmen zukommen. Hier wird vorweggenommen, was in weit größerem Maßstab in anderen Regionen Deutschlands und Europas folgen wird. Die Automobilindustrie ist nur ein Beispiel dafür (Dörre u.a. 2020).

Die regionale Begrenztheit der Kohleprobleme beschränkt natürlich den Spielraum für die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, in die der energiewirtschaftliche Umbau eingebettet ist. Denn im Rahmen der modifiziert-neoliberalen Verfasstheit der Bundesrepublik werden in der Lausitz und den anderen Kohleregionen nicht plötzlich ganz andere postneoliberale Formen der Gesellschaft die Entwicklung bestimmen. Aber der Kapitalismus ist generell durch hybride Eigentumsstrukturen (Kapitel 2, Punkt 1), verschiedene Steuerungsmechanismen und regionale Differenzierungen gekennzeichnet. In China werden wichtige gesellschaftliche Veränderungen nicht selten zuerst in ausgewählten Regionen erprobt – die allerdings zuweilen so groß wie manche europäische Staaten sind.

Es ist keineswegs zwingend, dass im Bericht der Kohlekommission und in den auf ihm beruhenden gesetzlichen Regelungen die Perspektiven der Lausitz fast ausschließlich technologisch – mit einigen kulturellen Beigaben – bestimmt werden. Veränderungen in den Gesellschaftsverhältnissen sind dort nicht oder nur oberflächlich erwogen worden. Zwar wird die Bedeutung eines Leitbildes für die Entwicklung der Lausitz betont. Als Vision für die Lausitz wird »die Stärkung der Lausitz als Industriestandort«, als »eine attraktive und zukunftsgerichtete Wirtschaftsregion mit neuen Wertschöpfungsketten« angeboten (Kohlekommission 2019: 74). Teils wird darunter eine »Energierregion Lausitz«, teils viel weiter eine »Innovative Industrie- und Dienstleistungsregion« oder eine andere vorwiegend technisch-ökonomisch bestimmte Variante verstanden, zuweilen die Lausitz auch als »grüne Region der Seen« bezeichnet (Rosa Luxemburg Stiftung 2019: 45ff.). Doch wie sollen oder könnten die gesellschaftlichen Verhältnisse gestaltet werden, in die sich wandelnde Industriestrukturen eingebettet wären? Aus dem Bericht der Kohlekommission ist nur zu erfahren: »Strukturpolitische Ziele sind lebenswerte, attraktive Regionen mit hoher wirtschaftlicher Dynamik, hochwertigen Arbeitsplätzen und Innovationskraft, die den Menschen vor

Ort klare Zukunftsperspektiven bieten.« (Ebd.: 82) Und: »Rechtssicherheit schafft Planbarkeit für die Unternehmen der Energiewirtschaft, Eigentumsrechte werden gewahrt.« (Ebd.: 8) Das ist wenig für ein Zukunftsbild der Kohleregion, das immerhin die Verwendung von rund 17 Milliarden Euro aus der Staatskasse mitbestimmen soll.

1989/90 hatte die Implosion des Staatssozialismus in Ostdeutschland auf dem Gebiet eines ganzen Staates einen Neubeginn auf die Tagesordnung gesetzt. Diesmal, in der Lausitz und in den anderen deutschen Kohleregionen, ist der zu gestaltende Raum viel kleiner. Aber die Herausforderung, neue Wege zu beschreiten, ist inzwischen noch gewachsen. Der gegenwärtige Druck hat existenziellen Charakter. Eine drohende Klimakatastrophe abzuwenden, ist für Hunderte Millionen Menschen eine Überlebensfrage. Dazu beizutragen, ist die Aufgabe auch in der Lausitz. Zu fragen ist, ob wenigstens im Rahmen der Möglichkeiten eines regional begrenzten Raumes dieser Herausforderung entsprochen wird. Zu fragen ist, ob das überhaupt möglich ist, ohne Eigentumsverhältnisse und eingefahrene Entscheidungsstrukturen anzutasten. Auch in der brandenburgischen Energiewirtschaft überwiegt privates Kapitaleigentum, wie eine Studie aus dem Leibniz-Institut für regionale Entwicklung und Strukturplanung (IRS) belegt (Becker/Gailing/Naumann 2012).

Die LEAG bleibt vorerst in der Energieversorgung der absolut dominierende Eigentümer. Zumindest bis vor kurzem waren RWE und Eon, vertreten durch das Tochterunternehmen Eon edis, die Haupteigentümer des größten Teils der Energienetze in Brandenburg. Seit der 2019 erfolgten Neuaufteilung der Geschäftsbereiche zwischen Eon und RWE verbleibt unter den 59 Hochspannungsnetzbetreibern die Kontrolle vorwiegend bei ihren Tochterunternehmen. Die fünf größten Betreiber von Hochspannungsnetzen sind die DB Energie GmbH, die E.dis Netz GmbH, die Stromnetz Berlin GmbH, Avacon Netz GmbH und die Stromnetz Hamburg GmbH. Große überregionale Kapitaleigentümer in der Brandenburger Energiewirtschaft sind die envia Mitteldeutschland GmbH mit Hauptsitz in Chemnitz, die französische GDF Suez, der russische Gazprom Konzern und die von der Berliner GASAG gegründete EMB Energie Mark Brandenburg. Eon edis, RWE und die envia Mitteldeutschland sind, wie in der Studie des Leibniz-Instituts festgestellt wird, Eigentümer an Netzen und Versorgungsunternehmen in allen Brandenburger Landkreisen mit Ausnahme der Prignitz oder halten dort Beteiligungen. Unter den 93 Banken, die weltweit nach Untersuchungen der NGO Urgewalt, Mitglied der Klima Allianz Deutschland, an der Finanzierung der Kohlewirtschaft beteiligt sind, zählen 20 deutsche Banken, darunter die Deutsche Bank. Die Banken sind mit den in der Kohle etablierten großen

deutschen Energieversorgern verbunden – auch wenn diese nun in erneuerbare Energien und Effizienztechnologien einsteigen.

Aber werden Machtstrukturen, die jahrelang trotz alarmierender wissenschaftlicher Warnungen eine fossilistische und atomare Energiepolitik getragen haben, nun plötzlich unangetastet eine schnellstmögliche Zeitenwende in Energie- und Klimapolitik hervorbringen? Werden sie plötzlich beispielsweise den wenig profitablen Bereichen der Care-Arbeit und der öffentlichen Daseinsvorsorge jenes neue Gewicht im Verhältnis zur Produktion zumessen, das sozial-kulturell erstrebenswert und erforderlich ist, um hochqualifizierte Fachkräfte und ihre Familien an die Lausitz zu binden? Wird die Ansiedlung eines US-Weltkonzerns wie Tesla die Machtverhältnisse zugunsten politischer Gestaltung Brandenburgs unter starker zivilgesellschaftlicher Beteiligung fördern? Das ist höchst unwahrscheinlich. Ein kleines Begebnis in den Diskussionen der Kohlekommission verweist auf das Gewicht der Privatwirtschaft in den Entscheidungsprozessen. Als der brandenburgische Ministerpräsident ein Votum gegen das Abbaggern von weiteren Dörfern durchsetzen wollte, wurde das mit der Festlegung verhindert, dass die LEAG selbst ab 2020 darüber entscheiden wird, ob der Tagebau Welzow Süd II noch aufgeschlossen wird.

Zur Kenntnis zu nehmen ist in solchen kritischen Überlegungen allerdings auch, dass in der Wahrnehmung der bei der LEAG Beschäftigten und vieler anderer Lausitzer Bürgerinnen und Bürger der Konzern keineswegs zu den Bösen gehört. Er zahlt hohe Löhne, bietet gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen und fördert regionale soziale und kulturelle Projekte. Er wird vielfach als »Leuchtturm« im unsicheren Umfeld gesehen (Dörre u.a. 2020: 78). In der Abwehr eines als zu schnell empfundenen Ausstiegs aus der Kohleverstromung stehen Unternehmensspitze und Belegschaft zusammen.

Und in welche Richtung werden die Unternehmen in anderen Branchen die Entwicklung in der Lausitz beeinflussen? Die Projektlisten der Braunkohleregion im Anhang 6 des Berichts der Kohlekommission umfassen 146 eng bedruckte Seiten mit Vorschlägen zur Finanzierung von Projekten des Strukturwandels. Für Brandenburg wurden 67 Projekte und 70 Sofortmaßnahmen eingebracht. Die Autoren der Studie »Nach der Kohle« zweifeln daran, dass sich aus der Vielzahl der im Einzelnen sicher meist sinnvollen Projekte ein strategisch orientiertes Gesamtkonzept ergibt und sehen in dieser Unsicherheit eine erhebliche Gefahr für den Erfolg des Wandels (Rosa Luxemburg-Stiftung 2019: 45; 51).

Auch in der ersten Einschätzung des Abschlussberichts der Kohlekommission von Uwe Witt (DIE LINKE) vom 26.1.2019 heißt es: »Die Länderprojektlisten sind jedoch weitgehend als eher schnell zusammengestellte

Wunschliste nach dem Motto ›Was wir immer schon wollten‹ zu betrachten.«

Nüchtern beurteilt gibt es also Jahrzehnte nach der Reduzierung von 79.000 Arbeitsplätzen in der Kohle im Jahr 1989 auf unter 8.000 im Jahr 1999 noch immer keine klare Perspektive für die Lausitz, keine solide Planung für die Zukunft, keine zielgerichtete Lenkung des Umbaus – trotz der Arbeit der Kohlekommission. Genau das ist das Gefühl der von der Gruppe um Klaus Dörre Befragten, sowohl der in der Kohle Beschäftigten als auch der Kohlegegner. »Wenngleich einzelne Vorschläge wie etwa die Verbesserung der Bahnanbindung oder die Ansiedlung von Forschungsinstituten durchaus begrüßt werden, ist die Sorge verbreitet, dass die Milliarden zur Strukturförderung ›versickern‹ und Fördergelder zweckentfremdet werden könnten.« (Dörre u.a. 2020: 105)

Die Schlussfolgerung daraus lautet: Noch sind die Messen nicht gesungen! Die gesellschaftliche Linke und alle zivilgesellschaftlichen demokratischen Kräfte, die ihr Land gestalten wollen, haben es noch in der Hand, in den Planungs- und Lenkungsprozess, in den Umbau der Lausitz einzugreifen.

Wie weit an der fehlenden Kohärenz des Strukturwandels die Wettbewerbsinteressen einzelner Unternehmen, wie weit die unterschiedlichen Interessen der beteiligten Kommunen und neun Brandenburger Ministerien und wie weit mangelndes strategisches Koordinierungsvermögen der Staatskanzlei ursächlich beteiligt sind, lässt sich von außen schwer beurteilen. Hier kommt es jedoch nur darauf an festzuhalten, dass zu einem überzeugenden Zukunftskonzept eines Gemeinwesens natürlich die Gestaltung der Gesamtheit gesellschaftlicher Verhältnisse gehört.

Exemplarisch tritt in den Kohlenregionen ein weiterer wichtiger Transformationskonflikt zu Tage, der auch in allen anderen von tiefem Strukturwandel betroffenen Unternehmen und Regionen Probleme bereiten wird. Das ist der Konflikt zwischen den Beschäftigten in Betrieben, die von Rückbau oder Konversion betroffen sein werden und dagegen Widerstand entwickeln, und den Befürwortern sozial-ökologischer Transformation. Klaus Dörre interpretiert ihn als Widerspruch zwischen Interessen, die auf der sozioökonomischen Achse des neuen Transformationskonflikts angesiedelt sind (am Erhalt der Arbeitsplätze, des Status und der Einkommen) und Interessen auf der Achse des ökologischen Gesellschaftskonflikts (an schnellem ökologischen Umbau und am Bruch mit allen Verhältnissen, die dem entgegenstehen).

Mit Abstand betrachtet wird ein gemeinsames Interesse der Akteure auf beiden Ebenen erkennbar, weil sichere Arbeitsplätze angesichts der ökologischen Gefahren nur von einem langfristig geplanten und sozial bewältigten ökologischen Umbau zu erwarten sind. Aber in der Studie »Abschied von Kohle und Auto?« wird deutlich, dass in der Lausitz die Differenz zwischen den Lagern der Braunkohlebeschäftigten und der Braunkohlegegner in den Vordergrund getreten ist und sich derart verhärtet hat, dass die Autorinnen und Autoren der Studie zu der Einschätzung kommen: »Die Machtressourcen der Akteure beider Konfliktachsen werden so eingesetzt, dass wechselseitige Verständigung als unmöglich erscheint.« (Ebd.: 295). Dass dadurch der Transformationsprozess ernsthaft erschwert wird, liegt auf der Hand.

Aus der Impression von den Problemen des Strukturwandels in der Lausitz ergeben sich Fragen und Schlussfolgerungen:

*Erstens:* Sollte nicht ein – wenn auch sehr später – »Kassensturz« zum Niveau strategischer Gestaltung der Lausitz eine neue Ausgangsbasis zur Konditionierung einer angemessenen nachhaltigen Regulationsweise schaffen? Sollte nicht eingehend geprüft werden, wie und durch welche Institutionen mit welchen Kompetenzen gesellschaftliche Planung und Lenkung in der Lausitz und in den anderen Kohleregionen institutionell gesichert werden kann, die den Maßstäben sozial gerechter Transformation und der Klimaneutralität Deutschlands entspricht?

Die Übersicht zu Akteuren des Strukturwandels der Kohleregionen in der Studie »Nach der Kohle« vermittelt eher den Eindruck sehr zersplitterter Vorgaben durch unzureichend koordinierte Kräfte. Nach eigener Zuschreibung obliegt der »Wirtschaftsregion Lausitz GmbH/WRL« die strategische Koordinierung und Begleitung des Strukturwandels und seine Abstimmung zwischen den betroffenen Ländern (ebd.: 33). Aber gesellschaftsstrategische Lenkungscompetenz ist bei ihr kaum etabliert.

*Zweitens:* Sollte nicht geprüft werden, wie der zugesagte staatliche Aufwand von 40 Milliarden Euro für den Strukturwandel der Kohleregionen zugunsten eines progressiven Wandels der Eigentums- und Machtverhältnisse genutzt werden kann? In vielen Fällen könnte eine staatliche Finanzierung von Umbauprojekten für deren Realisierung in Gestalt von Commons eingesetzt werden, wo bisher privatkapitalistische Verhältnisse vorherrschen. Kommunale Unternehmen, öffentliche Daseinsvorsorge und solidarische Wirtschaftsformen und zumindest erheblicher öffentlicher Einfluss auf staatlich finanzierte Projekte sollten verstärkt gefördert werden. Die Kohleregionen könnten Vorreiter für den verstärkten Ausbau hybrider Eigentumsstrukturen werden.

## 2. Verflechtung von Klimawandel und anderen globalen Gefahren 197

*Drittens:* In den vorangegangenen Kapiteln wurde betont, dass das Handeln zivilgesellschaftlicher Akteure ein wesentliches Element einer progressiven Regulationsweise ist. Die Betroffenen von Transformationsprozessen sollten an Entscheidungen über deren Verlauf teilhaben. Die milliarden-schwere staatliche Finanzierung des Strukturwandels in den Kohleregionen der Bundesrepublik wird das Leben der Bürgerinnen und Bürger dort hochgradig beeinflussen – so wurde argumentiert. Es ist ein Gebot der partizipativen Demokratie, dass die Betroffenen sich weitreichenden Einfluss auf den Einsatz dieser Mittel sichern. Aber das Team der Studie »Nach der Kohle« kommt nach seinen empirischen Untersuchungen zu dem Befund: »Die Stimmen der Betroffenen müssen gehört werden. Ihre Lebenswege und -leistungen sind anzuerkennen. Dies schien uns in den vielen Jahren der Beschäftigung mit den Problemen in der Lausitz gerade nicht gegeben. [...] Insgesamt gilt, dass die Meinungen der Bevölkerung wie der Beschäftigten des Kohlebergbaus vor Ort in der Debatte um das Ende der Kohleverstromung in der Lausitz kaum gehört werden.« (Rosa Luxemburg Stiftung 2019: 6).

Eine progressive Regulationsweise muss dieses Defizit überwinden. Sie muss dies um der Erneuerung der Demokratie willen, die für eine solidarische Gesellschaft und die Wege zu ihr unabdingbar ist.

Eine Regulationsweise auf der Höhe der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts wird einer extremen Komplexität der drängenden ungelösten Probleme entsprechen müssen. Auch das wird auf dem Feld der Klimapolitik exemplarisch erkennbar. Nach einer Impression von Regulierungsproblemen auf regionaler Ebene soll dieses Problem nun im Kontext einer anderen, der globalen Ebene nämlich behandelt werden.

### 2. Gefährliche Verflechtung von Klimawandel und anderen globalen Gefahren

Die Überwindung von Defiziten der gegenwärtigen Regulationsweise ist ein Überlebensgebot. Das wird erkennbar, wenn wir die bedrohlichen Verflechtungen von sozialer Ungleichheit und Armut in der Welt mit dem Klimawandel, von Krieg und Rüstung mit dem Klimawandel, von Niedergang der Demokratie mit dem Klimawandel bedenken. Die ungelösten Gefahren und Probleme treiben den Klimawandel voran, umgekehrt werden sie durch den Klimawandel vergrößert. Die gegenwärtige Regulationsweise hält die unheilvollen Wechselwirkungen nicht auf, sie vertieft sie vielmehr. Sie muss nicht zuletzt im Kontext globaler Gefahren durch den Übergang zu einer neuen Regulationsweise ersetzt werden.

### **Klimawandel und soziale Ungleichheit**

Der Klimawandel verstärkt weltweit die soziale Ungleichheit. Er führt zu Hungerkatastrophen. Er erschwert den Kampf gegen die Armut. Kämpfe um die Abwendung einer Klimakatastrophe und Kämpfe um soziale Gerechtigkeit, um Auswege aus der Armut sind voneinander nicht zu trennen. Klimapolitik wird ohne Politik, die auf menschenwürdige Lebensweisen zielt, nicht erfolgreich sein können – und umgekehrt.

Denn der Klimawandel verschlingt gesellschaftlichen Reichtum und entzieht ihn der Armutsbekämpfung. Im Bericht des Weltklimarats (IPCC) von 2018 werden selbst bei einer Begrenzung der Erderwärmung auf nur 2°C im Vergleich zum vorindustriellen Niveau weltwirtschaftliche Schäden in Höhe von 69 Billionen Dollar erwartet. Aber die gegenwärtigen Trends deuten sogar auf eine noch stärkere Erwärmung hin. Das DIW rechnet bis 2050 bei Fortsetzung der gegenwärtigen Trends mit Verlusten von bis zu 214 Billionen Dollar. Derartige Verluste tragen erheblich dazu bei, dass die Millenniumsziele der Vereinten Nationen zur Minderung der Armut, zur Hebung des gesundheitlichen Status, zur Senkung der Kindersterblichkeit, zur Verbesserung von Wohnverhältnissen nur teilweise eingelöst werden und immer wieder schwere Rückschläge erlitten. Nachhaltige Hebung der Lebensniveaus rund um die Erde ist nur möglich, wenn der Klimawandel umgehend gestoppt wird. In vielen Weltregionen ist das längst offensichtlich. In Pakistan haben katastrophale Überschwemmungen im Gefolge des Klimawandels großen Anteil an der verbreiteten Armut. Das trifft auch für andere Länder zu.

Im Jahresdurchschnitt geht die landwirtschaftlich genutzte Fläche zur Zeit um 1,3% zurück, zum Teil durch Ausdehnung von Wüsten und durch Dürren im Ergebnis der Erderwärmung. Agrokonzerne, die zugunsten ihrer Profite aus der monokulturellen Produktion von Soja und Palmöl Regenwälder roden, treiben den Klimawandel mit vermehrter CO<sub>2</sub>-Produktion und verminderter Bindung von CO<sub>2</sub> voran. Die Vertreibung von Hunderttausenden Kleinbauern zugunsten großflächiger Plantagenproduktion hat massenhafte Armut zur Folge. Der Klimawandel und die industrielle Landwirtschaftsproduktion reduzieren die Artenvielfalt in gefährlicher Weise. Bei einer durchschnittlichen Erderwärmung von 3 °C wären 20 bis 30% der Arten einem »hohen Risiko« des Aussterbens ausgesetzt. Das würde ebenfalls die Lage vieler Millionen Menschen, deren Ernährung und Einkommen vom Fischfang abhängen, drastisch bedrohen. In Indien gab es vor 100 Jahren etwa 30.000 Reissorten, heute werden weniger als 35 angebaut. Die Bestandslisten des US-Landwirtschaftsministeriums weisen aus, dass im Vergleich zum Anfang des 20. Jahrhunderts bei 75 verschiedenen Gemüsearten rund 97% der Sorten ausgestorben sind. Monokulturen erhöhen die

## 2. Verflechtung von Klimawandel und anderen globalen Gefahren 199

Gefahr der Schädlingsverbreitung und die Armut davon betroffener Bauern. Die großen Saatgutkonzerne haben das genutzt. Sie haben Millionen Bauern in Indien und anderen Ländern von genmanipuliertem Saatgut abhängig gemacht, das schädlingsresistent und hoch ergiebig sein soll. Aber es muss jährlich neu gekauft statt selbst produziert zu werden. Massenhafter Ruin kleiner Bauernwirtschaften ist die Folge. Klimawandel, profitgeprägter Umgang mit ihm und Armut hängen zusammen.

Der Klimawandel macht arme Länder noch ärmer. Er trifft sie besonders hart, weil ihre Wirtschaftsschwäche die Möglichkeiten zur Minderung seiner Folgen stark beschränkt und eine aktive Klimapolitik finanziell und technologisch weitgehend begrenzt. Der Übergang zu erneuerbaren Energien und Effizienztechnologien, Aufforstungen und Schutz gegen Hochwasser erfordern Mittel, über die sie meist nicht verfügen. Und überdies bieten die schwach entwickelten Sozial- und Gesundheitssysteme der armen Bevölkerung nur wenig Schutz vor den negativen Folgen des Klimawandels. Reiche können dieser Wirkung eher ausweichen.

Sozial Schwächere leiden auch in wohlhabenden Ländern mehr unter dem Klimawandel als Bessergestellte. Sie haben häufig einen schlechteren gesundheitlichen Status als Einkommensstarke. Sie sind daher durch Klimaschäden verwundbarer, beispielsweise durch Hitzewellen. Einkommensschwache Haushalte haben weniger finanziellen Spielraum für den Einkauf von Ökoprodukten. Ihre Möglichkeiten zur Wahl umweltfreundlicher Lebens- und Konsumweisen sind eingeschränkt. Menschen in prekärer Wirtschaftslage liegt das billige Überleben zwangsläufig oft näher als die Sorge um die Umwelt, die sich urbane Gebildete mit besserem Einkommen eher leisten können. Neue energieeffiziente Haushaltsgeräte etwa sind für sie häufig nicht erschwinglich. Die Klimakrise trifft sozial Schwache besonders hart, und umgekehrt können sie die Umwelt oft weniger schonen als es die Reichen könnten. Die allerdings pflegen einen Lebensstil, der das Klima ungleich stärker belastet als es einkommensschwächere Bevölkerungsteile tun.

Nachholendes Wachstum in wirtschaftlich schwach entwickelten Ländern ist oft verbunden mit ansteigenden Umweltbelastungen. Auch Linkeregierungen wie in einigen lateinamerikanischen Ländern sind versucht, soziale Reformen zulasten der Natur zu finanzieren, um ihre Wählerinnen und Wähler nicht zu enttäuschen. Extraktivismus als Wirtschaftsmodell ist die Folge. Regenwälder werden zugunsten der Erschließung von Ressourcen im Boden abgeholzt. Die indigene Bevölkerung, die sich gegen die Zerstörung ihrer Lebenswelt und Kultur zur Wehr setzt, ist oft Repressionen ausgesetzt – zulasten des Klimas und der Umwelt. In China hat das enorme



Tempo nachholender Industrialisierung zunächst zu einer Explosion umweltbelastender Sektoren wie der Kohleverstromung geführt. Allerdings beweist die chinesische Entwicklung auch, dass eine problembewusste staatliche Planung und Lenkung in der Lage ist, selbst bei einem noch relativ niedrigen BIP pro Kopf bereits einen weitreichenden sozial-ökologischen Umbau einzuleiten (Land 2020: 2f.; Elsner 2020; Tooze 2020). Umso mehr gilt für die Linke in wirtschaftlich hoch entwickelten Ländern, dass in ihren klimapolitischen Konzepten und Strategien das Soziale mit ökologischen Ansprüchen verbunden werden muss.

Überfällige europäische und nationale langfristige Investitionsprogramme müssen klima- und umweltfreundlichen Strukturwandel mit der Schaffung nachhaltiger Arbeitsplätze, der Sicherung »guter Arbeit« und der Stärkung des Sozialstaats verbinden. Die digitale Revolution muss in den Dienst des ökologischen Umbaus genommen werden. Der Ausbau der Schienen- und Kommunikationsnetze kann die Reduktion des PKW- und LKW-Verkehrs voranbringen. Soziale Infrastrukturinvestitionen in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Bildung, Wohnen und Kultur bedürfen zwar auch materieller Ressourcen, sind aber per Saldo weniger ressourcenintensiv und eher klimaschonend als viele produzierende Bereiche. Soziale Infrastrukturen gewinnen erstrangige Bedeutung für eine reiche Persönlichkeitsentwicklung. Ein starkes Gewicht öffentlicher Dienstleistungen, öffentlicher Daseinsvorsorge, entschieden höhere Wertschätzung der dort geleisteten Arbeit und endlich ihre entsprechende Bezahlung sollten nicht zuletzt einer geschlechtergerechten Stellung der dort beschäftigten Frauen und ihrer Emanzipation dienen.

### **Klimawandel, Krieg und Rüstung**

Der Klimawandel beschwört militärische Konflikte und Kriege herauf. Indem er die soziale Ungleichheit in der Welt vertieft, indem er Armut und Hunger mit sich bringt, verschärft er soziale Konflikte und Nöte, die in vielen Ländern des globalen Südens zu den Ursachen für militärische Konflikte und Kriege gehören.

Der Klimawandel führt zur Verknappung von Naturressourcen und tendiert zu Ressourcenkriegen. *Wasserkrisen* sind ein Beispiel dafür. Der Klimawandel droht in ernste Wasserkrisen zu münden. Er führt nicht allein zu Dürren und Überflutungen, sondern langfristig durch Verdunstung auch zur Austrocknung von Gewässern und zur Verringerung der verfügbaren Wassermenge. Das Abschmelzen der Gletscher beginnt, im Himalaya und Karakorum, in Bolivien, Ecuador und Peru die Wasserversorgung von Hunderten Millionen Menschen zu beeinträchtigen. Bereits gegenwärtig haben rund

## 2. Verflechtung von Klimawandel und anderen globalen Gefahren 201

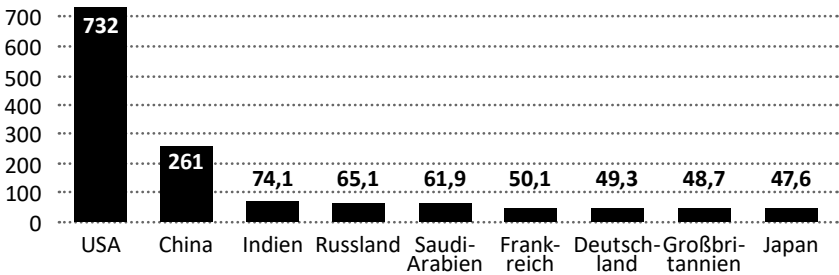
780 Millionen bis zu eine Milliarde Menschen keinen Zugang zu sauberem Wasser. Rund zwei Milliarden Menschen leiden unter chronischer Wasserknappheit, die Hälfte davon unter akutem Wassermangel. Deren Zahl könnte sich innerhalb von 15 Jahren verdoppeln, wie eine in den Stern-Report eingegangene Studie prognostiziert. In Küstenregionen könnte das mit steigendem Meeresspiegel eindringende Salzwasser das Grundwasseraufkommen schädigen. Frauen, denen es in vielen armen Ländern überwiegend noch obliegt, ihre Familien mit Wasser zu versorgen, müssen oft beschwerliche Wege bis zum nächsten Brunnen zurücklegen.

Kämpfe um Wasser drohen in Wasserkriege umzuschlagen. Über 50 große Flüsse auf unserem Planeten fließen durch mehrere Länder und haben für deren Landwirtschaft und Ernährung zentrale Bedeutung. Die Aufteilung der Wassermengen zwischen den Anliegerstaaten birgt enormes Konfliktpotenzial. Für den Nil, den Jordan und Indus gibt es Wasserabkommen zwischen den beteiligten Staaten. Fraglich ist angesichts des Bevölkerungswachstums in diesen Regionen aber, wie lange sie tragfähig bleiben. Und in der Regel gibt es keine internationalen Wasserverträge oder sie werden missachtet. So ist die Türkei dabei, 22 Staudämme an Tigris und Euphrat zu bauen, die die Wasserversorgung für Syrien und den Irak gefährlich zu verschlechtern drohen (Keulertz 2018). In einer Studie im Auftrag des US-Außenministeriums wird angenommen, dass die Gefahr von Wasserkriegen mittelfristig deutlich zunehmen wird ([www.welt.de/politik/ausland/article108412963/Der-Krieg-der-Zukunft-geht-ums-Wasser.html](http://www.welt.de/politik/ausland/article108412963/Der-Krieg-der-Zukunft-geht-ums-Wasser.html)).

Der Klimawandel bringt Klimamigration hervor, die ebenfalls militärische Konflikte heraufbeschwört. Versteppung, Ausweitung der Wüsten, Überflutungen und Waldbrände veranlassen Millionen Menschen zur Flucht. Beispielsweise hat im Sudan das Vordringen von Wüsten um mehr als 100 km dazu geführt, dass sich die Bewohner der betroffenen Gebiete mit ihrem Vieh neue Territorien suchen und dabei in Konflikt mit sesshaften bäuerlichen Teilen der Bevölkerung geraten. Das hat zu den Bürgerkriegen im Sudan beigetragen. Doch ist dies nur ein Menetekel künftiger Konflikte, die aus der Verschiebung von Klimazonen erwachsen können.

Der Klimawandel führt zur Verknappung von Naturressourcen und tendiert zu Ressourcenkriegen. Das betrifft landwirtschaftlich nutzbare Böden (Bommert 2012) ebenso wie Fischgründe (Clover 2004) und Wasservorräte. Der Streit um Ressourcen war schon immer in der Geschichte des Kapitalismus eine wichtige Ursache von Kriegen. Hier geht es aber darum, dass der Klimawandel diese Kriegsursache noch verschärft und dramatisiert.

Bisher wurde festgestellt, dass der Klimawandel auf unterschiedliche Weise Anstoß für Rüstung und militärische Konflikte ist. Umgekehrt sind

**Abb. 6: Militärausgaben ausgewählter Länder 2019 (in US-Dollar)**

Quelle: SIPRI-Jahrbuch 2020, Stockholm

Rüstung und Kriege starke Treiber des Klimawandels. Krieg feuert den Klimawandel an, indem er massenhaft Produktionsanlagen, Wohnsubstanz, materielle Infrastrukturen und militärische Kapazitäten zerstört und damit neuen Ressourcen- und Energieaufwand für den Ausgleich der vernichteten Potenziale nach sich zieht.

Kriege und Rüstung verschlingen Finanzen und Ressourcen, die für die Rettung des Klimas und der Umwelt mit äußerster Dringlichkeit gebraucht würden. Joseph Stiglitz, früherer Chefökonom der Weltbank, und Linda Bilmes haben dies mit ihren Berechnungen der Kosten des Irak-Krieges exemplarisch deutlich gemacht. Sie beziffern die Kriegs- und Kriegsfolgekosten allein für die USA, nicht die Verluste für den Irak selbst, auf rund 5 Billionen Dollar (Stiglitz/Bilmes 2008). Das US-Militär gilt als der größte globale institutionelle CO<sub>2</sub>-Emittent.

Im Jahr 2019 sind nach Angaben des Stockholmer SIPRI-Instituts weltweit schätzungsweise 1,917 Billionen Dollar (1,77 Billionen Euro) für Rüstung ausgegeben worden. Das entspricht 2,2% des globalen BIP. Im Jahr 2021 wurden erstmals mehr als zwei Billionen Dollar für Rüstung aufgewandt. Den höchsten Zuwachs unter den Top-15-Staaten verzeichnete im Jahr 2019 mit 10% die Bundesrepublik. Sie übertrifft nun die Militärausgaben Großbritanniens und Japans.

Auf eine besondere komplexe Weise verstärken in Dutzenden Ländern die sogenannten »neuen Kriege« den Klimawandel. »Klassische Kriege« finden zwischen Staaten statt. Die »neuen Kriege« sind überwiegend innerstaatliche oder innerregionale Auseinandersetzungen, hinter denen allerdings oft auch Interessen ausländischer, meist großer Mächte stecken. (Azzellini/Kanzleiter 2003; Münkler 2003; Klein 2006: 95-109).

Wichtige Merkmale neuer Kriege sind Entstaatlichung und Privatisierung kriegerischer Gewalt. Kriegaakteure sind nicht mehr allein staatliche Mili-

## 2. Verflechtung von Klimawandel und anderen globalen Gefahren 203

tärformationen, sondern dazu gehören Warlords, paramilitärische Einheiten von Söldnern, örtliche Milizen und kriminelle bewaffnete Banden. Sie werden von Geheimdiensten, transnationalen Unternehmen, Großgrundbesitzern, Drogen- und Menschenhändlern finanziert. Ein militärisches Unternehmertum bildet sich heraus. Private und staatliche Kriegakteure werden von ihren Auftraggebern zum Teil durch die Vergabe von Konzessionen zur Ausbeutung von (eroberten) Wirtschaftsressourcen bezahlt. Auftragnehmer von Militäraktionen sind oft Private Military Companys, d.h. private Militärunternehmen. Sie stellen beliebigen Kombattanten Militär bis zu ganzen Privatarmeen aus Söldnertruppen zur Verfügung. Etwa 90 große private Militärunternehmen mit Milliardenumsätzen dominieren auf dem globalen Gewaltmarkt und waren zu Beginn unseres Jahrhunderts in 110 Ländern tätig – allen voran US-Unternehmen (Kanzleiter 2003: 175). Militärische Gewalt ist zur Ware geworden. Ihre Anbieter sind zugleich militärisch und unternehmerisch in der Wirtschaft tätig. »Gewalt wird als Mittel ökonomischer Reproduktion immer wichtiger.« (Wulf/Paes 2001: 106) »Kriegsökonomien« sind zu einer oft verschwiegenen Seite der globalen Wirtschaftsordnung geworden, in der reguläre, kriminelle und Raubökonomie eng verflochten sind.

Kriegsökonomien sind strukturell bedingt Exponenten der Umweltzerstörung. Nicht Bewahrung, sondern Zerstörung der Natur ist den Failing States eingeschrieben. Wo Chaos und Not herrschen, ist für Erhalt der Natur kein Platz. Eine spezifische Seite dessen ist, dass große Teile des Einsatzes kommerzieller Militärmacht dem Zugriff transnationaler Unternehmen auf Öl- und andere Naturressourcen oder ihrer »Verteidigung« gegen Ansprüche der eingessenen Bevölkerung dient, in jedem Fall dem Gegenteil von Nachhaltigkeit.

### **Klimawandel und Niedergang der Demokratie**

Zu dem mehrdimensionalen Gefahrensystem gehört ferner die Erosion der Demokratie durch deren schleichende Aushöhlung, durch ein Erstarren von Autoritarismus, Rechtsextremismus und Rechtspopulismus. Den Klimawandel aufzuhalten und eine sozial-ökologische Transformation einzuleiten, bedürfte – so wurde hier immer wieder nachgewiesen – einer Verankerung nachhaltiger Klimapolitik in der Mehrheit der Bevölkerung, ihrer umfassenden Information über Gefahren, ihrer aktiven gestaltenden Mitwirkung, also partizipativer Demokratie. Erdweit ermächtigen sich Bewegungen von Bürgerinnen und Bürgern in Projekten und Initiativen zu solchem Engagement. Dafür stehen beispielsweise Fridays for Future, Extinction Rebellion, Greenpeace, die Just Transition-Bewegung, die BlueGreen Alliance aus Ge-

werkschaften und Umweltschutzorganisationen in den USA, und die Sunrise-Bewegung.

Einerseits bringt der Klimawandel also starke Anstöße zur Mobilisierung demokratischer Bewegungen hervor. Andererseits löst er bei konservativen und reaktionären Kräften antidemokratische Reaktionen aus. Regime wie bisher die Trump-Administration, die faschistoide Herrschaft Bolsonaros in Brasilien, Polens konservative kohlefreundliche PiS-Regierung, Viktor Orbán in Ungarn und die slowenische Führung leugnen den Klimawandel, betreiben zumindest eine klimafeindliche Politik und erschweren überlebensnotwendige internationale klimapolitische Übereinkünfte und Maßnahmen. Viele Regierungen rund um die Erde ignorieren die Forderungen der Klimabewegungen.

Eine solche Politik lässt sich nur dann verfolgen, wenn sie elementare Fakten leugnet. Die Kehrseite dessen ist die Verbreitung von Verschwörungstheorien und Irrationalität. Das Gefühl eines chronischen Kontrollverlusts, das zur Befindlichkeit von Bevölkerungsteilen in prekären Verhältnissen gehört, macht Verschwörungstheorien für sie attraktiv. Obwohl Verschwörungstheorien eng verbunden mit Kritik am Establishment daherkommen, rührt ihre Wirklichkeitsferne doch nicht an den realen Eigentums- und Machtstrukturen und ist daher mit Verschwörungstheorien autoritärer Regime von oben kompatibel. Verschwörungstheorien haben ihrer Natur gemäß eine Affinität zu vereinfachendem Rechtspopulismus, zu Rechtsextremismus und Autoritarismus. Die »Querdenker«-Bewegung steht exemplarisch dafür. Die Ängste vieler Menschen vor einer überwachungsstaatlichen Notstandsgesellschaft im Gefolge des Krisenmanagements der Exekutive in der Corona-Pandemie werden für eine Öffnung zur Neuen Rechten hin gekapert. Die Demokratie erleidet schweren Schaden – und mit ihr die Natur, das Klima.

Klimawandel, Kriege, Rüstung, soziale Ungleichheit, Armut und Erosion der Demokratie stehen in einer unheilvollen Wechselwirkung, in der jede Komponente zur Ursache der anderen wird und insgesamt die menschliche Zivilisation existenziell bedroht ist. Eine künftige Regulationsweise steht vor der Aufgabe, diesen Komplex der Destruktion durch eine Vernetzung von Lösungen für die globalen Menschheitsprobleme zu ersetzen.

### Zwischenfazit

Ein Zwischenfazit zum Zusammenhang von Klima- und Umweltkrise mit anderen ungelösten Großproblemen erlaubt einige Schlussfolgerungen für eine Regulationsweise, die der Bearbeitung dieser Konstellation angemessen wäre:

- Eine künftige Regulationsweise muss der Komplexität der Problemlage entsprechen und ein extremes Tempo von dafür notwendigen Strukturveränderungen durchsetzen. Aber lange lagen in Deutschland beispielsweise das Wirtschafts- und das Umweltministerium immer wieder im Clinch; das Verkehrsministerium kann in seinem Verantwortungsbereich keine Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen vorweisen.
- Die Defizite der gegenwärtigen Regulationsweise drängen eine Frage auf: Braucht die Bundesrepublik eine mit starken Koordinierungskompetenzen ausgestattete zentrale Planungs- und Lenkungsinstanz für den sozial-ökologischen Umbau, die zum Beispiel auf Erfahrungen des amerikanischen New Deal, chinesischer Reformen, des legendären japanischen MITI und vielleicht der französischen Planifikation in den Nachkriegsjahren zurückgreift? Der enorme Zeitverlust im sozialökologischen Umbau der Bundesrepublik und Europas könnte dafür sprechen.

Günther Bachmann, Jahrzehnte in der Bundesrepublik Regierungsbeamter in verantwortlichen Positionen mit großen Insidererfahrungen, schreibt über die gravierenden Defizite zentraler Koordinierung und Leitung in der Bundesrepublik: »Jede politische Krise wird zum Ruf nach mehr und besserer Steuerung durch das Kanzleramt, egal, ob es sich um die Flüchtlingspolitik 2016 oder die Einrichtung eines Klimakabinetts 2019 oder des Corona-Kabinetts 2020 handelt.« Aber: »Das Auf und Ab zwischen zentral/dezentral, Abwehr und Anfang sowie Vision/Umsetzung ist seither ein Kennzeichen für die Nachhaltigkeitsstrategie. Jahre vergingen, bis das Kanzleramt überhaupt ein eigenes Referat für Nachhaltigkeitsstrategie einrichtete. Bis das Referat wenigstens einige Mitarbeiter erhielt, vergingen weitere Jahre.« (Bachmann 2021: 121) Die Realität der Bundesrepublik ist meilenweit entfernt von der Institutionalisierung eines Planungs- und Lenkungsentrums für einen sozial-ökologischen Umbau. Die systematische neoliberale Diskreditierung aller Planung führt zum Fehlen oder zumindest zu gefährlicher Unterentwicklung strategiefähiger Institutionen. Und: »Wo Strategie darauf steht, mag trotzdem nur dürre Planung drin sein.« (Ebd.: 71)

- Muss dafür gesorgt werden, dass in einer erheblich zu stärkenden Prognose- und Planungsarbeit den großen Querschnittsfragen entschieden stärkere, institutionell gesicherte Aufmerksamkeit zukommt? Die vom

Wuppertal Institut benannten Differenzen zwischen den Erfordernissen der Klimaneutralität und dem daran gemessen völlig unzureichenden Ist-Zustand in vielen Volkswirtschaftsbereichen spricht dafür (siehe S. 182/183) Auch die Erfahrungen der Prognosearbeit in der Staatlichen Wahlkommission der DDR verweisen auf eine große Bedeutung von Querschnittsfragen für die Lenkung der Volkswirtschaft (Steinitz/Walter 2014)

- Sektorblindheit, die den klima-, umwelt- und sozialpolitischen Zusammenhang einzelner Branchen und Sektoren mit anderen Volkswirtschaftsbereichen aus dem Auge verliert, muss kurzfristig überwunden werden. Verflechtungsbilanzen werden in der künftigen Planungs- und Lenkungsarbeit erstrangige Bedeutung zukommen. Der Markt entspricht dieser Aufgabe jedenfalls nicht.

Industriepolitik beispielsweise hat Klima- und Umweltpolitik, Sozialpolitik und antihierarchische Brüche mitzubedenken. Klimapolitik muss Brücken zur Arbeits- und Sozialpolitik schlagen. Stadtentwicklungspolitik beispielsweise hat eine klimafreundliche Verkürzung der Verkehrswege zwischen Wohn-, Arbeits-, Einkaufs- und Kulturstandorten zu sichern. Sie hat ressourcensparende Bauweisen und eine grüne Entwicklung der Stadt zu fördern. Das alles bei Bereitstellung von ausreichendem bezahlbarem Wohnraum, durch Einsatz von Instrumenten wie dem Mietendeckel, des sozialen Wohnungsbaus und, wenn erforderlich, durch Enteignung von Wohnungskonzernen, die sich solchen Maßstäben verweigern.

- Schwach ist bisher der zivilgesellschaftliche Einfluss auf staatliche Langzeitkonzepte sowie auf Unternehmensentscheidungen. Eine künftige Regulationsweise wird dieses Defizit zu überwinden und demokratischen zivilgesellschaftlichen Akteuren starke Einwirkung auf die Regulierung institutionell zu sichern haben. Immer wieder wurde in dieser Schrift der Zusammenhang der drei Teilmechanismen 1.) gesellschaftliche Planung und Lenkung, 2.) gebändigter Marktmechanismus und 3.) Handeln zivilgesellschaftlicher Akteure betont.
- Die Coronakrise hat Fragen nach einer künftigen Regulationsweise noch dringlicher gemacht, Fragen
  - nach einer Aufwertung der parlamentarischen Legislative im Verhältnis zur Exekutive in den Entscheidungsprozessen, die zur Regulation gehören;
  - nach einer entschieden stärkeren Beteiligung der Zivilgesellschaft an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen, weil ohne dies notwendige Veränderungen in der Gesellschaft weder ausreichend erkannt noch realisiert werden können;

## 2. Verflechtung von Klimawandel und anderen globalen Gefahren 207

- nach einer stärkeren Ergänzung der repräsentativen Demokratie durch partizipative Demokratie also;
- nach Wirtschafts- und Sozialräten oder, wie Klaus Dörre präzisiert, Transformations- und Nachhaltigkeitsräten, die parallel zu den Parlamenten Lenkungspotenziale entwickeln, in denen außer staatlich Verantwortlichen, Unternehmern und Gewerkschaften auch Graswurzelbewegungen, Umweltverbände, Frauenorganisationen, Stadtteilinitiativen, Menschenrechtsorganisationen und ähnliche Akteure vertreten sein sollen;
- nach verstärkter Einbeziehung wissenschaftlicher Expertise in politische Entscheidungsprozesse. Das sollte nicht allein die Medizin-, Technik- und Naturwissenschaften betreffen, sondern auch kritische Gesellschaftswissenschaften;
- nach der Bedeutung wahrheitsgetreuer öffentlicher Kommunikation für eine Regulationsweise, die nicht von Irrationalität und Verschwörungstheorien unter Druck gesetzt werden darf.

Alle derartigen Erwägungen münden in eine zentrale Frage, die Gegenstand des Kapitels 5 ist.



# Kapitel 5

## Wie kann der Übergang zu progressiver Transformation und Regulationsweise in Gang kommen?

Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger wünscht sich eine bessere als die gegenwärtige Gesellschaft. Der Übergang zu einer neuen progressiven Regulationsweise als Teil einer sozial-ökologischen Transformation zu einer solidarischen Gesellschaft, zu einem demokratischen grünen Sozialismus, muss einen elementaren Widerspruch lösen, der schier unlösbar scheint.

Zum einen existiert die Herausforderung, in einer historisch extrem kurzen Zeitspanne von nur 10 bis 20 Jahren den Einstieg in die Bewältigung hyperkomplexer globaler Probleme zu vollziehen, die die gesamte menschliche Zivilisation existenziell bedrohen. Zum anderen steht dem die Schwäche der gesellschaftlichen Akteure entgegen, denen diese Aufgabe zufällt. Im Vergleich zur Machtfülle der ökonomischen und politischen Herrschaftseliten, die den Ausnahmezustand der Welt am Rande des Abgrunds zu verantworten haben, befinden sich die gesellschaftlichen Gegenkräfte trotz wichtiger partieller Erfolge in der Defensive.

Die große Frage ist, wie eine Umkehr der Kräfteverhältnisse und ihre weitere schnelle Veränderung zugunsten aller demokratischen Akteure gelingen kann, die sich dem Erhalt und dem Gedeihen der menschlichen Gattung verpflichtet sehen. Wie können die plurale gesellschaftliche Linke und breite demokratische Bündnisse Durchsetzungsmacht erobern? Wie, mit welchen Strategieelementen könnte ein solcher Aufbruch in Gang kommen? Der Weg zu einer neuen Regulationsweise ist in die Antworten auf diese übergreifende Frage eingebettet. Acht offensive Strategeme sind hier zur Diskussion zu stellen:

- Selbstermächtigung in Projekten von unten
- Breite Bündnisse
- Eine verbindende Erzählung
- Öffentliche Diskurse
- Doppelte Transformation als Weg
- Nutzung von Differenzierungen in den Machteliten
- Aneignung staatlicher Macht durch alternative Kräfte
- Geistige Befreiung, Erneuerung der politischen Kultur.

## 1. Selbstermächtigung in Projekten von unten

Der Ausgangspunkt dafür, Handlungs-, Gestaltungs- und Regulierungsmacht für Transformationsprozesse zu gewinnen, ist die Selbstermächtigung der Vielen in Projekten zur Verbesserung des eigenen Lebens und der Gesellschaft. Transformation gewinnt ihre Kraft von »unten« (siehe Wright in Kapitel 2). »Dort, im kleinen unscheinbaren Tun des Alltags vollzieht sich die Wandlung, sowohl zum Guten wie auch zum Bösen.« (Becher 1983: 83) Gewiss ist progressiver Wandel nicht ohne staatliches Handeln auf legislativer, exekutiver und judikativer Ebene zu erreichen. Aber der Staat ist eine Arena, in der die Interessen gegensätzlicher Klassen, sozialer Gruppen und Organisationen aufeinandertreffen. Er ist als materielle Verdichtung von Kräfteverhältnissen zwischen ihnen zu begreifen (Poulantzas 2002: 154ff.).

Nur wenn in der Zivilgesellschaft außerhalb des Staates Wandel von unten in Gang gesetzt wird, können die Bürgerinnen und Bürger im günstigen Falle auch die Staatsapparate bewegen, diesen Wandel zu fördern und ihm Gesetzeskraft zu verleihen.

Aber unter den von transnationalen Konzernen und Finanzmächten dominierten gegenwärtigen Kräfteverhältnissen im Staat wirkt eine starke Tendenz, progressive Veränderungen von unten allenfalls dem Herrschaftssystem einzuverleiben, wenn ihre Unterdrückung nicht gelingt. Die politische Kunst des Widerstands dagegen kann nur darin bestehen, maximal mögliche Veränderungen außerhalb des Staates durchzusetzen und Aktivist:innen dieses Wandels in die staatlichen Apparate zu bringen, die dort an ihrem kritischen Habitus festhalten und ihn auch staatlich zur Geltung bringen. Das wird aber nur geschehen, wenn der Druck außerparlamentarischer Bewegungen den linken Kräften in den Staatsapparaten (in Parlamenten, Verwaltungen, Sicherheitsorganen) ständigen Rückhalt gibt, zu weitgehende Kompromisse nicht zulässt und auch flexible problembewusste Fraktionen der politischen Machteliten zu Korrekturen drängt. Raul Zelik vertritt daher die Auffassung, »dass Transformationsmacht vor allem dann entsteht, wenn sich diese beiden Ansätze – eine Demokratisierung des Staates im Sinne Poulantzas' und ein außerinstitutioneller ›radikaler‹ Reformismus aus der Gesellschaft, wie ihn Hirsch propagiert – ergänzen.« (Zelik 2020: 306) Aber der Ausgangspunkt bleibt, wie Erik Olin Wright herausgearbeitet hat, die Selbstermächtigung der Bürgerinnen und Bürger in ihren eigenen Projekten gesellschaftlicher Veränderung. »Damit progressive Regierungen Verhandlungsmacht gegenüber den Eigentumsinteressen entwickeln können,

muss es gesellschaftlichen Druck geben, der Zugeständnisse aus der Perspektive der Vermögenseliten als kleineres Übel erscheinen lässt.« (Ebd.: 307) Dieser Druck kann dann wachsen, wenn Menschen die Erfahrung machen, dass sie in selbstbestimmten Projekten die Verhältnisse erfolgreich verändern können. Wenn sie daraus lernen, ihre Ziele über bisher gesetzte Horizonte hinaus zu spannen.

Transformationsprozesse kommen dort in Gang, wo es gelingt, selbstbestimmte Einstiegsprojekte in den gesellschaftlichen Wandel zu organisieren (Brangsch 2014). Zugleich wird damit eine wichtige Ebene einer progressiven Regulationsweise gestärkt, das lenkende Eingreifen demokratischer Akteure von unten. Als Einstiegsprojekte könnten solche Vorhaben bezeichnet werden, die einen emanzipatorischen sozial-ökologischen Richtungswechsel einleiten oder ihm einen Schub verleihen könnten. Sie werden dies umso eher leisten können, je mehr sie bestimmten Bedingungen genügen: Erstens müssten sie wichtige ungelöste Probleme der Gesellschaft betreffen, also die Interessen möglichst großer sozialer Gruppen aufnehmen und Antworten auf ihre Sorgen, auf ihr Verlangen nach Arbeit, Sicherheit und Selbstbestimmung über das eigene Leben hervorbringen. Zweitens sollten sie realistisch sein, d.h. in absehbarer Zeit durchsetzbar, und zu Verbesserungen für möglichst viele führen. Drittens würden sie dadurch das weitverbreitete Gefühl der Ohnmacht und Alternativlosigkeit zurückdrängen und mobilisierende Wirkung entfalten können. Viertens sollten sie die Öffnung für weiterreichende Entwicklungen ermöglichen, die bei veränderten Kräfteverhältnissen in ein Zurückdrängen der Kapitaldominanz münden.

Solche Einstiegsprojekte werden nicht an Schreibtischen und nicht in den Zentralen von Parteien, Gewerkschaften und Bewegungen erfunden. Sie erwachsen aus der Verdichtung von Widersprüchen und der Reaktion von Bürgerinnen und Bürgern darauf. Sie können umso erfolgreicher sein, je sensibler linke Parteien und soziale Bewegungen auf sie reagieren und – soweit dies gewünscht wird – unterstützend, organisierend, mobilisierend, beratend und orientierend wirken. Es bedarf politischer Kräfte, die gemeinsam mit den in Bewegung geratenen Bürgerinnen und Bürgern ein Projekt erst formen, es verbreiten, Solidarität sichern, wo notwendig in der Gesetzgebung unterstützen und ihm einen Ort in alternativen Konzepten und Strategien geben.

In Spanien wurde seit Mitte der 2000er Jahre die Bewegung gegen Zwangsräumung von Wohnungen, die »V de Vivienda« (W wie Wohnen), zu einem Kristallisationspunkt der Bewegung 15M, die am 15. Mai 2011 mit der Besetzung der Puerta del Sol spektakulär an die Öffentlichkeit trat und später erheblich zur Wahl einer linksdemokratischen Stadtregierung

in Barcelona beitrug. Eine der profiliertesten Sprecherinnen der Stadtteilbewegung von unten gegen Räumung von Wohnungen, Ada Colau, wurde Bürgermeisterin der Stadt. Eine andere bekannte Aktivistin der Bewegung gegen Zwangsräumung ist Francesca Bria. Sie übernahm die Verantwortung für die Digitalisierung in der Hauptstadt Kataloniens unter Kontrolle und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger (Kapitel 3, Punkt 2)

Ein einzelnes Projekt, der Widerstand gegen Wohnungsräumungen, wurde zum Ausgangspunkt weit komplexerer progressiver Veränderungen. Protagonistinnen der Volksbewegungen behielten auch im Staatsapparat ihre außerparlamentarische Verankerung und setzten Forderungen von unten in staatliches Handeln um.

Noch weitreichender waren die Folgewirkungen des Wasserkonflikts in der bolivianischen Stadt Cochabamba. Als die Privatisierung der Wasserversorgung dort zu einer mehr als 100-prozentigen Preissteigerung für Wasser führte, kam es zu heftigen Protesten der Bevölkerung. Mobilisierungen gegen den Wassernotstand führten zur Errichtung von Barrikaden, zur Blockierung strategisch wichtiger Straßen und hatten schließlich einen erheblichen Einfluss auf das Zustandekommen einer Linksregierung in Bolivien. Der »Wasserkrieg« erwies sich als Einstieg in gesamtgesellschaftliche Umbrüche.

Ein erheblicher Ausbau öffentlicher Infrastrukturen, verbunden mit entschieden besseren Arbeitsbedingungen für die dort Tätigen – überwiegend Frauen – würde das Öffentliche gegenüber der Sphäre des Privatkapitals und staatliche Verantwortung gegenüber dem Markt erheblich stärken. Das könnte ein wichtiger Schritt sozial-ökologischer Transformation werden. Wolfgang Streeck deutet eine radikale Stärkung öffentlicher Infrastrukturen sogar als Ansatz zu einem »alltäglichen Kommunismus« (Streeck 2019). Klaus Dörre und andere sehen die Möglichkeit eines Infrastruktursozialismus heranreifen.

## 2. Breite Bündnisse und Solidarität

So wichtig sie für einen Aufbruch sind – die bloße Summe der vielen Projekte und Initiativen von unten ergibt noch keine gesamtgesellschaftliche Richtungsänderung der Politik. Zu einer zentralen Aufgabe wird, das Verbindende zwischen den einzelnen Elementen des Wandels in das öffentliche Bewusstsein zu heben und Solidarität zwischen ihren tragenden Kräften herzustellen. Erst mit der Lösung dieser Aufgabe werden einzelne Projekte zu einer Basis progressiver Transformation. Solange Gewerkschaften und

Klimabewegungen, Lohnkämpfe einerseits und antirassistisches, feministisches und kulturbezogenes Engagement in identitären Kämpfen andererseits weitgehend nebeneinander und oft sogar gegeneinander wirken, sind gesellschaftliche Gegenmächte in die Defensive verbannt. Diese Trennungen zu überwinden, ist schwierig, aber nicht unmöglich. In den USA hatten immerhin rund 30 Traditionsgewerkschaften ihre Unterstützung für die aufrührerische Occupy Wall Street-Bewegung erklärt, darunter sogar der Dachverband AFL/CIO. Als die Bewegung in über 80 Städten der Vereinigten Staaten öffentliche Plätze besetzte, organisierte die Gewerkschaft der Krankenschwestern in New York und anderen Städten eine Sanitätsbetreuung der Rebellierenden.

In den zurückliegenden Jahren einer erfolgreichen, von Hugo Chávez geführten Linksregierung Venezuelas entwickelten sich wichtige Ansätze einer Demokratisierung des Staates von unten, die in den späteren Jahren des Niedergangs der bolivarianischen Revolution und der Krise wieder verloren gingen. Aber die Erfahrungen der Aufstiegszeiten bleiben. Kommunale Räte (Consejos Comunales) übernahmen auf ihrer Ebene als großes Experiment der Selbstregierung wichtige öffentliche Aufgaben. Rund 50.000 Consejos und andere lokale Organisationen schlossen sich zu etwa 3.000 Comunas zusammen, um sich wechselseitig dabei zu stützen, das Regieren zu lernen. Andere Organe der Selbstverwaltung von unten waren die Runden Tische zur Entwicklung von Infrastrukturen (Mesas Técnicas) und städtische Landkomitees (Comités de Tierra Urbana). Teils entwickelten sich Formen populärer Macht in nachbarschaftlichen Solidaraktionen gegen die Vertreibung von Menschen aus ihren Wohnungen und in den Kämpfen gegen Bergbauprojekte, die vor allem indigene Lebensräume zerstören (Antilland 2016).

Aber solche Elemente demokratischer Erneuerung des Staates von unten – die zugleich Elemente der Herausbildung einer alternativen Regulationsweise waren – standen von vornherein auf Kriegsfuß mit den bürokratischen Apparaten und waren zugleich stets in Gefahr, sich in deren Teil zu verwandeln. Genau dies war schließlich das vorläufige Resultat des hoffnungsvollen Versuchs, den Staat von unten zu erneuern.

Für Deutschland wurden in vorangegangenen Passagen als Beispiel der Selbstermächtigung von unten und des möglichen Einstiegs in weiterreichende Transformations- und Regulierungsprozesse die Kämpfe des medizinischen Personals an der Berliner Charité um eine Personalaufstockung und die Berliner Mieterbewegung genannt (Kapitel 3, Punkt 4).

In den USA wurde das Konzept eines Green New Deal sehr stark von der Jugendbewegung Sunrise angestoßen und in das Bewusstsein von Teilen der Öffentlichkeit gehoben. Worauf es hier wiederum ankommt: Die For-

derungen nach einer sozial-ökologischen Transformation wurden im Repräsentantenhaus der USA von progressiven Abgeordneten, allen voran von Alexandra Ocasio-Cortez, aufgenommen. Zusammen mit anderen Demokraten und unter Beteiligung von Sunrise-Aktivisten veröffentlichte sie im Februar 2019 ein Manifest zum Green New Deal. Darin wurden programmatisch ein ökologischer Umbau (u.a. Maßnahmen zur Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen, Investitionen in grüne Technologien), der Ausbau öffentlicher Infrastrukturen (zum Beispiel Hochgeschwindigkeitszüge und öffentlicher Personenverkehr), existenzsichernde Arbeitsplätze für alle und Schritte zur Überwindung sozialer Ungerechtigkeit zusammengedacht. Bernie Sanders und Elizabeth Warren nahmen dieses Projekt in ihren Wahlkampf auf. Rund 150 lokale Sunrise-Basisgruppen treten dafür ein (Häussermann 2019)

Eine Strategie der inside-outside-politics wurde entwickelt: Forderungen der Zivilgesellschaft und ziviler Ungehorsam von unten und Aufnahme solcher Begehren aus der Gesellschaft durch progressive parlamentarische Kräfte in Gestalt konkreter Initiativen des Regierungshandelns. In dieser Wechselwirkung als Moment progressiver Transformation steckt wiederum auch die Herausbildung einer wichtigen Seite progressiver Regulationsweise: das Zusammenwirken des Handelns zivilgesellschaftlicher Akteure und staatlicher Lenkungspotenzen.

Erstrangige Bedeutung hat Solidarität in der Sphäre der Produktion. Mitbestimmung und ihre Erweiterung in den Betrieben ist zudem ein wesentliches Element der Regulierung von unten. In der Produktion arbeiten in Deutschland 25% bis 30% der Lohnabhängigen in befristeten Beschäftigungsverhältnissen, als Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter, nur mit Werkverträgen oder in Minijobs. Ihre Lebenssituation ist unsicher und oft der Armut nahe. Der Rückgriff der Unternehmen auf sie übt Druck auf die regulär Beschäftigten aus. Unter Tarifverträgen arbeiten nur noch 51% der Beschäftigten in Westdeutschland und 37% in Ostdeutschland.

Solidarität in Kämpfen um ein neues Normalarbeitsverhältnis (Riexinger 2016; Riexinger/Becker 2017) und um gesellschaftliche Fragen darüber hinaus ist zu einer wesentlichen Aufgabe geworden – innerhalb der ausdifferenzierten Arbeiterklasse und zwischen ihr Zugehörigen und anderen Schichten der Gesellschaft (Dörre 2021: 23-70; Riexinger 2016).

Da und dort zeigt gelingende Solidarität, dass das Überbrücken unterschiedlicher Interessenlagen möglich ist. In der 100-prozentigen Kamenzer Daimler-Tochter Accumotiv gab es keinen Tarifvertrag. Die Stammebelegschaft nahm den Kampf gegen diesen Zustand auf. An der Unterschriftensammlung für eine Tarifbindung beteiligten sich auch viele Leiharbeiter, keineswegs selbstverständlich, da sie kaum unmittelbaren Vorteil daraus

für sich erwarten konnten. Die Organizer der IG-Metall starteten kurz darauf eine Kampagne »Gesicht zeigen für Leiharbeiter«. Das war eine Petition mit Fotos der Unterzeichnenden, die also schon mehr Bekenntnis als eine bloße Unterschrift verlangte. Sie zielte auf bessere Arbeitsbedingungen der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter, auf Begrenzung der Neueinstellung von Leiharbeitsbeschäftigten und eine Quote für die Übernahme aus diesem Status in die Stammbesellschaft. Beide Solidaritätsaktionen waren erfolgreich. Überdies traten etwa 150 polnische Leiharbeitsbeschäftigte in die IG Metall ein (Wunsch/Schilwa 2020). Solidarität kann erfolgreich sein. Sie ist noch nicht die Regel. Aber sie ist auch keine ganz seltene Ausnahme.

In Barcelona gelingt es zunehmend, soziale Interessen von Mieterinnen und Mietern mit den Interessen von Klimaaktivisten zu verbinden. Das vollzieht sich beispielsweise seit 2017 mit der sozial-ökologischen Rekonstruktion von jeweils bis zu neun zusammenhängenden Wohnblocks und Straßen. Parallel zum Mieterschutz ist in diesen Wohnkomplexen nur Anwohnern der Gebrauch von Autos im Schrittempo gestattet. Ein Ausgleich wird durch den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs mit niedrigen Tarifen angestrebt. Fahrflächen werden in Grünflächen und Freizeitanlagen umgewandelt, teils auch in Busspuren und Radwege. Die Entwicklung zielt auf geschlossene autofreie Zonen zur Einlösung klimapolitischer Ziele. Das gesamte Stadtgebiet wurde zur Niedrigemissionszone erklärt, untersetzt durch einen 100-Punkte-Plan mit sozialen und ökologischen Maßnahmen. Inlandsflüge von Barcelona aus, für die es Ersatzlösungen auf der Schiene gibt, wurden gestrichen.

Brückenschläge zwischen Gewerkschaften, Klimaaktivisten, den Bewegungen für ein »Recht auf Stadt«, Pflegepersonal und Patienten, feministischen Kräften, Migrantinnen und Migranten und anderen demokratischen Akteuren sind eine ständige Aufgabe. Linken Organisationen fällt dabei besondere Verantwortung zu. Mit Blick darauf hat der italienische Parteitheoretiker Mimmo Porcaro das Konzept einer »verbindenden Partei« entwickelt (Porcaro 2011).

Eine neue Dimension der Solidarität entsteht mit globalen Klimastreiks und besonders machtvoll mit globalen Streiks von Frauen. Der Fridays for Future-Bewegung gelang es mehrmals, globale Streiks für eine Wende in der Klimapolitik zu organisieren. Im September 2019 nahmen in Deutschland etwa 1,4 Millionen Menschen an einem globalen Klimastreik teil.

Seit Jahren artikulieren Millionen Frauen in nationalen und globalen Frauentreiks ihre Wut über Abhängigkeit, Unterdrückung und Ungleichbehandlung auf der Straße. Im Herbst 2016 demonstrierten im Women's March auf das Capitol Millionen Frauen gegen den damaligen frauenfeindlichen US-Präsidenten für ihre Rechte.

In Argentinien machte sich eine Gruppe von Journalistinnen, Autorinnen und anderen Künstlerinnen unter der Bezeichnung »Ni Una Menos« zur Sprecherin der Millionen Frauen, die gegen die Zunahme von Frauenmorden protestierten. Am 19. Oktober 2016 folgten in Buenos Aires mehr als eine halbe Million Frauen dem Aufruf von NUM. Am 8. März 2018 wurde ein feministischer Streik von über fünf Millionen Frauen getragen – der größte Streik in Europa bis dahin. In Polen streikten am 3. Oktober 2016, am »Schwarzen Montag«, Hunderttausende Frauen gegen das faktische Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen.

In Chile trug die feministische Bewegung erheblich zum Zustandekommen eines verfassungsgebenden Konvents am 11. April 2021 bei. Im Januar 2020 hatte Sofía Brito in einem Buch mit dem Titel »Por una constitución feminista« (Für eine feministische Verfassung) Texte von 20 feministischen Aktivistinnen zusammengetragen. Sie betreffen Frauenrechte, »die Studierendenbewegungen, die Bewegungen gegen das Rentensystem, die Landbesetzungen, die Kämpfe für die Anerkennung der Migration, die Kämpfe gegen die Verschuldung, gegen die Entwürdigung im Wartezimmer des Krankenhauses und gegen alle Formen der Prekarisierung des Lebens.« (Zitiert in: Boddenberg 2021) Es entstand eine verbindende Erzählung, die tatsächlich tief in die gesellschaftlichen Mobilisierungen hineinwirkte. Als der Konvent gewählt war, bestand er zur Hälfte aus Frauen. Er wird den Atem der vorangegangenen Kämpfe aufnehmen müssen, den Geist des ersten feministischen Streiks in Chile am 8. März 2019, an dem über eine Million Frauen teilnahmen. In der Revolte vom 18. Oktober 2019 fanden die unterschiedlichsten Bewegungen auf der Straße zusammen. Diese Revolte hatte einen feministischen, aber zugleich umfassenden Charakter, schreibt Sophia Boddenberg. »Die Wände Santiagos füllten sich mit feministischen Kunstwerken, die Straßen mit feministischen Theaterstücken, Tänzen und Performances.« (Ebd.)

Streiks wurden aus der Produktion auch auf die Haus- und Sorgearbeit übertragen. Ihre Wucht und Breite erwuchs daraus, dass die feministische Bewegung ein weiteres Problemspektrum betrifft: Geschlechtergerechtigkeit, allgemeine soziale und migrantische Fragen. Sie ist intersektionell (betrifft also mehrere Problemsektoren) und umfassend solidarisch. Hier scheint die Qualität künftiger Mühen um solidarische Bündnisse in Transformationsprozessen auf.

Wie dringlich Solidarität national und auf internationaler Ebene ist, wurde am Fall Griechenland deutlich. Die von der Linkspartei Syriza nach ihrem Wahlsieg im Jahr 2015 geführte Regierung in Griechenland hätte mit ihrem radikal antineoliberalen Programm und ihrer breiten Verankerung in den



sozialen Bewegungen des Landes vielleicht eine Chance gegen die vereinte Macht der Troika von IWF, Europäischer Kommission und Europäischer Zentralbank gehabt, wenn die europäische Linke zu kämpferischer Solidarität bereit und in der Lage gewesen wäre. Ende 2012 hatte sich als ein »Vernetzungsknotenpunkt« für Solidaritätsinitiativen Solidarity4all mit einem Büro in Athen gebildet. Sie startete eine internationale Solidaritätskampagne und organisierte unter anderem im Juni 2013 den internationalen »Alter Summit« in Athen, einen alternativen Gipfel, um Griechenland Unterstützung zu sichern. Schon in den Jahren zuvor hatte es Anstöße für europäische Solidarität gegeben. Mitte September 2011 hatten die Versammlungen in den besetzten öffentlichen Räumen der Puerta del Sol und des Syntagma-Platzes ein gemeinsames »Kommuniqué Sol-Syntagma« gegen die Austeritätspolitik in Europa veröffentlicht. In Barcelona hatte ein internationales Treffen von Netzwerken für den 15. Oktober 2011 zu gemeinsamen Protesten aufgerufen. In 951 Städten von 82 Ländern fanden an diesem Tag Demonstrationen statt, allein in Madrid und Barcelona mit etwa 900.000 Beteiligten. Aber als es darauf ankam, war der internationale Beistand nur schwach. Als zum ersten Mal in einem europäischen Land der Bruch mit dem neoliberalen Regime greifbar schien, versagte die internationale Linke. Die Aufgabe ist noch ungelöst: auf nationaler und internationaler Ebene breite gesellschaftliche Bündnisse für eine sozial-ökologische Transformation zu schaffen.

### 3. Eine einende Erzählung

Als eine erste Ebene der Herausbildung von Bündnissen wurde hier das gemeinsame Engagement in konkreten Projekten der Veränderung bezeichnet. Als eine zweite Ebene kann das Entstehen einer verbindenden Erzählung von den möglichen Konturen einer künftigen solidarischen Gesellschaft und von den Wegen und Schritten zu ihr hin betrachtet werden. Weil es in großen Umwälzungen darauf ankommt, dass das kommende Neue die Köpfe der Betroffenen und Handelnden ergreift, gewinnt eine gemeinsame Erzählung der pluralen Linken kaum zu unterschätzende Bedeutung für eine sozial-ökologische Transformation. Pierre Bourdieu schrieb: »Mancher ›Streit um Ideen‹ ist weniger realitätsfern als er scheint, wenn man weiß, wie sehr sich die soziale Wirklichkeit über eine Veränderung der Vorstellungen ändert, die sich die Akteure von ihr machen.« (Bourdieu 2005: 132) Über eine Veränderung der Vorstellungen – das heißt, darauf zu setzen, dass Machtverschiebungen auf der Ebene der Diskurse erheblich zum Wandel auf der

Ebene der realen Verhältnisse zugunsten einer Zukunft jenseits des Kapitalismus beitragen.

Die Erzählung des Neoliberalismus suggeriert die Lösung aller Probleme durch die kapitalistische Marktregulation, in jüngerer Zeit auch unterstützt durch kapitalkonforme Staatsinterventionen. Die aggressive Erzählung der Neuen Rechten beschwört das Völkische als Sicherheitsgarantie gegen alles als fremd Definierte. Die Erzählung von Reformisten unterschiedlicher politischer Verortung läuft auf die Lösung aller Probleme durch technologische Umwälzungen hinaus.

Gewiss kommt konkreten Projekten der Bürgerinnen und Bürger zur Verbesserung ihres Lebens und der Gesellschaft eine erstrangige Bedeutung zu, wie gerade betont wurde. Aber diese Initiativen können ihr Zukunftspotenzial erst dann voll entfalten, wenn sie miteinander durch eine einende Erzählung von den zu erstrebenden Qualitäten einer künftigen solidarischen Gesellschaft und von den Wegen dahin verbunden werden und daraus Anstöße für wechselseitige Solidarität gewinnen. Über die Zukunft wird durch praktische Veränderungen und politisch-geistige Diskurse entschieden. Es ist die Kombination widerständigen Handelns mit der Vision einer besseren Welt, die Herrschaftssysteme zu erschüttern vermag. »Denn der Diskurs [...] – dies lehrt uns die Geschichte – ist auch nicht bloß das, was die Kämpfe oder die Systeme der Beherrschung in Sprache übersetzt; er ist dasjenige, worum und womit man kämpft; er ist die Macht, deren man sich zu bemächtigen sucht.« (Foucault 1974: 8) Er besitzt eine »schwere und bedrohliche Materialität« (ebd.: 7).

Große Erzählungen gewinnen transformatorische Kraft, wenn sie die vielen Wünsche, Träume, Vorstellungen und Erzählungen der Individuen, Gruppen, Strömungen und Milieus der Gesellschaft in sich aufnehmen, wenn sie gemeinsame Werte und Ziele zusammenführen. Verschiedenheiten sollen in einer Großen Erzählung nicht ausgelöscht werden. Aber das Verbindende sollte ein starkes anziehungskräftiges, überzeugendes und orientierendes Narrativ ergeben.

Karl Polanyi hatte 1943 drei Skizzen für ein geplantes Buch »The Common Man's Masterplan« entworfen, das er nicht mehr schreiben konnte. Michael Brie hat diesen Plan erstmals herausgegeben (Brie 2015: 116-135). Dort umriss Polanyi Anforderungen an eine eigene demokratische Erzählung der Linken. Sie solle »schonungslos ehrlich« sein, Illusionen und Wunschen denken überwinden, »in sich konsistent sein«, »intelligent sein« und Fortschritte auch dort nutzen, wo sie gegenwärtig von den Mächtigen in ihr Herrschaftssystem integriert sind. Sie »soll wahr sein« und die Fakten zur Kenntnis nehmen, »vollständig sein« und die Gänze des Lebens ins Auge

fassen. Sie »soll praktisch sein« und Lösungen suchen, die realisierbar sind, statt im Namen von Idealen das Mögliche zu verhindern. »Diese Erzählung sollte die des einfachen Bürgers sein« und die vielen einzelnen Erzählungen und Hoffnungen der Menschen zusammenführen. »Eine humane Gesellschaft ist jene, wo sich der einfache Bürger zu Hause fühlt« und selbst über sein Leben in Solidarität mit anderen entscheiden kann. Und diese Erzählung müsse sich den ungelösten Problemen unserer Zeit zuwenden.

Ich habe meine Vorstellungen von einer zeitgemäßen Erzählung einer modernen Linken in meinem Buch »Das Morgen tanzt im Heute« dargestellt (Klein 2013: 55-109). In dem Buch »Zukunft oder Ende des Kapitalismus. Eine kritische Diskursanalyse in turbulenten Zeiten« wurden diese Vorstellungen in der Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Diskursrichtungen weiterentwickelt (Klein 2019). Eine eigene überzeugende Erzählung der Linken in den Kämpfen um geistig-politische Hegemonie gehört zu den Grundbedingungen progressiver Transformationsprozesse.

In der gegenwärtigen historischen Situation des Interregnums voller Unsicherheiten gewinnt eine moderne progressive Erzählung zukunftsentscheidende Bedeutung. Die Gefahren sind übergroß. So groß, dass reformerische Reparaturen am kapitalistischen Gesamtsystem nicht mehr ausreichen. Der Horizont muss weiter gespannt werden. Eine realitätsnahe Vision von einer menschen- und naturgerechten Gesellschaft gerät aus Überlebensgründen auf die Agenda des gegenwärtigen Jahrzehnts. Nicht ein dürres Programm mit richtigen Einzelmaßnahmen allein, sondern Richtungsweisendes wird gebraucht.

Prüfung der Fundamente, auf denen die Gesellschaft gegründet, nicht zuletzt Wandel der Eigentums- und Machtverhältnisse, auf denen die Profitdominanz in der Gesellschaft beruht. Damit ist die Rolle sozialistischer Parteien in unserer Zeit bestimmt. Sie allein stellen die herrschenden Verhältnisse infrage, die – als Kehrseite unglaublicher wissenschaftlicher und technischer Fortschritte, von Wohlstandszuwachs für viele und von Zivilisationsgewinnen – einmünden in Klima- und Umweltkatastrophen, in die Bedrohung der Menschheit durch Massenvernichtungswaffen, in anhaltende soziale Ungleichheit zwischen Reich und Arm, in Gräben zwischen Entscheidungsmacht und Entscheidungsohnmacht.

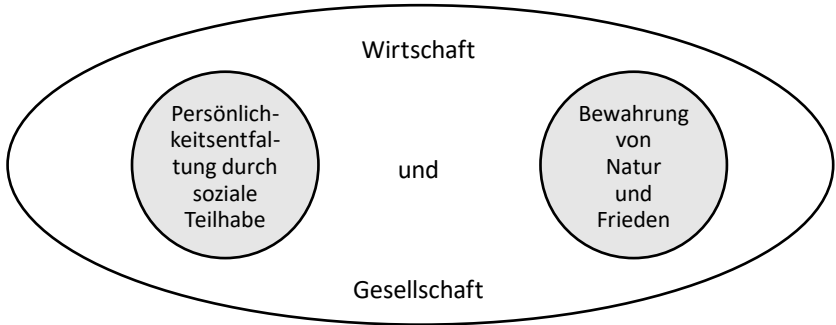
Die dadurch bestimmte Identität zu wahren oder zurückzugewinnen und mit dem Gebrauchswert linker Parteien für die Verbesserung der Lebenslage der vielen hier und heute zu verbinden – das erfordert, die Schwäche der Linken zu überwinden.

Große Erzählungen können im glücklichen Fall komprimierte Gestalt annehmen, die die Welt bewegt. Ton Veerkamp schrieb über die Bibel als Erzählung des Judentums und Christentums: »So wird aus den vielen Texten das Ganze der Großen Erzählung, so heterogen ihre Ausrichtung und ihre Herkunft gewesen sein mag.« (Veerkamp 2012: 22) Ernst Bloch bemerkte über die mögliche Sprengkraft einer Erzählung: »Der apokalyptische Charakter der Bibel machte sie zur Anstifterin von Revolutionen, am deutlichsten im deutschen Bauernkrieg« (Bloch 2016: 211). Marx' und Engels' »Manifest der Kommunistischen Partei« wurde zur wirkungsmächtigsten Erzählung in der Geschichte der Arbeiterbewegung. Das Manifest »Empört Euch!« von Stéphane Hessel war den Aufbegehrenden Spaniens Anlass, sich die »Indignados«, die Empörten, zu nennen. Frantz Fanons »Die Verdammten dieser Erde« war in den 1960er Jahren die Stimme der Rebellion in der Dritten Welt. Die »Notes for a Feminist Manifesto« vom Frühjahr 2018 nahmen die Welle feministischer Streiks auf und wurden zu einem Dokument des Kampfes gegen die Allianz von Patriarchat und Kapitalismus (Arruzza/Bhattacharya/Fraser 2019: 113).

Vielleicht gerinnen die Antworten der Linken auf die globalen Probleme der Gegenwart irgendwann zu einem zusammenfassenden Manifest der Zivilisation im 21. Jahrhundert.

Aber eine solche Große Erzählung zeichnet sich zunächst ab im allmählichen Hervortreten und in der Wiederholung der Grundideen einer solidarischen Gesellschaft, in der Fülle von Diskussionen, Wortmeldungen und Nachrichten, von Auftritten bekannter und unbekannter Personen, von Gesprächen und Veröffentlichungen. Foucault begreift eine progressive Erzählung als eine, »die man erzählt, wiederholt, abwandelt; Formeln, Texte, ritualisierte Diskurssammlungen, die man bei bestimmten Gelegenheiten vorträgt, einmal gesagte Dinge, die man aufbewahrt, weil man in ihnen ein Geheimnis oder einen Reichtum vermutet.« (Foucault 1974: 16) In unserer Zeit: einen Reichtum an realistischen Vorstellungen von den möglichen Umrissen einer künftigen solidarischen Gesellschaft, die auch als demokratischer grüner Sozialismus bezeichnet werden könnte.

Jede Große Erzählung hat ihre Mitte. In der Bibel war es Gott. Im »Kommunistischen Manifest« von Marx und Engels waren es das Eigentum und das Proletariat. Was könnte die Mitte einer emanzipatorischen modernen Erzählung für das 21. Jahrhundert sein? Gibt es ein Zauberwort dafür, das schon längst seiner Formulierung harrt? So wie Ernst Bloch den schottischen Essayisten und Historiker Thomas Carlyle zitierte: »Was der geistige Vorkämpfer sagt, waren alle Menschen schon nicht weit entfernt zu sagen, sehnten sich danach es auszusprechen. Die Gedanken aller fahren wie aus

**Abb. 7: Doppelt Ziel progressiver Transformation**

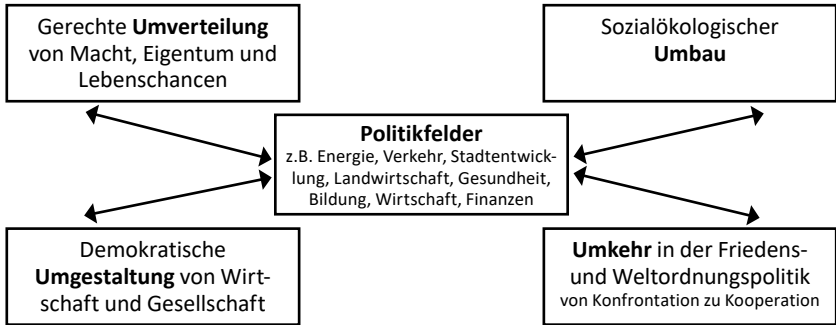
einem schmerzlichen Zauberschlaf bei seinem Gedanken auf und erwidern ihn mit Zustimmung.« (Bloch 1985: 143)

Aber den einen geistigen Vorkämpfer wird es wohl nicht geben. Nicht alle Menschen werden durch einen einzigen Gedanken erweckt werden. Doch das Bedürfnis nach einer Leitidee des Auswegs rumort in unserer Gesellschaft. Die Rechte missbraucht dies für vereinfachte populistische Formeln. Wenn diesem Bedürfnis nicht ausreichend entsprochen wird, sucht es sich Auswege, auch in Verschwörungstheorien. Wie aber, wenn die Linke in einem großen Diskussionsprozess die einfache Frage stellte, was Menschen für ein selbstbestimmtes Leben in sozialer Sicherheit brauchen? Wie, wenn sie gefragt würden, welchen Rang für das Leben ihrer Kinder sie der Rettung der Natur in einer friedlichen Welt zumessen wollen? Dann könnte sich ergeben, dass die Große Erzählung des 21. Jahrhunderts zwei archimedische Punkte haben sollte, um die alle progressive Politik wie auf der Bahn einer Ellipse kreist:

- sozial gleiche Teilhabe an den Grundbedingungen freier Persönlichkeitsentfaltung aller
- Bewahrung gesunder Naturverhältnisse und des Friedens.

Zentralität öffentlicher Daseinsvorsorge und Unterordnung der Wirtschaftsentwicklung unter den Erhalt der Naturkreisläufe wäre dann das Gebot solcher Erzählung, Frieden die Grundbedingung dafür. Auch wenn dies nicht das eine einzige Zauberwort ist. Aber immerhin, Bedingungen für ein selbstbestimmtes gutes Leben und eine gesunde Natur – ist das nicht der Sinn einer solidarischen Gesellschaft, auf den die Vielen sich verständigen könnten? Vier Umwälzungen werden erforderlich, »vier U« als Eckpunkte und Querschnittsaufgaben in einer modernen linken Erzählung (Klein 2013: 65f.):

Abb. 8: »Vier U« – Eckpunkte einer linken Erzählung



- Gerechte **Um**verteilung von Lebenschancen und Macht,
- Sozial-ökologischer **U**mbau,
- Demokratische **U**mgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft,
- **U**mkehr in der Friedens-, Sicherheits- und Weltordnungspolitik von Konfrontation zu Kooperation.

Dabei geht es darum, einen Spagat zu bewältigen: Es muss deutlich werden, um welche großen Dreh- und Angelpunkte progressiver Politik es geht, deren Verdeutlichung linke Identität erkennbar macht. Und immer muss zugleich das Wohl der Einzelnen linkes Denken und Handeln bestimmen.

Ein Beispiel für die Fallen im Umgang mit dieser doppelten Anforderung: Als im Deutschen Bundestag nachträglich über das Mandat für die Bundeswehr abgestimmt wurde, Deutsche und gefährdete Afghanen nach dem Sieg der Taliban aus Kabul auszufliegen, stimmte eine Minderheit der Fraktion der Linkspartei dagegen. Sie wollte damit die prinzipielle Ablehnung der Afghanistanintervention von Beginn an bekräftigen: Krieg ist keine Lösung von Problemen. Andere aus der Fraktion der LINKEN stimmten für diesen Einsatz, weil es in diesem Moment um die Rettung von Menschen ging, nicht um die Bekundung von Grundsatzüberzeugungen. Die Mehrheit enthielt sich der Stimme und bezog damit eine unentschlossene Position, als es um entschlossene Hilfsbereitschaft für Menschen in Not gehen sollte. Zustimmung zu diesem Rettungseinsatz der Bundeswehr und gleichzeitige Bekräftigung der eigenen Ablehnung militärischer Mittel der Konfliktbewältigung wäre der richtige Weg gewesen. Es geht um menschengerechte Wege zu einer solidarischen Gesellschaft.

Eine neue Regulationsweise muss allen vier Umwälzungen genügen – auf allen wichtigen Feldern der Politik: der Struktur-, Wirtschaft- und Finanzpo-

litik, der Arbeits- und Sozialpolitik, der Umweltpolitik, Infrastrukturpolitik, Genderpolitik, Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik.

#### 4. Öffentliche Diskurse

Wie aber kann eine solche Erzählung und ihr entsprechendes Handeln entstehen? Jedenfalls nicht verordnet durch Parteien und Institutionen, nicht als Schreibtischentwurf von Experten. Zumal in Deutschland das Misstrauen gegen Meinungen wächst, die als autoritär verkündet wahrgenommen werden. Die Erzählung von einer Großen sozial-ökologischen Transformation wird wohl auch nicht bald und gültig ausformuliert in Buchgestalt bei uns landen. Aber sie könnte in gemeinsamen Diskursen aller Kräfte entstehen, denen es um einen gesellschaftlichen »general intellect« unserer Zeit geht. Dringlich sind diskursive Brückenschläge von Linken unterschiedlicher Couleur, demokratischen Liberalen, Angehörigen verschiedener Konfessionen, von Beschäftigten in Produktion und Dienstleistungen, von Mitgliedern verschiedener Parteien und Organisationen und von nicht organisierten Bürgerinnen und Bürgern auf der Suche nach Gemeinsamem.

Der Diskurs zwischen solchen unterschiedlichen Milieus darf aber nicht auf bereits politisierte Kreise beschränkt bleiben. Auch mit jenen muss das Gespräch gesucht werden, die sich um Politik nur am Rande ihrer Lebenswelt kümmern. Politische Aktivisten stehen vor der Aufgabe, den gesellschaftlichen Diskurs in »aufsuchenden Gesprächen« zu führen, im Alltag der Bürgerinnen und Bürger. Anne Steckner hat über Erfahrungen von Mitgliedern der Linkspartei in 379 Berliner »Haustürgesprächen« berichtet (Steckner 2017). Ihre Einsicht ist: »Das zwingt Linke, ihr angestammtes Terrain – die Kraft des Arguments, der nüchternen Verweise auf Fakten – zu erweitern.« (Ebd.: 76) Linke müssen sich auf Gefühlslagen unterschiedlicher Art einlassen, in denen Richtiges und Falsches sich mischen. Sie müssen sich auch auf manche Denkweisen einstellen, die Antonio Gramsci als »bizarren Alltagsverstand« bezeichnete. Steckner schrieb: »Es gibt keine homogene Gruppe, weder unter Bio-Deutschen noch bei Einwander\*innen. Von Rassismus betroffene Menschen können selbst rassistisch, wohlstandschauvinistisch oder behindertenfeindlich sein. Behinderte frauenverachtend, Frauen klassenblind. Das macht die quer dazu liegende Frage so wichtig: entlang welcher Interessen sich Gemeinsamkeiten entdecken und artikulieren lassen, ohne individuelle Unterschiede zu leugnen.« (Ebd.: 78)

Im gegenwärtigen öffentlichen Diskurs haben die plurale Linke und kritische Intellektuelle eine doppelte Aufgabe. Erstens muss anknüpfend am

Denken der Menschen, so wie es ist, dass progressiv Gemeinsame herausgefunden und zusammen mit den eigenen konzeptionellen Einsichten nach und nach zu einer modernen linken Erzählung verdichtet werden. Zweitens sollten Aktivisten der Linken den Bürgerinnen und Bürgern in Gesprächen von Tür zu Tür und auf andere Weise erkannte Einsichten in notwendige Schritte zur Verbesserung des Lebens im Kiez, im Ort und darüber hinaus näherbringen und ihnen dabei helfen, sich für die Durchsetzung ihrer Interessen zu organisieren. Mancher Diskurs könnte Lernprozess und zugleich Mobilisierungs- und Organisationsprozess sein.

## 5. Der mögliche Weg: doppelte Transformation

»Doppelte Transformation« darf als zentraler Begriff für die Beschreibung des Weges zu einer solidarischen oder sozialistischen Gesellschaft angesehen werden. Ernst Bloch schrieb über die Bedeutung eines Begriffs: »Kein Verändern aber geschieht ohne Begriff, dieser ist der Generalstab gerade der Umwälzung und also der möglichen Ankunft, damit sie nicht woanders ankomme als in dem Meinen des Rechten gemeint.« (Bloch 2016: 239)

Das Bild einer besseren Welt mag verhältnismäßig leicht auszumalen sein. Doch für einen hegemonietauglichen Beitrag der gesellschaftlichen Linken in großen Diskursen über die Zukunft der Gesellschaft reichen Vorstellungen über wünschenswerte Wesenszüge einer solidarischen Gesellschaft nicht aus. Gefragt wird in Diskussionen immer wieder, wie der Weg dahin denn aussehen könnte. Oft schwingt die Vermutung in der Frage mit, dass es diesen Weg gar nicht geben könnte, dass die herrschenden Verhältnisse alternativlos sind – auch wenn der Wunsch nach einer besseren Gesellschaft verbreitet spürbar ist. Viele Forderungen der Linken – individuelle Freiheit und Selbstbestimmung, Gerechtigkeit, Umverteilung von Macht und Lebenschancen, Umkehr zum Erhalt der Natur, Frieden, solidarische Weltordnung, Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit, Stärkung des Öffentlichen, Geschlechtergerechtigkeit und Abbau von Herrschaftshierarchien – finden die Zustimmung großer Teile der Öffentlichkeit und potenziell sogar problembewusster Fraktionen der Machteliten. Aber die Menschen haben mehr oder weniger bewusst die Erfahrung gemacht, dass kleine Schritte der Verbesserung die Grunddefizite der Gesellschaft nicht aus der Welt schaffen. »Es ändert sich ja doch nichts.« Das ist eine weitverbreitete lähmende Meinung. Und große Brüche werden gefürchtet; viel zu unsicher erscheint, was dabei herauskäme. Der Begriff »doppelte Transformation« beschreibt einen Ausweg aus diesem Dilemma.



Reformen haben unverzichtbare zivilisatorische Fortschritte erbracht, aber keine Lösung für die größten Menschheitsprobleme, weil sie die Grundstrukturen des Kapitalismus nicht antasteten. Revolutionen haben kapitalistische Eigentums- und Machtstrukturen infrage gestellt. Manchmal hätte es ohne sie keine Durchbrüche gegeben. Sie haben mehr soziale Gleichheit und manchen Fortschritt in den zwischenmenschlichen Beziehungen, nicht zuletzt zwischen den Geschlechtern, bewirkt. Aber sie sind gescheitert, weil hochkomplexe gesellschaftliche Verhältnisse nicht in einem einzigen großen historischen Akt überwunden werden können. Errungenschaften der Moderne und viel zu viele Institutionen wurden zerstört, ohne kurzfristig bessere Lösungen anbieten zu können. Chaos, Rückschläge und Flucht der neuen Machteliten in administrativen Zentralismus und Diktatur statt Erneuerung der Demokratie waren die Folge. Reformen oder Revolution allein versprechen keine Lösung. Welcher Weg bleibt dann aber, der heute begehbar ist und gleichwohl über die gegenwärtige Herrschaftsverhältnisse hinaus führen könnte? Das ist der Weg doppelter Transformation. (Klein 2013; Brie [Hrsg.] 2014).

Radikale soziale und ökologische Reformen können zu einer systeminternen Transformation vom neoliberalen Kapitalismus zu einem sozialeren, demokratischer funktionierenden und grünen postneoliberalen Kapitalismus führen. Aber sie wären stets von einem Rollback zu einem härteren Profitregime bedroht – so wie die soziale Marktwirtschaft der Nachkriegsjahrzehnte seit den 1980er Jahren durch den neoliberalen Kapitalismus zurückgedrängt wurde. Mitten im innersystemischen progressiven Wandlungsprozess sind daher bereits Einstiegsprojekte in eine systemüberschreitende Große Transformation zu suchen. Eine »doppelte Transformation« böte Wege in die Zukunft. Sie könnten dort entstehen, wo Konflikte von besonderer Bedeutung für das Leben vieler Menschen aufbrechen.

Ein solcher Konflikt steckt – wie in Kapitel 3, Punkt 4 behandelt – beispielsweise in der Explosion der Bodenpreise und der Mieten auf dem Wohnungsmarkt und in dem Widerstand von Mieterinnen und Mietern gegen Mietwucher. In Berlin können die Forderungen nach bezahlbaren Mieten und verstärktem sozialen Wohnungsbau den Charakter eines Einstiegsprojekts in Reformen erlangen, die zugleich über die herrschenden Verhältnisse hinausweisen. Die Angebotsmieten in Berlin waren von 2010 bis 2019 inflationsbereinigt um 42% gestiegen. Die Einführung eines Mietendeckels, der für fünf Jahre weitere Mieterhöhungen abwendet, war ein Teilerfolg der Mieterbewegung – bis er vorerst als rechtswidrig erklärt wurde, weil ein Bundesland nicht entscheidungsbefugt sei. Nun erstrebt die Linkspartei gemeinsam mit Mieterinitiativen und Sozialverbänden einen Mietende-

ckel auf Bundesebene. Aber die Marktmacht der Eigentümer, denen rund 800.000 der etwa 1,75 Millionen Mietwohnungen in der Stadt gehören, ist weiter bedrohlich. Doch es gelang den Aktivist\*innen der Mieterbewegung, mit einer Unterschriftensammlung die Durchführung eines Volksentscheids zur Forderung »Deutsche Wohnen & Co. enteignen!« herbeizuführen. Das Resultat war überwältigend. Mehr als eine Million Berlinerinnen und Berliner, 56,4% der Abstimmenden, forderten am 26. September 2021 die Erarbeitung eines Gesetzes zur Vergesellschaftung der Wohnungsbestände großer Wohnungsunternehmen. Nun hat der Berliner Senat einen entsprechenden Gesetzesentwurf zu liefern, damit das Abgeordnetenhaus dazu einen berlinweiten Volksentscheid einleiten kann.

Die Bewegung von unten bedarf der Aufnahme durch den staatlichen Apparat, also realer Veränderung der Kräfteverhältnisse auf staatlicher Ebene. Die Linksfraktion im Berliner Senat hatte signalisiert, dass sie diesen Weg gehen wird, die Partei hat selbst Unterschriften gesammelt. Ob ein Enteignungsgesetz zustande kommen wird oder nicht, ob mit oder ohne Erfolg – hier zeichnet sich ab, wie aus dem Widerstand gegen Mietwucher systemüberschreitende Tendenzen erwachsen können. Das Eigentum, die heilige Kuh der kapitalistischen Marktwirtschaft, wird infrage gestellt. Nicht weil die politische Linke das von jeher tut, sondern mehr noch, weil die Erfahrungen der Betroffenen dafür sprechen. Für Millionen Menschen geht es beim Wohnen um eine Daseinsfrage auf einem Feld, auf dem immerhin bereits Erfolge erreicht werden und das anschlussfähig zu anderen Bewegungen für eine Stärkung öffentlicher Daseinsvorsorge und Infrastrukturen ist. In Barcelona zum Beispiel zeichnet sich das bereits real ab.

Eine doppelte Transformation vermag die Defizite und Einseitigkeiten von Reform und Revolution zu überwinden und die Stärken beider aufzuheben. Sie vermeidet den aussichtslosen Versuch, in einem einzigen großen zeitlich komprimierten Akt der Revolution die Gesamtheit der Verhältnisse umzustürzen, weil dabei selbst viele der eigenen Anhänger verloren gehen und der große Anspruch schließlich in neuen autoritären Verhältnissen landen würde. Aber sie bewahrt das Bewusstsein für die notwendige revolutionäre Tiefe von Brüchen. Sie kombiniert solche Brüche mit machbaren Reformprozessen. Sie setzt auf systeminterne Reformen, auf realisierbare Teilveränderungen, gewinnt damit Mobilisierungskraft, bewirkt in absehbaren Zeiträumen sozial-ökologische Fortschritte, überwindet aber die Illusion, durch Reformen allein eine neue solidarische Gesellschaft erreichen zu können. Sie zielt nicht auf einen unmittelbaren Übergang vom neoliberalen Kapitalismus zu einem demokratischen Sozialismus, aber bereits während eines längeren Reformverlaufs schließt

sie die Öffnung für Brüche von revolutionärer Qualität in der Kombination mit Reformen ein.

Das Konzept doppelter Transformation zielt also auf eine Verschränkung eines längeren graduellen innersystemischen Transformationsprozesses mit Einstiegsprojekten in eine systemüberschreitende Große Transformation. Schon im Verlauf einer progressiven bürgerlich-demokratischen postneoliberalen Transformation des Kapitalismus wären antikapitalistische und potenziell sozialistische Tendenzen, Elemente, Institutionen und Praxen zu entwickeln und zu stützen, die über den Kapitalismus hinausweisen.

Demokratischer Sozialismus ist nicht unmittelbar als nächste historische Formation nach dem Kapitalismus und nicht säuberlich getrennt von einer postneoliberalen systeminternen Entwicklung als nächste Etappe zu erwarten. Non-Profit-Sektoren, öffentliche Daseinsvorsorge, soziale und materielle Infrastrukturen in öffentlicher Hand, solidarische Wirtschaftsformen in den Nischen des Kapitalismus, öffentliche Räume, kritische Öffentlichkeit, Tauschringe, Fair-Trade-Organisationen, Frauenhäuser, kommunale Unternehmen, Energiegenossenschaften, Bürgerhaushalte, Nutzung von Datenpools, frei verfügbare Software und offene Standards für eine partizipative Stadtentwicklung, Mitbestimmung und solidarisches Alltagsverhalten – alle diese Formen sind gegenwärtig mehr oder weniger in das kapitalistische Herrschaftssystem inkorporiert. Aber ihre Potenziale weisen darüber hinaus und bedürfen ihrer emanzipativen Freisetzung im Rahmen einer doppelten Transformation, getragen von der gesellschaftlichen Linken und breiten Bündnissen.

Eine Strategie der doppelten Transformation würde ein Rollback zu konservativen Herrschaftsformen verhindern können. Sie würde den Verbleib von Reformen in den Schranken des Kapitalismus sprengen. Das wäre aber auch keine Revolution als einmaliger Akt gleichzeitiger Umwälzung aller Verhältnisse mit problematischem Ausgang, wohl aber eine Veränderung von revolutionärer Tiefe – eben Transformation, doppelte Transformation, eine Verbindung von Prozess und Brüchen.

Allerdings – für längere Zeit wird vermutlich noch gar nicht eine postneoliberale Transformation zu einer erträglicheren Gestalt des Kapitalismus die Agenda kritischer demokratischer Kräfte bestimmen. Nach einer Abschwächung der Corona-Pandemie wird wohl in den Vordergrund treten, den Versuch von Kapitalseite abzuwenden, die Kosten der Coroneinbrüche so weit wie möglich auf die Lohnabhängigen und sozial Schwächeren abzuwälzen. Olaf Scholz kündigte im Dezember 2020 an, ab 2023 wieder Schulden til-

gen zu wollen. Erfahrungsgemäß bedeutet das vor allem, an sozialen Leistungen zu sparen. Rainer Dulger hatte als Chef des Unternehmerverbands Gesamtmetall im Frühherbst 2020 zwei Nullrunden für die anstehenden Tarifverhandlungen gefordert, sein Nachfolger Stefan Wolf sogar »Mehrarbeit ohne vollen Lohnausgleich«, d.h. Lohnsenkungen.

Abwehrkämpfe gegen diese Tendenzen finden bei den Betroffenen Unterstützung. Aber die Auseinandersetzungen in Gesundheitseinrichtungen um ein neues höheres Gewicht der medizinischen Dienste in Wirtschaft und Gesellschaft, um entsprechende höhere materielle Anerkennung und Ausstattung, ebenso die Mieterbewegung und die Bewegung für Klimagerechtigkeit zeigen, dass Abwehrkämpfe noch im Rahmen des Kapitalismus mit einer Transformation in Richtung eines sozialeren, demokratisierten, stärker ökologisch und weniger militärisch orientierten Kapitalismus verbunden werden können.

Eine solche postneoliberale innersystemische Transformation des Kapitalismus könnte starke Akzeptanz bei großen Teilen der Bevölkerung finden. Sie entspricht dem Bedürfnis nach mehr Selbstbestimmung der Einzelnen, mehr Sicherheit und mehr Gerechtigkeit. Sie ist vernünftig. Sie überfordert die Bürgerinnen und Bürger nicht. Sie verlangt ihnen keine zu hohe Risikobereitschaft ab. Sie ist machbar – und doch zu öffnen für eine Überschreitung der herrschenden Verhältnisse. Sogar Teile der Machteliten könnten sich bei genügend hohem Druck zur Not auf diesen Weg einlassen.

## 6. Differenzierung in den Machteliten

Wie eine progressive Transformation in Gang kommen könnte, hängt leider nicht allein von der gesellschaftlichen Linken, nicht allein von möglichen breiten demokratischen Allianzen ab. Die Zukunft wird in absehbarer Zeit in hohem Maße von den gegenwärtig herrschenden Machteliten bestimmt, von ihren Strategien, von der Entwicklung der Kräfteverhältnisse zwischen dem Block an der Macht und Gegenkräften.

Teile der Eliten greifen zu autoritären Herrschaftsformen – in Brasilien und in der Türkei, in den Golfstaaten schon längst, in Ungarn und Polen, in Nordafrika als Gegenreaktion auf die Arabellion und nicht zuletzt die Trumpisten in den USA. Andere Fraktionen setzen auf eine Modernisierung des neoliberalen Kapitalismus – durch grünes Wachstum, Digitalisierung und auch mit partiellen sozialen Reformen bei verstärkt staatlicher Regulierung.

Das Establishment beweist in zugespitzten Krisensituationen erstaunliche Lernfähigkeit. Dann können sich plötzlich flexible Fraktionen des herr-

schenden Blocks gegen seinen beharrenden Teil durchsetzen. In der Corona-Krise wird die Schuldenbremse außer Kraft gesetzt, werden zuvor unvorstellbar umfangreiche Finanzmittel für Stabilisierungsprogramme bereitgestellt, kommen wie schon in der Krise 2008/09 staatliche Kapitalbeteiligungen an Privatunternehmen zustande, werden – wenn auch viel zu spät – Milliarden für die medizinische Infrastruktur aufgebracht, wird in Deutschland große Arbeitslosigkeit durch Kurzarbeitergeld vermieden. Zuvor gering geschätzte und entsprechend schlecht bezahlte Berufsstände werden plötzlich als »systemrelevant« entdeckt und zumindest verbal aufgewertet. Sogar eben noch kategorisch abgelehnte gemeinsame Kredithilfen der EU-Staaten für angeschlagene Mitgliedsländer werden möglich. Differenzen über den Anteil der Militärausgaben am BIP und in der europäischen Migrationspolitik brechen auf.

Zur Transformationsstrategie der Linken sollte gehören, solche Differenzierungsprozesse für einen demokratischen sozial-ökologischen Wandel auszunutzen. Zur politischen Kunst alternativer Kräfte gehört, mit den Machteliten gegen sie durchzusetzen, dass Unmögliches möglich wird.

Das hat für den Prozess der Herausbildung einer neuen Regulationsweise große Bedeutung. Denn eine ihrer Komponenten sind staatliche Planung und Lenkung. Und deren Umfang und Richtung hängen vorerst weitgehend davon ab, ob sich die eine oder die andere Fraktion innerhalb des herrschenden Machtblocks durchsetzt. Die Linke muss sich auf beide Richtungen in der herrschenden Politik einstellen: den konservativen Kräften eine autoritäre, rechtsextreme und populistische Sicherung ihrer Herrschaft versperren, aber die Öffnung flexibler Kräfte für Reformen aufnehmen, um diese nach eigenen progressiven Maßstäben zu beeinflussen. Auch die problembewussten, beweglichen Fraktionen des Establishments versuchen allerdings, unumgehbare Reformen dem Erhalt ihres Systems unterzuordnen, oppositionelle Kräfte zu befrieden und sie mit partiellen Zugeständnissen in die herrschenden Verhältnisse zu integrieren.

Die tiefste progressive Neuorientierung im Rahmen des kapitalistischen Systems – abgesehen von der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung in skandinavischen Ländern – vollzog sich in Gestalt des New Deal in den USA. Sie war Gegenstand im Kapitel 1 dieses Buches.

Als Roosevelt 1932 die Präsidentschaftswahlen in den USA gewann, befand sich das Land in der tiefsten Wirtschafts- und sozialen Krise der Geschichte des Kapitalismus: 15 Millionen Arbeitslose, die Löhne um 60% abgestürzt, von 1930 bis 1933 172.800 Firmen bankrott, staatliche Sozial-

leistungen katastrophal unterentwickelt, der Faschismus auch in den Vereinigten Staaten auf dem Sprung. Der Kapitalismus am Abgrund. Nur ein ungeheurer Kraftakt, nur ein New Deal, ein einschneidender Richtungswechsel der Politik versprach Rettung. Präsident Roosevelt verkörperte diesen Aufbruch.

Er vollzog einen tiefen Bruch mit der vorherrschenden liberalistischen Auffassung, dass die freie Konkurrenz auf den Märkten – in Wirklichkeit die von Monopolen und Oligopolen dominierte Konkurrenz – die Probleme lösen werde und dass der Staat sich weitgehend aus dem Wirtschaftsgeschehen und aus sozialen Angelegenheiten herauszuhalten habe. Dieser Bruch war eine kaum zu überschätzende Leistung. Sie verweist auf eine erstrangige, von den heutigen Machteliten nicht eingelöste Herausforderung in der Gegenwart. In einer wahren Kaskade von Reformgesetzen schufen die New Dealer in kürzester Zeit die Grundlagen für den damals ungeheuerlich anmutenden Übergang von ungebändigter Monopolherrschaft zu einem – wenn auch in Grenzen – sozialstaatlich regulierten Kapitalismus. Das führte zu einem tiefgreifenden Wandel in der kapitalistischen Regulationsweise. Dieser Umbruch vollzog sich in erbitterten Kämpfen innerhalb der kapitalistischen Machteliten zwischen ihrem Reformflügel und konservativen Kräften. Zeitweilig auch als Krieg zwischen den westlichen Alliierten unter Führung der USA und den von Faschismus und Militarismus beherrschten Staaten (Lehndorff 2020; Klein 2016: 31-91)

Die Härte der Auseinandersetzungen innerhalb der US-Machteliten spiegelte sich in einer Rede Präsident Roosevelts am 31. Oktober 1936 im Madison Square Garden wider. Damals hatten die Kämpfe innerhalb der US-amerikanischen Machteliten um den Kurs im Lande erneut zugenommen. Den neuen Vorstößen der konservativen Fraktion begegneten die New Dealer mit einer heute in den regierenden Kreisen nicht vorstellbaren Konsequenz und Radikalität. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen erklärte Roosevelt: »Wir kämpfen seit zwei Jahren erbittert gegen die Feinde dieses (inneren – D.K.) Friedens. Wir kämpfen gegen die Hochfinanz- und gegen die Wirtschaftsbosse, die gewissenlosen Spekulanten, gegen die Klassenspaltung, den Partikularismus und gegen die Kriegsprofiteure. Sie alle haben sich daran gewöhnt, die amerikanische Regierung als Anhängsel ihrer Geschäfte zu betrachten. Wir wissen nun, vom organisierten Geld regiert zu werden, ist genauso gefährlich wie von der Mafia regiert zu werden. Jetzt hassen sie mich, ich nehme ihren Hass entgegen. In meiner ersten Amtszeit haben die Kräfte des Egoismus und der Gier in mir einen gleichwertigen Gegner gewonnen. In meiner zweiten Amtszeit werden sie in mir ihren Bezwingener finden.« (7history.sandiego.edu/gen/text/us/fdr1936) Roosevelt löste diese

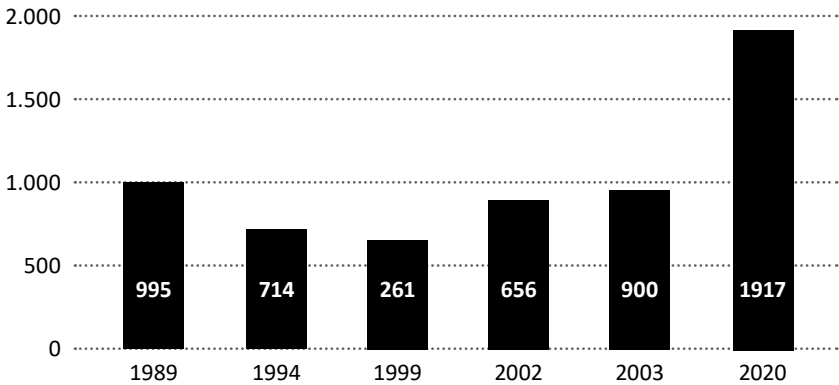
Ankündigung weitgehend ein. Tatsächlich fand in den USA und nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die siebziger Jahre in der gesamten OECD-Welt eine progressive innersystemische Transformation statt. In der Bundesrepublik bezeichnet als soziale Marktwirtschaft. Für sozialdemokratische Reformpolitik entstand ein erheblicher Spielraum.

Eine neue Hoffnung auf progressiven Wandel aus den Machteliten selbst keimte mit der Präsidentschaft Barack Obamas auf. Er schien bereit zu progressiver Erneuerung Amerikas, gestützt auf eine breite Zustimmung in der amerikanischen Bevölkerung für eine neue Politik. »Change« lautete das Zauberwort, das breiten Widerhall fand. Wandlungsoffene Teile der US-Machteliten stellten sich gegen die Konservativen um George W. Bush. Doch die Erinnerung an Roosevelt-Zeiten blieb bald im Reich von Hoffnungen und politischen Träumen stecken und verblasste schnell. Change wurde nicht einmal im Rahmen des Kapitalismus zu »System Change«. Die Konservativen nutzten die Halbherzigkeit der Obama-Administration. Sie setzten nach einigem Hin und Her auf Donald Trump, auf eine Kombination von Entfesselung der Märkte und autoritärer, rechtspopulistischer Herrschaft – bis zum knappen Wahlsieg Joe Bidens.

Auch auf internationalem Feld hat es hoffnungsvolle Ansätze für eine nachhaltige und friedliche Entwicklung gegeben – verbunden mit kritisch-flexiblem Denken in Teilen der Machteliten und mit Differenzierungsprozessen in ihren Kreisen.

In der zweiten Hälfte der 1980er und in der ersten Hälfte der 1990er Jahre kam nach heftigen Auseinandersetzungen zwischen den »Falken« und den »Tauben« in den Führungsetagen der USA angesichts der akuten Gefahr eines Atomkrieges eine Reihe von internationalen Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträgen zustande, die zur Bewahrung der Menschheit vor einer Selbstvernichtung beigetragen haben (Klein 2016: 92-104). Aber seit der Jahrtausendwende beobachten wir eine erneute Veränderung innerhalb des herrschenden Blocks. Ein Rückfall in atomare und konventionelle Hochrüstung vollzieht sich, die Aufkündigung von Rüstungskontrollabkommen vor allem seitens der USA und der Einsatz Künstlicher Intelligenz in völlig neuen Waffensystemen außerhalb jeder völkerrechtlichen Kontrolle. Noch nie seit den 1990er Jahren war die Gefahr eines Atomkrieges so groß wie heute. Noch nie seit Berichterstattung des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI über die globalen Rüstungsausgaben waren diese so hoch wie im Jahr 2021. Sie stiegen auf über zwei Billionen Dollar an.

Noch 1990 schien es so, als würden die globalen Machteliten die Chance vom Ende des Kalten Krieges für Entspannung und Rüstungsbegrenzung nutzen. Der Beginn des neuen Jahrhunderts weckte Hoffnungen auf ge-

**Abb. 9: Weltmilitärausgaben (in Mrd. US-Dollar)**

Quelle: Conversion Survey des Internationalen Konversionszentrums Bonn; (BICC); UNICEF-Jahresbericht 1994, New York; Jahresbericht des SIPRI 2020, Stockholm.

dämpfte Rüstungsaufwendungen. Aber die Rüstungsausgaben stiegen wieder exzessiv an. 2003 hatten sie ihren Höhepunkt am Ende des Ost-West-Systemkonflikts schon fast wieder erreicht. 2020 hatten sie sich gegenüber 1989 verdoppelt. Die Hoffnung auf Umkehr hatte sich nicht erfüllt. Ihre Einlösung steht noch aus. Sie ist eine der größten Aufgaben im 21. Jahrhundert. Ohne Frieden wird es keine Chance für progressive Transformationsprozesse geben.

Die zentrale Herausforderung des Jahrhunderts ist die Umkehr von einer weitgehend schrankenlosen Unterwerfung der Natur unter den Wachstumsfuror des Kapitals zur Einordnung alles wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Handelns in die Naturkreisläufe und ihre Gesundheit. Die Pariser Klimakonferenz vom Dezember 2015 war ein wichtiger, allerdings unzureichender Schritt auf diesem Weg und ein weiterer Ausdruck für Differenzierungsprozesse im herrschenden Block. Wird diese Differenzierung bis an die Schwelle sozial-ökologischer Transformation führen?

Zum ersten Mal nach Jahrzehnte währenden Klimaverhandlungen einigten sich die Repräsentanten von 195 Staaten in Paris auf das Ziel, die Erderwärmung weit unter 2°C im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter zu halten. Das Establishment kann die drohenden existenziellen Gefahren nicht mehr einfach verdrängen.

Aber die bisher vorliegenden nationalstaatlichen klimapolitischen Programme bleiben weit hinter den in Paris gemeinsam gesetzten Anforderungen zurück und würden eine Erwärmung von 3°C und mehr nicht verhindern. Die Einsicht der Herrschenden scheitert an den Strukturen, auf denen ihre



Macht beruht. Aber sie lassen sich vom wissenschaftlichen Establishment immerhin Schreckensszenarien erläutern, die für ein Umdenken Anstöße liefern. Die »Deutsche Welle« berichtete über das Davoser Weltwirtschaftsforum 2020: »Noch nie in der 50jährigen Geschichte des Weltwirtschaftsforums wurden in Davos Probleme so offen und radikal angesprochen wie in diesem Jahr [...] Die Mächtigen spürten den Druck derjenigen, die in ihren Ländern unter Klimawandel, sozialer Ungleichheit und mangelnder Bildung leiden [...] BlackRock, der größte Vermögensverwalter der Welt, verkündete einen radikalen Wandel in seiner Strategie. In umwelt- und klimaschädliche Unternehmen wolle man nicht mehr investieren« ([www.dw.com/de/humater-davos-es-ist-zeit-zum-handeln/a-52136587](http://www.dw.com/de/humater-davos-es-ist-zeit-zum-handeln/a-52136587)).

Nicht die Mehrheit der Machteliten, aber doch nicht wenige im Machtblock erkennen als Individuen durchaus, dass der Kapitalismus so, wie er ist, auf Abgründe zusteuert, die für das System selbst gefährlich sind. Zuweilen bringen sogar Persönlichkeiten aus den oberen Etagen des Big Business auf den Punkt, warum sie mit ihren Warnungen scheitern. So schrieb Carlos Joly, viele Jahre Investmentmanager und zur Zeit seines »Ausblicks« für den von Jørgen Randers verfassten »Neuen Bericht an den Club of Rome. 2052« Vorsitzender des Climate Change Scientific Advisory Committee of Natixis Asset Management in Frankreich: »Sehr vereinfacht gesagt, liegt die Ursache für die wiederholten Krisen im Westen im Triumph des Finanzkapitalismus, unterstützt und begünstigt durch seine neoliberalen Institutionen – die US-Notenbank, das US Finanzministerium, den Internationalen Währungsfond, die Europäische Zentralbank, das internationale Patentrecht – verbunden mit der Regierungsübernahme durch eine Oligarchie von Unternehmen und Finanzwirtschaft.« (Joly 2012: 36) Die produzierenden und die im Cyberspace dominierenden Konzerne kommen in dieser Einschätzung allerdings zu gut weg.

Zum Umweltbewusstsein in den Eliten und in der Bevölkerung weltweit hat seit seiner Gründung der Club of Rome erheblich beigetragen. Einsichten in den Machtetagen wie die Jolys werden in der Regel allerdings erst nach dem Ausscheiden einzelner aus den strukturellen Zwängen, erst nach der Quittierung von Vorstandsämtern oder Ministerposten formuliert. Eine der Ausnahmen war Aurelio Peccei, der als Vorstandsvorsitzender von Fiat und Olivetti 1968 zusammen mit Alexander King den Club of Rome gründete. Mit seinen Berichten, angefangen mit dem legendären Bericht »The Limits to Growth« im Jahre 1972, hat der Club beträchtlichen Anteil an der globalen Verbreitung des Bewusstseins über die Gefahren für unsere Umwelt. Aber auch dieses hochkarätige Gremium stieß auf den Widerstand der ewig Gestrigen und an die Grenzen der herrschenden Verhältnisse.

40 Jahre nach dem Bericht »Die Grenzen des Wachstums« wagte einer der Verfasser dieses Berichts, Jørgen Randers, eine Prognose für die nächsten 40 Jahre. Er resümierte darin: »Meine Prognose für die globalen Entwicklungen bis zum Jahre 2052 ist pessimistisch, aber nicht katastrophal.« (Randers 2012: 373). Diese Prognose ist ein Armutszeugnis für die globalen Machteliten trotz der in sie aufgenommenen kritischen Stimmen aus ihren Kreisen: »Meine Prognose lässt für mich nur den Schluss zu, dass eine Lösung erst dann kommen wird, wenn wir unseren Kindern und Kindeskindern in der Mitte der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts eine Welt hinterlassen haben, in der die Temperatur um 2,8°C angestiegen ist. Das wird ironischerweise genau der Zeitpunkt sein, zu dem es völlig offen ist, ob wir einen Klimawandel auslösen, der sich selbst (irreversibel – D.K.) verstärkt, oder ob uns die Umkehr gelingen wird.« (Ebd.: 300) Die Chancen würden dann im glücklichsten Falle 50 zu 50 stehen. Für eine rettende Wende müsste die Menschheit in der zweiten Jahrhunderthälfte, wie Randers formuliert, ein Wunder vollbringen. Dieses Wunder würde, wenn überhaupt, unter dem Druck »von riesigen regionalen Klassenunterschieden« (ebd.: 80), explosionsartigen illegalen Zuwanderungen nach Europa aus Asien und Afrika (ebd.: 235) und »gesellschaftlichen und politischen Unruhen« (ebd.: 236) im Gefolge zunehmender sozialer Spannungen erwachsen.

Das Weltwirtschaftsforum 2021, das Treffen von Wirtschaftseliten, Staatshäuptern und sonstigen gehobenen Personals in Davos, fand unter dem Motto »Der große Neustart« statt. Es sollte die Welt diesem Wunder näherbringen. Eine ökologische und soziale Neuorientierung der Mächtigen dieser Welt – ein verheißungsvoller Gedanke. Jedoch, da hatte schon 1991 in der Vorbereitung des UN-Umweltgipfels der Business Council for Sustainable Development, ein exquisites Gremium führender Industrieller und Banker, mit deren Unterschrift einen »Kurswechsel« zur Nachhaltigkeit in der Unternehmerwelt proklamiert (Schmidheiny 1992). Aber der »Kurswechsel« blieb leere Deklaration. Der Widerstand in der herrschenden Klasse war zu groß. Dem »Großen Neustart« des Weltwirtschaftsforums droht das gleiche Schicksal. Die tiefere Ursache dafür hat Carlos Joly benannt. Die Machteliten müssten die Grundlagen ihrer eigenen Herrschaft infrage stellen. Ihr Eigentum an den entscheidenden Wirtschaftsressourcen müsste zumindest demokratischer gesellschaftlicher Kontrolle und öffentlicher Regulierung unterstellt werden. Systemrelevante Bereiche wie materielle und soziale Infrastrukturen gehören in Gemeineigentum, ebenso Schaltstellen des Banksystems.

Dies ist also die Situation: Teile der Machteliten können sich der Ahnung fundamentaler Funktionsdefizite ihres Systems nicht länger entziehen. Doch ohne weit stärkere Gegenmacht von unten werden sie sich den eigenen Machtstrukturen kaum entziehen können.

Offen ist, ob sich in den Regierungsprojekten Joe Bidens ein Green New Deal abzeichnet, der mit dem New Deal Roosevelts vergleichbar wäre. Erhardt Crome beispielsweise scheint das eher nicht anzunehmen: »Die Biden-Administration ersetzt fehlende Stärke durch starke Worte – und steht in größerer Kontinuität zu Donald Trump, als Biden vor der Präsidentenwahl Glauben machen wollte.« (Crome 2021: 20) Joachim Bischoff und Bernhard Müller schrieben im Dezember 2020 von einem New Deal-Programm der Biden-Administration (Bischoff/Müller 2020: 24). Im Februar 2021 formulierte Bischoff fragend: »Kommt ein neuer New Deal?« und antwortete, dass Biden angesichts eines »riesigen politischen Scherbenhaufens«, den Trump hinterlassen hat, zu weitreichendem Handeln gezwungen sei. Daher »sollten die Herausforderungen der neuen Administration und die Möglichkeiten zu ihrer Lösung nicht unterschätzt werden.« (Bischoff 2021: 38)

Adam Tooze, Professor an der Columbia University, zitiert aus Bidens Rede zur Ankündigung seines großen Infrastrukturprogramms, es sei wie die »großen Projekte der Vergangenheit« (wie der New Deal und Johnsons Great Society-Project – D.K.) darauf angelegt, »das Land zu vereinen und zu mobilisieren, um den großen Herausforderungen unserer Zeit zu begegnen: der Klimakrise und den Ambitionen eines autokratischen China«. Und Tooze resümiert: »Unter Joe Biden haben die USA ein wirtschaftspolitisches Experiment von historischem Ausmaß begonnen.« (Tooze 2021: 73)

Aber in seiner genaueren Analyse des Infrastrukturprogramms der Biden-Administration diagnostiziert Tooze einen »Mangel an reformerischem Elan«. Die bewundernswerte Vielfalt einzelner Projekte verdeckte, dass sie insgesamt bescheiden ausfallen. Die für Forschungen zur Bewältigung der Klimakrise jährlich vorgesehenen 35 Milliarden Dollar zum Beispiel entsprechen nur den Jahresausgaben der Amerikaner für Tierfutter. Für den öffentlichen Nahverkehr seien weniger Mittel als für die E-Mobilität vorgesehen. Unter dem Einfluss des maßgeblichen klimapolitischen Beraters der Biden-Regierung, Brian Dreese, der lange für BlackRock gearbeitet hat, habe sich Bidens neue Fassung des Green New Deal »meilenweit entfernt von der kühnen Vision des Originals«, die von Alexandra Ocasio-Cortez und anderen demokratischen Abgeordneten in Zusammenarbeit mit Vertretern der Sunrise-Bewegung entwickelt worden war. Gemessen an der Größe der Herausforderungen und an der entschieden zu schwachen Finan-

zierung seines Gesamtprojekts scheint ihm »Bidens Klimaprogramm von Zwängen gehemmt, nicht anspruchsvoll genug und ohne Fokus zu sein.« (Tooze 2021: 70; 68; 73).

Klaus Busch schätzt wohlbegründet Bidens Position zu staatlicher Lenkung und Marktregulierung so ein: »Biden verabschiedet sich von der Philosophie ›Marktwirtschaft zu viel wie möglich, staatliche Eingriffe so wenig wie nötig«, die noch von Bill Clinton und Barack Obama vertreten wurde. Beeinflusst von Ökonomen wie Paul Krugman haben für Biden staatliche Investitionsprogramme deutlich höheren Stellenwert.« (Busch 2021: 10)

Die Meinungen über die Reichweite des Biden-Projekts gehen deutlich auseinander. Es ist in den Machteliten selbst heftig umstritten. Offen ist, ob sich in den USA nach dem von Ronald Reagan angeführten Rückfall von einem sozialstaatlich regulierten Kapitalismus zum sozial ungezügeln Marktradikalismus nun abermals ein Wechsel zu einem anderen Typ des Kapitalismus, zu einem nunmehr sozial und ökologisch regulierten Kapitalismus vollzieht.

Diese Frage ist zentral für das Nachdenken über Wege zu einer künftigen progressiven Regulationsweise. Denn ein postneoliberaler Kapitalismus – wenn denn Biden Wege zu ihm öffnen würde – wäre viel stärker als bisher mit strategischer Gesellschaftsgestaltung und Planung, potenziell mit dem Einfluss zivilgesellschaftlicher Kräfte und mit der Einhegung des Marktmechanismus verbunden.

Für eine erzwungene, wenn auch überaus unsichere Verschiebung der Konstellation innerhalb der US-Machtzirkel, für einen qualitativen Unterschied zwischen neoliberalen, vielfach rechtspopulistisch beeinflusstem Kapitalismus und Bidens Neubeginn sprechen die im Folgenden dargestellten Umstände:

Die Größenordnung der beschlossenen und der geplanten Programme des Wandels und ihre sozialen Komponenten sind mehr als eine veränderte Festschreibung der bisherigen Politik. Unter dem Handlungsdruck der Coronakrise, des Schocks, den der »Sturm auf das Capitol« auslöste, und angesichts der Aufbruchserwartungen seiner Wählerschaft konnte Biden im Repräsentantenhaus und im Senat sein erstes großes Programm, den American Rescue Plan (ARP) im Umfang von 1,9 Billionen Dollar, durchsetzen. Dazu gehören 400 Milliarden US-Dollar für direkte Anticorona-Maßnahmen, Hilfs- und Konjunkturschecks in Höhe von 1.400 Dollar für jede Amerikanerin und jeden Amerikaner, 400 Milliarden Dollar für von der Pandemie besonders betroffene Unternehmen und Kommunen, erstmals ein

Arbeitslosengeld für rund zehn Millionen Haushalte, die Verlängerung und Aufstockung der zusätzlichen Arbeitslosenunterstützung bis September 2021, Miet- und Versorgungsbeihilfen für arme Familien. Bemerkenswert ist, dass sich Biden anders als Obama nicht auf einen monatelangen Aushandlungsprozess mit den Republikanern einließ und sein 1,9 Billionen-Programm ohne wesentliche Kompromisse durchsetzte.

Ein zweites großes Programm, den American Jobs Plan (AJP), hat Biden im Mai 2021 vorgestellt. Es hatte einen geplanten Umfang von 2,65 Billionen Dollar. Doch es zeichnet sich bereits ab, dass der Widerstand der Republikaner zu Abstrichen von mehr als eine Billion führen könnte. Das Programm soll vor allem die marode Infrastruktur, Straßen, Brücken und Versorgungsnetze, erneuern und dabei neue Jobs schaffen. 75% der staatlich finanzierten Investitionen sollen solche Arbeitsplätze bringen, die keine höhere Bildung voraussetzen. Ein anderer Teil der Investitionen zielt vor allem auf die Förderung erneuerbarer Energien und der digitalen Revolution. Es soll den USA Hightech-Führungspositionen in der Welt sichern, vor allem in der Auseinandersetzung mit China. Das Programm umfasst einen Zeitraum von 15 Jahren. Die Schwerpunkte des AJP sind (Busch 2021: 10):

- Bekämpfung des Klimawandels (782 Milliarden)
- Verkehr (447 Milliarden)
- Gesundheit und Kinderbetreuung (443 Milliarden)
- Jobs und ökonomische Entwicklung (258 Milliarden)
- Forschung und Entwicklung (196 Milliarden)
- Industrie (154 Milliarden) und Breitbandkommunikation (100 Milliarden)
- Sauberes Wasser (111 Milliarden)

Einen Monat nach dem American Jobs Plan legte Biden ein drittes großes Programm, den American Families Plan (AFP), mit einer Laufzeit von zehn Jahren und einem Umfang von 1,8 Billionen Dollar vor. Er soll Familien, besonders solche mit geringen Einkommen, von Steuern entlasten. Für Drei- und Vierjährige soll eine kostenlose Betreuung im Kindergarten eingeführt werden. Für Familien und Kinder sind 545 Milliarden, unter anderem für ein höheres Kindergeld, Bildung und Erziehung vorgesehen. Für den Krankheitsfall soll eine Lohnfortzahlung, für Collegestudierende eine zweijährige Gebührenfreiheit erfolgen.

Die drei Programme zusammen werden von der Biden-Regierung als Build-Back-Better-Programm (BBB) bezeichnet. Sie können eine Beschleunigung des Wirtschaftswachstums, eine Festigung von Spitzenpositionen der USA im Hochtechnologiebereich, aber auch eine erneute Stärkung des Sozialstaats bewirken und den ökologischen Umbau fördern. Etwa die Hälfte der insgesamt geplanten Investitionen wird – sicher sehr weit gefasst – von

Experten als grün eingestuft (Fricke 2021). Höheres Wachstum wird die Umwelt allerdings verstärkt belasten.

Bidens Infrastruktur- und Familienpläne haben gleich zwei Pferdefüße. Fraglich ist erstens, ob die Regierung ihre Finanzierung aus der Besteuerung großer Unternehmen und Vermögen gegen konservative Widerstände durchsetzen kann. Vorgesehen ist vor allem eine Erhöhung der Körperschaftsteuer. Trump hatte diese von 35 auf 21% gesenkt. Die Biden-Administration will sie nun auf 28% erhöhen, das ist nicht übermäßig ambitioniert. Ferner sollen Steuerschlupflöcher der Großkonzerne, eine Erhöhung der Kapitalertragssteuer und eine stärkere Besteuerung von Spitzeneinkommen über 400.000 Dollar im Jahr realisiert werden. Selbst wenn die Widerstände gegen diese Vorhaben gebrochen werden, ist zweitens trotz des enormen Volumens des Build-Back-Better-Programms fraglich, ob das Finanzvolumen die geplanten Ausgaben decken wird.

Adam Tooze hat errechnet, dass der geplante Finanzaufwand nicht annähernd für die erforderlichen Investitionen in erneuerbare Energien, ökologischen Umbau der alten Industrien, Verkehrswende, Erneuerung der Infrastrukturen und den ökologischen Wandel in der Landwirtschaft ausreichen wird (Tooze 2021: 69-71).

Bemerkenswert ist gleichwohl, dass die Programme der Biden-Regierung anders als viele Konjunkturprogramme in der Weltwirtschaftskrise 2008/09 nicht vorwiegend der Bankenrettung und dem Wachstum schlechthin gelten. Gewiss stärken sie die monopolistische Wirtschaftsstruktur. Aber sie haben auch eine gewichtige soziale Komponente. Das könnte der Biden-Regierung Rückenwind aus der bisher an den Rand gedrängten Bevölkerung und aus der unteren Mitte der Gesellschaft verschaffen.

Thomas Fricke, Kolumnist bei Bloomberg, hebt als geplante Schritte zur Minderung der sozialen Ungleichheit hervor: höhere Steuern für besonders Reiche, höhere Mindestlöhne, Förderung von Care-Jobs, Schuldenabbau für Studierende und den Einsatz Bidens für stärkere gewerkschaftliche Vertretung der Beschäftigten. Einst, im Jahr 1933, verlieh Präsident Roosevelt mit einem besonderen Paragraphen zur Förderung gewerkschaftlicher Organisation im National Recovery Act den Gewerkschaften einen regelrechten Schub. So weit geht Biden nicht, aber pro-gewerkschaftliche Äußerungen des US-Präsidenten deuten durchaus auf beachtliche Veränderungen hin.

Beachtung verdient das Tempo der Entscheidungen Bidens nach seiner Amtseinführung. In seinen ersten Tagen im Präsidentenamt unterzeichnete er 15 Dekrete mit zum Teil richtungsänderndem Charakter, so den Wiederbeitritt der Vereinigten Staaten zum Pariser Klimaabkommen, zur WHO und zur WTO. Bis 2030 sollen die USA ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen halbieren.

*Gegen* die Chance eines Green New Deal, der vergleichbar mit der Tiefe der Veränderungen wäre, die durch den New Deal in den 1930er Jahren eingeleitet wurden, sprechen aber ebenfalls eine Reihe von Umständen.

Für die meisten Sachentscheidungen zur Umsetzung der geplanten Projekte wird Biden im Senat 60% der Stimmen benötigen, nicht nur seine hauchdünne Mehrheit. Fraglich ist zum Beispiel, ob er die zur Finanzierung der Reformvorhaben angekündigten Steuererhöhungen für die Reichen durchsetzen kann.

Mit der Abwahl Trumps ist die destruktive konservative und antidemokratische Haltung fast der Hälfte der Wählerschaft und eines großen Teils des politischen Establishments nicht verschwunden. Die republikanische Opposition kann sich auf den fortwirkenden Trumpismus stützen, wenn sie den Kurs Bidens torpedieren will. Noch ein halbes Jahr nach den Präsidentschaftswahlen waren drei Viertel der Anhänger der republikanischen Partei fest davon überzeugt, dass Biden die Wahlen durch Betrug gewonnen hat.

Zu Roosevelts New Deal hatten sich in kritischen Situationen mächtige Zusammenschlüsse des Großkapitals öffentlich bekannt. 1934 beispielsweise hatte sich das »Committee for the Nation«, dem 750 Repräsentanten von Großunternehmen angehörten, offen gegen die konservative Fraktion der Machteliten ins politische Gefecht geworfen. Vergleichbare Gruppierungen sind in der jüngeren Zeit in den USA nicht in Erscheinung getreten.

Staatliche Interventionen, die für ein Umsteuern in den USA und anderen kapitalistischen Staaten unerlässlich sind, stehen bei großen Teilen der amerikanischen Bevölkerung unter dem tiefverwurzelten Verdacht, sozialistisch oder kommunistisch zu sein – also entschieden abzulehnen nach Ansicht der meisten. Daran nicht zuletzt ist Obamas Gesundheitsreform insgesamt gescheitert.

In der kommenden Zeit bis zu den nächsten Zwischenwahlen in den USA wird sich wahrscheinlich entscheiden, ob sich ein neuer, diesmal auch grüner New Deal herausbilden wird. Die Ankündigungen, der Umfang und die sozialen und ökologischen Ziele der Programme Joe Bidens und Kamala Harrys' sprechen für Schritte in diese Richtung, viele Realisierungsbedingungen überwiegend dagegen.

Auf die künftige Entwicklung in den USA wird die Auseinandersetzung mit China wesentlichen Einfluss haben. Auch deren Wirkung ist widersprüchlich. Einerseits wird die »systemische Rivalität« von Demokraten wie von Republikanern als eine Herausforderung betrachtet, die den Vereinigten Staaten größte Anstrengungen in der ökonomischen und wissenschaftlich-

technischen Konkurrenz und im Wettbewerb um erfolgreiche Antworten auf die Klima- und Umweltkrise abfordert. Das könnte den Zusammenhalt für eine Erneuerung der USA fördern. Andererseits werden der ökonomische und soziale Aufstieg Chinas und sein wachsendes Gewicht in der Weltwirtschaft als Bedrohung für die USA empfunden und interpretiert. Das gilt auch für Chinas nachholende Rüstung, obwohl die Rüstungsausgaben der USA mit 738 Milliarden US-Dollar fast viermal höher als die chinesischen mit 193,3 Milliarden sind (Angaben für 2020). Wenn die Biden-Regierung ihre zunehmend aggressiv gegen China gerichtete Strategie fortsetzt, den Wettlauf mit China auch mit Sanktionen und militärischer Einschüchterung entscheiden zu wollen, dann könnten die Folgen fatal sein. Ein solcher Kurs wäre mit der Stärkung des Militär-Industrie-Komplexes im Machtgefüge der USA verbunden und würde spiegelbildlich mit der Schwächung sozial-ökologischer Reformkräfte im Establishment und in der Gesellschaft insgesamt verbunden sein. Außen- und Sicherheitspolitik kämen bei solchem Kurs einem Spiel mit dem Feuer gleich. Genau das ist der Befund Michael Klares, Professor am Hampshire College, Amhurst/USA, zu den gegenwärtigen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und China (Klare 2021).

Zu den ersten Entscheidungen Bidens im Präsidentenamt gehörten eben nicht nur der erneute Beitritt zum Pariser Klimaabkommen und ähnliche Schritte, sondern die Entsendung des Zerstörers USS John S. McCain in die Straße von Taiwan, die von China ebenso wie Taiwan selbst als chinesisches Hoheitsgebiet betrachtet wird – eine offensichtliche Provokation mit militärischen Mitteln. Bereits Ende Januar 2021 wurde der Flugzeugträger Theodore Roosevelt durch das Südchinesische und Ostchinesische Meer dirigiert – als Anspruch der USA auf militärische Präsenz in den Gewässern vor der Haustür Chinas. Die USA haben sich überdies schon 1978 in dem Taiwan Relations Act zu militärischer Unterstützung Taiwans verpflichtet. Aber seit der Carter-Administration galt auch »die Verpflichtung Washingtons auf eine Ein-China-Politik, derzufolge Taiwan unabtrennbarer Bestandteil Chinas ist – wenngleich der Charakter seines künftigen Regierungssystems auszuhandeln bleibt.« (Ebd.: 53) Eine Reihe davon abgeleiteter Regelungen hat Trumps Außenminister Pompeo noch in den letzten Tagen der Trump-Regierung aufgehoben – ohne Korrektur seitdem durch Biden.

Michael Klare stellt in seiner Analyse zusammenfassend fest: »Schrille Sprache und provokante Militärmanöver könnten – selbst wenn sie lediglich als politische Signale gedacht sind – verhängnisvoll enden, ganz ähnlich wie 1914, als solches Verhalten letztlich die kolossale Tragödie des Ersten Weltkriegs auslöste.« (Ebd.: 56)



Der Frage nach Differenzierungen in den Machteliten war hier – also in einem Kapitel über Wege des Übergangs zu einer progressiven Transformation und Regulationsweise – deshalb nachzugehen, weil die kommende globale Entwicklung hochgradig davon abhängen wird, ob sich in den US-Machteliten eine Fraktion des sozialen und ökologischen Wandels durchsetzen wird oder ob konservative, reformunfähige und aggressive Kräfte die Oberhand gewinnen.

Robert Kagan, einst Sicherheitsberater George W. Bushs und einer der einflussreichsten konservativen US-Strategen, entwickelte den konzeptionellen Unterbau für den globalen Führungsanspruch der Biden-Regierung, nicht zuletzt auch gegenüber China (Kagan 2021). Die USA seien durch ihre einmalige ökonomische, hochtechnologische und militärische Überlegenheit »zur Supermacht verdammt«, dazu, die »eigentliche Schutzmacht einer bestimmten Weltordnung« zu sein – nämlich einer von amerikanischen Interessen bestimmten Weltordnung (ebd.: 64). Weil sie eine »Macht sui generis« seien, hätten sie die Verpflichtung, als »deus ex machina« auch in von den USA weit entfernten Regionen zu wirken. Schon Präsident Trumans Außenminister Dean Acheson habe die Vereinigten Staaten als »Lokomotive an der Spitze der Menschheit« gesehen. »Ihre einzigartige Machtfülle versetzt sie nun einmal in eine einzigartige Rolle.« (Ebd.: 70) Das habe Biden und seine Administration den noch zu zögerlichen Amerikanern und der Welt klarzumachen. – Zu einem solchen Weltbild passt am allerwenigsten der Aufstieg Chinas. Er müsse daher mit allen Mitteln eingedämmt werden.

Die Interessen innerhalb des Machtblocks der USA im Verhältnis zu China sind durchaus widersprüchlich. Für viele Großunternehmen ist der chinesische Markt eines ihrer wichtigsten Absatzgebiete oder sogar das größte. Daraus resultiert ein Interesse an friedlichen kooperativen Beziehungen.

Aber Demokraten und Republikaner und große Teile des Big Business verfolgen die von Robert Kagan konzeptionell unterfütterte aggressive Strategie gegenüber China – bis hart an den Rand bewaffneter Zusammenstöße. Aber das ist unverträglich mit dauerhaft guter internationaler Kooperation in der Wirtschaft, in der Klima- und Umweltpolitik und in der Entwicklungszusammenarbeit. Das ist unvereinbar mit einem neuen sozial, ökologisch, demokratisch und friedlich orientierten Typ des Kapitalismus.

Die Chinapolitik der Europäischen Union vergibt gegenwärtig die Chance auf eine eigenständige friedentiftende Rolle Europas in der Weltpolitik. Zwar existieren Widersprüche zwischen den Falken in der Europäischen Union, die den Schulterchluss mit der konfrontativen China- und Russlandpolitik der USA praktizieren, und den Interessen vieler europäischer Unternehmen an guten Wirtschaftsbeziehungen zu China und Russland. Aber die

Konfrontation dominiert. Differenzen führen nicht bis zu nennenswerten Konsequenzen, etwa zu einem Kollektiven Europäischen Sicherheitssystem unter Beteiligung Russlands, zu einer Diskussion über eine Erneuerung der NATO-Strategie oder zu einem Beitritt der Bundesrepublik zum UN-Vertrag über die Ächtung von Atombomben.

Egon Bahr hatte dafür plädiert, die Wirtschaftskraft Westeuropas, seinen hohen Lebensstandard und sein immer noch beachtliches soziales Netz zu einem eigenständigen attraktiven Modell zu verdichten und in die Weltpolitik einzubringen. Allerdings, so hatte er erwogen: »Das erfordert eine Emanzipation von Amerika.« (Bahr 2012: 123) Als Realist sah er eine solche – keineswegs antiamerikanische – Vorstellung in absehbarer Zeit nicht auf der internationalen Tagesordnung.

Doch in Deutschland und in der Europäischen Union hängen die Chancen einer progressiven Transformation nach wie vor in hohem Maße davon ab, ob Teile der Machteliten sich zumindest partiell für soziale und ökologische Umbauprozesse öffnen und sie aktiv fördern werden – über die Einführung grüner Technologien hinaus. Weiter oben wurde bereits dargestellt, wie zäh und widersprüchlich sich die Zuwendung zu erneuerbaren Energien vollzieht. Im April 2021 verlangte sogar das Bundesverfassungsgericht im Namen der heute jüngeren Generation eine schnellere Gangart der Klimapolitik bereits bis 2030.

Verwiesen wurde hier kritisch auf die mehr als optimistische Annahme, dass im Grunde die Gesamtheit des Establishments bereits zu einer progressiven Transformation übergegangen sei. Differenzen im herrschenden Machtblock sind keineswegs verschwunden. Aber nirgendwo in Europa entwickeln sie sich zu Potenzialen tiefer Umbrüche zu einer progressiven Variante des Kapitalismus – trotz aller Beschwörungen eines Green New Deal.

In der EU existieren Differenzen innerhalb der Machteliten über die wirksamste Herrschaftsform. In Polen, Ungarn und Slowenien dominieren autoritäre und populistische Herrschaftsformen. Die Mehrheit der EU-Staaten und die Europäische Kommission präferieren politische Systeme einer formellen Demokratie. Sie haben im Rahmen der Union Verfahren gegen Polen und Ungarn wegen Verletzung der Rechtsstaatlichkeit eingeleitet. Aber dies führt keineswegs zur Erweiterung realer Teilhabe der Zivilgesellschaft an wichtigen Entscheidungen auf einzelstaatlicher und EU-Ebene, etwa zu wirtschaftsdemokratischen Veränderungen.

Differenzen bestehen – überdeckt durch die Ausnahmeverhältnisse in der Coronakrise – zwischen der Austeritätspolitik Deutschlands, Österreichs, der Niederlande und anderer Staaten im Norden der EU und dem Süden der Union sowie Frankreich darüber, wie weit die Austeritätspolitik die na-

tionalen Haushaltspolitiken diktieren soll. Umstritten sind Schritte gemeinsamer Verschuldung von EU-Staaten zugunsten unterstützungsbedürftiger Mitgliedstaaten. In der Coronakrise wurden zum ersten Mal nicht rückzahlbare Zuschüsse in Höhe von 390 Milliarden Euro für schwächere EU-Staaten im Rahmen des Programms »Next Generation EU« beschlossen. Aber das führt keineswegs bis zur Korrektur des nach der Krise 2008/09 eingeführten austeritätsorientierten supranationalen Interventionsmechanismus in der Eurozone.

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind sich einig über eine weitgehende Abschirmung Europas gegen Flüchtlinge und Einwanderer. Meinungsdivergenzen bestehen über die Verteilung von Migrantinnen und Migranten, die unter Lebensgefahr trotzdem den Weg nach Europa finden. Die südeuropäischen Staaten, in denen Flüchtlinge, Asylsuchende und Einwanderungswillige unter menschenunwürdigen Bedingungen in Lagern zusammengepfercht sind, drängen auf deren Aufnahme auch in anderen EU-Ländern. Deren Mehrheit verweigert jedoch die Solidarität mit den Schutzsuchenden.

Zu bekräftigen ist hier: Differenzierungen innerhalb der Machteliten werden erst dann zu weitreichenden positiven Veränderungen führen, wenn nicht nur der Druck durch die ungelösten Probleme weiter anwächst, sondern wenn dieser Druck in veränderten Kräfteverhältnissen zu Gunsten der gesellschaftlichen Linken und breiter progressiver Allianzen Ausdruck findet. Wenn die plurale Linke in breiten gesellschaftlichen Bündnissen den Herrschenden ein den Herausforderungen gemäßes Handeln von oben abringt. Diese Aufgabe muss sie in ihre Strategie des Einstiegs in eine sozial-ökologische Transformation und des Übergangs zu einer progressiven Regulationsweise einbeziehen.

## 7. Aneignung staatlicher Macht durch alternative Kräfte

Nicht weniger kommt es für alternative Akteure darauf an, selbst Einfluss innerhalb der Staatsapparate zu gewinnen. Über Mindestlöhne, vor Armut schützende Kindergrundsicherung und menschenwürdige Altersbezüge wird staatlich entschieden. Physische und soziale Infrastrukturen, Forschung und Entwicklung hängen von staatlicher Politik ab. Klima- und Umweltpolitik, Sicherheits- und Entwicklungspolitik liegen in staatlicher Kompetenz. Kaum etwas läuft ohne staatliche Regeln, Finanzhilfen, Genehmigungen und Verwaltungsabläufe.

Große Teile der potenziell Linken in sozialdemokratischen und grünen Parteien setzen so sehr auf die Beteiligung an Regierungsmacht, dass sie die eigene Integration und Absorption in das herrschende System zustimmend in Kauf nehmen. Systemwechsel bleibt auf der Strecke. Teile der sozialistischen Linken lassen sich in Abgrenzung zu solcher Praxis von der These leiten, dass der Staat stets das Instrument der herrschenden Klasse sei. Aber sie schließen daraus auf eine Entgegensetzung von außerparlamentarischer und parlamentarischer Arbeit. Das Engagement für die Besetzung von Stellen innerhalb der verschiedenen Staatsapparate (Ministerien, Behörden, Verwaltungen) durch Linke im Staatsdienst wird oft vernachlässigt. In das Aufgabenbuch der sozialistischen Linken gehört die demokratische Erneuerung des Staates von unten (wie zum Beispiel in Barcelona).

Daniela Dahn hat in ihrem Buch »Wir sind der Staat! Warum Volk sein nicht genügt« leidenschaftlich für die Aneignung staatlicher Macht durch die subalternen Klassen und Schichten plädiert. Die »99%« müssten selbst zum Gesetzgeber werden. Denn erst: »Wer die Legislative instandbesetzt, ist der Souverän.« (Dahn 2013) Nicos Poulantzas galt das Gesetz »als Kodex der organisierten öffentlichen Gewalt« (Poulantzas 2002: 105). Der Einfluss alternativer Kräfte auf die Gesetzgebung ist danach ein Angriff auf das Gewaltmonopol der Machteliten. Und nur wer zudem in der Exekutive und Judikative starke Positionen erringt, gewinnt damit auch Einfluss auf die Auslegung und Anwendung der Gesetzgebung und auf ihre Durchsetzung zu Gunsten progressiver Interessen. Daher wurde im hier vorliegenden Buch in Passagen über gesellschaftliche Planung und Lenkung immer wieder betont, dass für deren demokratische Wirkung ein starker Einfluss der Zivilgesellschaft auf die Institutionen der Regulierung erforderlich ist.

Der Staat ist gewiss überwiegend Instrument der Herrschenden – so wie die Verhältnisse beschaffen sind. Aber wenn die Macht der Mächtigen eingeschränkt wird, ist er dies eben nur in bereits begrenztem Maße.

Herrschaft funktioniert unter kapitalistischen Bedingungen normalerweise keineswegs nur durch Zwang, sondern in unterschiedlichen Kombinationen von Herrschen und Führen. Florian Becker und andere schreiben in ihrem Buch »Gramsci lesen. Einstiege in die Gefängnishefte« über Gramscis Hegemoniekonzept, es gehe »um eine Kombination von Führung und Herrschaft, von Zustimmung und Unterwerfung, von Konsens und Zwang.« (Becker u.a. 2013: 20)

Nicos Poulantzas unterschied zwei Formen des kapitalistischen Staatstyps: Erstens die »Normalform«, in der die Macht der herrschenden Klasse mit demokratischen Institutionen nach den Regeln der Verfassung, bei formeller Gewaltenteilung und Berücksichtigung der Interessen auch subal-

terner Klassen ausgeübt wird. Zweitens den »Ausnahmestaat« als Versuch der Herrschenden, Krisen durch »offenen Krieg« gegen die Beherrschten, vermehrte physische Repression, Aufhebung der Rechtsstaatlichkeit und Einschränkung der Gewaltenteilung zu bewältigen.

Der Ausnahmestaat engt die politischen Bewegungsräume der Linken und aller demokratischen Kräfte bedrohlich ein. Deshalb gilt es, dort wo sie existiert, die Normalform des kapitalistischen Staates und selbst Mischungen beider Formen möglichst weitgehend für alternative Schritte und Ziele auszuschöpfen, »denn der Klassencharakter des Normalstaats kann sich je nach dem Ergebnis dieses Kampfes sehr unterschiedlich darstellen.« (Jesop 2006: 56) Er kann beträchtliche Fortschritte für die Beherrschten einschließen. Der tiefere Grund für diese Chance besteht darin, dass der Staat »wie auch das Kapital [...] ein Verhältnis, genauer [...] die materielle Verdichtung eines Kräfteverhältnisse zwischen Klassen und Klassenfraktionen [ist], das sich im Staat immer in spezifischer Form ausdrückt« (Poulantzas 2002: 50) Dieses Kräfteverhältnis innerhalb des staatlichen Gefüges kann zu Gunsten flexibler, problembewusster Teile der Machteliten, aber auch zu Gunsten selbst der alternativen Kräfte in der Gesellschaft verändert werden. Die Kräfteverhältnisse sind nicht festgeschrieben. In Abhängigkeit von der Stärke und den Kämpfen alternativer Kräfte sind sie wandelbar. Sie sind transformierbar als ein Grundprozess sozial-ökologischer Transformation.

Einer demokratischen Erneuerung des Staates von unten kommt entgegen, dass die verschiedenen staatlichen Apparate in unterschiedlichem Maße empfindlich und offen für den Druck von unten sind. Beispielsweise steht das Wirtschaftsministerium in Deutschland unter besonders starkem Einfluss der Lobby seitens mächtiger Konzerne und Unternehmerverbände. Dieser Einfluss wirkt auch auf das Umweltministerium. Aber in der Regel versuchen dort auch Unternehmen, die im ökologischen Umbau Gewinnchancen sehen, Grüne und Umweltverbände dagegen zu halten. Stellen im Ministerium werden zum Teil mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besetzt, die zuvor zum Beispiel in umweltorientierten Nichtregierungsorganisationen gearbeitet haben. Nicos Poulantzas betonte, dass sich die unterschiedlichen Kapitalfraktionen vorzugsweise mit bestimmten Apparaten verbinden, sodass das Verhältnis der verschiedenen Staatsapparate als Verhältnis der einzelnen Kapitalfraktionen zueinander verstanden werden kann (Poulantzas 2002: 164; Bretthauer 2006: 93). Dieser Differenzierungsprozess ist eine Chance für die Linke zur Aneignung staatlicher Macht.

## 8. Befreiung aus geistiger Unmündigkeit und Erneuerung der politischen Kultur

Zum Aufbruch der pluralen gesellschaftlichen Linken und anderer progressiver Kräfte für einen sozial-ökologischen Transformationsprozess und eine neue Regulationsweise gehört, die von den Herrschenden gesetzten Denkschranken zu überwinden. Das ist eine Herkulesaufgabe. Den Machteliten ist es gelungen, die wirklichen Machtstrukturen vor den Augen der Bevölkerungsmehrheit weitgehend unsichtbar zu machen.

Doch ohne zu durchschauen, wer auf welche Weise die wahren gesellschaftlichen Verhältnisse verhüllt, wird es auch nicht zu einer neuen Regulationsweise kommen. Denn zu deren Gegenstand gehört – wie hier immer wieder betont – nicht allein die Lenkung des technischen Fortschritts und der Veränderungen von volkswirtschaftlichen Proportionen, sondern auch die Wirkung der Regulationsweise auf die gesellschaftlichen Verhältnisse und damit auf das Verhalten der Menschen – und umgekehrt des massenhaften Verhaltens auf die Verhältnisse.

Zunächst muss die plurale Linke dabei bleiben, Rosa Luxemburgs Forderung zu erfüllen: »Aussprechen, was ist.« Schon der dafür erforderliche kritische Blick allein ist eine enorme Anforderung an die Analyse- und Bildungsarbeit in den eigenen Organisationen der Linken, ob in Parteien oder Gewerkschaften oder anderen Zusammenhängen, ob in Stiftungen für politische Bildung oder anderen Formen. Zu vermitteln, was ist – das scheint eine überschaubare Aufgabe zu sein. Fakten sind Fakten. Aber nicht uneingeschränkt in Boomzeiten für Fakes. Die Ideologen des Neoliberalismus, des marktorientierten Staatsinterventionismus und des Rechtspopulismus praktizieren unterschiedliche Formen der Verschleierung und Umdeutung von Fakten.

Rainer Mausfeld hat in seinem Buch »Warum schweigen die Lämmer?« (Mausfeld 2019) verschiedene Methoden des herrschenden Umgangs mit den Tatsachen zusammengefasst:

- Überschüttung der Öffentlichkeit mit einer Informationsflut, in der die entscheidenden Tatsachen untergehen und zudem noch die Illusion der Informiertheit erzeugt wird.
- Umgang mit Tatsachen, als seien sie bloße Meinungen, die auch abgelehnt werden könnten und müssten. Zum Beispiel leugnet ein Teil der Querdenker-Bewegung die Realität der Corona-Pandemie und beklagt, dass andere eine falsche Meinung über sie hätten. Karl Kraus wusste zu dergleichen: »Mein Wort berührt die Welt der Erscheinungen, | die darüber oft leider zerfällt. | Immer noch meint Ihr, es gehe um Meinungen, | aber der Widerspruch ist in der Welt.« (Zitiert in Mayer 2000: 116)

- Dekontextualisierung: Zusammenhängende Fakten werden so herausgelöst aus ihrem Zusammenhang dargestellt, dass sie als isolierte Einzelfälle erscheinen und ihr Verständnis mangels Einordnung verloren geht. Morde der Polizei an Schwarzen etwa wurden in den USA lange Zeit als Entgleisung oder gar Pflichterfüllung einzelner Polizisten dargestellt, bis in jüngerer Zeit mehr und mehr das rassistische System dahinter sichtbar wird.
- Rekontextualisierung: Fakten werden in einem falschen Zusammenhang mit positiven Vorzeichen dargestellt, sodass sie in diesem neuen Kontext ihr Empörungspotenzial verlieren. In den USA wurde nach dem Angriff auf das World Trade Center im September 2001 eine Fülle von Handlungen, die in den Zusammenhang einer imperialen Offensive der konservativsten Kreise und der Staatsterrorismus gegen alle möglichen emanzipatorischen Kräfte in der Welt gehören, als gerechter Feldzug gegen alle – in Wahrheit auch progressiven – Kräfte umgedeutet, die angeblich die westliche Welt bedrohen.
- Die Verdrehung von Tatsachen wird so lange wiederholt, bis sich ihre falsche Deutung als scheinbar wahr in das öffentliche Bewusstsein einschleift: Arme hätten selbst Schuld an ihrer Lage; Frauen seien für Führungsaufgaben weniger tauglich; Migranten würden den Sozialstaat untragbar belasten; private Unternehmen seien innovativer als Unternehmen in Gemeineigentum. Die Linke muss sich vor der Übernahme solcher Suggestionen hüten. Sie darf sich nicht scheuen, sie immer wieder richtig zu stellen.
- Die Wahrheit über Tatsachen sei angeblich in der Mitte zwischen zwei entgegengesetzten Meinungen zu finden – auch wenn sie in Wirklichkeit nur einer von beiden Aussagen zugeordnet werden kann. Diese Auffassung mag manchmal zutreffen, besonders dann, wenn Aussagen progressiver Akteure selbst unausgewogen oder nur halb richtig sind. Im Falle realitätsgerechter Position emanzipatorischer Kräfte liegt die Wahrheit jedoch nicht zwischen richtig und falsch, sondern eben bei den zutreffenden Aussagen.
- Ganz und gar unübersehbare Tatsachen wie etwa 1,3 Millionen Todesopfer durch Kriege im Irak und in Afghanistan werden nicht unbedingt geleugnet, aber sie werden als leider unvermeidbare Kollateralschäden »humanitärer Intervention« im Kampf des Guten gegen das Böse dargestellt. In Wahrheit wurde der Krieg der USA gegen den Irak mit dem Verweis auf dort existierende Massenvernichtungswaffen begründet – was sich später als pure Lüge herausstellte. »Humanitäre Intervention« ist in den meisten Fällen eine Umschreibung für aggressive und imperiale Politik mit Waffengewalt. Die Linke muss die Dinge beim Namen nennen.

- Sie darf sich der Ächtung von Dissens, einer weiteren Methode der Herrschenden in der ideologischen Auseinandersetzung nicht unterwerfen. Zum Linkssein gehört der Mut zum Dissens.
- Schwerste Vergehen an der Menschheit werden in den Medien teils verdrängt, teils gehen sie im öffentlichen Bewusstsein deshalb unter, weil sie nicht durchschauten und in diesem Sinne anonymen Strukturen geschuldet sind. Es ist das ganze System des Kapitalismus, das Katastrophen hervorbringt: 800 Millionen bis zu eine Milliarde Menschen sind chronisch unterernährt, etwa 30 Millionen verhungern jährlich, 40 Millionen sind moderner Sklaverei unterworfen, selbst in Deutschland sind 12 Millionen Menschen arm oder leben am Rande der Armut. Noch undurchschaubarer ist die Verflechtung des »normalen« kapitalistischen Wirtschaftsgeschehens mit der modernen Mafia. Schon zu Beginn unseres Jahrhunderts wurde der weltweite Umsatz des organisierten Verbrechens auf 1,5 Billionen US-Dollar geschätzt. Die FAZ vom 24.9.2001 stellte unter Berufung auf den Internationalen Währungsfonds fest: »Zwei bis fünf Prozent der globalen Wirtschaftsleistung werden gewaschen.« Jeder Geldwäsche gehen aber kriminelle Handlungen voraus. Allein der jährliche Drogenumsatz wurde zu dieser Zeit auf etwa 500 Milliarden Dollar geschätzt, die Einnahmen aus dem internationalen Menschenhandel betrug mehr als 7 Milliarden Dollar jährlich (Näheres in Klein 2006: 118-132). Seitdem ist die Kriminalisierung der Ökonomie noch weiter vorangeschritten.

In den öffentlichen Diskursen zu sagen, »was ist« und darauf beruhenden Einsichten Hegemonie zu verschaffen, ist weit schwieriger als auf den ersten Blick zu vermuten. Aber progressive Transformation und alternative Regulation werden von Menschen bewirkt – oder sie finden nicht statt. Und was Menschen tun, hängt von ihrem Denken, Ihren Einsichten oder deren Verdrehung ab.

Nochmals, eine sozial-ökologische Transformation und die dazu gehörigen progressiven Regulationsweisen sind in hohem Maße von den Veränderungen in den Köpfen der Akteure abhängig. Die Regulation gesellschaftlicher Verhältnisse ist immer auch eine Regulierung des Verhaltens von Menschen, und umgekehrt hängt die Herausbildung einer neuen Regulationsweise von verändertem Denken und Handeln der Menschen ab.

Pierre Bourdieu schrieb: »Politik beginnt eigentlich erst mit der Aufkündigung dieses für die ursprüngliche Doxa (das unreflektierte Anerkennen gesellschaftlicher Machtverhältnisse – D.K.) charakteristischen unausgesprochenen Vertrags über die Bejahung der bestehenden Ordnung, mit anderen Worten: Politische Subversion setzt kognitive Subversion voraus, Subversion der Weltsicht.« (Bourdieu 2005: 131)



Deshalb ist die Strategie der Herrschenden in der geistigen Auseinandersetzung um Zukünfte umfassender als allein ihr Umgang mit Fakten. Sie zielt auf eine »Tiefenindoktrination«, wie Mausfeld mit Verweis auf Hannah Arendt schreibt. Diese machte deutlich, dass das Ziel der Machteliten keineswegs nur die Prägung von Überzeugungen sei, sondern die Fähigkeit aufseiten der Beherrschten zu zerstören, überhaupt Überzeugungen zu haben. Hannah Arendt betonte in ihrem Werk »Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft«, dass das Ziel totalitärer Erziehung nie gewesen ist, Überzeugungen zu entwickeln, sondern die Fähigkeit zu zerstören, überhaupt welche herauszubilden.

Das geschieht unter anderem durch die Produktion von Chaos in den Köpfen. Ein Beispiel dafür ist das Durcheinander von Verschwörungstheorien, von Ängsten vor Krankheit, von Deutung notwendiger Freiheitseinschränkungen zum Schutz vor Covid-19 als Raub von Freiheiten schlechthin, von Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus bei einem Teil der »Querdenker«. Das Gegenteil von Chaos ist Ordnung, in diesem Fall Ordnung im Denken. Emanzipatorische Kräfte brauchen also Wissen über Tatsachen und die Fähigkeit, diese einleuchtend in die der Realität entsprechenden Zusammenhänge einzuordnen. Mit klaren Strichen ein verständliches Bild von der Realität in den Diskurs einzubringen – das ist ihre Aufgabe.

Rechtsextreme schüren die Ängste bewusst und sind bestrebt, ihnen Zielobjekte – zumeist die »Fremden« – vorzugeben. Damit lenken sie von den Zentren der Macht ab. Linke Kräfte haben Ängste ernst zu nehmen und deutlich zu machen, dass in der Regel zum Beispiel Abstiegsängste, Angst vor Arbeitslosigkeit, vor sozialer Unsicherheit und Mobbing am Arbeitsplatz in kapitalistischen und anderen hierarchischen Strukturen ihre Wurzel haben. Sie können vorweisen, dass kapitalismuskritische und antikapitalistische Kräfte für wichtige Felder gesellschaftlichen Daseins meist über taugliche Alternativvorstellungen verfügen, für die zu engagieren sich lohnt. Allerdings, auch für die Linke gilt, dass Wiederholung die Mutter der Weisheit ist. Linke Politikerinnen und Politiker und ihre aktive Anhängerschaft sollten die Eckpunkte linker Alternativprogramme – ob für gute Arbeit, öffentliche Daseinsvorsorge, Rentenpolitik, Wirtschafts- und Steuerpolitik, Bildungspolitik und Sicherheitspolitik – in ihren Diskussionen stets parat haben und sie immer wieder zur Geltung bringen. Das ist keineswegs selbstverständlich. Bleiben nicht Repräsentanten der Linken in Debatten, Talkshows usw. in ihrer Argumentation zu oft bei gedanklichen Bruchstücken, gesonderten Punkten und Einzelthesen stecken? Eine immer wieder deutlich zu machende Rahmenerzählung ist in ihren Auftritten oft kaum zu erkennen. Die Konsultation kritischer Wissenschaft könnte zuweilen nicht schaden.

Alternative Akteure müssen die von den meinungsbildenden Eliten praktizierte Bedeutungsverschiebung von Begriffen durchkreuzen. Der einst mit sozialem Fortschritt konnotierte Reformbegriff beispielsweise wird im herrschenden Diskurs längst in das Gegenteil verwandelt. Als Reformen gelten die Verschlankung des (Sozial-)Staates, die Privatisierung des Öffentlichen, die Erhöhung des Rentenalters, Steuersenkungen für das Kapital, Öffnung der Märkte von Entwicklungsländern für die überlegene ausländische Konkurrenz und ähnliche Schritte der Deregulierung. Demokratie wurde ursprünglich als Volkssouveränität verstanden. Inzwischen wird sie in repräsentative Demokratie umgedeutet, in der Interessen des Volkes nur scheinbar oder begrenzt vertreten werden. In dieser ausgehöhlten Demokratie wählen die unteren Einkommensschichten möglichst gar nicht. Die Parteien rufen zur Wahlbeteiligung auf. Aber es gab Zeiten, in denen die Meinungsmacher ganz offen ein anderes Interesse benannten. So zitiert Mausfeld einen der früher einflussreichsten Philosophen der USA, Leo Strauss, mit der Aussage: »Was die Massen anbelangt, so ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für ein reibungsloses Funktionieren der Demokratie eine Wahl-Apathie, d.h. ein Mangel an Gemeinsinn. Zwar nicht das Salz der Erde, jedoch das Salz der modernen Demokratie sind diejenigen Bürger, die nichts außer den Sportseiten und dem Comiceil lesen.« (Mausfeld 2019: 71)

Eine der größten Hürden für emanzipatorische Kräfte im öffentlichen Diskurs ist die Zutrittsverweigerung zu den großen meinungsbildenden Medien. Der Debattenraum wird für sie eingeschränkt. »Am wirkungsvollsten und am besten kaschiert sind diejenigen Zensurmethode, bei denen bestimmte Akteure von Gruppen und Orten, wo mit Autorität gesprochen wird, ferngehalten und damit von Kommunikation überhaupt ausgeschlossen werden.« (Bourdieu 2005: 144) Wie dem zu begegnen ist? Linke und andere demokratische Akteure suchen als Ausweg den direkten Zugang zu Bürgerinnen und Bürgern in Gesprächen vor Ort, durch Beteiligung an ihren Projekten und Initiativen, mit Stadtteilzeitungen und nicht zuletzt im Internet. Sie entwickeln Gegenöffentlichkeiten. Johannes R. Becher riet: »Haltet weniger Vorträge, sprecht nicht zu euren Zuhörern von oben her – setzt euch zu ihnen und mitten unter sie und erzählt. Erzählt ihnen, was ihr auf dem Herzen habt, vielleicht werden sie dann auch euch ihre Anliegen kundtun.« (Becher 1983: 10).

Linke können aber auch den Ausschluss von »Orten, wo mit Autorität gesprochen wird«, nicht hinnehmen. Es reicht nicht aus, diesen Ausschluss den Platzhaltern des öffentlichen Diskurses vorzuwerfen. Man kann sich auch selbst durch eigene Langweiligkeit ausschließen. Oder aber die öffentliche Bühne erobern – mit der Bürgernähe der eigenen politischen An-

gebote, mit ungewöhnlichen Ideen, einladender Sprache, brillanten Auftritten, streitbarer eigener Identität, schwer angreifbarer Differenziertheit und scharfer Polemik gegen die Schuldigen an massenhaftem menschlichen Unglück. Auch Brückenschläge zu linksliberalen Kräften gehören dazu, in Überlebensfragen auch zu problemoffenen Vertretern des herrschenden Blocks. Der öffentliche Diskursraum darf nicht den Machteliten und ihrer Herrschaft über Medien überlassen bleiben.

Die Linke wird in ihrer Diskursführung den »Kältestrom« des rationalen Arguments stärker mit dem »Wärmestrom« positiver Emotionen (Ernst Bloch) zu verbinden haben. Als Teilmoment dessen gehören in südlichen Ländern Tanz und Musik längst zum Gesicht von Demonstrationen. Mit der Klimabewegung von Fridays for Future und anderen Politisierungen junger Leute hat die Buntheit und Vielfalt von Kampfformen auch hierzulande verstärkt Einzug gehalten. Bertolt Brecht meinte: »Es gibt Leute, die über ernste Dinge nicht lachen können. Das darf man ihnen nicht verübeln, aber man braucht sich auch nicht verbieten lassen, über ernste Dinge zu lachen. Man kann über ernste Dinge heiter und ernst sprechen, über heitere Dinge heiter und ernst.« (Brecht 1977: 66)

Bei den Grünen, in der SPD und auch in der LINKEN ist der Anteil von gut Ausgebildeten und von Personen aus urbanen kosmopolitischen Milieus an der Mitgliedschaft gestiegen und der Anteil der in der Produktion Arbeitenden zurückgegangen. Das führt bei Teilen der besser Situierten zu der Tendenz, die Probleme der sozial Schwächeren nicht mehr oder nicht ausreichend wahrzunehmen. Umso wichtiger ist der Anspruch, im gesellschaftlichen Diskurs und in der praktischen Politik die Interessen von Arbeitermilieus, von Menschen in prekären Lebenslagen und die Interessen Bessergestellter nicht gegeneinander zu setzen. Die Grünen sind zu einer Partei der Wohlhabenden geworden, die SPD driftet schon längst in diese Richtung. Auch in der Linkspartei existieren Spannungen zwischen einer auf den Horizont der Bessergestellten orientierten Politik und der Zuwendung zu den Problemen der Produktionsarbeiter, der in Leiharbeit und als Clickworker, der mit niedrigen Einkommen Beschäftigten und der in prekären Verhältnissen Lebenden. Nicht hinnehmbar ist, auf die Dauer diese Spannungen zu einem Richtungsstreit ohne einen produktiven Umgang mit solchen Unterschieden zu machen.

Nicht hinnehmbar ist, den Erhalt des Sozialstaats gegen eine Willkommenskultur zugunsten geregelter Aufnahme von Asylbewerbern, Flüchtlingen und aus anderen Gründen Zuwanderungswilligen zu setzen. Linke Politik wird auf den Ausbau des Sozialstaats – nicht zuletzt durch steuerliche Belastung hochprofitabler Großunternehmen und Superreicher – drängen:

für die deutsche Bevölkerung und für die Aufnahme von Migrantinnen und Migranten bei einem sozial und politisch tragbaren Umfang in humanitärer Verantwortung.

Unproduktiv ist der Streit darüber, ob die EU oder der Nationalstaat die Arena emanzipatorischer Kämpfe ist. Auch hier ist beides nicht gegeneinander zu setzen. Die entschieden größeren Möglichkeiten für politisches Handeln bieten gewiss die Nationalstaaten. Aber angesichts der in den EU-Institutionen fest etablierten internationalen Kapitalmacht müssen alternative Kräfte über die nationalen Grenzen hinweg solidarisch auch für einen demokratischen und sozialen Wandel der Europäischen Union wirken.

Kurz, die plurale Linke hat den Richtungsstreit zwischen unterschiedlichen Politikoptionen kulturvoll und mit dem Ziel von Brückenschlägen und vernünftigen Kompromissen zwischen oft durchaus begründeten unterschiedlichen Standpunkten zu führen. Das setzt allerdings einen Wandel der politischen Kultur im linken politischen Spektrum selbst voraus.

Im öffentlichen Diskurs wird die Linke nur dann mehr Anziehungskraft gewinnen können, wenn sie in den eigenen Organisationen und in Debatten mit anderen demokratischen Kräften eine politische Kultur der Solidarität, Toleranz, Empathie und Anerkennung, der Mitmenschlichkeit, der Nächstenliebe und der Pflege des Arguments zu voller Geltung bringt. »Volks-herrschaft bedeutet Pflege des Arguments«, schrieb Brecht (ebd.: 118).

Die Neue Rechte mobilisiert alle dunklen Seiten des Menschen, Hass, Aggression, Gewaltbereitschaft, Verteufelung von »anderen«, Fremdenfeindlichkeit, Irrationalität, Chauvinismus und Rassismus. Umso wichtiger wird, dem eine humanistische Kultur entgegenzusetzen, die viele Menschen an-zuziehen vermag. Solchem Bemühen droht allerdings eine Gefahr. Es kann leicht in eine Falle geraten. Pierre Bourdieu hat auf sie aufmerksam gemacht: »Die Herrschenden bemühen sich, [...] die Politik mit einem entpoliti-sierten Diskurs aus der Welt zu schaffen. [...] Typisch für diese nicht als solche ausgewiesene politische Sprache ist die Unparteilichkeitsrhetorik, stilistisch geprägt von Symmetrie, Ausgewogenheit, juste milieu, getragen vom Ethos des Anstands und der guten Sitten, durch Diskretion und ostentative Respektierung des Gegners, kurz, durch alles, womit sich die Verneinung des politischen Kampfes als Kampf demonstrieren lässt. Diese Strategie der (ethischen) Neutralität findet ihre natürliche Vollendung in der Wissenschaftsrhetorik.« (Bourdieu 2005: 135)

Die Träger systemkritischer Diskurse sind gehalten, sich durch solche Dis-kursstrategie nicht einwickeln zu lassen. Sie dürfen sich nicht zur Entschär-

fung eigener kritischer Meinungen und zur Selbstzensur, zur Vermeidung von systemkritischen Begriffen drängen lassen. Das erfordert einen Balanceakt zwischen kulturvoller Sprache und unbestechlicher Benennung von Defiziten und von menschenfeindlichen Charakteren des Kapitalismus, zwischen Fairness und ungeschminktem »Aussprechen, was ist«. Das erfordert die Unterscheidung zwischen Meinungsverschiedenheiten im demokratischen Lager und gegnerischen Auffassungen der Herrschenden. Nebenbei angemerkt – manche Linke sind zuweilen versucht, die eigenen Leute heftiger zu befehlen als die wirklichen Gegner. Zur politischen Klugheit gehört aber auch, die Kritik an hierarchischen Strukturen glaubhaft mit Angeboten an flexible Fraktionen der Machteliten zur Kooperation bei der Überwindung globaler Gefahren zu verbinden. Zum Beispiel verträgt sich nicht, Reformen zu fordern und dem Kapitalismus gleichzeitig Reformfähigkeit abzusprechen. In den 1980er Jahren kritisierten potenzielle Bündnispartner für friedliche Koexistenz im Westen, zum Beispiel Erhard Eppler, als unverträglich mit gemeinsamem Friedensengagement, den Kapitalismus als grundsätzlich aggressiv und friedensunfähig anzugreifen. Erst eine differenzierte Analyse des Kapitalismus – die Unterscheidung zwischen systemischer Tendenz zu imperialer und aggressiver Politik und gleichwohl existierender Friedensfähigkeit des Kapitalismus unter bestimmten Kräfteverhältnissen und bei Handlungsdruck durch die Gefahr eines Atomkrieges – ermöglichte Verträge über Rüstungskontrolle und Abrüstung zwischen den beiden Blöcken in der Systemauseinandersetzung.

Auf die Gegenwart übertragen am Beispiel einer Teilfrage linker Sicherheitspolitik: Wäre nicht die Beteiligung der Linkspartei an einer Regierungskoalition denkbar, die auf absehbare Zeit in der NATO verbleibt, jedoch mit der ausdrücklich erklärten Perspektive der Ersetzung dieses Bündnisses durch ein System umfassender Kollektiver Sicherheit in Europa unter Einschluss Russlands? Solche Option wäre mit einer Reihe von Forderungen verbunden: Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben, Beitritt Deutschlands zum UN-Vertrag über die Ächtung aller Atomwaffen, Überprüfung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr mit dem Ziel stärkerer Beiträge Deutschlands zu friedlichen kooperativen Problemlösungen, Einleitung der Umwidmung eines Teils der Bundeswehrpotenziale und der Verteidigungsausgaben zugunsten des Aufbaus eines Zivilkorps für sehr weitgehende Hilfe zur Lösung sozialer Probleme in Konfliktzonen und, wo nötig, zum Wiederaufbau. Dank solcher pazifistischen Komponenten der Sicherheitspolitik würde Deutschland mit vorsichtigen Schritten die Chance für die NATO bieten, sich selbst für die Herausbildung eines Systems der kollektiven Sicherheit zu öffnen. Allerdings – nicht allein eine Seite müsste sich in einem solchen Prozess bewegen. Das würde der Verflechtung von Sicherheitsfragen mit globalen

Klima-, Umwelt- und Entwicklungsproblemen Rechnung tragen. Die Linkspartei würde sich nicht zu einem »NATO ja oder Nein« drängen lassen. Sie würde Sicherheitsfragen in große sozial-ökologische Zusammenhänge der Bewahrung der Zivilisation stellen, die doch auch einen Teil der Machteliten bewegen. Sie würde ihre strikte Friedenspolitik beibehalten, sie aber prozessualer, beweglicher und realitätsgerechter verfolgen. Der Druck durch globale Gefahren, denen militärisch nicht zu begegnen ist, wächst derartig schnell, dass es nicht chancenlos ist, eine solche umfassende Sicherheitspolitik zu verfolgen.

Zurück von diesem Beispiel zu den Orten politisch-geistiger Auseinandersetzung. Ein zentraler Raum für Kämpfe um die Befreiung aus geistiger Unmündigkeit und um politisch-geistigen Einfluss auf die Gestaltung der Zukunft ist das Internet. Digitale Monopole nutzen ihre Leistungsangebote im Netz für die Aneignung und Konzentration von riesigen Datenmassen. Sie sichern sich damit die Information über Denkmuster, Präferenzen, Motivationen, Gewohnheiten und Verhalten von Milliarden Menschen. Auf unterschiedliche Weise steuern sie im Netz massenhaftes Verhalten in gewünschte Richtungen. Ein Überwachungskapitalismus hat sich herausgebildet (Kapitel 2, Punkt 8).

Aber die Realität ist widersprüchlich. Die Macht der digitalen Monopole schließt nicht aus, dass linke Akteure vor allem bei YouTube, der mit Abstand größten Plattform für Videos, bei Twitch.tv und anderen digitalen Konzernen Kanäle unterhalten können, um dort ihre Kritik der herrschenden Verhältnisse gegen neoliberale, konservative und neurechte Argumente zu formulieren und eigene Projekte zu präsentieren. Und dies, obwohl YouTube Teil des Alphabet/Google-Imperiums ist und Twitch zu Amazon gehört. Linke politische Influencerinnen und Influencer (LPI) können ihre alternativen Inhalte anbieten, in Konkurrenz zu dem überwältigenden Angebot der IT-Monopole, die ihre politischen Botschaften in die Kombination von Gaming, Musik, Beauty/Lifestyle und Comedy/Entertainment einbetten. Schnell drängt sich der Vergleich mit dem Bild von David und Goliath auf. Aber wie Frank Schirrmacher schrieb: »Erstaunlich, wie widerspenstig Menschen sind, wenn man sie zu Egoisten machen will. Man hat ihnen das hochmoderne Bild des Eigennutzes präsentiert, aber die meisten spielen nicht richtig mit. Im Gegenteil: Es zeigt sich, dass zwischen dem, was sie sein sollen, und dem, was sie sind, ein fast unüberbrückbarer Abgrund klafft.« (Schirrmacher 2013: 146) In dieser Widerständigkeit der Menschen gegen ihre Formung nach neoliberalen und rechten Leitbildern trotz aller Manipulierbarkeit besteht die Chance der LPI. Ihre Aussicht, auf Plattformen der IT-Konzerne einen Platz für linke Weltbilder zu erobern, wächst sogar in dem Maße, in dem es

ihren Repräsentanten im Netz, ihren Content Creators, gelingt, eine nennenswerte eigene Community dauerhaft auf ihrem Kanal zu versammeln. Denn dann lohnt sich für YouTube, Twitch und anderen, im Anschluss an Clicks auf linke Videos die Nutzer auch auf andere Videos aus dem Arsenal der Konzerne lenken zu können. Dann verdienen sie Geld, wenn sie Werbung in die linken Formate schalten, und noch mehr Geld mit daran anschließender Bindung von Nutzerinnen und Nutzern.

Vor allem junge Menschen sind im Netz erreichbar. Ein großer Teil der kulturellen Auseinandersetzung findet dort statt. Die Rosa Luxemburg Stiftung hat daher eine Studie zu »YouTube & Co als Spielfelder linker Politik und Bildungsarbeit« in Auftrag gegeben. Das von den Autoren der Studie ermittelte Resultat ist ernüchternd. Sie stellen eine ausgesprochen schwache Präsenz der Linkspartei, der Stiftung und anderer linker Kräfte in den sozialen Medien fest: Das »ist bedenklich und offenbart, dass bei den entsprechenden Institutionen keine Sensibilität für den Medienkonsum nicht nur junger Menschen, sondern großer Teile der Gesellschaft vorhanden ist.« (Liedtke/Marwecki 2019: 15). Die Neue Rechte habe einen Vorsprung in der Nutzung sozialer Medien im Vergleich zur Linken errungen. Per Saldo konstatieren die beiden Autoren, dass die linken Netzangebote im deutschsprachigen Raum altbacken wirken, schlecht produziert und wenig auf die Zuschauenden bezogen sind. Zu selten werden anspruchsvolle Inhalte mit Comedy und Satire als Stilmittel aufgelockert, zu wenig Platz auch mal für Boulevard und Kuriositäten eingeräumt, und es mangle an linken Influencern, deren Gesicht im Internet bekannt ist und mit linkem Denken identifiziert wird. Ausnahmen wie Tilo Jung, Ray Anders und der Comedy-Kanal Datteltäter deuten aber auf mögliche bemerkenswerte Reichweiten linker Denkangebote hin. Ein Video des YouTubers Rezo mit dem Titel »Die Zerstörung der CDU« enthielt eine gründliche Abrechnung bei der CDU-Politik. Es erreichte binnen drei Tagen über drei Millionen und nach drei Wochen 14,6 Millionen Klicks – gut gemacht können anspruchsvolle linke politische Inhalte große Aufnahme erreichen.

Im englischsprachigen Raum, besonders in den USA, so analysieren Marius Liedtke und Daniel Marwecki, haben sich linke politische Influencer eine größere Reichweite im Netz als in Europa erarbeitet. Dort haben sich – was manchen linken Vorstellungen in Deutschland von einer durchweg etwas minderbemittelten Nutzergemeinschaft im Internet vollständig widerspricht – anspruchsvolle politische Inhalte auf linken Kanälen als besonders erfolgreich erwiesen. Dies, wenn sie mit eindeutiger politischer Haltung, faktenreich und anschaulich, polemisch, oft auch ironisch oder in lockerer Weise präsentiert werden. Als weiteren Erfolgsfaktor amerikanischer LPI

nennen Liedtke und Marwecki Respekt vor der Zuschauerschaft; sie wird ernst genommen, ihre Denkweisen werden beachtet. Oft offenbaren die Leitfiguren in linken Formaten ihre eigene Herkunft aus Milieus ihrer Follower, sprechen von eigenen Diskriminierungserfahrungen und bauen dabei »persönliche« Beziehungen zu ihrer Zuschauerschaft auf. Wichtig für den Erfolg sind ferner Ästhetik und Inszenierung, zum Beispiel die direkte Ansprache in die Kamera hinein mit starker Wirkung des Gesichts prominenter Influencerinnen und Influencer und Einsatz von Schauspielerinnen und Schauspielern. Viele Videos werden durchaus mit dem Anspruch der Gestaltung kleiner Kunstwerke produziert, mit dem Ansatz, dass Politik attraktiv sein muss. Humor und Unterhaltungsfaktor sind wichtig, oft das Kopieren und Ironisieren von Politikerinnen und Politikern. Und nicht zuletzt kommt linkes Denken dann zur Geltung, wenn es von Persönlichkeiten mit unverkennbarer Identität vertreten wird, die einprägsam, sympathisch und auch nahbar erscheinen.

Für die plurale Linke in Deutschland tut sich hier ein weitgehend ungenutztes Möglichkeitsfeld auf. Nicht zuletzt dort wird entschieden, ob es gelingt, für eine sozial-ökologische Transformation und die ihr gemäße Regulationsweise breite Unterstützung zu gewinnen. Auch in dieser Sphäre wird entscheidend sein, ob es der Linken gelingt, anspruchsvolle linke Inhalte in der »Sprache des einfachen Bürgers« (Karl Polanyi) zu vermitteln.

Acht Strategieelemente wurden hier genannt, die alternativen Kräften der Gesellschaft aus der Defensive heraushelfen und sie in die Offensive führen könnten. Jede dieser Teilstrategien kann an realen progressiven Veränderungen im Heute anknüpfen, um den Aufbruch in das Morgen einer solidarischen Gesellschaft zu bewältigen. Aber erst wenn jede dieser Teilstrategien voll zu praktischer Geltung gebracht wird, sind größere Erfolge zu erwarten.

Wird es gelingen, alle hier genannten Möglichkeiten eines Neubeginns in sozial-ökologischen Wandel umzusetzen? Wird ein solcher Wandel gelingen – trotz der schier überwältigenden Macht der Herrschenden und trotz der kaum abschätzbaren Größe und Komplexität der ungelösten globalen Probleme? Werden die plurale Linke und alle demokratischen Kräfte »das Licht, das erlosch«, wieder entzünden können, damit es doch noch mit rotem Schein und in Regenbogenfarben unseren Weg im 21. Jahrhundert beleuchtet und wir ihn mit Erfolg beschreiten?

Der Dichter Hermann Hesse wurde gebeten zu charakterisieren, wer der chinesische Moralphilosoph Kung Fu Tse eigentlich war. Er antwortete: »Ist das nicht der, der genau weiß, dass es nicht geht und es trotzdem tut?«

Vieles darüber, wie es doch gehen könnte, wissen wir inzwischen. Wollen wir es also tun!



# Literatur

- Albert, Michael (2006): PARECON. Leben nach dem Kapitalismus. Potsdam
- Ali, Indrees (2018): U.S. military puts »great power competition« at heart of strategy. In: Reuters 19.1.
- Antilland, Andrés (2016): Populare Macht und Bolivarianische Revolution. Munizipalismus in Venezuela. In: LuXemburg, Heft 2/Klasse verbinden
- Arendt, Hannah (2011): Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft. München
- Arruzza, Cinzia/Bhattasharya, Tithi/Fraser, Nancy (2019): Feminism for the 99 Percent: A Manifesto. Verso
- Autorenkollektiv (1973): Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus. Grundrisse. Berlin
- Azzellini, Dario/Kanzleiter, Boris (Hrsg.) (2003): Das Unternehmen Krieg. Paramilitärs, Warlords und Privatarmeen als Akteure der Neuen Kriegsordnung. Berlin/Hamburg/Göttingen
- Bachmann, Günther (2021): Die Stunde der Politik. Ein Essay über Nachhaltigkeit, Utopien und Gestaltungsspielräume. München
- Bahr, Egon (2012): Ostwärts und nichts vergessen! Kooperation statt Konfrontation. Herausgegeben und bearbeitet von Dietlind Klemm. Hamburg
- Baron, Stefan/Yin-Baron, Guangyan (2020): Die Chinesen. Psychogramm einer Weltmacht. Berlin
- Becher, Johannes R. (1983): Der Aufstand im Menschen. Berlin
- Becker, Florian/Candeias, Mario/Niggemann, Janek/Steckner, Anne (Hrsg.) (2013): Gramsci lesen. Einstiege in die Gefängnishefte. Hamburg
- Becker, Simon/Gailing, Ludger/Naumann, Matthias (2012): Neue Energielandschaften – Neue Akteurslandschaften. Eine Bestandsaufnahme im Land Brandenburg. Erkner
- Bergmann, Theodor (2017): Der chinesische Weg. Versuch, eine ferne Entwicklung zu verstehen. Hamburg
- Bischoff, Joachim (2006): Zukunft des Finanzmarktkapitalismus. Strukturen, Widersprüche, Alternativen. Hamburg
- Bischoff, Joachim (2007): Neoliberalismus in China!? Oder »Sozialistische Marktwirtschaft«? Supplement der Zeitschrift Sozialismus Nr. 10
- Bischoff, Joachim (2019): Ziel: eine ausgewogene Wirtschaft – was kümmert uns da ein Defizit. In: Sozialismus.de, Heft 10
- Bischoff, Joachim (2021): Joe Biden und die Zukunft der USA. In: Sozialismus.de, Heft 2
- Bischoff, Joachim/Müller, Bernhard (2020): Knapper Sieg der Demokraten für einen Politikwechsel. In: Sozialismus.de, Heft 12
- Bloch, Ernst (2016): Experimentum Mundi. Frage, Kategorien des Herausbringens, Praxis, Frankfurt a.M.
- Bloch, Ernst (1977): Tagträume vom aufrechten Gang. Sechs Interviews mit Ernst Bloch. Herausgegeben von Arno Münster. Frankfurt a.M.
- Bloch, Ernst (1985): Das Prinzip Hoffnung. Frankfurt a.M.
- BMWi (2016): Klimaschutzplan 2050. Klimaschutzpolitische Grundsätze und Ziele der Bundesregierung. Berlin
- BMWi (2019): Nationale Industriestrategie 2030. Strategische Leitlinien für eine deutsche und europäische Industriepolitik. Monatsbericht 3-2019

- BMWi (2020): Die Nationale Wasserstoffstrategie. Berlin
- Boddenberg, Sophia (2021): Von der feministischen Revolte zur feministischen Verfassung. In: nd Die Woche. 6./7.2.
- Boer, Dick (2019): Wenn nichts mehr stimmt ... Hiob rettet den NAMEN. Hamburg
- Bommert, Wilfried (2012): Bodenrausch. Die globale Jagd nach den Äckern der Welt. Köln
- Bourdieu, Pierre (2005): Was heißt sprechen? Zur Ökonomie des sprachlichen Tauschens. Wien
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017). Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München
- Brangsch, Lutz (2014): Transformationsprozesse und ihre Polarisierung in Einstiegsprojekten. In: Brie, Michael (Hrsg.): Futuring. Perspektiven der Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus. Münster
- Brangsch, Lutz (2016): Bürgerbeteiligung und die Neuvermessung des Demokratischen. In: Demirović, Alex (Hrsg.): Transformation der Demokratie – demokratisch Transformation. Münster
- Brangsch, Lutz (2019): Eine widerspenstige Angelegenheit. Wenn das Dienen seine Fallstricke hat: Über die Rolle des Geldes im Realsozialismus und in der DDR. In: OXI Nr. 11
- Brangsch, Lutz/Brie, Michael (Hrsg.) (2016): Das Kommunistische. Oder: Ein Gespenst kommt nicht zur Ruhe. Hamburg
- Brecht, Bertolt (1977): Me-ti, Buch der Wendungen. Frankfurt a.M.
- Bretthauer, Lars (2006): Materialität und Verdichtung bei Nicos Poulantzas. In: Bretthauer, Lars/Gallas, Alexander/Kannankulam, John/Stützle, Ingo: Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie. Hamburg
- Brie, Michael (2011): Die kommunistischen Fundamente und der menschenrechtliche Horizont der kapitalistischen Moderne – Die Experimente des Robert Owen. Beitrag auf der Ersten Internationalen Transformationskonferenz des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa Luxemburg Stiftung. Oktober
- Brie, Michael (2015): Polanyi neu entdecken. Das hellblaue Bändchen zu einem möglichen Dialog von Nancy Fraser und Karl Polanyi. Hamburg.
- Brie, Michael (2016): Kommunismus und menschliche Natur. Ferner: Der Kommunismus in der Geschichte traditioneller Gesellschaften. Ferner: Revolutionärer Kommunismus und kommunistische Gemeinschaftsbildung – zwei Linien in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: Brangsch, Lutz/Brie, Michael (Hrsg.): Das Kommunistische. Oder: Ein Gespenst kommt nicht zur Ruhe. Hamburg
- Brie, Michael (2021): Transformation heißt, das Ganze wagen. Ökonomische Mobilisierung im Kampf gegen den Faschismus. USA 1940-1945. Eine Flugschrift. Hamburg
- Brie, Michael (2022): SOZIALISMUS neu entdecken. Ein hellblaues Bändchen von der Utopie zur Wissenschaft und zur Großen Transformation. Hamburg
- Brie, Michael (Hrsg.) (2014): Futuring. Perspektiven der Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus. Münster
- Brodnitz, Pete (2015): Beyond the Beltway. February 26-27 Voter Poll. In: Beyond the Beltway Inside Initiative. 27. Febr.
- Busch, Klaus (2021): Die neue Wirtschaftspolitik Bidens und die Strukturdefizite der EU. In: Sozialismus.de, H. 6

- Busch, Ulrich (2020): Staatssozialismus und Abschaffung des Geldes. In: Busch, Ulrich: Geldkritik. Theorie – Motive – Irrtümer. Abhandlungen der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften. Bd. 65. Berlin
- Candeias, Mario (2019): Was tun und wo anfangen? 11-Punkte-Plan für einen neuen Sozialismus. In: LuXemburg, Heft 3
- Candeias, Mario/Fried, Barbara/Schurian, Hannah/Völpel, Eva/Warneke, Moritz (2020): Infrastruktursozialismus oder Warum kollektiver Reichtum glücklich macht. In: LuXemburg Online (August)
- Clover, Charles (2004): Fisch kaputt. Vom Leerfischen der Meere und den Konsequenzen für die ganze Welt. München
- Creydt, Meinhard (2016): 46 Fragen zur nachkapitalistischen Zukunft. Erfahrungen, Analysen, Vorschläge. Münster
- Crome, Erhard (2021): Spannungsherd Westen. In: Sozialismus.de, Heft 5
- Dahn, Daniela (2009): Wehe dem Sieger. Ohne Osten kein Westen. Reinbek bei Hamburg
- Dahn, Daniela (2013): Wir sind der Staat! Warum Volk sein nicht genügt. Reinbek bei Hamburg
- Dahn, Daniela (2019): Der Schnee von gestern ist die Sintflut von heute. Die Einheit – eine Abrechnung. Hamburg
- Dahn, Daniela/Mausfeld, Rainer (2020): Tamtam und Tabu. Die Einheit: Drei Jahrzehnte ohne Bewährung. Frankfurt a.M.
- Dellheim, Judith (2014): Kapitaloligarchien und Transformation. Zur Entwicklung der Europäischen Union. In: Brie, Michael (Hrsg.), Futuring. Perspektiven der Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus. Münster
- Demirović, Alex (Hrsg.) (2018): Wirtschaftsdemokratie neu denken. Münster
- Diamond, Jared (2005): Kollaps. Warum Gesellschaften überleben oder untergehen. Frankfurt a.M.
- Dieckmann, Friedrich (2021): Schreckgespenst Provinzialismus. In: Berliner Zeitung 27./28. Februar
- Dörre, Klaus (2021): Die Utopie des Sozialismus. Kompass für eine Nachhaltigkeitsrevolution. Berlin
- Dörre, Klaus/Holzschuh, Madeleine/Köster, Jakob/ Sittel, Johanna (Hrsg.) (2020): Abschied von Kohle und Auto. Sozial-ökologische Transformationskonflikte um Energie und Mobilität. Frankfurt a.M./New York
- Dörre, Klaus/Schickert, Christine (2019): Neosozialismus. Solidarität, Demokratie und Ökologie vs. Kapitalismus. München
- Dullin, Sebastian/Herr, Hansjörg/Kellermann, Christian (2009): Der gute Kapitalismus ... und was sich dafür noch ändern müsste. Bielefeld
- Elsner, Wolfram (2020): Das chinesische Jahrhundert. Frankfurt a.M.
- Engels, Friedrich (1962): Herrn Eugen Dühring Umwälzung der Wissenschaft. In: MEW. Bd. 20. Berlin
- Fabricius, Michael (2019): Bau-Dilemma belastet deutsche Mieter. In: Die Welt v. 10.5.
- Foucault, Michel (1974, Neuaufl. 1991): Die Ordnung des Diskurses. München
- Foundational Economy Collective (2019): Die Ökonomie des Alltagslebens. Für eine neue Infrastrukturpolitik. Berlin
- Freeman, Joshua/Lichtenstein, Nelson/Brier, Stephen/Bensman, David/Benson, Su-

- san Porter/Brundage, David/Eynon, Bret/Livine, Bruce/Palmer, Bryan/Brown, Joshua/Rosenzweig, Roy (1992): American Social History Project: Who built America? Working People & the Nation's Economy, Politics, Culture & Society. Volume Two: From the Gilded Age to the Present. New York
- Fricke, Thomas (2021): Beschert uns Biden eine Ära des Wohlstands? In: [www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/joe-biden-beschert-uns-der-us-praesident-eine-neue-aerades-wohlstands-kolumne-a-7f9d4d7c-5dca-4642-9c23-6a709d881581](http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/joe-biden-beschert-uns-der-us-praesident-eine-neue-aerades-wohlstands-kolumne-a-7f9d4d7c-5dca-4642-9c23-6a709d881581)
- Gerlinger, Thomas (2021): Gesundheitspolitik zwischen Markt und Staat. Ökonomisierung – Privatisierung – Re-Regulierung. In: Z, Nr. 125
- Göpel, Maja (2020): Unsere Welt neu denken. Eine Einladung. Berlin
- Groll, Franz (2009): Von der Finanzkrise zur solidarischen Gesellschaft: Vision einer neuen Gesellschaftsordnung für Gerechtigkeit, Zukunftsfähigkeit und Frieden. Hamburg
- Hartmann, Wolf D./Maenning, Wolfgang/Wang, Run (2017): Chinas Neue Seidenstraße. Kooperation und Isolation. Der Rollentausch im Welthandel. Frankfurt a.M.
- Haug, Wolfgang Fritz (2020): Online-Kapitalismus. Eine forschende Auseinandersetzung mit Staabs »Digitalem Kapitalismus«. In: Das Argument 335
- Häussermann, Dorothee (2019): Strategische Allianzen. Was sich von der Bewegung für einen Green New Deal in den USA lernen lässt. In: LuXemburg 3: Socialism for Future
- Heller, Kurt (1999): Venedig. Recht, Kultur und Leben in der Republik 697-1797. Wien/Köln/Weimar
- Herr, Hansjörg (2015): Der Aufstieg Chinas zu einer ökonomischen Großmacht – Erfolge und Herausforderungen. in: Marlies Linke/Thomas Sablowski/Klaus Steinitz (Hrsg.): China. Gesellschaftliche Entwicklung und globale Auswirkungen. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte Neue Folge 16
- Herrmann, Ulrike (2016): Kein Kapitalismus ist auch keine Lösung. Die Krise der heutigen Ökonomie oder Was wir von Smith, Marx und Keynes lernen können. Frankfurt a.M.
- Higgs, Robert (1992): Wartime Property? A Reassessment of the US Economy in the 1940s. In: Independent Institute. March
- Hirn, Wolfgang (2020): Shenzhen. Die Weltwirtschaft von Morgen. Frankfurt a.M./New York
- Holm, Andrej (2021): Geschäftsmodell mit beschränkter Wirkung. Warum der soziale Wohnungsbau seinen Namen nicht verdient. In: LuXemburg Heft 2
- Honneth, Axel (2015): Die Idee des Sozialismus. Berlin
- Horvat, Branco (1969): Die jugoslawische Gesellschaft. Ein Essay. Frankfurt a.M.
- Huffschmid, Jörg (2002): Politische Ökonomie der Finanzmärkte. Hamburg
- Jaeger, Hans (1974): Big Business und New Deal. Die kritische Reaktion der amerikanischen Geschäftswelt auf die Roosevelt'schen Reformen in den Jahren 1933-1939. Stuttgart
- Jessop, Bob (2006): Kapitalistischer Staatstyp und autoritärer Etatismus. In: Brethauer, Lars/Gallas, Alexander/Kannankulam, John/Stützle, Ingo (Hrsg.): Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie. Hamburg
- Jochum, Georg/Schaupp, Simon (2020): Die Steuerungswende. Wirtschaftsplanung im digitalen Kapitalismus. In: LuXemburg, Heft 3
- Joly, Carlos (2012): Die dunklen Jahrzehnte. Privileg und Polarisierung. In: Randers, Jorgen (2012): 2052. Der neue Bericht an den Club of Rome. Eine globale Prognose

für die nächsten 40 Jahre. München

- Kagan, Robert (2021): Zur Supermacht verdammt. Warum die Führungsrolle der USA unerlässlich ist. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 4
- Kahrs, Horst (2021): Die Schwäche sozialer Parteien. In: nd Die Woche v. 12./13.6.
- Kanzleiter, Boris (2003): Krieg & Frieden GmbH. Privatarmeen und private Militärunternehmen als Akteure der Neuen Kriege. In: Azzellini/Kanzleiter (Hrsg.) (2003): Das Unternehmen Krieg. Paramilitärs, Warlords und Privatarmeen als Akteure der Neuen Kriegsordnung. Berlin/Hamburg/Göttingen
- Kaufmann, Stephan (2019): Fällige Krise permanent unterbunden. In: OXI Nr. 11
- Keming, Yang (2013): Capitalists in Communist China. New York
- Kempfert, Claudia (2013): Kampf um Strom, Mythen, Macht und Monopole. Hamburg
- Keulertz, Martin (2018): Neues Konfliktpotenzial im Nahen Osten; deutschlandfunk-kultur.de/kriege-um-wasser-neues-konfliktpotential-im-nahen-osten
- Keynes, John Maynard (1983): Vom Gelde. Berlin
- Klare, Michael (2021): USA versus China. Stolperte die Welt in einen großen Krieg? In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Heft 5
- Klein, Dieter (1991): Doppelte Modernisierung im Osten. Illusion oder Option der Geschichte. In: Brie, Michael/Klein, Dieter (Hrsg.): Umbruch zur Moderne. Hamburg
- Klein, Dieter (2006): Milliardäre – Kassenleere. Rätselhafter Verbleib des anschwel-lenden Reichtums. Berlin
- Klein, Dieter (2012): Widersprüche in der Brandenburger Energiewende. Horizonte so-zial-ökologischer Transformation. Papers der Rosa Luxemburg Stiftung
- Klein, Dieter (2013): Das Morgen tanzt im Heute. Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus. Hamburg
- Klein, Dieter (2016): Gespaltene Machteliten. Verlorene Transformationsfähigkeit oder Renaissance eines New Deal? Hamburg
- Klein, Dieter (2019). Zukunft oder Ende des Kapitalismus? Eine kritische Diskursana-lyse in turbulenten Zeiten. Hamburg
- Klein, Dieter (Hrsg.) (1988): Politische Ökonomie des Kapitalismus. Lehrbuch. Berlin
- Klein, Dieter (Hrsg.) (2002): Leben statt gelebt zu werden. Selbstbestimmung und so-ziale Sicherheit (Zukunftsbericht der Rosa Luxemburg Stiftung). Berlin
- Klein, Naomi (2007): Die Schocktherapie. Der Aufstieg des Katastrophenkapitalismus. Frankfurt a.M.
- Kohlekommission (2019): Kommission »Wachstum, Strukturwandel und Beschäfti-gung« Abschlussbericht. Berlin
- Koistinen, Paul A.C. (2004): Arsenal of World War II. The Political Economy of Ameri-can Warfare, 1940–1945, Lawrence: University Press of Kansas.
- Krastev, Ivan/Holmes, Stephan (2019): Das Licht, das erlosch. Eine Abrechnung. Berlin
- Krüger, Stephan (2012): Politische Ökonomie des Geldes. Hamburg
- Krüger, Stephan (2016): Wirtschaftspolitik und Sozialismus. Vom wirtschaftspolitischen Minimalkonsens zur Überwindung des Kapitalismus. Hamburg
- Land, Rainer (2018): Ökokapital. Bedingungen der Möglichkeit eines neuen Regimes wirtschaftlicher Entwicklung. Ein systemtheoretischer Bauplan. Unveröffent-lichtes Manuskript. Berlin
- Land, Rainer (2020): Notwendige Positionierung zu China. 26. Oktober (unveröffent-lichter Vortrag im Willy-Brandt-Kreis)

- Latza, Jan/Weinberg, Harald (2021): Pflegenotstand, Ökonomisierung und Widerstand – Klassenkämpfe in der Krankenpflege. In: Z, Nr. 125
- Lehndorff, Steffen (2020): New Deal heißt Mut zum Konflikt. Was wir von Roosevelts Reformpolitik der 1930er Jahre heute lernen können. Eine Flugschrift. Hamburg
- Lenin, Wladimir Iljitsch (1971): Ursprünglicher Entwurf des Artikels »Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht«. In: Werke, Ergänzungsband 1918 bis 1923. Berlin
- Liedtke, Marius/Marwecki, Daniel (2019): Von Influencer\*innen lernen. Youtube & Co. als Spielfelder linker Politik und Bildungsarbeit. Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin
- Lipietz, Alain (1985): Akkumulation, Krise und Auswege aus der Krise. Einige methodologische Überlegungen zum Begriff der »Regulation«. In: PROKLA, Heft 58
- Lipietz, Alain (2000): Die Große Transformation des 21. Jahrhunderts. Ein Entwurf der politischen Ökologie. Münster
- Luxemburg, Rosa (1984): Brief an Robert Seidel. Berlin, 23.6.1898, in: Gesammelte Briefe, Bd. 1. Berlin
- Marx, Karl (1961): Rede auf der Jahresfeier des »People's Paper« am 14. April 1856 in London. In: MEW, Bd. 12. Berlin
- Marx, Karl (1962): Das Kapital. In: MEW, Bd. 23. Berlin
- Mason, Paul (2016) Postkapitalismus. Grundrisse einer kommenden Ökonomie. Frankfurt a.M.
- Mausfeld, Rainer (2019): Warum schweigen die Lämmer? Wie Elitendemokratie und Neoliberalismus unsere Gesellschaft und unsere Lebensgrundlagen zerstören. Frankfurt a.M.
- Mayer, Hans (2000): Bürgerliche Endzeit. Reden und Vorträge 1980 bis 2000. Frankfurt a.M.
- Mazzucato, Mariana (2014): Das Kapital des Staates. Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum. München
- Meretz, Stefan (2015): Commonismus statt Sozialismus. Die widersprüchliche Herausbildung einer neuen Produktionsweise, in: Marxistische Abendschule (Hrsg.), Aufhebung des Kapitalismus. Die Ökonomie einer Übergangsgesellschaft. Hamburg
- Morozov, Evgeny (2020): Digitaler Sozialismus: Wie wir die Sozialdemokratie ins 21. Jahrhundert holen. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Heft 1
- Morozov, Evgeny/Bria, Francesca (2017): Die smarte Stadt neu denken. Wie urbane Technologien demokratisiert werden können. Berlin
- Müller, Horst (2015): Das Konzept PRAXIS im 21. Jahrhundert. Karl Marx und die Praxisdenker, das Praxiskonzept in der Übergangsperiode und die latent existierende Systemalternativen. Norderstedt
- Müller, Wolfgang (2015): Arbeiterbewegung in China. Die widersprüchliche Rolle der Staatsgewerkschaften. In: Sozialismus, Heft 3
- Münkler, Herfried (2003): Die neuen Kriege. Reinbek bei Hamburg
- Nate, Richard (2003): Amerikanische Träume. Die Kultur der Vereinigten Staaten in der Zeit des New Deal. Würzburg
- Notz, Gisela (2018): Anders arbeiten – anders leben. Selbstverwaltete Betriebe als alternative Wirtschaftsmodelle gestern und heute. In: Demirović, Alex (Hrsg.): Wirtschaftsdemokratie neu denken. Münster
- Nuss, Sabine (2019): Keine Enteignung ist auch keine Lösung. Die große Wiederaneignung und das vergiftete Versprechen des Privateigentums. Berlin

- O'Brian, P. J. (1936): *Forward with Roosevelt: An Authentic Narrative of His Life, Aims and Ambitions and a Graphic Story of His Endeavors for Social Security*. Chicago/Toronto
- Ost, Ellen (2021): *Kämpfe im Krankenhaus. Tarifvertrag Entlastung*. In: Z, Nr. 125
- Ostrom, Elinor (1999): *Die Verfassung der Allmende*. Tübingen
- Ostrom, Elinor (2011): *Was mehr wird, wenn wir teilen. Vom gesellschaftlichen Wert der Gemeingüter*. München
- Pallaver, Greta (2019): *Warum Klimaschutz und soziale Wohnungspolitik zusammengehören*. In: LuXemburg Heft 2
- Parsons, Talcott (1971): *Das Problem des Strukturwandels: eine theoretische Skizze*. In: Zapf, Wolfgang: *Theorien des sozialen Wandels*. Königstein/Ts.
- Paternoga, Dagmar/Rätz, Werner/Piétron, Dominik (2019): *Eine andere Digitalisierung ist möglich. Chancen und Risiken einer vernetzten Gesellschaft*. AttacBasisTexte 56. Hamburg
- Paetz, Michael/Ehnts, Dirk (2019): *Die Modern Monetary Theory – ein Überblick*. In: Sozialismus.de, Heft 9
- Petri, Denis (2020): *Vom Drehen der Städte, Wie Radentscheide eine Mobilitätswende von unten antreiben*. In: LuXemburg, Heft 1
- Piketty, Thomas (2014): *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. München
- Piketty, Thomas (2020): *Kapital und Ideologie*. München
- Porcaro, Mimmo (2011): *Linke Parteien in der fragmentierten Gesellschaft*. In: LuXemburg, Heft 4
- Porcaro, Mimmo (2016): *Occupy Machiavelli. Warum sich die Vielen auch mal einigen sollten*. In: LuXemburg, Heft 2
- Porcaro, Mimmo (2016): *Tendenzen des Sozialismus im 21. Jahrhundert*. Hamburg
- Porcaro, Mimmo/Candeias, Mario (2016): *Occupy Machiavelli. Zwischen verbindender und strategischer Partei*. In: LuXemburg, Heft 2
- Poulantzas, Nicos (2002): *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*. Hamburg
- Prey, Marieke/Sahle, Jan (2019): *»Enteignung ist inzwischen mehrheitsfähig«*. In: LuXemburg, Heft 1
- Randers, Jørgen (2012): *2052. Der neue Bericht an den Club of Rome. Eine globale Prognose für die nächsten 40 Jahre*. München
- Reiners, Hartmut (2021): *Dauerbaustellen der Gesundheitspolitik*. In: Z, Nr. 125
- Riexinger, Bernd (2016): *Ein unmoralisches Angebot. Wie Gewerkschaften mit der LINKEN in die Offensive kommen können*. In: LuXemburg, Heft 2
- Riexinger, Bernd/Becker, Lia (2017): *For the many, not the few. Gute Arbeit für alle. Vorschläge für ein neues Normalarbeitsverhältnis*. In: Sozialismus.de, Supplement zu Heft 12
- Rosa Luxemburg Stiftung (Hrsg.) (2019): *Nach der Kohle. Alternativen für einen Strukturwandel in der Lausitz*. Berlin
- Rügener, Werner (2016): *Der BlackRock-Kapitalismus*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Heft 10
- Rügener, Werner (2018): *Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts. Gemeinverständlicher Abriss zum Aufstieg der neuen Finanzakteure*. Köln
- Saage, Richard (1991): *Politische Utopien der Neuzeit*. Darmstadt

- Schauer, Marek (2021): Mietenwahnsinn, nächste Runde. In: nd Die Woche, 10./11.7.
- Schaupp, Simon/Jochum, Georg (2019): Die Steuerungswende. Zur Möglichkeit einer nachhaltigen und demokratischen Wirtschaftsplanung im digitalen Zeitalter. In: Buttollo, Florian/Nuss, Sabine (Hrsg.): Marx und die Roboter. Vernetzte Produktion, Künstliche Intelligenz und lebendige Arbeit. Berlin
- Scheer, Hermann/Amery, Carl (2001): Klimawechsel. Ein Gespräch mit Christiane Grefe. München
- Wunsch, Lukas/Schilwa, Michael (2020): Gesicht zeigen für Leiharbeiter\*innen. in: Lu-Xemburg, Heft 2
- Schirrmacher, Frank (2013): Ego. Spiel des Lebens. München
- Schlögel, Karl (2008): Terror und Traum. Moskau 1937. Bonn
- Schmalz, Stefan (2018): Machtverschiebungen im Weltsystem. Der Aufstieg Chinas und die große Krise. Frankfurt a.M./New York
- Schmidheiny, Stephan mit dem Business Council for Sustainable Development (1992): Kurswechsel. Globale unternehmerische Perspektive für Entwicklung und Umwelt. München
- Schneider, Roland (2021): Plattform-Ökonomie – Sand im Getriebe. Streiks und Proteste gegen Ausbeutung. Delivero als Beispiel. In: Sozialismus.de, Heft 7/8
- Schneidewind, Uwe (2018): Die Große Transformation als moralische Revolution. Eine Einführung in die Kunst gesellschaftlichen Wandels. Frankfurt a.M.
- Schulmeister, Stephan (2010): Mitten in der großen Krise. Ein »New Deal« für Europa. Wien
- Schultz, Helga (2015): Der jugoslawische Weg. In: Hedeler, Ladislaus/Keßler, Mario (Hrsg.): Reformen und Reformer im Kommunismus. Hamburg
- Senger, Harro von (2008): Moulüe – Supraplanung. Unerkannte Denkhorizonte aus dem Reich der Mitte. München
- Sennett, Richard/Bria, Francesca/Holm, Andrej (2018): Die offene Stadt als demokratische Revolution. Richard Sennett in der Debatte mit Francesca Bria und Andrej Holm. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Heft 12
- Šik, Ota (1979): Humane Wirtschaftsdemokratie. Ein Dritter Weg. Hamburg
- Simon, Herrmann (2015): Preisheiten. Alles, was Sie über Preise wissen müssen. Frankfurt a.M./New York
- Simons, Mark (2017): Die chinesische Verunsicherung. Stichworte zu einem nervösen System. München
- Skellef, Geoffrey (2021): Most Republicans Still Won't Accept That Biden Won. Fifethirtyeight.com 7.5.2021
- Skinner, Burhuss Frederic (1973): Jenseits von Freiheit und Würde. Reinbek bei Hamburg
- Skinner, Burhuss Frederic (2002): Walden Two. Die Vision einer besseren Gesellschaftsform. München
- Soltz, Ingar (2020): Der kommende Krieg. Der USA-China-Konflikt und seine industrie- und klimapolitischen Konsequenzen. In: Rosa Luxemburg Stiftung Analysen
- Soros, George (1998): Die Krise des globalen Kapitalismus. Offene Gesellschaft in Gefahr. Berlin
- Spahn, Heinz-Peter (2009): Geldtheorie und Geldpolitik. München
- Staab, Philipp (2019): Digitaler Kapitalismus. Markt und Herrschaft in der Ökonomie



- der Unknappheit. Berlin
- Steckner, Anne (2017): »Die Asys müssen weg!« Haustürbesuche als Strategie gegen die Spaltung, in: LuXemburg, Heft 1
- Steinitz, Klaus/Walter, Dieter (2014): Plan – Markt – Demokratie. Prognose und langfristige Planung in der DDR – Schlussfolgerungen für morgen. Hamburg
- Stiglitz, Joseph/Bilmes, Linda (2008): Die wahren Kosten des Krieges. Wirtschaftliche und politische Folgen des Irak-Konflikts. München
- Streeck, Wolfgang (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Berlin
- Streeck, Wolfgang (2019): Der alltägliche Kommunismus. Eine neue Ökonomie für eine neue Linke. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 6
- Sutterlütti, Simon/Meretz, Stefan (2018): Kapitalismus aufheben. Eine Einladung, über Utopie und Transformation neu nachzudenken. Beiträge zur kritischen Transformationsforschung 5. Hamburg
- Thie, Hans (2013): Rotes Grün. Pioniere und Prinzipien einer ökologischen Gesellschaft. Hamburg
- Thimmel, Stefan (2019): Wohnen, Wohnen, Wohnen. Warum es eine rebellische Linke und solidarische Stadtpolitik braucht. In: LuXemburg, Heft 2
- Tooze, Adam (2020) Auftritt China. In: IPG 21. Oktober ([www.ipg-journal.de/rubriken/wirtschaft-und-oekologie/artikel/vorhang-auf-fuer-china-4750/](http://www.ipg-journal.de/rubriken/wirtschaft-und-oekologie/artikel/vorhang-auf-fuer-china-4750/))
- Tooze, Adam (2021): Bidenomics: Klimawandel mit angezogener Handbremse. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Heft 6
- Troost, Axel/Ötsch, Rainald (2019): CO<sub>2</sub>-Preis: Weder Superheld noch Superschurke. In: Sozialismus.de, Heft 10
- Veerkamp, Ton (2012): Die Welt anders. Politische Geschichte der Großen Erzählung. Hamburg
- Wagenknecht, Sahra (2016): Reichtum ohne Gier. Wie wir uns vor dem Kapitalismus schützen. Frankfurt a.M.
- WBGU (2011): Ein Gesellschaftsvertrag für die Transformation. Factsheet 1. Berlin ([www.wbgu.de/de/publikationen/publikation/factsheet-ein-gesellschaftsvertrag-fuer-die-transformation](http://www.wbgu.de/de/publikationen/publikation/factsheet-ein-gesellschaftsvertrag-fuer-die-transformation))
- Weltbank (2014): Data; [data.worldbank.org/data-catalog/GDP-PPP-based-table](http://data.worldbank.org/data-catalog/GDP-PPP-based-table)
- Wemheuer, Felix (2019): Chinas große Umwälzung. Soziale Konflikte und Aufstieg im Weltsystem. Köln
- Wendl, Michael (2019): Geldtheorie und monetäre Werttheorie von Marx im Unterschied zu Keynes. In: Hagemann, M./Kromphardt, J. u.a. (Hrsg.): Arbeit und Beschäftigung – Marx und Keynes. München
- Wendl, Michael (2021): Keynes kommt zurück – durch die Hintertür der Geldpolitik. Der wirtschaftspolitische Kurswechsel ist bereits eingeleitet. In: Sozialismus.de, Heft 9
- Wiesenthal, Helmut (2006): Gesellschaftssteuerung und gesellschaftliche Selbststeuerung. Wiesbaden
- Wilkinson, Richard/Pickett, Kate (2010): Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind. Berlin
- Windolf, Paul (Hrsg.) (2005): Finanzmarktkapitalismus. Köln
- Wright, Eric Olin (2017): Reale Utopien. Wege aus dem Kapitalismus. Berlin
- Wright, Erik Olin (2019): Linker Antikapitalismus im 21. Jahrhundert. Was es bedeu-

- tet, demokratischer Sozialist zu sein. Hamburg
- Wulf, Herbert/Paes, Wolf-Christian (2001): Die Kommerzialisierung von Gewalt – Zur Ökonomie der Bürgerkriege. In: Muts, Reinhard/Schock, Bruno/Ratsch, Ulrich (Hrsg.): Friedensgutachten 2001. Münster
- Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, EnergieGmbH (2020): CO<sub>2</sub>-neutral bis 2035: Eckpunkte eines deutschen Beitrags zur Einhaltung der 1,5° C-Grenze. Wuppertal (Oktober)
- Zelik, Raul (2020): Wir Untoten des Kapitals. Über politische Monster und einen grünen Sozialismus. Berlin
- Zeller, Christian (2020): Revolution für das Klima. Warum wir eine ökosozialistische Perspektive brauchen. München
- Zinn, Howard (1990): People's History of the United States. New York
- Zschocke, Helmut (1987): Monopolpreis und heutige Anforderungen an die Akkumulation. IPW-Forschungsheft. Berlin
- Zuboff, Shoshana (2018): Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus. München



# VSA: Veröffentlichungen der RLS



Michael Brie/Jörn Schütrumpf  
**Rosa Luxemburg**

Eine revolutionäre Marxistin  
an den Grenzen des Marxismus  
Eine Veröffentlichung  
der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
256 Seiten | Hardcover | Halbleinen | mit  
einem Fototeil | € 16.80  
ISBN 978-3-96488-103-8  
Wer war Rosa Luxemburg?  
Zum 150. Geburtstag blicken Autoren der  
Stiftung, die ihren Namen trägt, auf das  
revolutionäre Leben und politische Werk  
der einflussreichsten Sozialistin ihrer Zeit.



Rosa Luxemburg | Paul Levi  
**Die Russische Revolution**  
Neuausgabe einer viel zitierten,  
aber selten gelesenen Schrift  
Herausgegeben und eingeleitet  
von Jörn Schütrumpf  
Eine Veröffentlichung  
der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
216 Seiten | Hardcover | € 16.80  
ISBN 978-3-96488-146-5

»Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden« ist sicherlich einer der am häufigsten zitierten Sätze Rosa Luxemburgs. Zugleich ist das von Paul Levi 1922 erstmals herausgegebene, 1918 im Gefängnis geschriebene, Fragment über »Die Russische Revolution« selten komplett gelesen worden. Deshalb die Neuausgabe, ergänzt um bisher ebenfalls nahezu vergessene Texte des damaligen Herausgebers.

**VSA:**

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag  
St. Georgs Kirchhof 6  
20099 Hamburg  
Tel. 040/28 09 52 77-10  
Fax 040/28 09 52 77-50  
Mail: [info@vsa-verlag.de](mailto:info@vsa-verlag.de)

[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

# VSA: Veröffentlichungen der RLS



Yang Ping/Jan Turowski (Hrsg.)  
**Sozialismusdebatte  
chinesischer Prägung**  
LinkerChinaDiskurs 1  
Eine Publikation des Beijing-Büros  
der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
224 Seiten | € 16.80  
ISBN 978-3-96488-099-4  
Der erste Band eines neuen linken China-  
Diskurses mit Beiträgen zu zentralen Orien-  
tierungspunkten der innerchinesischen  
Sozialismusdebatte.



Mario Candeias/Stephan Krull (Hrsg.)  
**Spurwechsel**  
Studien zu Mobilitätsindustrien,  
Beschäftigungspotenzialen  
und alternativer Produktion  
Eine Veröffentlichung  
der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
400 Seiten | € 19.80  
ISBN 978-3-96488-123-6  
In diesem Band kommen Beschäftigte aus  
Auto-, Bus- und Schienenfahrzeugproduk-  
tion ebenso zu Wort wie Vertreter:innen  
aus Mobilitätswende-Initiativen sowie  
Umwelt- und Klimabewegung. Es werden  
Beispiele konkreter Kooperation einer  
verbindenden ökologischen Klassenpolitik  
vorgestellt. Zudem wird auf Basis von  
Studien zu Mobilitätsindustrien dargelegt,  
wie über eine alternative industrielle  
Produktion Arbeitsplätze geschaffen und  
Beschäftigungsverluste (über)kompensiert  
werden könnten.

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag  
St. Georgs Kirchhof 6  
20099 Hamburg  
Tel. 040/28 09 52 77-10  
Fax 040/28 09 52 77-50  
Mail: [info@vsa-verlag.de](mailto:info@vsa-verlag.de)

**VSA:**

[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)